

# Freie und Hansestadt Hamburg



## Haushaltsplan-Entwurf **2004**

## Vorwort zum Einzelplan 6

### 1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Das Schwergewicht der Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr liegt in folgenden Aufgabenfeldern:

- „Verkehr“
  - Vertretung der Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostsee-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene hinsichtlich Infrastrukturentwicklung sowie der ordnungs-, fiskal- und wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen incl. Hinterlandverkehr.
  - Entwicklung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (Strecken und Linien Flughafen-S-Bahn, zweigleisiger Ausbau AKN, U-Bahn Bramfeld-HafenCity, S-Bahn Neugraben-Stade sowie neue Haltestellen Otensen und Fischbek, behindertengerechter Umbau von Zugangsanlagen) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. Finanzierung der Maßnahmen.
  - Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung.
  - Verkehrsentwicklungsplanung für den Straßenverkehr einschl. nichtmotorisiertem Verkehr, Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschl. Verkehrsdatenerhebung und Auswertung, Telematik-Datengrundlagen, Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity, Olympia-Bewerbung).
  - Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung; stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.
  - Infrastrukturentwicklung einer wachsenden Stadt mit Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließungen einschl. Vertretung verkehrlicher und tiefbautechnischer Belange in der Bauleitplanung.
- „Tiefbau“
  - Zentrale kommunale Aufgaben wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßenbautechnik, statisch-konstruktive Prüfung von Bauvorhaben des Tiefbaus, Koordinierung von Baumaßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen.
  - Prüfung und Entwicklung von Projekten, Vorbereitung, Aufstellung und Weiterentwicklung der Bauprogramme in der Baulast Hamburgs (z.B. Grundinstandsetzungsprogramm Hauptverkehrsstraßen, Verlängerung Sengelmannstraße, Umbau Horner Kreisel, Verlängerung Ring 3 im Osten) sowie des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen, z.B. Hafenuerspanne, 8-streifiger Ausbau A7 von Othmarschen bis Bordsesholm einschl. Deckel als Konzessionsmodell), Globalsteuerung und Fachaufsicht über die Bezirke.
  - Unterhaltung, Instandsetzung und Grundinstandsetzung sowie Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken in der Baulast Hamburgs sowie des Bundes.
  - Betrieb, Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung in der Baulast Hamburgs sowie des Bundes.
  - Bau der Flughafen-S-Bahn.
- „Wasserbau“
  - Planung, Bau und Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen  
Im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“ werden bis 2007 alle Hamburger Deiche und Hochwasserschutzwände umgebaut und erhöht. Die Deiche in den tiefliegenden Elbmarschgebieten sind bereits in großen Teilen fertig gestellt. Nunmehr werden die restlichen Deichstrecken und Hochwasserschutzwände insbesondere am südlichen Elbufer und in der Innenstadt in Angriff genommen.
  - Planung, Bau und Unterhaltung von Oberflächengewässern  
Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt besteht in der Beseitigung von hydraulischen Engpässen im Gewässernetz, da die Starkregenereignisse der letzten Jahre eine Reihe von Schwachstellen aufgedeckt haben. Darüber hinaus hat die städtebauliche Verdichtung zu größeren Abflussmengen geführt, so dass teilweise ein Ausbau der betroffenen Gewässer zur schadslosen Ableitung des Oberflächenwassers notwendig ist.
- „Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung“
  - Geförderter Wohnungsneubau einschließlich Wohnungsbestandspolitik. Hier sind besonders hervorzuheben:
    - Wohnungsneubau für besondere Personengruppen (u.a. barrierefreie bzw. rollstuhlgerechte Wohnungen, Wohnungen für große Familien, Seniorenwohnungen)
    - Wohnungsneubau für Baugemeinschaften
    - Verbesserung des Wohnungsbestandes durch Modernisierung von Wohnraum
    - Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen
    - Förderung ökologischer und energiesparender Baumaßnahmen.

- Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung von Stadtteilen mit städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen einschließlich der Förderung der Bürgermitwirkung.
  - Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsverfahren nach dem Baugesetzbuch (BauGB).
  - Vorbereitung und Durchführung von Verfahren nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm.
- Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (Umlegung, Grenzregelung, Flurbereinigung, sonstige Grundstücksregelungen) sowie Betreuung vorbereitender Untersuchungen in Entwicklungsgebieten zur Flächenaktivierung auch im Rahmen der Leitziele zur wachsenden Stadt.
- „Bauordnung und Hochbau“
  - Bauordnungs- und Hochbauaufgaben, oberste Bauaufsicht, Umweltangelegenheiten, Baukontrollen, Bautechnik, Baustatik, Haustechnik, öffentlicher Hochbau.
  - Zusammenführung der staatlichen Hochbaudienststellen einschließlich der Finanzbauabteilung unter Berücksichtigung der Gebäudemanagementkonzepte für Schulen und Hochschulen.
- „Stadtentwicklung“
  - Stadtentwicklungsplanung mit der vorbereitenden und der verbindlichen Bauleitplanung nach BauGB sowie der Stadtordnung und der Stadtbildgestaltung.
  - Entwickeln und Koordinieren von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt bzw. von teilräumlichen Planungen entsprechend der Beauftragung durch die Senatskommission für Stadtentwicklung.
  - Entwickeln von Gestaltungskonzepten und von Stadtentwicklungsprojekten, Abstimmen der Konzepte und Projekte mit Fachbehörden, Bezirksämtern und Trägern öffentlicher Belange, mit Investoren und Betroffenen sowie Herbeiführen von Entscheidungen dazu.
  - Durchführen von städtebaulichen Wettbewerben.
  - Entwickeln und Abstimmen von grenzüberschreitenden Konzepten und Planungen mit den Nachbarländern, Förderung von Vorhaben der gemeinsamen Landesplanung für die Metropolregion Hamburg.
  - Mitwirken an Planungen insbesondere im Nord- und Ostseeraum im Rahmen des europäischen Raumordnungskonzeptes.
  - Vorbereitende und verbindliche Landschaftsplanung nach dem HmbNatSchG.
  - Realisierung von landschaftsplanerischen Leitprojekten des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.
  - Entwickeln von landschaftsplanerischen Konzepten für prioritäre Einzelvorhaben.
  - Umsetzen des Kostenerstattungsgesetzes.

Weitere Informationen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die Produktinformationen bei den jeweiligen Produktbereichen.

## 2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
<b>Einnahmen</b>	267.228	275.920	- 8.692	- 3,1
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	7.654	5.687	+ 1.967	+34,6
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	199.604	206.367	- 6.763	- 3,3
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	59.970	63.866	- 3.896	- 6,1
<b>Ausgaben</b>	783.167	796.218	- 13.051	- 1,6
davon:				
Personalausgaben	73.884	72.363	+ 1.521	+ 2,1
Sach- und Fachausgaben	406.211	399.965	+ 6.246	+ 1,5
Sonstige Betriebsausgaben	104.990	111.760	- 6.770	- 6,1
Investitionen	198.082	212.130	-14.048	- 6,6

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	36,1	9,4
Sach- und Fachausgaben	42,0	51,9
Investitionen	10,2	25,3

### Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2002				2001			
Gesamtsoll	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
483.065	253.860	218.562	45	397.246	232.442	164.500	41

### 3. Organisations- und Aufgabenstruktur

Mit Wirkung vom 1.1.2003 ist eine grundsätzliche Neuorganisation der Behörde für Bau und Verkehr in Kraft getreten. Die ehemaligen elf Ämter der Behörde wurden zu sechs Ämtern zusammengelegt.

Die Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Verkehr, Tiefbau und Wasserwirtschaft wurden gänzlich neu geordnet. Das Besteller-/Ersteller Prinzip gilt für alle Leistungen im Tiefbau mit den Aufgabenbereichen Betrieb, Unterhaltung, Instandhaltung, Grundinstandsetzung, Erneuerung sowie Neu-, Um- und Ausbau, bei denen die BBV die Aufgaben des Baulastträgers für Hamburg oder in der Auftragsverwaltung des Bundes wahrnimmt. Die ministeriellen Aufgaben und die Bauherrenfunktion (Bestellerfunktion) sind im Amt für Verkehr und Straßenwesen gebündelt, die Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Maßnahmen (Planung, Entwurf und Bauausführung) im Amt für Bau und Betrieb (Erstellerfunktion).

Das Amt für Wohnungswesen und das Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung wurden zum Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, das Landesplanungsamt und das Amt für Landschaftsplanung zum Amt für Stadtentwicklung zusammengelegt.

Im Amt für zentrale Aufgaben und Recht sind die wesentlichen Intendanzaufgaben unter Auflösung der bisherigen dezentralen Ämterverwaltungen zusammengefasst worden. Dabei wurde ein völliger Neuaufbau der Verwaltung realisiert. Danach werden alle Verwaltungsleistungen für die Fachämter an zentraler Stelle als Serviceleistungen in Betreuungsbereichen erbracht, wobei die Entscheidungskompetenzen nach dem AKV-Prinzip für die Fachämter erhalten bleiben. Gleichzeitig ist eine Organisationseinheit geschaffen worden, die sich intensiver als bisher mit der integrierten Planung und Steuerung der Aufgaben und Ressourcen auseinandersetzt.

Die staatlichen Hochbaudienststellen einschließlich der Finanzbauabteilung werden unter Berücksichtigung der Gebäudemanagementkonzepte für Schulen und Hochschulen beim Amt für Bauordnung und Hochbau zusammengeführt.

Das ehemalige Amt für Geoinformation und Vermessung ist seit dem 1.1.2003 in einen Landesbetrieb nach § 26 Absatz 1 LHO umgewandelt worden.

Die Behörde für Bau und Verkehr ist nach der am 01.01.2003 in Kraft getretenen Neuorganisation wie folgt organisiert:

Behördenleitung
-----------------

Amt ZR	Amt WSB	Amt ABH	Amt V	Amt B	Amt SE
Amt für zentrale Aufgaben und Recht	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	Amt für Bauordnung und Hochbau	Amt für Verkehr und Straßenwesen	Amt für Bau und Betrieb	Amt für Stadtentwicklung

Produktbereiche (PB)

PB 01: Zentrale Aufgaben und Recht	PB 02: Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	PB 03: Bauordnung und Hochbau	PB 04: Verkehr und Straßenwesen	PB 05: Bau und Betrieb	PB 06: Stadtentwicklung
---------------------------------------	--	----------------------------------	------------------------------------	---------------------------	----------------------------

Produktgruppen (PG)

PG 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service	PG 01: Verbesserung des Wohnungsangebots	PG 01: Bodenordnung	PG 01: Verkehrsplanung	PG 01: Stadtstraßen	PG 01: Landesplanung
PG 02: Recht	PG 02: Stadterneuerung	PG 02: Hochbau	PG 02: Öffentlicher Personennahverkehr	PG 02: Bundesfernstraßen	PG 02: Stadtplanung
	PG 03: Mieter- und Wohnraumschutz, Wohngeld und Belegungsbindungen		PG 03: Schienen- und Straßengüterverkehr, verkehrsrechtliche Genehmigungen	PG 03: Brücken- und Ingenieurbauwerke einschl. Großprojekte	PG 03: Landschaftsplanung
	PG 04: Bodenordnung		PG 04: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur	PG 04: Gewässer	
			PG 05: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)	PG 05: Hochwasserschutz	
			PG 06: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	PG 06: Autobahn- und Tunnelbetrieb (Wirtschaftsplan)	
			PG 07: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie		
			PG 08: Zentrale kommunale Aufgaben		

#### 4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

##### KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002;
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
  - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
  - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
  - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003;
- IuK bedingte Einsparungen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendanzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
  - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
  - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
  - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
  - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004:

##### KRV

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRD hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitel-

ebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplan, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

### Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan 6 (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sowie der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Stellenplanentwurf 2004 (Blaudruck)

Einzelplan 6 – Behörde für Bau und Verkehr

Kapitel	Stellenzahl 2004 <sup>1</sup>	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004 <sup>2</sup>			Umwandlungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
6000 Zentrale Aufgaben und Recht	293,07			1	6,3		
6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	95,30						
6200 Bauordnung und Hochbau	95,50						
6300 Verkehr und Straßenwesen	160,50						
6400 Bau und Betrieb	417,54						1
6600 Stadtentwicklung	95,00						

### 5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist ab 2002 der Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) aufgelöst worden. Die Titel wurden auf die entsprechenden Kapitel überführt und haben statt der bisherigen Endnummer 99 bzw. 61 einheitlich die Endnummer 22 erhalten. Durch Aufnahme in bestehende Deckungskreise der budgetierten Sach- und Fachausgaben wurde eine weitgehende Flexibilität erreicht.

### 6. Einzelplandeckungsringe

Die im Einzelplan 6 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der Deckungskreise und der zugehörigen Titel findet sich in Anlage 4. Für die Sach- und Fachausgaben im Budget bestehen kapitelweise Deckungsringe.

<sup>1</sup> Stellenbestand nach den Ist-Zahlen der dezentralen Stellenplanverfahren am 1.3.2003 bzw. nach dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

<sup>2</sup> wie vom Senat beantragt.

## **7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)**

Zur Behörde für Bau und Verkehr gehören die folgenden Einrichtungen nach § 15 Abs.2 und § 26 Abs.1 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand in Tsd. EUR	Zuführung (-) aus dem Haushalt Abführung (+) an den Haushalt
Staatl. Hochbaudienststelle Behörde für Bau und Verkehr	1.433	+22
Autobahn- und Tunnelbetrieb	6.255	- 2.840
Geoinformation und Vermessung	27.261	-18.721

Wirtschaftspläne und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

## **8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichem Ersuchen**

Den frauenspezifischen Interessen wird bei der Veranschlagung und Verwendung der Haushaltsmittel des Einzelplans 6 allgemein Rechnung getragen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nach Baugesetzbuch und außerhalb der Sanierung (Soziale Stadtteilentwicklung) wurden verschiedene frauen- und Mädchenspezifische Projekte gefördert. Neue Projekte in 2004, die unter dem Aspekt „Berücksichtigung von frauen- und Mädchenspezifischen sowie lesben- und schwulenspezifischen Belangen“ relevant wären, gibt es zurzeit nicht. Dies kann sich jedoch im Laufe des Jahres ändern, wenn die Erneuerungskonzepte vollständig vorliegen.

Eine Arbeitsgruppe „Fachfrauen für Bauwesen und Verkehrsplanung“ begleitet die Aufgabenwahrnehmung der Behörde für Bau und Verkehr aus frauenspezifischer Sicht. Die Frauen der Arbeitsgruppe sind Mitarbeiterinnen der Behörde für Bau und Verkehr, die sich zusätzlich zu ihren jeweiligen Aufgabenbereichen engagieren.

Im Übrigen ist eine gesonderte Veranschlagung von Maßnahmen bzw. Mitteln hierfür im Einzelplan 6 nicht vorgesehen.

## **9. Produktinformationen (generelle Hinweise)**

Die Produktinformationen sind gegenüber dem Vorjahr weiterentwickelt worden. Die Bildung geeigneter Kennzahlen für die Produktbereiche und -gruppen stand dabei im Vordergrund. Nicht für alle Leistungsbereiche der Behörde für Bau und Verkehr konnten steuerungsrelevante Kennzahlen entwickelt werden, die einen klaren Zielbezug erkennen lassen und konkrete Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Verwaltung ermöglichen. Ziel der BBV bleibt es jedoch, Kennzahlen auf weitere Bereiche auszuweiten, um künftig verstärkt Steuerungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Die Vergleichszahlen wurden der neuen Behördenstruktur angepasst. Teilweise war es erforderlich, im Zeitreihenvergleich die Planzahlen 2003 zu aktualisieren.

Bei der Veranschlagung in 2005 kann es erforderlich werden, die Aufteilung der Aufgaben und Ressourcen auf die neue Ämterstruktur zu verändern, da eine Feinabstimmung der Schnittstellen zwischen den neuen Ämtern noch nicht abgeschlossen ist.

Hinsichtlich der Angaben zu den Personalausgaben und Stellen gibt es gewisse verfahrensbedingte „Verzerrungen“. Während die Aufteilung der Personalkosteneinsparungen zunächst proportional auf die Kapitel erfolgt, orientiert sich die Umsetzung der Stelleneinsparungen demgegenüber an der tatsächlichen Fluktuationsentwicklung. In die Spalten 2003 und 2002 sind keine Eintragungen bei den Stellen und Personalausgaben vorgenommen worden. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Behörde hat die rückwirkende Zuordnung der Stellen in 2003 und 2002 auf die neuen Amtsbereiche keine Aussagekraft. Der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) wurde nur auf die Produktbereiche umgelegt. Eine Aufteilung auf die Produktgruppen ist nicht möglich.

Die mittelfristige Entwicklung folgender Aufgabenfelder des Einzelplans 6 werden im Finanzbericht dargestellt:

- Wohnungswesen
- Hochwasserschutz
- Verkehr

Für den Einzelplan 6 besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Zentrale Aufgaben und Recht	6000	Zentrale Aufgaben und Recht
Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
03 Bauordnung und Hochbau	6200	Bauordnung und Hochbau
04 Verkehr und Straßenwesen	6300	Verkehr und Straßenwesen
05 Bau und Betrieb	6420	Bau und Betrieb
06 Stadtentwicklung	6610	Stadtentwicklung

### Gesamtübersicht Einzelplan 6

#### Haushaltsplan 2004

	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	267.228	73.884	511.201	198.082	783.167
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.879	15.910	28.562	1.366	45.838
Produktbereich 02	96.317	5.275	271.445	37.971	314.691
Produktbereich 03	686	10.310	673	250	11.233
Produktbereich 04	145.927	16.577	167.396	96.421	280.394
Produktbereich 05	22.420	20.857	39.865	60.774	121.496
Produktbereich 06	2	4.955	3.260	1.300	9.515

#### Haushaltsplan 2003

	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	275.920	72.363	511.725	212.130	796.218
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.812		28.008	1.923	
Produktbereich 03 und 10	96.123		276.516	38.922	
Produktbereich 04	689		674	275	
Produktbereich 05 tlw. und 07	155.018		165.380	110.835	
Produktbereich 05 tlw. und 06	22.276		39.214	58.859	
Produktbereich 08 und 09	2		1.933	1.316	

## 10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

### Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004 in Tsd. EUR			
	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:				
o Reduzierung Verlustausgleich WK		4.100		4.100
Verschlankeung der Verwaltung:				
o Arbeitszeitverlängerung	98			98
o Reduzierung der Intendanzkosten	212			212
o Verbesserung der Zusammenarbeit BBV/BWA		20		20
o Soziale Stadtteilentwicklung	80			80
o Zusammenführung Koordinierungsstelle für Planungs- angelegenheiten mit der Präsidialabteilung	40			40
o Zusammenlegung Baurechtsamt 6 und LGV		140		140
o Auflösung Baubestandszeichenbüro	57			57
o Reduzierung Stellenausstattung der Abteilung „Überregionale Koordinierung“ im Amt V	60			60
Epl. 6 gesamt	547	4.260		4.807

## Produktinformationen

### Produktbereich 01: Zentrale Aufgaben und Recht

Kapitel 6000

Produktbereichskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	1.879	1.812	1.182	1.831
Personalausgaben in Tsd. EUR	15.910			
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	28.562	28.008	13.010	8.107
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.366	1.923	437	1.113
Stellen	293			

#### Ziele des Produktbereichs

- Z 1 Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Umsetzung politischer und administrativer Zielsetzungen (u.a. Ressourcensteuerung, Organisations- und Personalentwicklung) unter Berücksichtigung der Verwaltungsmodernisierung auf der Grundlage des NSM.
- Z 2 Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Bau und Verkehr

#### Produktgruppen – Überblick

- PG 1 Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung, Betreuung der Fachämter und Service
- PG 2 Recht

### Produktgruppe 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service

Kapitel 6000

#### Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1 Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung
- Z 2 Optimale Betreuung der Fachämter durch den zentralen Intendanzbereich
- Z 3 Wirtschaftlicher Umgang mit vorhandenen Ressourcen
- Z 4 Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung; Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/Mitarbeiterzufriedenheit
- Z 5 Sicherung der Infrastruktur und des Geschäftsbetriebes, kunden- und bedarfsgerechte Dienstleistungen für die Fachbereiche

#### Produkte

- P 1 Leitungsunterstützung einschließlich Innere Revision, Beteiligungsverwaltung und Zentrale Vergabeaufsicht
- P 2 Personal/Organisation/Haushalt/Betriebswirtschaft
- P 3 Infrastrukturleistung
- P 4 Verfahrensabwicklung und -betreuung von IT-Verfahren der Behörde für Bau und Verkehr

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.819	1.752	1.127	1.808
– Betriebseinnahmen	1.819	1.752	1.127	1.808
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	39.135			
– Personalausgaben	10.763			
– Sach- und Fachausgaben gesamt	28.372	27.818	12.793	7.919
– Zuwendungen			-	-
– gesetzliche Leistungen	13	13	13	13
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.366	1.923	437	1.113

**Produktbereich 01**  
**Allgemeine Verwaltung/Recht**

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR				
- innerbehördlich (2004=13,83 %; 2003 = 14,42% <sup>10</sup> ; 2002= 11,01%; Ist = 10,87%)				
- überbehördlich (1,5%)				

*Einnahmen- / Ausgabenschwerpunkte*

**Einnahmen**

Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt bei der Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftspläne Staatlicher Hochbau der Behörde für Bau und Verkehr, Autobahn- und Tunnelbetrieb sowie Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung.

**Personalausgaben**

Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt im Bereich Personal, Organisation, Haushalt und Betriebswirtschaft (P 2).

**Sach- und Fachausgaben**

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die

Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (P 3)	rd. 6,5 Mio. EUR
Erstattungen für die Inanspruchnahme des LIT (P 4)	rd. 0,7 Mio. EUR
Ausgaben im Zusammenhang mit IT-Technik (P 4)	rd. 0,9 Mio. EUR
Betriebszuschüsse an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	rd. 17,4 Mio. EUR

**Investitionen**

Der Schwerpunkt liegt bei den Investitionszuschüssen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (rd. 1,3 Mio. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	260			
Anzahl der Beschäftigten (aktiv und passiv)	1.204	1.237	1.766	1.717
Frauenanteil an den Beschäftigten der Behörde für Bau und Verkehr	408 rd. 33 %	414 rd. 33 %	636 rd. 36 %	592 rd. 34 %
Teilzeitbeschäftigte	137 rd. 11 %	137 rd. 11 %	253 rd. 14 %	209 rd. 12 %
Beurlaubte	80 rd. %	80 rd. 6 %	115 rd. 7 %	108 rd. 6 %
Altersteilzeit	65 rd. 5 %	88 rd. 7 %	88 rd. 5 %	72 rd. 4 %
Anzahl der betreuten Unternehmen				
Unmittelbare Beteiligungen	10	10	12	12
Mittelbare Beteiligungen	42	42	44	45
Mandatsbetreuungen	9	9	8	8
Zahl der Bildschirmarbeitsplätze	1.156	1.156	1.562	1.547
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen	100%	100%	99%	100%
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in %	13,83	14,42 <sup>11</sup>	11,01	10,87

<sup>10</sup> Bereinigter Wert

<sup>11</sup> Bereinigter Wert

<i>Kostenkennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	950	747	753	633,20
davon:				
durschn. Personalverwaltungskosten je Beschäftigten	609	458	456	318,42
durschn. Personalentwicklungskosten je Beschäftigten	341	289	297	314,78
Kosten der Fortbildung je Beschäftigten	127	138	136	101,71

**Produktgruppe 02: Recht**

**Kapitel 6000**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Durch die Schaffung und Anwendung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes und wirtschaftliches Handeln ermöglicht werden.
<i>Produkte</i>	
P 1	Rechtsetzung und Rechtsgestaltung
P 2	Rechtsanwendung, Rechtsberatung und Prozessführung
P 3	Planfeststellungs-/Plangenehmigungsverfahren
P 4	Rechts- und Fachaufsicht

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	60	60	55	23
– Betriebseinnahmen	60	60	55	23
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.129			
– Personalausgaben	1.939			
– Sach- und Fachausgaben gesamt	190	190	217	188
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	64	64	66	64
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-		

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	297			
– innerbehördlich (2004=13,83 %; 2003 = 14,42 % <sup>12</sup> ; 2002= 11,01%; Ist = 10,87%)	268			
– – überbehördlich (1,5%)	29			

<i>Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte</i>	
<b>Personalausgaben</b>	
Die Personalkosten verteilen sich etwa gleichmäßig auf die Produkte 1-4.	

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	33			

<sup>12</sup> Bereinigter Wert

**Produktbereich: 02 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	96.317	96.123	92.685	22.471
Personalausgaben in Tsd. EUR	5.396			
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	166.455	164.756	155.867	167.996
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	104.990	111.760	113.559	106.321
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	37.971	38.922	47.709	32.961
Stellen	95,3			

<i>Ziele des Produktbereiches</i>	
Z 1	Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestandes
Z 2	Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung städtebaulicher Verhältnisse in benachteiligten Stadtteilen und sozialen Problemgebieten
Z 3	Aktivierung der Bewohner, die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten und Unterstützung örtlicher Potenziale
Z 4	Förderung des lokalen Gewerbes, die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Quartieren
Z 5	Stabilisierung der Quartierszentren
Z 6	Sicherung und Erweiterung des Angebotes an sozialer Infrastruktur
Z 7	Verbesserung der Wohnsituation sowie die Sicherung von preiswertem Wohnraum für die ansässige Bevölkerung und der Schutz der Bewohner vor Verdrängungen
Z 8	Wohnumfeldverbesserungen auf öffentlichen und privaten Flächen zur Erschließung und intensiveren Nutzung von Freiflächen und zur Schaffung örtlicher Identität
Z 9	Bildung neuer zweckmäßig geschnittener und nach dem Baurecht geeigneter Grundstücke für Private und die FHH sowie Neugestaltung von Grundstücksrechten und Rechtsverhältnissen an Grundstücken zur beschleunigten Schaffung aller grundstücksmäßigen Voraussetzungen zur Realisierung von Baumaßnahmen und sonstigen Grundstückerwerbungen
Z 10	Beschaffung und Bereitstellung von Flächen für Erschließungen, öffentliche Grünanlagen, Gemeinbedarfseinrichtungen, ökologische Ausgleichsflächen u. dgl. für die jeweiligen Bedarfsträger
<b>Produktgruppen – Überblick</b>	
PG 1	Verbesserung des Wohnungsangebots
PG 2	Stadterneuerung
PG 3	Mieter- und Wohnraumschutz, Wohngeld, Belegungsbindungen
PG 4	Bodenordnung

**Produktgruppe 1 : Verbesserung des Wohnungsangebots**

**Kapitel 6100**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Erreichung einer quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung durch	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung des Wohnungsneubaus,</li> <li>• Förderung der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes.</li> </ul>	
Das Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung entwickelt und setzt die wohnungspolitischen Vorgaben auf ministerieller Ebene um. Dazu werden die rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet.	
Die staatliche Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung geförderter Mietwohnungen führt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) durch. Dies umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Zuschüssen. Die Mittel werden, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, durch Bundesmittel und sonstige Erträge der WK aufgebracht werden, von ihr auf dem Kapitalmarkt beschafft. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt. Im Übrigen siehe die Erläuterungen zu den Titeln 6100.571.01, 571.02, 661.50 und 663.50.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Ministerielle Angelegenheiten
Erarbeitung von Grundlagen der Wohnungspolitik wie Ermittlung von Wohnungsversorgung, Wohnungsnachfrage und -bedarf; Entwicklung von Konzepten, Rechtsetzungen; Fachaufsicht über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt; Mitwirkung als Bedarfsträger an der Bauleitplanung; Entwicklung der wohnungspolitischen Instrumente für das Programm der sozialen Stadtteilentwicklung; Entwicklung und Umsetzung kosten- und flächensparender sowie ressourcen- und umweltschonender Standards im Wohnungsbau und -bestand.	

--	--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.432	9.763	12.000	18.600
• Betriebseinnahmen	–	–	–	–
• Investitionseinnahmen	7.432	9.763	12.000	18.600
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.435			
• Personalausgaben	1.244			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	191	340	120	90
– Zuwendungen	–	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	103.115	109.830	111.739	104.542
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.444,5	9.763	12.013	11.136

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	191			
• innerbehördlich (2004 = 13,83)	172			
• überbehördlich (1,5%)	19			

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen/Investitionen

Durchlaufende Bundesmittel in Höhe von rd. 7,4 Mio. EUR für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues werden an die WK weitergeleitet, sind für die FHH also aufkommensneutral (P 2).

Sonstige Betriebsausgaben

Die sonstigen Betriebsausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

Ca. 9 Mio. EUR für Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt und 96 Mio. EUR für den Zins- und Verlustausgleich an die WK (P 2).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	20,35			
Nominale Förderungsvolumina Wohnungsbauförderung gem. der Verwaltungsvereinbarung Wohnungswesen für die Förderung des Wohnungsbaus (FHH und Bund) in Tsd. EUR	500,8	594,7	588,8	515,3
Anteil Hamburgs an den nominalen Förderungsvolumina in v.H. (Rest vom Bund)	99,2	99,4	99,2	99,0

<i>Kennzahlen Wohnungsbauprogramm</i>	Plan 2004 <sup>13</sup>	Plan 2003 <sup>14</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Neubau Mietwohnungen				
davon:				
• Förderungsweg/soziale Wohnraumförderung und			1.800	
• Sonstiger geförderter Wohnungsbau zusammen	1.300	1.300	–	1.842
Neubau Wohneigentum	1.200	1.200	1.200	825
Neubau gesamt	2.500	2.500	3.000	2.667

<sup>13</sup> Planzahlen bis zur Beschlussfassung des Senats zum Wohnungsbauprogramm 2004

<sup>14</sup> alle Förderwege, davon größter Teil 1. Förderungsweg

**Produktbereich 02**  
**Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**

Modernisierung nach § 16 WoFG	1.000	1.000		
Modernisierung (Hamburgisches Landesprogramm) und Instandsetzung zusammen	1.750	1.750	3.500	
Entwicklung des Wohnungsbaus (WE) in Hamburg insgesamt	Ergebnis 2002 <sup>15</sup>	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	
• Genehmigungen	3.563	3.869	4.632	
• Fertigstellungen	2.818	5.045	6.502	
• Bestand insgesamt		863.574	858.993	

**Produktgruppe 2 : Stadterneuerung**

**Kapitel 6100**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Die strategischen Ziele der Stadterneuerung werden in Hamburg vorwiegend mit dem Instrumentarium **der Städtebauförderung** verfolgt, der **Städtebaulichen Sanierung nach BauGB** und dem **Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm**. Mit dem Begriff Städtebauförderung wird ein rechtliches, finanzielles und verfahrenstechnisches Instrumentarium bezeichnet, mit dem Stadtentwicklungsprozesse auf der Basis von integrierten Handlungskonzepten angestoßen und gesteuert werden können - und zwar unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten primär dort, wo der Markt alleine nicht in der Lage ist, stadtentwicklungspolitisch gewünschte Zustände herzustellen. Städtebauförderung eröffnet nicht nur Möglichkeiten einer gezielten Steuerung von komplexen Prozessen, sondern bietet auch die Förderung unrentierlicher Kosten für Projekte an, die für eine gezielte Erneuerung und Aufwertung eines Quartiers erforderlich werden. Ziel des integrierten Ansatzes ist, dass alle Fachbehörden in ihren jeweiligen Ressortprogrammen der Quartiersentwicklung Vorrang einräumen und somit einen Beitrag zur positiven Entwicklung in den Problemgebieten leisten. Für beide Programmbereiche können Bundesmittel aus entsprechenden Programmen des Bundes eingesetzt werden.

*Produkte*

P 1 Allgemeine Grundlagen der Stadterneuerung

Zusammenarbeit Hamburgs in der Stadterneuerung mit Bund und Ländern und der EU, für die Fortschreibung der Konzeption des Programms der Sozialen Stadtteilentwicklung, für Mitteleinwerbung, Mitteldisposition und Prioritätensetzung, für Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Erfahrungsaustausche und Evaluierung.

P 2 Städtebauliche Sanierung nach BauGB

Zurzeit sind in Hamburg 13 Sanierungsgebiete förmlich festgelegt; die Verfahren St. Georg S 1 (Lange Reihe) und Wilhelmsburg S 2 (Bahnhofsviertel) wurden im Jahre 2002 vom Senat aufgehoben. Die Vorbereitenden Untersuchungen im Gebiet Eimsbüttel-Süd / St. Pauli-Nord sind abgeschlossen, eine Senatsentscheidung über die förmliche Festlegung dieses Quartiers als Sanierungsgebiet steht in 2003 an. In den 5 Gebieten St. Pauli-Nord S1 (Schilleroper), Eimsbüttel S1 (Schanzenviertel/Weidenallee), Altona-Altstadt S2 (Chemnitzstraße), Wilhelmsburg S1 (Vogelhüttendeich) und Billstedt S3 (Mümmelmannsberg) sind die Erneuerungsmaßnahmen so weit abgeschlossen, dass ihre förmliche Aufhebung für das Jahr 2004 vorgesehen ist. Parallel werden Voruntersuchungen in 8 neuen Quartieren für den Zeitraum 2003/04 vorbereitet.

In diesem Produkt werden auch die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden innerhalb von Sanierungsgebieten zur Beseitigung städtebaulicher und baulicher Missstände und zum Erhalt und zur Verbesserung preiswerten Wohnraums erfasst

P 3 Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm

Zurzeit sind 22 STEP-Gebiete mit einer Fläche von rd. 1.300 ha und etwa 144.000 Einwohnern bestimmt. Mit der neuen „Globalrichtlinie über die Durchführung des hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms in der Verantwortung der Bezirksämter“ vom Dezember 2002 hat der Senat die Bezirke mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt. Als zusätzliches Verfahren wird mit Mitteln dieser Programmsäule das Bürgerbeteiligungsverfahren Wilhelmsburg gefördert.

P 4 Soziale Erhaltungsverordnungen

Der Senat reagiert mit dem Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen gemäß §172 BauGB auf unerwünschte Verdrängungen einkommensschwacher Bevölkerungskreise aus intakten innerstädtischen Wohngebieten. Derartige Verordnungen sind für drei Gebiete (Eimsbüttel-Nord / Hoheluft-West, Barmbek-Süd / Uhlenhorst, Südliche Neustadt) erlassen.

Um dem Entscheidungsprozeß über den weiteren Umgang mit der in diesen Gebieten gleichfalls geltenden Umwandlungsverordnung den erforderlichen zeitlichen Raum zu geben, hat der Senat diese befristete Verordnung zunächst um ein Jahr bis Ende 2003 verlängert.

<sup>15</sup> bis Nov. 2002

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.885	3.860	2662	3.509
• Betriebseinnahmen	-	-	-	739
• Investitionseinnahmen	4.885	3.860	2662	2.770
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.459			
• Personalausgaben	1.848			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.611	112	825	874
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	1.875	1.930	1.820	1.779
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	25.831	27.958	34.383	19.156

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	284			
• innerbehördlich ( 2004= 13,83 %)	256			
• überbehördlich (1,5%)	28			

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte*

Einnahmen

Finanzierungshilfen des Bundes für Sanierungsmaßnahmen (Titel 6100.331.02) und zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programm „Die soziale Stadt“, Titel 6100.331.03).

Sach- und Fachausgaben

Betriebsmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen (Städtebauliche Sanierung nach BauGB und Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Finanzierung für Voruntersuchungen und Gutachten, Datenermittlung und -aufbereitung, Stadtteilbüros, 1.603 Tsd. EUR, Titel 6100.547.10).

Investitionen

- Vorbereitung und Durchführung von Verfahren der Städtebaulichen Sanierung nach BauGB, auch Anteilsfinanzierung für Sanierungsmaßnahmen, die in anderen Einzelplänen veranschlagt sind (10.338 Tsd. EUR, Titel 6100.893.05)
- Vorbereitung und Durchführung von Verfahren nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm, 10.400 Tsd. EUR, Titel 6100.893.11)
- Zuschüsse an die Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) für Modernisierungs- und Grunderneuerungsmaßnahmen an Gebäuden und für Neubauten auf Grundstücken im Treuhandvermögen der STEG (2.168 Tsd. EUR, Titel 6100.891.02)
- Kosten für Ordnungsmaßnahmen (Entschädigungen, Abbruch, Verlagerung usw.) und für zwischenzeitlichen Grunderwerb in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten (2.200 Tsd. EUR, Titel 6100.821.02)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003 <sup>16</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	31,18			
P 1 Allgemeine Grundlagen der Stadterneuerung				
P 2 Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten				
Verfahren vorbereitende Untersuchungen (Sanierung)	8	8	offen	1
Sanierungsverfahren in Durchführung	9	14	14	13
Gesamtfläche der Sanierungsgebiete	92	338	395	300
Zahl der Einwohner in Sanierungsgebieten	18.900	48.900	65.200	45.700
Aufgehobene / abgerechnete Sanierungsverfahren	5	-	2	2
In bewilligte Modernisierungs- / Instandsetzungsvorhaben innerhalb von Sanierungsgebieten einbezogene WE	150	150	100	19
und betroffene Gewerbebetriebe	3	3	10	1

<sup>16</sup> Planzahlen 2003 aktualisiert

**Produktbereich 02**  
**Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**

P 3 Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten	Plan 2004	Plan 2003 <sup>17</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Verfahren in Vorbereitung	offen	offen		
Verfahren in Durchführung:				
Anzahl	10	22	24	22
Gesamtfläche der Gebiete in ha	100	1.300	offen	1.300
Zahl der Einwohner in STEP-Gebieten	100.000	144.000	offen	144.000
P 4 Soziale Erhaltungsverordnungen				
Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung	3	3	offen	offen
Anzahl der WE, für die ein Vorkaufsrecht ausgeübt wurde	offen	offen	offen	offen
Anzahl der von Abwendungsvereinbarungen betroffenen WE	offen	offen	offen	offen
Soziale Erhaltungsverordnungen in Vorbereitung	offen	offen	offen	offen
Anzahl der WE, für die bauliche Änderungen, Abrisse oder Änderungen der Nutzungsart beantragt wurden	offen	offen	offen	offen
Abgeschlossene Verfahren	offen	offen	offen	offen

**Produktgruppe 3 : Mieter- und Wohnraumschutz, Belegungsbindungen**

**Kapitel 6100**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
<p>Mieterschutz, Wohnraumschutz, Förderung von Mieterinnen und Mietern sowie Eigentümern von selbstgenutztem Wohnraum durch Wohngeld, Belegungsbindungen durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mietenpolitische Maßnahmen (Mietenspiegel und mietenverbilligende Maßnahmen)</li> <li>- die Gewährung von Wohngeld</li> <li>- die Aktivierung des Wohnungsbestandes zur Ausweitung bzw. besseren Nutzung des Wohnraumangebots</li> <li>- die Festlegung und Sicherung von Belegungsbindungen</li> </ul> <p>Das Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung erarbeitet im Rahmen seiner ministeriellen Aufgaben die rechtlichen und finanziellen Grundlagen bzw. wirkt an diesen mit und unterstützt die Bezirksverwaltung durch Vorgaben und Beratung bei ihren ausführenden Tätigkeiten auf diesen Gebieten. Außerdem erarbeitet das Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für einen aktiven Mieter- und Wohnraumschutz sowie zur Sicherstellung von Belegungsbindungen. Die Durchführung obliegt im Regelfall den Bezirksämtern.</p>	
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Ministerielle Angelegenheiten</p> <p>Rechtsetzung im Wohnungs-, Miet- und Wohngeldrecht; Fachaufsicht über die Bezirksämter bei der Umsetzung des Mieterschutzes sowie Wohnraumschutzes (z.B. Mietverbilligungen für kinderreiche Familien, Verhinderung der Zweckentfremdung sowie Erhaltung und Pflege von Wohnraum, Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen, Erstellung des Mietenspiegels)</p>
P 2	<p>Wohngeld</p> <p>Sicherstellung der rechtlichen, finanziellen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld</p>
P 3	<p>Belegungsbindungen</p> <p>Entwicklung und Fortschreibung von wohnungspolitischen Konzepten zur Sicherung von Belegungsbindungen für Anspruchsberechtigte, Freistellung von Belegungsbindungen, Vergabe von behindertengerechten Wohnungen</p>
P 4	<p>Information der Bevölkerung</p> <p>Mietertelefon, Wohnlagenverzeichnis, Mietenspiegel und weitere Informationsbroschüren</p>

<sup>17</sup> Planzahlen 2003 aktualisiert

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	82.000	82.000	77.000	-
• Betriebseinnahmen	82.000	82.000	77.000	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	165.612			
• Personalausgaben	965			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	164.648	164.299	154.917	167.027
- Zuwendungen	-	48	51	50
- gesetzliche Leistungen	164.000	164.000	154.000	166.400
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	12,5	-	213	3

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	147			
• innerbehördlich (2004=13,83%)	133			
• überbehördlich (1,5%)	14			

<i>Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Einnahmen</u>
Bei den Einnahmen handelt es sich um die Zuweisungen des Bundes für Wohngeld in Höhe von 82 Mio. EUR (P 2).
<u>Sach- und Fachausgaben</u>
Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:
- 164 Mio. EUR für Wohngeld (P 2) sowie
- rd. 442 Tsd. EUR für wohnungspolitische Maßnahmen (Mietverbilligungen an kinderreiche Familien)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	18,00			
P 2: Wohngeld				
Anzahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen	92.500	92.500 <sup>18</sup>	91.500	89.000 <sup>19</sup>
Anzahl der Haushalte, die die Höchstgrenze beim allgemeinen Wohngeld überschreiten	20.300	20.300 <sup>20</sup>	13.500	19.800 <sup>21</sup>
P 3: Belegungsbindungen				
Anzahl der gebundenen Wohnungen (1. Förderweg) in Hamburg insgesamt	140.000	148.000	148.000	150.000
Anzahl der Wohnungen, für die Belegungsbindungen <b>neu</b> ausgesprochen werden sollen / wurden	1.600	1.600	1.600	1.400
Mietverbilligung für kinderreiche Familien: begünstigte Haushalte	1.000	1.000	1.100	1.032
Umzugsprämien	6	6	6	5
P 4: Information der Bevölkerung				
Erstellung von Informationsbroschüren für Mieter; Anzahl Broschüren	1	1	1	4
Nachfragen am Mietertelefon (gesamt)	3.600	3.600	3.600	3.460

<sup>18</sup> Planzahlen 2003 aktualisiert

<sup>19</sup> Geschätzt auf Grund der Entwicklung bis zum 3. Quartal 2002

<sup>20</sup> Planzahlen 2003 aktualisiert

<sup>21</sup> Geschätzt auf Grund der Entwicklung bis zum 3. Quartal 2002

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Die Bodenordnung beinhaltet sowohl die allgemeine Umlegung, die Sanierungs-Umlegung und die Grenzregelung nach dem BauGB zum Flächentausch, zum -erwerb, und zur -bereitstellung sowie zur Aufhebung, Änderung und Begründung von Rechten an Grundstücken ggf. unter Einsatz städtebaulicher Verträge.

Z 1 Die bodenordnenden Maßnahmen – insbesondere die **Umlegungsverfahren** – haben das Ziel, in bestimmten Gebieten die grundstücksmäßigen Voraussetzungen für den Wohnungsneubau und andere Grundstücksnutzungen (z.B. Gewerbe- oder Freiflächennutzungen) vorzubereiten. In der Regel, um die in den jeweiligen verbindlichen Bauleitplänen oder Entwürfen vorgesehenen Nutzungen zu ermöglichen. Der Zuschnitt der vorhandenen Grundstücksflächen und alle Rechtsverhältnisse an den Grundstücken sollen so umgestaltet werden, dass die neugestalteten Grundstücke dem Planungs- und Baurecht entsprechend auch tatsächlich und zeitnah genutzt bzw. bebaut werden können.

Wesentliche Umlegungsverfahren sind auch im Zusammenhang mit der „wachsenden Stadt“ in Neugraben-Fischbek NF 15/65, am Finkenwerder Landscheideweg, in Wilhelmsburg – Bei der Windmühle –, im Ortskernbereich Fünfhausen, in Rahlstedt – Am Sooren – sowie im Zentrum von Wellingsbüttel in Bearbeitung.

Z 2 Darüber hinaus werden **Grenzregelungsverfahren** im (überwiegend) öffentlichen Interesse bei notwendiger Änderung von Grenzen einzelner benachbarter Grundstücke durchgeführt, um eine ordnungsgemäße Bebauung herbeizuführen oder baurechtswidrige Zustände zu beseitigen.

Z 3 **Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen** als Instrument der Städtebauförderung dienen dazu, im Rahmen eines auf die unverzügliche Realisierung gerichteten Verfahrens eine grundlegend geänderte städtebauliche Struktur in einem ungenutzten bzw. nicht seinen Möglichkeiten entsprechend genutzten Gebiet zu schaffen.

Vorbereitende Untersuchungen für erste städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen in Hamburg laufen für Teile der Hafen City, der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne und der Bahnflächen in Rothenburgsort.

Z 4 Die **Flurbereinigung** dient der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im ländlichen Raum durch Veränderung im Grundstücksbestand. Nach agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen sind zunächst ländliche Bodenordnungen in Bergedorf/Curslack vorgesehen.

*Produkte*

P 1 Grundlagen, Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (einschließlich Rechtsbetreuung für die Produktgruppen Stadterneuerung und Bodenordnung, der Flurbereinigung sowie vorbereitende Untersuchungen in Entwicklungsgebieten)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2000	500	1.023	362
• Betriebseinnahmen	2000	500	1.023	362
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.344			
• Personalausgaben	1.339			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5	5	5	5
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.683	1.201	1.100	2.666

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte*

Einnahmen

Rückzahlungen, Geldausgleiche und Geldbeiträge im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen ( 2.000 Tsd. EUR, Titel 6100.134.01, Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben beim Titel 6100.821.01 - Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschließlich Grunderwerb in Entwicklungsgebieten)

Investitionen

Geldleistungen und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen und für den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (4.683 Tsd. EUR, Titel 6100.821.01)

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	205			
• innerbehördlich (2004 = 13,83 %)	185			
• überbehördlich (1,5%)	20			

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	25,77			
Bodenordnungsverfahren in Untersuchung/Vorbereitung	8	8	12	7
Bodenordnungsverfahren in Bearbeitung	14	15	18	13
Zahl der in die Verfahren einbezogenen Flurstücke	350	360	380	380
In die Verfahren einbezogene Grundfläche in qm	1,9 Mio.	2,0 Mio.	1,8 Mio.	2,2 Mio.
Größe der insgesamt geregelten Grundstücksflächen in qm	50.000	40.000	50.000	31.000
Anzahl der ermöglichten WE	500	100	80	12
Wert der neuen Grundstücksflächen in Mio. Euro	5,0	3,5	3,6	2,4
Bereitgestellte Gewerbebauflächen in BGF in qm	2000	3.000	2.000	
Bereitgestellte öffentliche Grün-, Straßen- und Gewässerflächen in qm	20.000	10.000	3.000	735
Bereitgestellte Flächen für sonstige öffentliche Zwecke (Schulen, Kindertagesheime u.a.) in qm	2.000	5.000	500	
Zielerreichungsgrad bei der Bebauungsplan-Umsetzung in %	85	80	75	75
Anteil der einvernehmlichen Regelungen in %	70	75	70	90
Anteil der hoheitlichen Regelungen in %	30	25	30	10
Grenzregelungsverfahren	18	23	10	28
a) in Vorbereitung	4	5	3	4
b) in der Durchführung	8	9	2	19
c) abgeschlossen	6	9	5	5
Entwicklungsmaßnahmen				
• Verfahren in Vorbereitung	3	3	2	3
• Gebietsgröße in ha	300	300	300	300

**Produktbereich 03**  
**Bauordnung und Hochbau**

**Produktbereich 03: Bauordnung und Hochbau**

**Kapitel 6200**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	683	689	664	984
Personalausgaben in Tsd. EUR	10.310			
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	673	674	674	615
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	250	275	400	240
Stellen	95,5			

<i>Ziele des Produktbereiches</i> Gefahrenfreies, wirtschaftliches, umweltschonendes und ökologisches Bauen und Nutzen durch Private und Staat über Regelsetzung, Überwachung der Umsetzung und Beratung
<i>Produktgruppen – Überblick</i> PG 1 Bauordnung PG 2 Hochbau

**Produktgruppe 1: Bauordnung**

**Kapitel 6200**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i> Ausschluss von Gefährdungen bzw. Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen für Menschen, Sachgüter sowie die natürlichen Lebensgrundlagen beim Einrichten, Nutzen, Ändern und Abbrechen baulicher Anlagen; Gewährleistung des Einbezugs sozialer und baupflegerischer Belange
<i>Produkte</i> P 1 Erarbeitung und Fortschreibung von Regeln auf Europa-, Bundes- und Länderebene P 2 Fachliche Lenkung bauaufsichtlicher Belange und Fachaufsicht einschließlich Regelsetzung und vorbehaltener Entscheidungen in besonderen Fällen P 3 Prüfung, Anerkennung und Überwachung von Prüfindingenieuren und Sachverständigen P 4 Überwachung des Personen- und Umweltschutzes auf Baustellen sowie der Tariftreue bei öffentlichen Bauten P 5 Prüfung bautechnischer und haustechnischer Nachweise und Überwachung baulicher Anlagen hinsichtlich der Standsicherheit und Haustechnik P 6 Genehmigungen in Spezialbereichen des Bau- und Immissionsschutzrechts

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	658	659	659	968
• Betriebseinnahmen	658	659	659	968
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.459			
• Personalausgaben	3.804			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	655	656	651	597
- Zuwendungen	-	-	-	
- gesetzliche Leistungen	607	607	607	548
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	583			
• innerbehördlich (2004 = 13,83)	526			
• überbehördlich (1,5%)	57			

<p><i>Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p><u>Einnahmen</u></p> <p>Veranschlagt sind Erstattungen seitens der Bauträger für die mit der Prüfung bautechnischer Nachweise beauftragten Prüffingenieure und Sachverständigen sowie Verwaltungsgebühren, die aufgrund vielfältiger, spezifischer Amtshandlungen erhoben werden (P 5 + P 6)</p> <p><u>Personalausgaben</u></p> <p>Schwerpunkte des Personaleinsatzes liegen bei der ministeriellen Tätigkeit, bei der Prüfung bautechnischer Nachweise (P 5) sowie bei Kontrollen auf Baustellen (P 4).</p> <p><u>Sach- und Fachausgaben</u></p> <p>Überwiegend veranschlagt sind Ausgaben für die Beauftragung von Prüffingenieuren und Sachverständigen zur Prüfung von bautechnischen Nachweisen als Teil des Baugenehmigungsverfahrens (P 5).</p>
--

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	72,3			
Mitarbeit in Ausschüssen, Gremien, Kommissionen und Projektgruppen auf Bundes- und Länderebene (Anzahl der Ausschüsse)	15	15		15
Mitwirkung an Gesetzen/Verordnungen, Globalrichtlinien sowie Erarbeitung von Technischen Baubestimmungen (Anzahl der Vorschriften)	16	16		16
Mitwirkung an Bauleitplanung und naturschutzrechtlichen Verfahren durch Einbringen bauaufsichtlicher Belange; (Anzahl der Verfahren)	129	129		129
Herausgabe von Bauprüfdiensten und fachtechnischen Informationen; (Anzahl der Schriften)	15	15		15
Beratung und fachliche Einzelfallentscheidung zu planungs- und bauordnungs-rechtlichen, immissions-schutz- und gewerbe-rechtlichen Vorschriften (geschätzte Anzahl der Vorgänge)	ca. 11.000	ca. 11.000		ca. 11.000
Fortbildungsveranstaltungen zum Planungs- und Bauordnungsrecht (Anzahl der Veranstaltungen)	6	6		6
Anerkennung und Betreuung der Sachverständigen und Prüffingenieure (Anzahl der Personen)	130	130		123
Entscheidung in Fällen besonderer baurechtlicher Bedeutung (u.a. Baukommission ABH, Arbeitskreis Gewerbebau, Theaterkommission, Sonderthemen des Bauordnungsrechts) (Anzahl der Bauvorhaben)	600	600		547
Genehmigungen in Spezialbereichen des Bau- und Immissionsschutzrechts (bauliche Anlagen des Bundes u. d. Länder; Nacharbeit; baulicher Zivilschutz; Fliegende Bauten; Bauprodukte und Bauarten) (Anzahl der Genehmigungen)	1.100	1.100		1.015
Kontrolle der Baustellen hinsichtlich des Personen- und Umweltschutzes sowie der Tariftreue und des Nachunternehmereinsatzes (Anzahl der Baustellenkontrollen)	6.600	6.600		6.538
Bearbeiten von Ingenieurverträgen für bautechnische Prüfungen (Anzahl der Verträge)	1.700	1.700		1.638
Prüfung und Überwachung von haustechnischen Anlagen (Starkstrom-, Lüftungs-, Feuerungs-, Blitzschutzanlagen) (Anzahl der Bauwerke)	860	860		860

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Gewährleistung eines einheitlichen rechtlichen und verfahrensmäßigen sowie wirtschaftlichen Handelns in der hamburgischen Verwaltung im Bereich Hochbau durch fachliche Beratung und Hilfestellungen sowie Qualitätssicherung von Planung und Bauausführung.

*Produkte*

- P 1 Fachliche Grundlagenarbeit und Querschnittsaufgaben
- P 2 Fachliche und wirtschaftliche Beratung
- P 3 Service und Informationsdienste
- P 4 Ausbildung und Fortbildung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	25	30	5	16
• Betriebseinnahmen	25	30	5	16
• Investitionseinnahmen	-	-	-	
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.334			
• Personalausgaben	1.316			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	18	18	23	18
- Zuwendungen	-	-	-	
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	250	275	400	240

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	202			
• innerbehördlich (2004 = 13,83)	182			
• überbehördlich (1,5%)	20			

*Ausgabenschwerpunkte*

Personalausgaben

Schwerpunkt des Personaleinsatzes sind die ministeriellen Tätigkeiten sowie die fachliche Grundlagenarbeit und Beratung der Zentralen baufachlichen Instanz.

Investitionsausgaben

Zentral für die hamburgische Hochbauverwaltung werden hier die Kosten für Architektenwettbewerbe bzw. Untersuchungen an öffentlichen Hochbauten veranschlagt (Titel 799.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	23,2			
Mitarbeit in Ausschüssen, Gremien, Kommissionen und Projektgruppen auf Bundes- und Länderebene (Anzahl der Ausschüsse)	16	16	16	16
Erarbeitung und Herausgabe von Fachrichtlinien und baufachlichen Informationen (Anzahl der Schriften)	39	39	39	39
Fachberatungen (Grundsatz Hochbau, technische Gebäudeausrüstung, VOB, HOAI, Statik) (Anzahl der Bauwerke)	291	291	291	291
Baufachliche Begutachtungen (Anzahl der Bauwerke)	61	61	61	61
Prüfung und Beratung von Zuwendungsbauten (Anzahl der Bauwerke)	9	9	9	9
Ausbildung von Baureferendaren, Technischen Oberinspektorenanwärtern und Bauzeichnern für die hamburgische Verwaltung (Anzahl der Personen)	16	16	16	16
Fortbildungsveranstaltungen zum staatlichen Hochbau (Anzahl der Veranstaltungen)	5	5	5	5

Produktbereich 04: Verkehr und Straßenwesen

Kapitel 6300

Produktbereichskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003 <sup>22</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	145.927	155.018	129.649	194.344
Personalausgaben in Tsd. EUR	16.577			
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	179.371	177.135	160.397	176.493
• davon hamburgischer Haushalt	167.396	165.395	147.886	164.533
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	180.983	206.587	155.822	183.283
• davon hamburgischer Haushalt	96.421	110.835	119.081	144.490
Stellen	160,5			

*Ziele der Produktgruppen und Erläuterungen zur Entwicklung:*

Der Produktbereich „Verkehr und Straßenwesen“ deckt alle projektunabhängigen, ministeriellen sowie zentralen kommunalen und fachbehördlichen Aufgaben der BBV im Bereich Verkehr und Straßenwesen ab.

Im Bereich Verkehr gehören dazu neben der Entwicklung und Vertretung der verkehrspolitischen Interessen und Zielsetzungen Hamburgs in der Stadt und dem Umlandraum insbesondere die Belange des ÖPNV mit Verkehrsangeboten und Tarifen.

Im Bereich Straßenwesen gehören dazu auch die Aufgaben in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen). Weiterhin werden hier für die unterschiedlichen Leistungsbereiche (Stadtstraßen, Bundesfernstraßen, Schienenverkehr – besonders ÖPNV, Erschließungen, Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen) alle Maßnahmen entwickelt und in der Finanzierung gesichert, mit deren Durchführung das Amt für Bau und Betrieb oder andere beauftragt werden.

Die Leistungsvereinbarung innerhalb der BBV folgt dem Besteller-/Erstellerprinzip und wird über das Bauprogramm in einem Kontraktmanagement geregelt.

Den Produktbereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Z 1 Verkehrspolitische Grundsatzangelegenheiten auf Bundes- und EU-Ebene
- Z 2 Verkehrsplanung
- Z 3 Ausbau der Infrastruktur für den ÖPNV auf der Schiene und Straße
- Z 4 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb)
- Z 5 Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
- Z 6 Erhöhung der Verkehrssicherheit, Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
- Z 7 Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten
- Z 8 Verbesserung der Infrastruktur und der Sicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger

*Produktgruppen – Überblick*

- PG 1 Verkehrsplanung [ehem. Kap. 6500 PG 1]
- PG 2 Öffentlicher Personennahverkehr [ehem. Kap. 6500 PG 2]
- PG 3 Schienen- und Straßengüterverkehr, verkehrsrechtliche Genehmigungen [ehem. Kap. 6500 PG 3]
- PG 4 Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur [ehem. Kap. 6300 PG 1]
- PG 5 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen) [ehem. Kap. 6300 PG 2 und Kap. 6500 - teilweise]
- PG 6 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene) [ehem. Kap. 6300 PG 3]
- PG 7 Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie [ehem. Kap. 6300 PG 4]
- PG 8 Zentrale kommunale Aufgaben [ehem. Kap. 6300 PG 5]

<sup>22</sup> Die Vergleichszahlen sind z. T. nicht identisch mit dem Zahlenwerk (Einzelplanübersicht), da SAP eine Splittung der Vergleichszahlen nicht zulässt. Wird ein Titel aufgeteilt, wird die Vergleichszahl nach dem Überwiegenheitsprinzip bei einem Titel zu 100% ausgewiesen.

**Produktgruppe 1: Verkehrsplanung**

**Kapitel 6300**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Eine angemessene verkehrliche Infrastruktur dient dem Erhalt und Ausbau des Standortes Hamburg für Wirtschaft, Einkauf, Handwerk, Dienstleistung, Wohnen, Arbeit, Tourismus und Erholung. Ziel ist daher die Förderung von sicherem, wirtschaftlichem, sozialverträglichem und umweltgerechtem Personen- und Güterverkehr durch entsprechende Verkehrsuntersuchungen und -planungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

*Produkte*

- P 1 Vertretung Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostseeanrainer-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene, übergeordnete Projekte (z.B. transeuropäische Netze)
- P 2 Verkehrsentwicklungsplanung, bedeutsame Einzelprojekte (z.B. Güterverkehrszentren, Telematikanwendungen), Planungsangelegenheiten des Bundes und der Nachbarländer; Verkehrsdaten (Erfassung und Aufbereitung von Verkehrsdaten, Aufbau und Fortführung der Verkehrsdatenbank, Datenveröffentlichung)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	260
• Betriebseinnahmen	-	-	-	260
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.663			
• Personalausgaben	1.267			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	394	394	312	529
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	768	800	1.000	1.297
- Zuwendungen	50	50	50	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	194			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	175			
• überbehördlich (1,5%)	19			

*Ausgabenschwerpunkte*

Personalausgaben

Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere

- die Bereiche Telematikanwendungen, Verbesserung der Schienenanbindung nach Berlin sowie die Bundesverkehrswegeplanung (P 2),

Sach- und Fachausgaben

- Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Planungen und aktuelle Maßnahmen als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen (P 2),
- Durchführung von Verkehrszählungen und Aufbau einer Verkehrsdatenbank zur Schaffung von Basisdaten für das tägliche Verwaltungshandeln sowie zahlreiche verkehrstechnische und -politische Entscheidungen (Einzelprojekte, Bebauungsplanverfahren etc.) (P 2).

Investitionen

- Gutachten und Untersuchungen im Rahmen von Verkehrsplanungen und vorhabensbezogene Planungen (P 2),
- Aufbau eines Verkehrsinformations-Systems für die Region Hamburg (P 2).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	24,5			

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Vorbehaltsnetz in km	1.230	1.200	1.200	1.200
„Tempo-30“ Strecken in km	1.800	1.750	1.750	1.750
Busspuren in km	40	40	40	40

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Begleitung Hamburg-übergreifender Untersuchungen Dritter mit verkehrlicher Relevanz	19	18	18	18
Verkehrszählungen	550	550	450	530

<i>Quantitätskennzahlen</i>	2001	2000	1995	1990
Entwicklung des Verkehrs an Werktagen (1980 = 100)				
Kfz auf allen Straßen der FHH (gesamt)	133	133	130	126
Kfz auf allen Autobahnen	182	180	176	154
Fahrradverkehr (gesamt) – (1984 = 100)	128	126	120	113
Motorisierungsentwicklung (PKW/1000 Einwohner)	140	134	122	120

**Produktgruppe 2: Öffentlicher Personennahverkehr**

**Kapitel 6300**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Steigerung der Benutzung von Schnellbahnen, Bussen und Hafenfähren im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes durch ein attraktives Leistungsangebot der Verkehrsunternehmen im HVV nach dem Prinzip „Ein Fahrschein, ein Fahrplan, ein Tarif“ unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV.

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Z 1 ÖPNV, Leistungsangebot, Finanzierungsfragen
- Z 2 Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV
- Z 3 Tarifgestaltung des HVV (z.B. Vorbereitung der Genehmigung der HVV-Tarife)
- Z 4 Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bedienungsraum des HVV
- P 5 Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade
- P 6 U-Bahn Bramfeld-HafenCity

*Produkte*

- P 1 ÖPNV/HVV-Verbundstruktur (Abstimmung aller HVV-Leistungen mit den Gebietskörperschaften im HVV-Bedienungsraum und den Verkehrsunternehmen)
- P 2 Leistungsangebot und Finanzierung des ÖPNV (Angebotsstandards, Leistungsmerkmale, Betriebskosten- und Investitionsfinanzierung), Fahrplanangebot, Tarifgenehmigungen
- P 3 Fachliche Belange der Verkehrsunternehmen
- P 4 Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade
- P 5 U-Bahn Bramfeld-HafenCity

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	128.142	135.116	111.500	170.579
• Betriebseinnahmen	113.619	120.593	96.977	80.249
• Investitionseinnahmen	14.523	14.523	14.523	85.497
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	160.047			
• Personalausgaben	690			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	159.357	157.452	136.217	148.854
– Zuwendungen	107.324	105.380	75.787	96.884
– gesetzliche Leistungen	49.315	49.311	49.311	49.317
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	23.996	25.677	27.517	47.658
– Zuwendungen	23.726	25.605	24.282	46.857

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	105			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	95			
• überbehördlich (1,5%)	10			

**Produktbereich 04**  
**Verkehr und Straßenwesen**

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte*

Einnahmen

Die wesentlichen Einnahmequellen in dieser Produktgruppe sind:

- Beteiligungen des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum,
- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz,
- Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz,
- Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung.

Personalausgaben

Personelle Schwerpunkte liegen insbesondere

- in der Umsetzung der Auswirkungen der neuen Einnahmeverteilung im HVV, -
- in der Verbundausweitung,
- bei den Verhandlungen über die Flughafen S-Bahn (Betriebskosten-Finanzierung),
- bei den Verhandlungen über die Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade,
- in Finanzierungsfragen zur Erschließung der Hafencity und zur Planung und zum Bau der U-Bahn-Linie 4,
- in der Zusammenarbeit mit dem Umland im HVV.

Sach- und Fachausgaben

Bei den Sach- und Fachausgaben dominieren insbesondere die Zuschüsse zu den Betriebskosten der S-Bahn an die Deutsche Bahn AG und die Gewährung von Zuwendungen an Verkehrsunternehmen.

Investitionen:

- Investitionszuschüsse an die Verkehrsunternehmen (P 2),
- Bereitstellung der Finanzierung/Mitfinanzierung für P+R-Anlagen und für private Stellplatzbauten (P 2).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen (ohne Verkehrsunternehmen und HVV)	13,0			

<i>Ergebnis</i>	2002	2001	1995	1990
<u>Daten der Verkehrsunternehmen im HVV:</u>				
Fahrgastzahlen (HVV-Verbund) in Mio.		501,8	481,1	436,0
Fahrten im HVV/Einwohner im Verkehrsraum des HVV		190	186	175
Streckennetz gesamt in km, davon	Daten	2.218,7	2.155,2	1.955,
• Schiene	lagen bei	312,7	298,0	293,9
• Bus	Redaktions-	1.882,9	1.834,1	1.635,7
• Schiff	schluss	23,1	24,6	22,4
Haltestellen	noch nicht	3.294	2.968	2.882
Wagen-/Schiffskilometer (in Mio.)	vor	209,7	202,3	175,4
Zugkilometer (in Mio.)		25,3	24,6	22,4
Platzkilometer (in Mio.)		23.412,0	22.107,3	25.681,2

<i>Behindertenfreundlicher Umbau von Zugängen an Schnellbahnhaltstellen (U- und S-Bahn)</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Haltestellen im Betrieb (HVV-Gebiet) Anzahl	160	160	160	160
davon behindertengerecht ausgebaut Anzahl	46	46	44	44

**Produktgruppe 3: Schienen- und Straßengüterverkehr, verkehrsrechtliche Genehmigungen**

**Kapitel 6300**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

Gewährleistung ordnungspolitischer Rahmenvorgaben für Zulassung und Betrieb von Eisenbahnunternehmen und Unternehmen des gewerblichen Straßenverkehrs sowie Mitgestaltung bei der Fortschreibung dieser Vorgaben.

*Produkte*

- P 1 Grundsatzangelegenheiten des Eisenbahn-, Straßengüter- und Hinterlandverkehrs; Landeseisenbahnaufsicht
- P 2 Genehmigungsverfahren Schiene
- P 3 Ordnungsrechtliche Aufgaben (Betriebsgenehmigungen für Straßengüterverkehr, Omnibusse und Taxen, einschließlich Überwachung und Ordnungswidrigkeiten)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	500	592	392	433
• Betriebseinnahmen	500	592	392	433
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	804			
• Personalausgaben	799			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	6	6	7	6
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	123			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	111			
• überbehördlich (1,5%)	12			

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Personalausgaben</u>
Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere
• die Wahrnehmung von Landesaufgaben für diesen Produktbereich (Umsetzung von Europa- und Bundesrecht, Mitwirkung bei der Fortschreibung der rechtlichen Rahmenvorgaben (P 1),
• Sachbearbeitung im Zusammenhang mit der Landeseisenbahnaufsicht und den Genehmigungsverfahren für den Güter-, Omnibus- und Taxenverkehr (P 2 u. P 3).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	18			
<u>Landeseisenbahnaufsicht</u>				
• Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen (Eisenbahnunternehmen, Gleisanschlüsse, Bahnübergänge, Plangenehmigungsverfahren)	80	80	80	80
• Eisenbahnrechtliche Sicherheitsüberwachung von Gleisanlagen und Bahnübergängen (in Zusammenarbeit mit der Technischen Landeseisenbahnaufsicht der Behörde für Wirtschaft und Arbeit – Strom- und Hafenaufbau)	60	60	60	50

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<u>Güterkraftverkehr</u>				
• Erlaubnisse und Lizenzen (Gesamtbestand)	1.100	1.100	1.300	1.062
<u>dazu Bearbeitungsvorgänge :</u>				
- Erteilungen	220	220	200	199
- Wiedererteilungen	65	65	60	58
- Rückgaben	35	35	35	41
- Veränderungen	150	150	150	120
• Beschwerden und Kontrollanzeigen	450	450	400	350
- davon Ordnungswidrigkeiten	350	350	300	250
<u>Omnibusverkehr</u>				
• Genehmigungen (Gesamtbestand)	325	290	250	312
<u>dazu Bearbeitungsvorgänge :</u>				
- Erteilungen	40	35	35	34
- Wiedererteilungen	45	40	40	37
- Rückgaben	5	5	5	1
- Veränderungen	80	70	70	65
• Beschwerden und Kontrollanzeigen	100	80	70	65
- davon Ordnungswidrigkeiten	30	25	20	15

**Produktbereich 04**  
**Verkehr und Straßenwesen**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<u>Taxen- und Mietwagenverkehr</u>				
• Genehmigungen (Gesamtbestand)	2.100	2.100	2.100	2.130
<u>dazu Bearbeitungsvorgänge :</u>				
- Erteilungen	350	400	400	301
- Erneuerungen	550	550	550	550
- Rückgaben	200	200	200	199
- Änderungen	1.450	1.550	1.600	1.327
• Beschwerden und Kontrollanzeigen	1.400	750	600	1.675
- davon Ordnungswidrigkeiten	900	400	300	1.025

**Produktgruppe 4: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur** **Kapitel 6300**  
**(Stadt- und Bundesfernstraßen)**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:</i>	
Z 1	Optimierung der Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen unter Bedarfsgesichtspunkten und Finanzierungsmöglichkeiten
Z 2	Prioritätsgerechte Erneuerung und Grundinstandsetzung der Anlagen

<i>Produkte:</i>	
P 1	Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen
P 2	Grundinstandsetzung von Straßen
P 3	Grundinstandsetzung und Erneuerung von Brücken und Ingenieurbauwerken

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.090	1.590	1.083	7.260
• – Betriebseinnahmen	2.090	1.590	1.083	7.260
• – Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.024			
• Personalausgaben	417			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	19.581	19.248	23.827	27.064
- davon hamburgischer Haushalt	7.606	7.510	11.316	15.104
- Zuwendungen	-	-	-	-
• gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	35.929	35.829	52.375	60.703
- davon hamburgischer Haushalt	22.662	27.628	41.254	42.137

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	64			
• innerbehördlich(2004 = 13,83%)	58			
• überbehördlich (1,5%)	6			

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:*

Einnahmen

Auf der Einnahmeseite dominieren in dieser Produktgruppe die

- Erlöse aus dem Verkauf von nicht mehr benötigtem Straßengrund (P1, 2.000 Tsd. EUR).

Personalausgaben

Personelle Schwerpunkte bilden die

- Entwicklung von Erhaltungsprogrammen einschließlich Finanzierungssicherungen sowie die
- Optimierung der Unterhaltung und Instandsetzung mit dem
- Aufbau einer Zustandserfassung und Bewertung (ZEB) für Straßen.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die

- Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (P1, 7.606 Tsd. EUR), die entsprechend der Zuständigkeit nach dem Hamburgischen Wegegesetz weit überwiegend als Rahmenvorgabe an die Bezirke veranschlagt sind.

Investitionen

Die Substanzerhaltung der Verkehrsinfrastruktur erfordert regelmäßig auch die Erneuerung oder Grundinstandsetzung der Anlagen. Im Einzelnen vgl. Erläuterungen zu den Titeln 741.09, 741.14, 741.81, 775.23, 785.02 und 785.06.

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	7,0			
<b><u>Stadtstraßen</u></b>				
Länge der Stadtstraßen in km	3.705	3.703	3.703	3.703
<b>Unterhaltung und Instandsetzung von Verkehrsflächen</b>				
Fahrbahnen in m <sup>2</sup>	25.300.000	25.300.000	25.300.000	25.299.475
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 6) in Tsd. EUR	2.862	2.653	2.653	2.653
Sachmittelbereitstellung <sup>23</sup> in EUR/m <sup>2</sup>	0,11	0,10	0,10	0,10
Geh-, Radweg- und Bankettflächen in m <sup>2</sup>	24.000.000	24.000.000	24.000.000	23.824.922
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 7) in Tsd. EUR	1.790	1.790	1.790	1.790
Sachmittelbereitstellung in EUR/m <sup>2</sup>	0,08	0,08	0,08	0,08
Stellplatzflächen in m <sup>2</sup>	4.250.000	4.250.000	4.250.000	4.233.923
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 8) in Tsd. EUR	77	77	77	77
Sachmittelbereitstellung in EUR/m <sup>2</sup>	0,02	0,02	0,02	0,02
Straßengräben (einschl. Verrohrungen) in m	475.000	475.000	475.000	471.514
Verkehrszeichen Anzahl	195.000	195.000	195.000	195.000
<b><u>Bundesfernstraßen</u></b>				
<b>Verkehrsflächen (Straßengrund)</b>				
Fahrbahnen und befestigte Nebenflächen in m <sup>2</sup>	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000
Neben- und Grünflächen in m <sup>2</sup>	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000
<b><u>Bundesstraßen</u></b>				
anbaufreie Strecken <sup>24</sup> in m	22.059	22.059	22.059	22.059

<sup>23</sup> ohne Sonderprogramme „Straßenschäden“

<sup>24</sup> Sonstige Bundesstraßen (Ortsdurchfahrten) sind bei den Stadtstraßen erfasst.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Fortsetzung des Ausbaus von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen) im Bereich der globalen Programme, z.B. zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Unfallstellen, dem passiven Lärmschutz sowie zur Beseitigung von Engpässen und der Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
Z 2	Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV auf der Straße. Die Zielsetzung wird mit zusätzlichen Mitteln aus dem Fonds der Ausgleichsbeträge für die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen (z.B. Einrichtung einer Busbeschleunigung auf der Linie 25) gefördert
Z 3	Fortsetzung der baulichen Realisierung von Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen z.B. im Umfeld der Umgehung Fuhlsbüttel und Berner Heerweg im Zusammenhang mit dem Ausbau Friedrich-Ebert-Damm
Z 4	Fertigstellung der Gesamtmaßnahme 4. Röhre Elbtunnel bis 2005 nach Verkehrsfreigabe 2002
Z 5	Verbesserung des Ausbauszustands von Hauptverkehrsstraßen (siehe P 6)
Z 6	Entlastung Finkenwerders vom Durchgangsverkehr

<i>Produkte:</i>	
P 1	Konkrete Verkehrsuntersuchungen und -konzepte Verkehrsinfrastruktur Straße (insbesondere vorhabensbezogene Verkehrsuntersuchungen, Park + Ride)
P 2	Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Unfallstellen (Knoten Mittelweg/Frauenthal/Harvestehuder Weg)
P 3	Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs (z. B. Bebelallee, Meiendorfer Straße, Tangstedter Landstraße)
P 4	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße
P 5	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen u. d. Bauprogramm Bundesfernstraßen (Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Flughafenquartier, Langenhorner Chaussee, Umbau Krohnstieg zw. Niendorfer Str. und Torfstück)
P 6	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen, Brücken, Tunneln u. sonst. Ingenieurbauwerken einschl. Lärmschutz (vor allem Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm, Umbau Sengelmannstraße, Umgestaltung Spielbudenplatz, Ausbau Am Stadtrand sowie Ölmühlenweg, Neugestaltung Jungfernstieg)
P 7	Großprojekt 4. Röhre Elbtunnel
P 8	Großprojekt Ortsumgehung Finkenwerder

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	11.530	11.530	11.830	15.583
• Betriebseinnahmen				
• Investitionseinnahmen	11.530	11.530	11.830	15.583
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	950			
• Personalausgaben	944			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	6	6	6	5
- Zuwendungen				
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	82.022	102.499	39.947	34.674
- davon hamburgischer Haushalt	16.274	19.426	13.593	15.428
- Zuwendungen	80	80	80	78

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	145			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	131			
• überbehördlich (1,5%)	14			

<i>Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte:</i>	
<u>Einnahmen</u>	
Die Einnahmen in dieser Produktgruppe setzen sich hauptsächlich zusammen aus den	
•	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den kommunalen Straßenbau (7.230 Tsd. EUR) und den
•	Allgemeinen Wegebaubeiträgen (4.300 Tsd. EUR).

Personalausgaben

Den personellen Schwerpunkt bildet die Projektentwicklung entsprechend den Zielen und Produkten einschließlich der Finanzierungssicherungen als Besteller und die Vereinbarung entsprechender Leistung mit dem Ersteller in einem Kontraktmanagement.

Investitionen

Als Einzelmaßnahmen sind

- Gutachten und Untersuchungen im Rahmen von konkreten Verkehrskonzepten (Verkehrsinfrastruktur ÖPNV und Straße),
- Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichbeträgen nach der Hamburgischen Bauordnung,
- die Verlängerung des Friedrich-Ebert-Dammes (P6),
- Ausbau Am Stadtrand (P6),
- Ausbau Krohnstieg (P6),
- die Umgehung Finkenwerder (P8)

veranschlagt.

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	17			

Quantitätskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Bewohnerparken – Untersuchungen	2	0	0	0
Park+Ride-Untersuchungen (Haltestellen)	42	42	43	42
Bike+Ride-Untersuchungen (Haltestellen)	128	128	128	128
Verkehrsuntersuchungen	60	60	60	69
Anzahl Park+Ride-Stellplätze	9.600	9.400	9.400	8.700
Anzahl Bike+Ride-Stellplätze	13.800	12.600	12.600	13.400

Quantitätskennzahlen	Ergebnis 2002	2001	1996	1991
Auslastung Park+Ride-Anlagen	93 %	93 %	87 %	86 %
Auslastung Bike+Ride-Anlagen	80 %	65 % <sup>25</sup>	80 %	

**Produktgruppe 6: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)**

**Kapitel 6300**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:*

- Z 1 Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek zur Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Z 2 Fertigstellung und Inbetriebnahme der Schnellbahnanbindung des Flughafens im Jahre 2007
- Z 3 Fertigstellung und Inbetriebnahme des zweigleisigen Ausbaues der AKN im Jahre 2005
- Z 4 Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade
- Z 5 U-Bahn Bramfeld – HafenCity

*Produkte:*

- P 1 Konkrete Verkehrsuntersuchungen und -konzepte Verkehrsinfrastruktur ÖPNV
- P 2 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und sonst. Maßnahmen an Bahnanlagen
- P 3 Großprojekt Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek
- P 4 Großprojekt Schnellbahnanbindung des Flughafens
- P 5 Großprojekt zweigleisiger Ausbau der AKN
- P 6 Großprojekt Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade
- P 7 Großprojekt U-Bahn Bramfeld – HafenCity

<sup>25</sup> witterungsbedingt

**Produktbereich 04**  
**Verkehr und Straßenwesen**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR				7.058
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	7.058
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	752			
• Personalausgaben	748			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	4	4	5	4
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	14.125	17.458	10.128	8.198
- Zuwendungen	43	2	-	13

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	114			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	103			
• überbehördlich (1,5%)	11			

*Ausgabenschwerpunkte:*

Personalausgaben

Der personelle Schwerpunkt liegt bei der Vertretung hamburgischer Interessen bei der Entwicklung von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und der Finanzierungsabwicklung für Kostenanteile des Straßenbaulastträgers oder sonstiger vertraglich vereinbarter Kostenanteile Hamburgs.

Investitionen

Die veranschlagten Investitionsmittel decken den Finanzbedarf der Kostenanteile Hamburgs für

- die Schnellbahnanbindung des Flughafens (P 4),
- die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (P 3) sowie
- den zweigleisigen Ausbau der AKN in Eidelstedt (P 5) ab.

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	13,5			

**Produktgruppe 7: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie**

**Kapitel 6300**

*Ziele der Produkte und Erläuterungen zur Entwicklung:*

Z 1 Erschließungen für Wohnungsbau entsprechend dem Ziel wachsende Stadt

Z 2 Die Gewerbe- und Industrieerschließung ist auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg ausgerichtet (Die Mittel für die Industrieerschließung sind im Einzelplan 7 der Behörde für Wirtschaft und Arbeit veranschlagt)

*Produkte:*

- P 1 Wohnungsbauerschließungen
- P 2 Gewerbeerschließungen
- P 3 Industrieerschließungen
- P 4 Sonstige Erschließungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.000	3.030	4.000	806
• Betriebseinnahmen	-	-	-	6
• Investitionseinnahmen	3.000	3.030	4.000	800

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	746			
• Personalausgaben	742			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5	5	5	14
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	9
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	17.395	21.063	28.960	28.254
- Zuwendungen	770	976	1.399	1.470

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	114			
• Innerbehördlich (2004 = 13,83%)	103			
• überbehördlich (1,5%)	11			

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:*

Einnahmen

Die Einnahmen in der Produktgruppe 7 enthalten ausschließlich die Kostenanteile von Bauträgern für

- allgemeine Erschließungen und
- Großprojekte des Wohnungsbaus

(vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.02 und 341.06).

Personalausgaben

Die Personalaufwendungen betreffen im wesentlichen die Beratung von Bauträgern, die Projektprüfung und Entwicklung von Erschließungsmaßnahmen, die Beurteilung von Erschließungskonzepten einschließlich Koordinierung und Ablaufüberwachung als Besteller. Dazu gehört der Abschluss von Erschließungs- und Folgekostenverträgen nach dem Baugesetzbuch und öffentlich-rechtlichen Verträgen nach dem Hamburgischen Wegegesetz einschließlich der Finanzierungssicherung sowie der haushaltstechnischen und finanziellen Steuerung und Abwicklung.

Investitionen

Die im Aufgabenbereich allgemeine Erschließungen (Titel 788.01) veranschlagten Mittel dienen insbesondere dem Wohnungsbau und der Gewerbeerschließung. Die Zahl der zu bearbeitenden Erschließungsvorhaben steigt bei zunehmender Kleinteiligkeit insgesamt an.

Die für Großprojekte im Wohnungsbau veranschlagten Mittel orientieren sich an den projektbezogenen Bedarfen (vgl. Erläuterungen zu 789.01).

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sind im Einzelplan 7 weitere Erschließungsmittel veranschlagt. Sie werden zur Projektabwicklung in die Anordnungsbefugnis der Behörde für Bau und Verkehr übertragen.

<i>Kennzahlen</i>		Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen		14,5			
<b>P 1 und 2: Wohnungsbau- /Gewerbeerschließungen</b>					
Erschließungsvorhaben gesamt (Wohnen und Gewerbe)	Anzahl	250	250	250	234
• Anteil Wohnen	Anzahl	150	150	150	151
• Anteil Gewerbe	Anzahl	100	100	100	83
<i>Kennzahlen</i>		Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<b>P 1: Wohnungsbauerschließungen</b>					
Durchschnittskosten (Wohnungsbau Großprojekte) / WE					
• Geschosswohnungsbau	in Tsd. EUR	8	8	8	8
• Einfamilien- und Reihenhäuser	in Tsd. EUR	26	26	26	26
• Mischbebauung	in Tsd. EUR	13	13	13	13
Durchschnittskosten (Wohnungsbau Großprojekte) / ha					
• Geschosswohnungsbau	in Tsd. EUR	358	358	358	358

**Produktbereich 04**  
**Verkehr und Straßenwesen**

• Einfamilien- und Reihenhäuser	in Tsd. EUR	511	511	511	511
• Mischbebauung	in Tsd. EUR	409	409	409	409
In Bau befindliche Großprojekte (Wohnungsbau)	Anzahl	5	6	6	6
<b>P 2 und 3: Gewerbe-/Industrieerschließungen</b>					
Durchschnittskosten (Industrie- und Gewerbe) / ha	in Tsd. EUR	409	409	409	409
<i>Quantitätskennzahlen</i>					
Abgeschlossene Erschließungsbescheide und -verträge		15	15	15	12

**Produktgruppe 8: Zentrale kommunale Aufgaben**

**Kapitel 6300**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:</i>	
Z 1	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Verkehrswege und Wahrnehmung der zentralen Aufgaben der Auftragsverwaltung für den Bund
Z 2	Erhalt und Anpassung einer sicheren und funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur in Hamburg durch zentrale Erarbeitung der technischen und rechtlichen Grundlagen für die Verkehrswegeplanung, Straßenbautechnik, den konstruktiven Ingenieurbau und den Bereich des Verdingungs- und Vertragswesens einschl. zunehmender europäischer Regelungen und ggf. Umsetzung über Globalrichtlinien
Z 3	Sicherung der tiefbautechnischen Belange zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Bauleit- und Landschaftsplanung sowie Bauordnung
Z 4	Sicherstellung eines sicheren und funktionsfähigen Betriebes der Straßen- und U-Bahnen durch Wahrnehmung der Aufgaben der Technischen Aufsicht nach BOStrab als hoheitliche Aufgabe
Z 5	Aufrechterhaltung eines optimalen Verkehrsablaufes auf den für den Wirtschaftsverkehr und den ÖPNV wichtigen Hauptverkehrsstraßen in Hamburg durch Baustellenkoordinierung (im Wesentlichen bedingt durch Arbeiten der Leitungsverwaltungen)

<i>Produkte:</i>	
P 1	Verwaltung der Verkehrswege
P 2	Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen
P 3	Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	665	600	844	698
• Betriebseinnahmen	665	600	844	698
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.623			
• Personalausgaben	2.606			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	18	18	19	17
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.201	1.342	1.519	1.519

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	399			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	360			
• überbehördlich (1,5%)	39			

<i>Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte:</i>	
<u>Einnahmen</u>	
Die Einnahmen in dieser Produktgruppe betreffen die Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen für U-Bahn-Bauten (P3).	

Personalausgaben

Der Personaleinsatz in dieser Produktgruppe ist weit überwiegend durch Aufgaben im Bereich der zentralen kommunalen und fachbehördlichen Aufgaben gekennzeichnet.

<i>Kennzahlen</i>		Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen		53,0			
<b>P 1: Zentrale kommunale und fachbehördliche Aufgaben</b>					
Zahl der bearbeiteten Schadenersatzfälle (Gesamt)	Anzahl	3.050	3.000	3.200	3.036
im Bereich der Stadtstraßen	Anzahl	2.300	2.350	2.600	2.281
ermittelte Verursacher	Anzahl				790
im Bereich der Bundesfernstraßen	Anzahl	750	650	600	755
ermittelte Verursacher	Anzahl				461
<b>P 2: Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen</b>					
Zahl der koordinierten Maßnahmen (KOST)	Anzahl	2.500	2.500	2.500	2.450
<b>P 3: Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen</b>					
Erteilte Genehmigungen / Gebührenbescheide der Technischen Aufsicht für Baumaßnahmen und Fahrzeugbeschaffungen sowie Umbaumaßnahmen der HHA	Anzahl	220	220	220	198
Kostendeckungsgrad der Gebühren für erteilte Genehmigungen der Technischen Aufsicht	in %	100	100	100	100

**Produktbereich 05  
Bau und Betrieb**

**Produktbereich: 05 Amt für Bau und Betrieb**

**Kapitel 6420**

<i>Produktbereichskennzahlen</i> <sup>26</sup>	Plan 2004	Plan 2003 <sup>27</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	22.420	22.276	22.169	15.478
Personalausgaben in Tsd. EUR	20.857	-	-	-
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	39.865	39.214	38.820	42.531
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	60.774	58.859	58.022	71.198
Stellen	417,54	-	-	-

*Ziele des Produktbereiches*

Das Amt für Bau und Betrieb ist der öffentliche Dienstleister für die infrastrukturellen Belange Hamburgs und realisiert Projekte auf den Gebieten des Tief-, Ingenieur- und des Wasserbaus.

Im Einzelnen ist das Amt verantwortlich für:

- die Planung, den Entwurf und die Durchführung von Baumaßnahmen für die Hauptverkehrsstraßen und die Bundesfernstraßen einschließlich des Betriebs, der Unterhaltung und Instandsetzung der Beleuchtung, der Signalanlagen, der Wegweisung und der Parkraumbewirtschaftung;
- den Entwurf, den Bau, die Unterhaltung und die Instandsetzung von Brücken, Tunneln und Ingenieurbauwerken einschließlich deren Betriebseinrichtungen;
- die Planung von Gewässern, die Koordination und Betreuung der Bezirksämter bei deren wasserwirtschaftlichen Aufgaben, die Betreuung der Deich- und Wasserverbände, die Unterhaltung der Gewässer Alster und Bille sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke und Deichsiele;
- die Planung, den Entwurf und den Bau von Hochwasserschutzanlagen, die Deichaufsicht, die Organisation der Deichverteidigung, die Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen im Innenstadtbereich sowie die fachliche Betreuung der Bezirksdienststellen in Fragen der Deichunterhaltung und -verteidigung;
- den Entwurf und den Bau der 4. Röhre Elbtunnel und der Flughafen-S-Bahn;
- den Betrieb der Autobahnmeistereien, der Elbtunnelbetriebszentrale und der weiteren Hamburger Tunnel.

Das Amt bewirtschaftet die im Kapitel 6420 veranschlagten Haushaltsmittel. Außerdem erhält es Haushaltsmittel für die Realisierung von Straßenbauprojekten, die beim Amt für Verkehr und Straßenwesen im Kapitel 6300 veranschlagt sind und die durch Rahmen-, Sammel- oder Einzelkontrakte zugewiesen werden. Diese werden im Jahr 2004 rd. 48 Mio. EUR betragen. Weiterhin werden Haushaltsmittel in der Auftragsverwaltung des Bundes (für Bundesfernstraßen) in Höhe von rd. 24 Mio. EUR bewirtschaftet sowie Zuwendungen der Europäischen Union (für Hochwasserschutz) in Höhe von rd. 3 Mio. EUR.

Vorrangiges Ziel des Produktbereichs ist die wirtschaftliche, termingerechte und umweltschonende Realisierung von Baumaßnahmen der tiefbaulichen Infrastruktur.

*Produktgruppen – Überblick*

- PG 01 Stadtstraßen
- PG 02 Bundesfernstraßen
- PG 03 Brücken- und Ingenieurbauwerke einschl. Großprojekte
- PG 04 Gewässer
- PG 05 Hochwasserschutz
- PG 06 Autobahn- und Tunnelbetrieb

<sup>26</sup> Zum Teil wurden neuen Kennzahlen entwickelt; daher liegen für 2002 z.T. keine Planzahlen vor.

<sup>27</sup> Die Vergleichszahlen sind z.T. nicht identisch mit dem Zahlenwerk (Einzelplanübersicht), da SAP eine Splitting der Vergleichszahlen nicht zulässt. Wird ein Titel aufgeteilt, wird die Vergleichszahl nach dem Überwiegenheitsprinzip bei einem Titel zu 100% ausgewiesen.

**Produktgruppe 01: Stadtstraßen**

**Kapitel 6420**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Fortsetzung des Ausbaus von Anlagen der städtischen Verkehrsinfrastruktur zur Verbesserung des Verkehrsflusses, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Entlastung von Straßen mit hoher Wohndichte.
Z 2	Erhaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur durch Maßnahmen der Grundinstandsetzung.
Z 3	Förderung des Wohnungsbaus sowie der Ansiedlung von neuen Gewerbe- und Industriebetrieben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg durch die Anlage neuer Erschließungsstraßen.
Z 4	Sicherstellung des Betriebs sowie Erhaltung und Verbesserung der Beleuchtungsanlagen im öffentlichen Raum sowie der Verkehrsleit- und Verkehrssteuerungssysteme (z.B. Einführung einer adaptiven Netzsteuerung für Lichtsignalanlagen).
Z 5	Entlastung Finkenwerders vom Durchgangsverkehr durch den Bau einer Umgehungsstraße.
<i>Produkte</i>	
P 1	Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Hauptverkehrsstraßen einschließlich Lärmschutz.
P 2	Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Unfallstellen, zur Förderung des Radverkehrs und zur Förderung des ÖPNV auf der Straße.
P 3	Straßen für Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließungen.
P 4	Grundinstandsetzungsmaßnahmen an Hauptverkehrsstraßen (z. B. Heidenkampsweg).
P 5	Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen von Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen.
P 6	Betrieb von Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen sowie Parkuhren und Parkscheinautomaten.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.651	1.651	1.625	2.922
• Betriebseinnahmen	1.651	1.651	1.625	2.922
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.386	-	-	-
• Personalausgaben	5.445	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt	25.941	25.437	25.435	29.077
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	12.640	10.859	9.272	11.260

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	835	-	-	-
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	753	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	82	-	-	-

<i>Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Einnahmen</u>
Einnahmen ergeben sich insbesondere aus Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen sowie durch Arbeiten für fremde Rechnung.
<u>Personalausgaben</u>
Der Personaleinsatz erfolgt für dringende Grundinstandsetzungen in Hauptverkehrsstraßen, für Ausbaumaßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie für die Vorbereitung und Durchführung von Erschließungen.
<u>Sach- und Fachausgaben</u>
Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die Ausgaben der öffentlichen Beleuchtung einschl. Signalanlagen.
<u>Investitionen</u>
Als größere Einzelmaßnahmen sind vorgesehen:
• Ausbau der Straße „Am Stadtrand“
• 4-streifiger-Ausbau Elbgaustraße

**Produktbereich 05**  
**Bau und Betrieb**

- Grundinstandsetzung Heidenkampsweg
  - Beginn des Baus der Umgehung Finkenwerder
  - Ausbau Ölmühlenweg
- Hinzu kommen anteilige Kosten für Ingenieurleistungen und sächliche Bauaufsichtskosten.

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	99,02	-	-	-
In Bearbeitung befindliche Straßenbauprojekte:				
< 1.000.000 EUR	80	82		87
> 1.000.000 EUR und < 10.000.000 EUR	45	47		48
> 10.000.000 EUR	5	5		5
Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen (jeweils Anzahl)				
• Leuchten, Leuchtverkehrszeichen	126.000	126.000		125.708
• Lichtsignalanlagen	1.678	1.668	1.665	1.670
• Verkehrsrechner	10	10		10
• Parkleitsysteme	5	4		4
• Verkehrsbeeinflussungsanlagen	1	1		1
•				
Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten (jeweils Anzahl)				
• zu bewirtschaftende Stellplätze	11.230	11.069	11.069	11.182
• Parkuhren	320	320	320	333
• Parkscheinautomaten	640	630	630	631

**Produktgruppe 02: Bundesfernstraßen**

**Kapitel 6420**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Weitere Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Bundesfernstraßen durch Um- und Ausbaumaßnahmen.
Z 2	Fortsetzung des Lärmschutzprogramms an bestehenden Bundesfernstraßen zur Minderung der Lärmbelastigung von Anliegern.
Z 3	Sicherstellung der uneingeschränkten Nutzung der Bundesfernstraßen durch entsprechende Erhaltungsmaßnahmen.
Z 4	Beseitigung eines Engpasses auf der Autobahn A 1 durch 6-streifigen Ausbau sowie eines Engpasses auf der Autobahn A 7 durch 6/8-streifigen Ausbau.
Z 5	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Süderelberaum durch den Bau der Autobahn A 26 gemeinsam mit Niedersachsen.
<i>Produkte</i>	
P 1	Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen einschließlich Lärmschutz.
P 2	Lärmschutzmaßnahmen an Betriebsstrecken.
P 3	Bauliche Erhaltungsmaßnahmen an Bundesfernstraßen.
P 4	Großprojekt 6-streifiger Ausbau der Autobahn A1 zwischen Anschlussstelle Billstedt und Autobahndreieck Hamburg-Südost.
P 5	Großprojekt 6/8-streifiger Ausbau der Autobahn A7 zwischen Landesgrenze Schleswig-Holstein und der Anschlussstelle Othmarschen.
P 6	Großprojekt Bau der Autobahn A26 zwischen der Autobahn A7 und der Landesgrenze zu Niedersachsen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.000	1.856	1.764	3.317
• Betriebseinnahmen	2.000	1.856	1.764	3.317
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.560			
• Personalausgaben	4.378	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt	182	178	166	167
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.493	2.574	2.592	2.729

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	671			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	605	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	66	-	-	-

<i>Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Einnahmen</u>
Erstattung des Bundes für die Auftragsverwaltung.
<u>Personalausgaben</u>
Bei den Personalausgaben dominieren die Vorbereitung bzw. Baudurchführung des 6-streifigen Ausbaus der Autobahn A 1, die Vorbereitung des 6/8-streifigen Ausbaus der Autobahn A 7, die Vorbereitung des Neubaus der Autobahn A 26 sowie der Verkehrsbeeinflussungsanlage Autobahn A 1.
<u>Investitionen</u>
Das Investitionsvolumen wird bestimmt durch umfangreiche Erhaltungsmaßnahmen im gesamten Netz der Bundesfernstraßen sowie durch den Lärmschutz an den Betriebsstrecken.

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	76,61	-	-	-
In Bearbeitung befindliche Bundesfernstraßenbauprojekte:				
< 1.000.000 EUR	55	56		59
> 1.000.000 EUR und < 25.000.000 EUR	20	18		22
> 25.000.000 EUR	3	3		3

**Produktgruppe 03: Brücken- und Ingenieurbauwerke einschl. Großprojekte**

**Kapitel 6420**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit, der Standsicherheit und der Funktionalität der Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (z.B. Lärmschutzwände, Stützwände, Tröge und Verkehrszeichenbrücken).
Z 2	Neu-, Um- und Ausbau von Ingenieurbauwerken aus verschiedenen Anlässen (z.B. Wohn- und Gewerbeerschließungen, Um- und Ausbau von Straßen).
Z 3	Erarbeitung von Grundlagen des konstruktiven Ingenieurbaus in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern.
Z 4	Bauliche Fertigstellung der Gesamtmaßnahme 4. Röhre Elbtunnel.
Z 5	Aufhebung der höhengleichen Bahnübergänge in Wandsbek.
Z 6	Fertigstellung und Inbetriebnahme der Schnellbahnanbindung Flughafen
<i>Produkte</i>	
P 1	Neubau, Unterhaltung und Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken.
P 2	Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek.
P 3	Großprojekt „4. Röhre Elbtunnel“, einschl. Nebenanlagen und Übergangsbereiche.
P 4	Großprojekt „Schnellbahnanbindung Flughafen“.
P 5	Erarbeitung neuer Regelungen (DIN-Vorschriften, technische Regelwerke) für den Bereich des konstruktiven Ingenieurbaus in Hamburg.
P 6	Bauwerksprüfungen zur Feststellung der Standsicherheit und Verkehrssicherheit sowie als Grundlage für die Bauwerkserhaltung. Weiterhin Bauwerksverwaltung (Bestandsdatenpflege und -archivierung).

**Produktbereich 05**  
**Bau und Betrieb**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	26	26	26	18
• Betriebseinnahmen	26	26	26	18
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	12.048			
• Personalausgaben	6.741	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.307	5.279	5.264	5.342
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.632	2.917	2.736	2.982

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.033			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	932	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	101	-	-	-

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte*

Einnahmen

Einnahmen ergeben sich aus Ersatzleistungen durch Dritte für Unfallschäden (Titel 6420.119.01).

Personalausgaben

Der Schwerpunkt des Personaleinsatzes liegt bei den Aufgaben des Neubaus, der Bauwerksprüfung und Unterhaltung sowie Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken.

Sach- und Fachausgaben

Aufwendungen für die Bauwerksprüfung, die Erhaltung von Fahrtreppen und Aufzügen sowie den Betrieb der konstruktiven Bauwerke im städtischen Straßennetz.

Investitionen

Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung der öffentlichen Brücken und die Fortführung der Flughafen-S-Bahn. Wesentliche Brückenmaßnahmen in 2004 sind:

- Horner Weg (1,9 Mio. EUR)
- Ölmühlenweg (0,6 Mio. EUR)
- Billbrookkanal (2 Mio. EUR)
- Kleiner Horst (0,7 Mio. EUR)

Für die Schnellbahnanbindung Flughafen besteht in 2004 ein Investitionsbedarf von rd. 9,4 Mio. EUR. (Titel: 6300.891.18)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	118,87	-	-	-
Straßenbrücken (Anzahl)	832	832		834
• Baulast FHH	591	591		593
• Baulast Bund	241	241		241
Fußgängerbrücken (Anzahl)	451	450		454
• Baulast FHH	443	442		446
• Baulast Bund	8	8		8
Straßentunnel und Tröge (Anzahl)	29	29		29
• Baulast FHH	10	10		10
• Baulast Bund	19	19		19
• Fußgängertunnel (Anzahl)	45	45		45
• Baulast FHH	38	38		38
• Baulast Bund	7	7		7
Lärmschutzwände (Anzahl)	100	95		95

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stützwände (Anzahl)	53	53		55
Verkehrszeichenbrücken (Anzahl)	230	231		227
• Baulast FHH	18	19		19
• Baulast Bund	212	212		208
Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Gesamtvolumen ~ 190 Mio. EUR)				
• Anzahl	14	14	14	14
• bereits fertig gestellt	4	4	4	3
Umsetzungsstand in %	26	18	16	12
Umsetzungsstand der Großprojekte in %				
• 4. Röhre Elbtunnel (Gesamtvolumen ~ 548 Mio. EUR)	98	95	90	90
• Schnellbahnanbindung Flughafen (Gesamtvolumen ~ 240 Mio. EUR)	55	35	21	21

**Produktgruppe 04: Gewässer**

**Kapitel 6420**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Schaffung der wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen für Großerschließungsvorhaben.
Z 2	Beseitigung von Engpässen im Gewässernetz und präventive Wasserbaumaßnahmen im Zusammenwirken mit der Stadtentwässerung nach Prioritätsgesichtspunkten, um einen rechtzeitigen Ausbau der betroffenen Gewässer bzw. die Herstellung von Hochwasserrückhaltebecken sowie eine schadlose Oberflächenentwässerung einschließlich des Niederschlagswassers sicherzustellen.
Z 3	Entwicklung geeigneter Aufbereitungsverfahren bzw. Lagerung von zum Teil schadstoffbelasteten Sedimenten, die bei der Wiederherstellung der hydraulisch notwendigen Gewässerquerschnitte anfallen.
Z 4	Betrieb und Unterhaltung der Anlagen und Gewässer durch Instandhaltung und Modernisierung in Bauwerken sowie die Erneuerung von Uferbefestigungen.
<i>Produkte</i>	
P 1	Übergeordnete Fachpläne und Einzelplanungen für alle Hamburger Fließgewässer (als Grundlage für Entwurf und Bau durch die Bezirke), erteilen wasserrechtlicher Ausbaugenehmigungen sowie fachliche Beratung und Betreuung der Bezirksamter.
P 2	Wiederherstellung der hydraulischen Leistungsfähigkeit von Gewässern und Gewässerentschlammung.
P 3	Grundinstandsetzung und Modernisierung von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Schleusen, Schöpfwerke, Deichsiele, Ufermauern und Uferzonen).
P 4	Unterhaltung der Gewässer Alster und Bille einschließlich der zugehörigen Kanäle und Fleete sowie der wasserwirtschaftlichen Anlagen.
P 5	Betreuung der Wasser- und Bodenverbände, Verwaltung von Grundstücken.

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	95	94	100	71
• Betriebseinnahmen	95	94	100	71
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.915			
• Personalausgaben	3.713	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt	3.202	3.189	3.055	3.045
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.573	6.073	4.973	5.047

**Produktbereich 05**  
**Bau und Betrieb**

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	570			
• innerbehördlich (2004 = 13,83%)	514	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	56	-	-	-

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte*

Personalausgaben

Der Schwerpunkt des Personaleinsatzes liegt bei den Aufgaben Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von wasserwirtschaftlichen Anlagen.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch

- Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen (P 4)
- Kostenanteile und Beiträge Hamburgs an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen (P 5)

Investitionen

Das Investitionsvolumen wird bestimmt durch Planung, Bau und Ausbau (P 2 und 3) von wasserwirtschaftlichen Bauwerken bzw. Anlagen sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer.

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	83,43	-	-	-
Länge der Fließgewässer in km	657	657	647	646
Kosten der Fließgewässerunterhaltung in EUR pro lfd. km	3.100	3.390	3.528	3.066
Zahl der erteilten Ausbaugenehmigungen	30	30	35	32
Zahl der abgeschlossenen Planungen	12	12	10	12
Zahl der Gewässerinstandsetzungen/Neubaumaßnahmen	20 <sup>28</sup>	25	23	33 <sup>29</sup>
Neuanlage von Gewässern in m	5.000	7.000	6.000	5.000
Zahl der geprüften Ausführungsunterlagen	30	30	30	32
Länge der schiffbaren Gewässer in km	57,4	57,4	57,4	57,4
• davon Fleete	3,1	3,1	3,1	3,1
• Alster und Kanäle	30,1	30,1	30,1	30,1
• Bille und Kanäle	24,2	24,2	24,2	24,2
Zahl der zu betreibenden Schleusen, Schöpf- und Sperrwerke an schiffbaren Gewässern	24	24	24	24
Grundinstandsetzung/ Modernisierung von Anlagen an Gewässern (Schleusen, Schöpfwerke etc.)	3	2	2	2
Zu unterhaltende Uferwände in m	20.000	20.000	20.000	20.000
Grundinstandgesetzte Uferwände an schiffbaren Gewässern in m	500	500	325	30
Beseitigter Unrat an schiffbaren Gewässern in m <sup>3</sup>	4.500	4.500	4.500	4.000
Mittlere Kosten pro m <sup>3</sup> Unratbeseitigung in EUR	55	51	51	49
Entnommene / aufbereitete Gewässersedimente in m <sup>3</sup>	25.000	25.000	30.000	26.000
Kosten für die Entnahme und Aufbereitung von Gewässersedimenten (EUR/m <sup>3</sup> )	76	76	72	50 <sup>30</sup>

<sup>28</sup> in 2004 sollen wenige große Maßnahmen begonnen werden

<sup>29</sup> in 2002 konnten viele kleinere Maßnahmen umgesetzt werden

<sup>30</sup> Deponien suchen derzeit Abdeckmaterial, so dass vorübergehend eine günstige Entsorgung möglich war; insofern sind die Kosten gegenüber der Planzahl gesunken; die Planzahlen für die Folgejahre basieren auf langjährig üblichen Marktpreisen

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Zahl der Entschlammungsmaßnahmen (Gewässerinstandsetzungen)	8	8	8	8
<ul style="list-style-type: none"> <li>• nicht schiffbarer Gewässer und Rückhaltebecken</li> <li>• schiffbare Gewässer</li> </ul>	7 1	7 1	7 1	7 1
Anzahl der zu betreuenden Verbände	30	30	30	30

**Produktgruppe 05: Hochwasserschutz**

**Kapitel 6420**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Sicherstellung des Sturmflutschutzes der Stadt auf der Grundlage langfristiger Konzepte.
Z 2	Fortsetzung des „Bauprogramms Hochwasserschutz“ zur Erhöhung der rd. 100 km öffentlichen Hochwasserschutzanlagen. Für die Realisierung des Bauprogramms, das zum Jahr 2007 abgeschlossen werden soll, werden Planung, Entwurf und Bauausführung aller öffentlichen Hochwasserschutzanlagen wahrgenommen. Die Deiche in den tiefliegenden Elbmarschgebieten, vor allem die Vier- und Marschlande, Wilhelmsburg, Harburg-Neuland und Finkenwerder sind weitgehend fertig gestellt. Nunmehr werden die restlichen Deichstrecken und Hochwasserschutzwände insbesondere am südlichen Elbufer und in der Innenstadt verstärkt und erhöht.
<i>Produkte</i>	
P 1	Erarbeiten langfristiger Konzepte für den Sturmflutschutz der Stadt, Auswertungen wissenschaftlicher Untersuchungen, Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bereich der Tideelbe, fachliche Beratung und Betreuung der Bezirksdienststellen in Fragen der Deichunterhaltung und -verteidigung sowie Wahrnehmung der Deichaufsicht.
P 2	Planen, Entwerfen und Bauen zur Erhöhung aller Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des Bauprogramms Hochwasserschutz sowie kleinerer Verbesserungen und Grundinstandsetzungen an der Hochwasserschutzlinie.
P 3	Deichverteidigung einschl. Einsatzplanung der Deichverteidigungskräfte und Vorhalten des Deichverteidigungsmaterials, Aufsicht über die Hochwasserschutzanlagen.
P 4	Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen im Innenstadtbereich und Veddel. Koordinieren und Betreuen der Bezirksämter bei den Aufgaben der Deichunterhaltung.
P 5	Aufsicht über die Hochwasserschutzanlagen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	18.648	18.649	18.654	9.150
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebseinnahmen</li> <li>• Investitionseinnahmen</li> </ul>	48 18.600	49 18.600	54 18.600	433 8.717
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.674	-	-	-
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Personalausgaben</li> <li>• Sach- und Fachausgaben gesamt</li> <li>- Zuwendungen</li> <li>- gesetzliche Leistungen</li> </ul>	2.146 2.528	- 2.542	- 2.395	- 2.395
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	36.301	36.301	38.347	49.098

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	329	-	-	-
<ul style="list-style-type: none"> <li>• innerbehördlich (2004 = 13,83%)</li> <li>• überbehördlich (1,5%)</li> </ul>	297 32	- -	- -	- -

<i>Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Einnahmen</u>
Die Einnahmen in dieser Produktgruppe ergeben sich insbesondere aus den Bundeszuweisungen für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschl. der Binnenentwässerung.
<u>Personalausgaben</u>
Der Schwerpunkt des Personaleinsatzes liegt bei der Aufgabe Planung, Entwurf und Bau von Hochwasserschutzanlagen sowie kleinere Verbesserungen und Grundinstandsetzungen an der Hochwasserschutzlinie (P 2).

**Produktbereich 05**  
**Bau und Betrieb**

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen) sowie als Betriebsausgaben für die einzelnen Anlagen und die Deichverteidigung eingesetzt. Betriebsausgaben für den Hochwasserschutz und die Deichverteidigung (P 3 u. P 4).

Investitionen

Die Investitionen sind besonders geprägt durch das „Bauprogramm Hochwasserschutz“. Die investiven Mittel sind im Wesentlichen für die Planung, den Bau bzw. Ausbau von Hochwasserschutzanlagen einschl. Grunderwerb vorgesehen (P 2).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	39,61	-	-	-
Länge der Hauptdeichlinie <sup>31</sup> (1. Deichlinie) in km	99,55	99,55 <sup>32</sup>	100,01	100,01
• davon Deiche	77,61	77,61	77,79	77,79
• davon Hochwasserschutzwände	21,94	21,94	22,09	22,09
Zahl der Einzelbauwerke in der Hauptdeichlinie	72	72	67	67
• davon Schleusen, Deichsiele, Sperrwerke, Schöpfwerke	39	39	39	39
• davon Sperrtore	33	33	28	28
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch das Amt für Bau und Betrieb in km	16,30	16,38	16,56	16,56
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch Bezirke sowie Strom- und Hafenanbau in km	83,25	83,25 <sup>33</sup>	83,45	83,45
Länge der „2. Deichlinie“ in km (Dove-Elbe, Billwerder Bucht, Este)	35,66	35,66	35,66	35,66
Erhöhungen im Planjahr				
• Deiche in km	1,2	1,3	0,3	0,3
• Hochwasserschutzwände in km	1,9 <sup>34</sup>	3,6	3,1	3,1
• Einzelbauwerke (Anzahl)	2	3	7	10 <sup>35</sup>
Deichverteidigungsübungen	36	36	36	36
Plangenehmigungen und deichrechtliche Genehmigungen für bauliche Nutzung	45	45	40	41
Mittlere Kosten der Erhöhung (EUR pro lfd. m)				
• der Deiche	4.600	5.030	2.633	2.700
• der Hochwasserschutzwände <sup>36</sup>	12.700	10.500	9.078	9.900

<sup>31</sup> ohne Längen von Einzelbauwerken

<sup>32</sup> Verkürzung der Schutzlinie im Bereich Veddel, Billwerder Neuer Deich und im Westen von Wilhelmsburg (Schluisgrover Hauptdeich)

<sup>33</sup> Verkürzung der Schutzlinie im Westen von Wilhelmsburg (Schluisgrover Hauptdeich)

<sup>34</sup> Beginn größerer Baumaßnahmen, die erst in den Folgejahren abgeschlossen werden

<sup>35</sup> Fertigstellung von Toren im Bereich Finkenwerder

<sup>36</sup> Die Kosten sind abhängig vom Umbauebedarf. Neubauten sind erheblich teurer als Aufhöhungen vorhandener Wände; daher kann es zu erheblichen Abweichungen kommen

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Anteil erhöhter Hochwasserschutzanlagen an der jeweiligen Gesamtlinie in % <sup>37</sup>				
• Deiche	91	91	90	90
• Hochwasserschutzwände	71	65	45	48
• Einzelbauwerke	56	58	37	50

**Produktgruppe 06: Autobahn- und Tunnelbetrieb**

**Kapitel 6420**

<p><i>Vorbemerkungen</i></p> <p>Die Abteilung „Autobahn- und Tunnelbetrieb“ des Amtes für Bau und Betrieb unterliegt einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO. Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes ist das Ziel der vollständigen Kostentransparenz umgesetzt worden. Die vom Bund zu tragenden Personal- und Sachkosten sind seither haushaltsmäßig eindeutig zuzuordnen.</p> <p>Zur weiteren Stärkung des Kostenbewusstseins soll eine wirtschaftlichkeitsorientierte Steuerung im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst vorgenommen werden. Sie kann zugleich als Kosten- / Leistungsrechnung genutzt werden und soll einen bundeseinheitlichen Vergleich ermöglichen.</p> <p>In der Produktgruppe „Betrieb“ sind die Aufgaben der Betriebsdienste und Unterhaltung sowie Instandsetzung für die Bundesautobahnen einschl. BAB-Elbtunnel im Auftrage des Bundes gemäß Artikel 99 GG zusammengefasst.</p>
--

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z 1 Aufrechterhaltung der technischen Funktion des Elbtunnels einschl. seiner Nebenanlagen und Vorfelder und der Verkehrsbeeinflussungsanlage zur Ermöglichung eines sicheren Verkehrsablaufes.</p> <p>Z 2 Gewährleistung der Überwachung des fließenden Verkehrs im Elbtunnel (rd. 120.000 Fahrzeuge/tägl.) durch die Tunnelbetriebszentrale zur Aufrechterhaltung der möglichst störungsfreien Durchfahrt. Präventive Verhinderung und rasche Beseitigung von Störfällen im Zusammenwirken mit der Polizei und der Feuerwehr sowie die Einsatzführung des im Elbtunnel eingesetzten Personals.</p> <p>Z 3 Verbesserung des Betriebs, der Erhaltung und Instandsetzung aller baulichen Anlagen sowie technischen Einrichtungen des BAB-Elbtunnels, der übrigen Autobahntunnel auf dem Staatsgebiet Hamburgs, der übrigen Straßentunnel sowie der Aufzüge und Fahrstühle auf öffentlichem Grund.</p> <p>Z 4 Sicherstellung und Gewährleistung eines einwandfreien Betriebs der Autobahnstrecken auf hamburgischem Staatsgebiet durch die Autobahnmeistereien Othmarschen und Stillhorn.</p>
--

<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Betrieb und Erhaltung des BAB-Elbtunnels einschl. seiner Nebenanlagen und Vorfelder.</p> <p>P 2 Verkehrssteuerung und Funktionsfähigkeit der Tunnelbetriebszentrale sowie das Vorhalten ausreichenden Betriebspersonals.</p> <p>P 3 Betrieb und Erhaltung der weiteren Tunnelanlagen in Hamburg sowie von Aufzügen und Allwetterfahrtreppen.</p> <p>P 4 Funktionsfähigkeit der Autobahnmeistereien sowie das Vorhalten ausreichenden Betriebspersonals.</p>
---

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.705			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.705	2.589	2.505	2.505
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	135	135	102	82

<p><i>Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p><u>Sach- und Fachausgaben</u></p> <p>Bei den Sach- und Fachausgaben handelt es sich um Zuschüsse an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb.</p> <p><u>Investitionen</u></p> <p>Die Investitionen ergeben sich entsprechend dem Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb.</p>
--

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Länge 4-streifige Bundesautobahn in km	50,7	50,7	50,7	50,7
Länge 6-streifige Bundesautobahn in km	31,3	31,3	31,3	31,3
Anzahl der Autobahnknoten	5	5	5	5
Anzahl der BAB-Anschlussstellen	33	33	33	33

<sup>37</sup> Neue Prozentwerte nach Überarbeitung/Aktualisierung der Daten im Rahmen des Baufortschritts

**Produktbereich 05**  
**Bau und Betrieb**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Anzahl der zu unterhaltenden und instand zu setzenden Anlagen wie:				
- Fahrbahnen und befestigte Nebenflächen in ha	315	315	315	315
- Neben- und Grünflächen in ha	350	350	350	350
- Straßenentwässerungsleitungen in km	270	270	270	270
- Straßentunnel	9	9	9	9
- Allwetterfahrtreppen	41	41	41	41
- Aufzüge	7	7	7	7

**Produktbereich: 06 Stadtentwicklung**

<b>Produktbereichskennzahlen</b>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	2	2	2	123
Personalausgaben in Tsd. EUR	4.955			
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	3.260	1.933	2.086	1.454
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.300	1.316	1.250	1.953
Stellen	95			

<b>Ziele des Produktbereiches</b>
Z 1 Steuerung der räumlichen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadtgestaltung der FHH nach fachlichen und rechtlichen Grundlagen und Grundsätzen der Stadt- und Landesplanung sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben
Z 2 Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen
<b>Produktgruppen – Überblick</b>
PG 1 Landesplanung
PG 2 Stadtplanung
PG 3 Landschaftsplanung

**Produktgruppe 1 : Landesplanung**

**Kapitel 6610**

<i>Ziele der Produktgruppe</i>
Z 1 Sicherung der Existenzfähigkeit und Weiterentwicklung der Kernstadt durch Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Anrainerstaaten, durch ein gemeinsames Vorgehen auf der Basis von längerfristig angelegten und belastbaren Kooperationsformen und durch einzelfallbezogene Fördermaßnahmen
Z 2 Verbesserung der Standortbedingungen der FHH Die Kooperation im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung mit den Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfolgt in der begründeten Hoffnung, dass die Stärken der regionalen Potenziale allen Beteiligten in der Region dienen. Instrumente hierfür sind das Regionale Entwicklungskonzept (REK) und die bilateralen Förderfonds zur Umsetzung gemeinsam mit den Nachbarländern erarbeiteter Entwicklungsvorstellungen in konkreten Projekten. Ferner sichern das Engagement Hamburgs bei der Abstimmung grenznaher und grenzüberschreitender Planungen nach dem ROG und dem BauGB und die Vertretung hamburgischer Interessen in Gremien der Raumordnung Hamburgs Einflussnahme auf die Gestaltung und Entwicklung der Gesamtregion.
Z 3 Die Raumordnung soll dazu beitragen, dass die Region Hamburg ihre Funktionen und Aufgaben als Drehscheibe zwischen dem Ostseeraum (Skandinavien, Baltikum, Nordosteuropa) und dem übrigen Europa sowie Übersee erfüllen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Hamburg in den kommenden Jahren verstärkt in europäischen Arbeitsgemeinschaften wie z.B. den EUROCITIES mitwirken, sich an raumbezogene Maßnahmen der EU wie INTERREG selbst sowie daraus abgeleiteten Projekten wie z.B. STRING beteiligen bzw. weitere zukünftig daraus ableitbare Projekte vorbereiten. Im Rahmen der Bundesraumordnung nimmt Hamburg seine Interessen in der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) und ihren Fachausschüssen wahr.
<i>Produkte</i>
P 1 Raumordnung und Regionalplanung, Gemeinsame Landesplanung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2	2	2	123
• Betriebseinnahmen	2	2	2	123
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	448			
• Personalausgaben	378			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	70	66	66	207
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.300	1.316	1.250	1.953

nachrichtlich:

**Produktbereich 06  
Stadtentwicklung**

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003 <sup>38</sup>	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	58			
• innerbehördlich (2004 =13,83 % )	52			
• überbehördlich (1,5%)	6			

**Ausgabenschwerpunkte:**

Investitionen

Der Ausgabenschwerpunkt sind die Investitionsausgaben (Kostenbeiträge) für Maßnahmen aus den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen (1.300 Tsd. EUR, Titel 6610.882.01 und 882.02).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	6,81			
Anzahl der eingereichten Förderanträge im Rahmen der bilateralen Förderfonds	75	90	90	80
• bis zur Höhe von 50 Tsd. EUR (vereinfachtes Verfahren)	47	30	30	51
• über 50 Tsd. EUR	28	60	60	29
Beantragtes Fördervolumen in Mio. EUR	5,0	11,25	11,25	5,52
Fördervolumen der bewilligten Fördermaßnahmen in Mio. EUR gesamt (davon hamburgischer Anteil jeweils 50%)	3,27	3,58	3,58	3,70
Anteil der bewilligten Förderanträge an der Gesamtzahl der gestellten Anträge in %	50	60	60	49
Gesamtbetrag des durch die Förderung angeschobenen Investitionsvolumens in Mio. EUR	19,5	12,8	12,8	20,22

**Produktgruppe 2: Stadtplanung**

**Kapitel 6610**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

- Z 1 Steuerung der räumlichen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadtgestaltung der FHH nach fachlichen und rechtlichen Grundlagen und Grundsätzen der Stadt- und Landesplanung sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben
- Z 2 Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen
- Z 3 Schaffen von Rechtsgrundlagen für die städtebauliche Entwicklung, Ordnung und Gestaltung in gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen und Nutzungsansprüche
- Z 4 Gewährleisten einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung

Unter der Prämisse, dass Hamburgs Identität mit dem spezifischen Stadtbild in der Innenstadt und den Außenbezirken und seiner einmaligen Stadtsilhouette bewahrt und gleichzeitig im Sinne einer wachsenden Stadt entsprechend den demographischen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Senats behutsam fortentwickelt werden soll, ergeben sich für die Stadtplanung die folgenden Aufgabenschwerpunkte:

Erarbeitung der planerischen Voraussetzungen bzw. Fortsetzung der Planungen für

- die HafenCity,
- die Innenstadt (z.B. Bebauung des Domplatzes, Realisierung der Europa-Passage, Gestaltung des Jungfernstieges) und die Anbindung der Innenstadt an die HafenCity,
- Wohnungsbauvorhaben durch Stadterweiterung z.B. Neugraben-Fischbek 65 (ehemals Neugraben-Fischbek 15) und auf Konversionsflächen (z.B. AK Ochsenzoll, AK Eilbek, Güterbahnhof Barmbek),
- die Airbus-Flächen und deren verkehrliche Anbindung (Bebauungsplan Finkenwerder 37),
- die städtebauliche Entwicklung im Bereich der Elbbrücken (Stadtter Südost)
- das Zentrum Bergedorf
- die innerstädtischen Konversionsprojekte Hühnerposten und Bavariabrauerei.

Aus dem Blickwinkel der wachsenden Stadt sind vorrangig die Planungsbemühungen der Entwicklungsplanung und der Vorbereitenden Bauleitplanung zur Erschließung von Reserveflächen und zur Findung zusätzlicher Flächen für Wohnnutzungen und Gewerbeansiedlungen zu forcieren, so z.B. die Fertigstellung der Thematischen Entwicklungsplanungen zu den Themen „Wohnen“, „Arbeitsstätten“ und „Einzelhandel / Zentren“, sowie die Erarbeitung städtebaulicher Entwürfe für Konversionsflächen.

<sup>38</sup> Planzahlen 2003 aktualisiert

*Produkte*

P 1 Grundlagen der Stadtentwicklung

Die hier erarbeiteten Grundsätze und auf die Gesamtstadt bezogenen Planungen und Konzepte zu den Funktionen Wohnen, Arbeiten, konsumtive Dienstleistungen, Freizeit und Umwelt sowie die erarbeiteten und anderen Dienststellen zur Verfügung gestellten Basisdaten stellen fachlich fundierte und inhaltlich ausgewogene räumliche Planungen sicher.

P 2 Vorbereitende Bauleitplanung

Der Flächennutzungsplan ist zusammenfassender, übergeordneter Raumordnungsplan für Hamburg (§ 8 Raumordnungsgesetz) und vorbereitender Bauleitplan (§ 5 BauGB), aus dem die Bebauungspläne zu entwickeln sind. Er wird durch förmliche Änderungsverfahren gemäß BauGB fortgeschrieben.

Die vorbereitende Planung für Teilräume dient der Überprüfung der Fortschreibungsbedarfe bzw. -ziele des Flächennutzungsplans, wo diese sich nicht unmittelbar ergeben, und hilft in Bereichen mit entsprechendem Klärungsbedarf den Maßstabssprung zwischen Flächennutzungsplan (1:20.000) und Bebauungsplänen (1:1.000) zu überwinden.

Mit der Standortplanung sollen auf Anfrage von Behörden, Trägern öffentlicher Belange, aber auch von Investorinnen und Investoren grundsätzliche, zwischen den Behörden abgestimmte Planungsvorschläge zur vertraglichen Unterbringung bzw. Verteilung von Einrichtungen – z.B. Gemeinbedarfs- oder Versorgungseinrichtungen – im Stadtgebiet unterbreitet werden.

P 3 Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung:

Die Ziele dieses Produktes liegen in der Gewährleistung von funktionalen und räumlich-gestalterischen Qualitäten bei Bebauungs- und Gestaltungsprojekten und in der Koordinierung und Förderung der Realisierung derartiger Projekte. Die Entwürfe werden teilweise von der Verwaltung selbst, überwiegend aber von externen Planungsbüros erstellt und häufig aufgrund von städtebaulichen Wettbewerben ermittelt.

**Produktbereich 06**  
**Stadtentwicklung**

<p>P 4 Verbindliche Bauleitplanung</p> <p>Schaffung von (bodenrechtlich relevantem) Planrecht für die Nutzung von Grundstücken. Das Produkt umfasst die Erstellung von Bebauungsplänen und sonstigen Verordnungen und Vorschriften zur Bodennutzung sowie zur Gestaltung und Nutzung von baulichen Anlagen. Ziele des Produkts sind die Gewährleistung einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung und die Erstellung von Rechtsgrundlagen für die städtebauliche Entwicklung, Ordnung und Gestaltung in gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen und Nutzungsansprüche.</p> <p>P 5 Beratung und Vertretung stadtentwicklungsplanerischer Belange</p> <p>Mitwirkung bei der Umsetzung von Planungsrecht und der Umsetzung von Festlegungen in Senatsprogrammen mit planerischen Inhalten sowie Kontrolle der Umsetzung. Ziel des Produkts ist die Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbildpflege.</p>
--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.574			
• Personalausgaben	3.461			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.113	1.190	1.343	866
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	531			
• innerbehördlich (2004 =13,83 %)	479			
• überbehördlich (1,5%)	52			

<p><b>Ausgabenschwerpunkte:</b></p> <p><u>Personalausgaben</u> Die Personalausgaben werden im Wesentlichen für die Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung (Er- und Bearbeitung von Bebauungsplänen in der Verantwortung der BBV, Pläne nach dem sog. 8er-Katalog) sowie für die Bearbeitung von städtebaulichen Entwürfen, für die Betreuung von städtebaulichen Wettbewerben usw. verwendet.</p> <p><u>Sach- und Fachausgaben</u> Die wesentlichen Sach- und Fachausgaben ergeben sich aus der Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten usw. an Externe (Titel 6610.526.01 )</p>
---

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	64,02			
<b>P1 Grundlagen der Stadtentwicklung</b>				
Bearbeitung von Anträgen für die Errichtung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen bzw. Freizeit-Großeinrichtungen	40	45	45	30
Fortschreibung des Digitalen Informationssystems Planrecht <sup>39</sup>	25	42	18	18
Bearbeitete städtebauliche Projekte und Arbeiten zu vorbereitenden Planungen (Umwelt/Umweltverträglichkeitsprüfungen)	12	7	8	6
Stellungnahmen und Beiträge zur verbindlichen Bauleitplanung (Umwelt/Umweltverträglichkeitsprüfung)	45	50	38	37
Stellungnahme und Beiträge zur vorbereitenden Bauleitplanung (Umwelt/ Umweltverträglichkeitsprüfung)	10	12	8	9

<sup>39</sup> Aufgrund intensiver Aufgabenkritik wurde dieser Aufgabenbereich deutlich reduziert und arbeitsökonomisch neu ausgerichtet

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<b>P 2 Vorbereitende Bauleitplanung</b>				
Flächennutzungsplan-Einzeländerungen				
• Verfahren mit B-Plan (abgeschlossen / im Verfahren)	15/35	15/35	5/30	7/30
• Verfahren ohne B-Plan (abgeschlossen / im Verfahren)	1/8	1/8	2/7	0/5
Zahl der bearbeiteten vorbereitenden Pläne für Teilräume inkl. Entwicklungspläne <sup>40</sup>	15	15	15	15
<b>P 3 Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung</b>				
Wettbewerbe				
• eigene (Auslobung durch die BBV)	3	2	2	4
• gemeinsam mit Dritten (Auslobung durch BBV und Dritte)	4	2	6	5
• Mitwirkung (Auslobung durch Dritte)	5	5	1	5
Gutachten				
• eigene	4	2	4	5
• gemeinsam mit Dritten	2	2	3	1
• Mitwirkung	4	4	1	4
Projektentwürfe				
• eigene	6	2	1	8
• gemeinsam mit Dritten	4	4	2	3
• Mitwirkung	4	3		4
<b>P 4 Verbindliche Bauleitplanung</b>				
Anzahl der im Verfahren befindlichen Pläne und Verordnungen	45	45	50	57 <sup>41</sup>
Verfahrensschritte:				
• GrobAbstimmung über die Einleitung von B-Plan-Verfahren	7	7	7	10
• Planeinleitungen (Aufstellungsbeschlüsse)	7	7	7	10
• Auslegungsbeschlüsse	5	5	5	6
• Herbeiführung der Feststellung	5	5	5	7
• Aufhebungsbeschlüsse	2	2	2	3
Vertragsbetreuung (in der Federführung der BBV):	5	5	5	15
• Städtebauliche Verträge	k.A.	k.A.		7
• An Externe vergebene Verfahren / Verfahrensschritte	k.A.	k.A.		7
• Sonstige Verträge und Gutachten	k.A.	k.A.		1
Öffentliche Auslegung, frühzeitige Bürgerbeteiligung o.ä. nach § 3 (1) BauGB	-	-	-	-
<b>P 5 Beratung und Vertretung stadtentwicklungs- planerischer Belange</b> <sup>42</sup>				
Planungsrechtliche Befreiungen (Bauko)	1.000 WE	1.000 WE	700 WE	1.000 WE
• Zahl der Anträge	300	300	300	282
Vorweggenehmigungen nach § 33 BauGB				
• Zahl der Anträge	75	75	50	75
• darin Wohneinheiten	1.000	1.000	1000	1.100
Zustimmungen nach § 125 BauGB	0	0	0	0

<sup>40</sup> Hinsichtlich der Entwicklungspläne seit 1999 abhängig von Entscheidungen der Senatskommission.

<sup>41</sup> Von den 57 Planverfahren in 2002 handelt es sich bei 4 Plänen um evozierte Planverfahren

<sup>42</sup> erstmals wurden auch die im Bereich SE 3 anfallenden Stellungnahmen etc. mitgezählt

**Produktbereich 06**  
**Stadtentwicklung**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Sonstige Stellungnahmen (Gestaltung, Werbeanlagen, Zustimmungsverfahren nach HBauO, Zurückstellung von Bauanträgen usw.)	370	370	200	345
Stellungnahmen und Beiträge zu Vorhaben und Projekten (planungsrechtliche, städtebauliche und architektonische Beurteilungen)	270	270	150	290
Ingenieurbauvorhaben ohne förmliches Verfahren, Straßen-, Brücken-, Wasserbau usw.	95	95	60	90
Ingenieurbauvorhaben, förmliche Verfahren, z.B. Planfeststellungsverfahren nach § 18 AEG, §§ 3,6 und 9 UVPG, §§ 9a und 31 WHG, § 9 HmbNatSchG, § 3 HafenEG	15	15	15	12
Sicherung stadtbildgestalterischer Belange bei Ingenieur- bauvorhaben	80	80	10	50

**Produktgruppe 3: Landschaftsplanung**

**Kapitel 6610**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.497			
• Personalausgaben	1.420			
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.077	677	677	381
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	217			
• innerbehördlich (2004= 13,83 %)	196			
• überbehördlich (1,5%)	21			

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
Z 2	Sichern der Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns und Gewährleisten der Berücksichtigung ökologischer Fachinhalte und der Rechtsicherheit der Verfahren in der vorbereitenden und der verbindlichen Landschaftsplanung
Z 3	Lösen von flächenbezogenen Problemen der Landschaftsplanung mit besonderer Bedeutung für die Region und die regionale Zusammenarbeit
Z 4	Konsequentes Fortführen einer ökologischen Vorsorgeplanung und Sicherstellen einer nachhaltigen Stadtentwicklung
Z 5	Einbringen von übergeordneten landschaftsplanerischen Vorgaben und Aspekten in die verbindliche bezirkliche Landschaftsplanung
Z 6	Ermitteln der Auswirkungen und Risiken von Vorhaben auf den Landschaftsraum, die Umweltmedien und das Landschaftsbild durch differenzierte Standortanalysen und Prüfung von Alternativen
Z 7	Einbringen von Belangen der Landschaftsplanung bei Planungen Dritter und bei Genehmigungsverfahren

<i>Produkte</i>	
P 1	Grundlagen der Landschaftsplanung Rechtliche und fachinhaltliche Grundlagen und Vorgaben für die vorbereitende und die verbindliche Landschaftsplanung. Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Verwaltung stellen sie wesentliche Vorgaben für die bezirklichen Planungsdienststellen im Sinne der zentralen Steuerung überörtlicher Interessen durch den Senat dar: • Grundsatzaufgaben, Planungsbezogene Rechtsetzung • Themenspezifische Ausarbeitungen der Landschaftsplanung, landschaftsplanerische Grundlagendaten.
P 2	Vorbereitende Landschaftsplanung Ziel ist die konsequente Fortführung einer ökologischen Vorsorgeplanung und damit die Sicherstellung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch die Aktualisierung und Fortschreibung des Landschaftsprogramms für die Gesamtstadt gem. § 5 HmbNatSchG sowie durch die Aufstellung von Entwicklungsplänen, die Begleitung des REK-Folgeprozesses und die Abstimmung von Projekten aus dem REK und aus den Förderprogrammen mit dem Umland.
P 3	Verbindliche Landschaftsplanung Landschaftspläne im engeren Sinne, Grünordnungspläne, landschaftsplanerische Festsetzungen in Bebauungsplänen (Huckepackbebauungspläne), Vorhaben- und Erschließungspläne und städtebauliche Verträge, sowie alle vorbereitenden Untersuchungen für die genannten Planverfahren, alle Wettbewerbe im unmittelbaren Zusammenhang mit den verbindlichen Planverfahren und alle Funktionspläne, die im Zusammenhang mit verbindlichen Planungen erstellt werden.

**Produktbereich 06**  
**Stadtentwicklung**

**P 4 Landschaftsplanerische Konzepte und Stellungnahmen**  
Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Realisierung von Einzelvorhaben und Großprojekten wie z.B. Gewerbeansiedlungen, Trassenentscheidungen, spezielle Bauvorhaben etc. Es handelt sich um differenzierte Standortanalysen und Alternativprüfungen, um die Auswirkungen und Risiken eines Vorhabens auf den Landschaftsraum, die Umweltmedien und das Landschaftsbild zu ermitteln. Vorbereitung von Wettbewerben und die Erarbeitung von Gestaltungskonzepten sowie fachlichen Konzepten.

*Ausgabenschwerpunkte:*  
Sach- und Fachausgaben  
Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten usw. an Externe (anteilig für die Landschaftsplanung 323 Tsd. EUR, Titel 6610.526.01)

<i>Kennzahlen:</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	24,17			
<b>P 1 Grundlagen der Landschaftsplanung</b>				
Abstimmung von Landschaftsrahmen- und Landschaftsplänen mit dem Umland	8	10	10	8
Abstimmung von Bauleitplänen der Umlandgemeinden <sup>43</sup>	10	15	15	10
Abstimmung von Kreisentwicklungsplänen und regionalen Raumordnungsprogrammen	1	5	6	-
Zahl der themenspezifischen Ausarbeitungen	3	4	4	3
<b>P 2 Vorbereitende Landschaftsplanung</b>				
Gemeinsame Flächennutzungsplan- und LAPRO-Änderungsverfahren mit Bebauungsplan (abgeschlossen/im Verfahren) <sup>44</sup>	8/39	10/40	5/30	5/37
Reine Landschaftsprogramm (LAPRO)-Änderungsverfahren (z. B. Sammelverfahren) (abgeschlossen/im Verfahren) <sup>45</sup>	0/15	5/15	10/5	37/16
Gemeinsame Flächennutzungsplan- und LAPRO-Änderungsverfahren ohne Bebauungsplan (abgeschlossen/im Verfahren) <sup>46</sup>	1/3	0/14	2/5	0/2
Vorbereitende Landschaftsplanungen für Teilräume einschl. Entwicklungspläne <sup>47</sup>	11	13	13	8
<b>P 3 Verbindliche Landschaftsplanung</b>				
Anzahl der Grünordnungspläne (im Verfahren befindliche Pläne)	7	5	4	8
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne (Bezirks- und Senatspläne) mit Huckepackfestsetzungen	100	55	45	135
Bearbeitete Fälle nach KostErstG (früher Folgekostenverträge)	21	15	4	5
Bearbeitete städtebauliche Verträge	6	5	5	4
<b>P 4 Landschaftsplanerische Konzepte und Stellungnahmen</b>				
Stellungnahmen zu Verfahren mit besonderem landschaftsplanerischen Gewicht	43	40	35	44
Wettbewerbe, Gestaltungskonzepte und sonstige fachliche Konzepte	15	10	7	16

<sup>43</sup> Der BBV liegen pro Jahr etwa 120 Umlandpläne zur Prüfung vor, davon dem Amt für Landschaftsplanung rund 100. Ausführliche Stellungnahmen erfolgen in etwa in Höhe der genannten Fallzahlen.

<sup>44</sup> Normalfall einer LAPRO-Änderung (Gemeinsame Änderung von LAPRO und Flächennutzungsplan aufgrund eines Bebauungsplans).

<sup>45</sup> Zeitlich nachgeholte Anpassung des LAPRO an bereits vollzogene Flächennutzungsplan-Änderungen; umfangreiches Änderungsverfahren zum 2. Grünen Ring.

<sup>46</sup> Anpassung des LAPRO und des Flächennutzungsplans aufgrund von Befreiungen vom Planrecht.

<sup>47</sup> Hinsichtlich der Entwicklungspläne seit 1999 abhängig von Entscheidungen der Senatskommission.

H A U S H A L T S P L A N  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG  
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2004

Einzelplan 06.0

Behörde für Bau und Verkehr

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:  
Behörde für Bau und Verkehr

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 06.0

11 IuK-Technik, Investitionen

20 Verkehrsbauten

24 Hochbauinvestitionen

Deckungskreis im Kapitel 6000

12 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6000

Deckungskreis im Kapitel 6100

14 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6100

22 Investitionen Stadterneuerung

Deckungskreis im Kapitel 6200

15 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6200

Deckungskreis im Kapitel 6300

16 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6300

39 Betriebskosten Öffentlicher Personennahverkehr

40 Investitionen Öffentlicher Personennahverkehr

41 Investitionen Erschließungen

Deckungskreis im Kapitel 6420

17 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6420

Deckungskreis im Kapitel 6610

19 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6610

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09  Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111  übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	-	-	15 G	15 G
		- A	- A	387	387
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	-	-	- G	- G
		- A	- A	2.000	500
6200	Bauordnung und Hochbau	-	-	300 G	300 G
		- A	- A	359	791
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	-	-	- G	- G
		- A	- A	12	12
6300	Verkehr und Straßenbau	-	-	1.155 G	1.082 G
		- A	- A	2.101	1.701
6420	Bau und Betrieb	-	-	103 G	103 G
		- A	- A	1.566	1.566
6610	Stadtentwicklung	-	-	- G	- G
		- A	- A	2	2
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	-	-	1.573 G	1.500 G
		- A	- A	6.427	4.959
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		73+G	
		- A		1.468+	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32  Zuschüsse für Investitionen (Z)		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
3.290	3.833	-	-	-	-	3.692	4.235	6000
		- Z	- Z					
87.500	82.000	1.545	3.500	-	-	101.817	96.123	6100
		10.772 Z	10.123 Z					
358	358	-	-	-	-	1.017	1.449	6200
		- Z	- Z					
14.758	12.461	-	-	-	-	14.770	12.473	6210
		- Z	- Z					
113.618	120.592	-	-	-	-	145.927	155.018	6300
		29.053 Z	31.643 Z					
2.151	2.007	-	-	-	-	22.420	22.276	6420
		18.600 Z	18.600 Z					
-	-	-	-	-	-	2	2	6610
		- Z	- Z					
221.675	221.251	1.545	3.500	-	-	289.645	291.576	Ges. einn.
		58.425 Z	60.366 Z					
424 +		1.955-		-		1.931-		+/-
		1.941-Z						

**Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)**  
( 2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen )

KAPITEL		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	15.850	14.529	7.814	7.710	20.722	20.298
		-	-	-	-	21	21
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	5.060	5.838	1.924	474	175.531	164.282
		-	-	569	569	920	920
6200	Bauordnung und Hochbau	10.268	11.122	673	674	-	-
		-	-	5.600	3.000	-	-
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	8.899	7.972	5.016	4.209	31	31
		-	-	3.000	-	-	-
6300	Verkehr und Straßenbau	16.531	29.395	8.043	8.057	159.353	157.448
		-	-	6.350	6.350	94.110	93.440
6420	Bau und Betrieb	20.527	6.824	34.727	34.077	5.138	5.012
		-	-	8.664	8.664	-	-
6610	Stadtentwicklung	4.955	4.655	3.260	1.933	-	-
		-	-	2.306	1.856	-	-
	Gesamtausgaben 2004 / 2003	82.090	80.335	61.457	57.134	360.775	347.071
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	1.755 +		4.323 +		13.704 +	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	26.489	20.439	95.051	94.381
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		6.050+		670 +	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	44.386	42.537	1.366	1.923	45.752	44.460	6000
-	-	-	-	21	21	431	75	452	96	
100.856	111.760	-	-	283.371	282.354	37.971	38.922	321.342	321.276	6100
-	-	-	-	1.489	1.489	48.011	43.331	49.500	44.820	
-	-	-	-	10.941	11.796	75	275	11.016	12.071	6200
-	-	-	-	5.600	3.000	200	400	5.800	3.400	
-	-	-	-	13.946	12.212	-	-	13.946	12.212	6210
-	-	-	-	3.000	-	-	-	3.000	-	
-	-	-	-	183.927	194.900	91.321	117.985	275.248	312.885	6300
-	-	-	-	100.460	99.790	694.429	208.216	794.889	308.006	
-	-	-	-	60.392	45.913	60.774	51.709	121.166	97.622	6420
-	-	-	-	8.664	8.664	76.922	77.985	85.586	86.649	
-	-	-	-	8.215	6.588	1.300	1.316	9.515	7.904	6610
-	-	-	-	2.306	1.856	3.800	1.791	6.106	3.647	
8.990	9.760	-	-	605.178	596.300	109.850 B	114.623 B	797.985	808.430	Ges. Aus.
91.866 H	102.000 H					82.957	97.507			
770- 10.134-H		-		8.878 +		4.773-B 14.550--		10.445-		+/-
-	-	-	-	121.540	114.820	182.899 B	176.017 B	945.333	446.618	Ges. VE
- H	- H					640.894	155.781			
-		-		6.720 +		6.882 +B		498.715+		+/-
- H						485.113 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
-----				
6000	Zentrale Aufgaben und Recht			
(016)	-----			
	<b>EINNAHMEN</b>			
111.02	Verwaltungsgebühren	15	15	2
119.92	Schadenersatzleistungen	45	45	21
119.93	Ersatzvornahmen	-	0	0
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	135	135	59
	0 GB			
124.01	Entgelte für die Mitbenutzung von IuK-Ein- richtungen	-	0	0
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.547.02.			
124.02	Einnahmen aus Werbeverträgen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.547.02. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
124.91 (629)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	185	185	193
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	22	22	22
261.01 (721)	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirt- schaftspläne Staatlicher Hochbau der BBV, Autobahn und Tunnelbetrieb, Geoinformation und Vermessung	3.277	3.820	2.589
	0 GB			
281.01	Erstattung von Sachkosten der Anstalten öffent- lichen Rechts u. a	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.535.56.			
281.02	Erstattung von Personalkosten der Anstalten öffentlichen Rechts u. a.	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.461.01.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6000</b> -----				
282.01 (013)	Beiträge Dritter zu Informationsveranstaltungen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens  Die Mehreinnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.531.01,.	13	13	2
282.02 (422)	Einnahmen und Beteiligung Dritter an Veröffent- lichungen und Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>3.692</b>	<b>4.235</b>	<b>2.888</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.624	10.066	11.010
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	45
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	7
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	3.213	4.450	0
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	13	13	8
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	0 GB			
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 6  Übertragbar	-	0	0
	0 GB			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.281.02. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Einzelplans			
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar	291	284	396 120 R
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung  Übertragbar	26	2	1 4 R
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	663	691	822 27 R
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
518.22	Mieten und Pachten  Übertragbar	4.741	4.696	4.943 76 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6000</b> -----				
	0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen  Übertragbar	188	188	199 91 R
	0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
525.91	Aus- und Fortbildung  Übertragbar	223	223	224 93 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
526.22	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten  Übertragbar	50	50	166 39 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
527.22	Dienstreisen  Übertragbar	64	63	160 18 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
531.01 (013)	Informationstätigkeit über Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesens so- wie der Stadtentwicklung  Übertragbar	180	180	150 200 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6000.282.01.			
535.01 (422)	Betrieb und Unterhaltung der Modellwerkstatt  Übertragbar	4	4	0
	Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6610.526.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
535.56	Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik  Übertragbar	860	805	722 68 R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6000.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.281.01.			
539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar	33	33	67 15 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
546.86	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke  Übertragbar	489	489	(0)
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
546.93	Ersatzvornahmen  Übertragbar	2	2	31
	Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 .			
547.02	Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Verwaltung	-	0	6

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6000</b> -----				
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6000.124.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.124.02.			
547.05 (422)	Aufwendungen für Vorhaben aus erwirtschafteten Energie- und Wassereinsparungen (fifty-fifty)	-	0	0 10 R
	Übertragbar			
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	2.331	2.825	1.053
	0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinforma- tion und Vermessung	2.198	2.752	0
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6000.894.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	377	377	496
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	369	478	1.309
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6000.535.56.			
681.86	Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	59 21VE	59 21VE	(130) 14R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 .			
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	18	18	15 8 R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 .			
682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinfor- mation und Vermessung	15.049	13.464	0 313 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .			
685.01 (165)	Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeits- gemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mit- gliedschaften	321	325	334
	Übertragbar			
701.02	Sanierung der Fassade und Erneuerung der Fenster im Stadthauskomplex		0	371
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-24.			
701.04	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuorganisa- tion des Vermessungswesens und des Tiefbauamtes	-	0	0 385 R
	Übertragbar			
701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik	25	25	12 177 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-11.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6000</b> -----				
799.03	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Übertragbar	-	0	0
812.01	Erwerb von Geräten und beweglichen Sachen Übertragbar		0	1- 4 R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar	-	0	1 250 R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Bau und Verkehr Übertragbar	-	0	864 45-R
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung Übertragbar	1.341 431 VE	1.041 75 VE	0 1.875 R
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für IuK-Maßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-11.	-	857	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>45.752</b> 452 VE	<b>44.460</b> 96 VE	<b>23.409</b> 3.743 R
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung			
(411)	<b>EINNAHMEN</b>			
134.01	Kapital- und Rentenbeiträge aus Bodenordnungsmaßnahmen sowie sonstige Rückzahlungen (BauGB) 0 GB Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6100.821.01.	2.000	500	805
134.03	Kapitalrückzahlungen einschließlich Zinsen sowie Ausgleichsbeträge aus Maßnahmen außerhalb von Bodenordnungsgebieten (Sanierung) 0 GB	-	0	0
231.02 (233)	Zuweisung des Bundes für Wohngeld	87.500	82.000	73.854
272.30	Zuschüsse der EU für das Projekt EUROCRAFT - Recite II (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.971.01.		0	740
311.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.863.02.	1.545	3.500	3.667

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6100</b> -----				
331.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.893.02.	5.887	6.263	7.467
331.03	Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm	1.632	1.393	1.100
331.04	Zuweisungen des Bundes für das Sanierungsprogramm	3.253	2.467	1.570
342.01	Zuschüsse für Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6100.893.11.	-	0	99
342.02	Einnahmen im Zusammenhang mit Bauträger-Wettbewerben  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.799.02.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>101.817</b>	<b>96.123</b>	<b>89.302</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.146	5.595	2.574
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	6-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	86-	243	0
511.22 (419)	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	17	18	5 15 R
526.01 (419)	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	46 364 VE	295 364 VE	47 148 R
526.02 (419)	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.  Übertragbar Zuwendungsanteil 80% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	253 102 VE	53 102 VE	74 56 R
527.22 (419)	Dienstreisen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	5	5	2 3 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6100</b> -----				
546.86	Erstattungen von Gebühren für Leistungen des Gutachterausschusses im Rahmen förmli. Sanierungsverfahren, Zweckzuweisung an die Bezirke  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	(0) 94R
547.10	Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung  Übertragbar  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.603 103 VE	103 103 VE	396 187 R
	0 GB			
547.30	Aufwendungen zur Durchführung des Projektes EURO-CRAFT - Recite II in Hamburg  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6100.971.01.		0	184 222 R
571.01	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt  Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.571.01 06.0.6100.571.02 .	1.490	2.040	2.454
571.02	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse  Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.571.01 06.0.6100.571.02 .	7.500	7.720	7.186
661.50	Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt  Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50 06.0.6100.663.50 .	70.000	78.400	70.752
663.50	Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50 06.0.6100.663.50 .	21.866	23.600	26.290
676.30	Auszahlungen von EU-Zuschüssen zur Durchführung des Projektes EUROCRAFT - Recite II an die europäischen Partnerstädte  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6100.971.01.		0	284 211 R
681.86 (233)	Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke	175.000	164.000	(166.398)
681.87 (419)	Wohnungspolit.Maßnahmen der Bezirke z.B. Mietverbilligungen/Umzugsprämien und Ausgaben f.d.Wohnanlage Georgswerder Ring,Zweckzuweisung a.d. Bezirke  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	517 920VE	268 920VE	(604) 585R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6100</b> -----				
682.01 (419)	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	14	14	1 1 R
682.02	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6100: Ergebnis STEG  (Weggefallener Ansatz)		0	0
682.06 (854)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6100 : Ergebnis GWG	-	0	0
741.04	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur (Revitalisierung)  Übertragbar  (Weggefallener Ansatz)		0	0
				0 GB
799.02 (419)	Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträger-Wettbewerben  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.02.	-	0	0 195 R
799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.  Übertragbar	25	0	6 147 R
812.30	Aufwendungen für Investive Vorhaben zur Durchfüh- rung des Projektes EUROCRAFT - Recite II in Ham- burg  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
821.01 (422)	Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6100.134.01.	4.683 8.000 VE	1.201 4.000 VE	2.656 483-R
821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	2.200 2.500 VE	2.629 2.400 VE	1.476 900 R
821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	214	207	0 355 R
821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungs- aktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebie- ten  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	511 811 VE	374 811 VE	78 645 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6100</b> -----				
863.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungs- baues  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.311.02.	1.545	3.500	3.667 3 R
891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunder- neuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertra- genen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 16 (1) WoFG  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	2.168 5.700 VE	2.512 5.120 VE	1.224 1.289 R
892.01	Investitionszuschuss an Hagenbecks Tierpark für den Bau eines Menschenaffenhauses  Übertragbar		0	174 4.426 R
893.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.331.02.	5.887	6.263	7.467
893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten  Übertragbar  Zuwendungsanteil 26%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.05. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	10.338 15.500 VE	10.403 15.500 VE	7.092 2.235 R
893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)  Übertragbar  Zuwendungsanteil 60%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	10.400 15.500 VE	11.833 15.500 VE	5.543 7.946 R
971.01	Zahlungen aus EU-Mitteln zur Durchführung des Projektes EUROCRAFT - Recite II  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6100.547.30 06.0.6100.676.30. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.272.30.		0	0 319 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>321.342</b> 49.500 VE	<b>321.276</b> 44.820 VE	<b>139.623</b> 19.496 R
6200	Bauordnung und Hochbau			
(016)	-----			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6200</b> -----				
	<b>EINNAHMEN</b>			
111.03 (043)	Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen	300	300	608
112.41 (043)	Zwangs- und Bußgelder u.a.	-	1	0
121.57	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Staatlicher Hochbau / Dienstleistungsbereich	356	785	127
	0 GB			
129.01	Erstattung für Aus- und Fortbildung im Hochbaubereich	3	5	3
281.01 (043)	Ersatz von Kosten für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6200.537.01.	358	358	373
281.03	Erstattung von Personal- und Sachkosten aus dem Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststellen	-	0	59
	0 GB			
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1.017</b>	<b>1.449</b>	<b>1.169</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.074	5.872	6.205
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	1
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	5.194	5.250	0
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	53	54	49 24 R
	Übertragbar			
	0 GB			
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	4	4	2 1 R
	Übertragbar			
	0 GB			
527.22	Dienstreisen	9	9	10 5 R
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6200-15 .			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6200</b> -----				
537.01 (043)	Prüfung von statischen Unterlagen und Überwachung von Baustellen durch Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, Untersuchungen durch Sachverständige  Übertragbar  249 GB Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6200.281.01.	607 5.600 VE	607 3.000 VE	554 181 R
682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau und Verkehr  0 GB	-	0	0
702.03 (195)	Sicherung und Grundinstandsetzung des Mahnmals St.Nikolai  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-24.		0	45 29 R
799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten,-ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-24.	75 200 VE	275 400 VE	265 390 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>11.016</b> 5.800 VE	<b>12.071</b> 3.400 VE	<b>7.132</b> 630 R
6210 ----- (016)	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)  <b>EINNAHMEN</b>			
119.01	Verkauf von Ausschreibungsunterlagen (Bund)  0 GB	8	8	7
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen  0 GB	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  0 GB	4	4	25
231.01	Kostenerstattung für die Vorbereitung und Durch- führung von Bauaufgaben des Bundes, soweit nicht anderweitig veranschlagt  0 GB	10.749	9.105	6.536
231.02	Kostenerstattung für Vergütungen an Privatarchi- tekten und für IuK-Folgekosten  0 GB  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6210.534.67. Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei (60.0.0000/06.0.6210.534.67)	4.009	3.356	2.788

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6210</b> -----				
331.01	Zuweisung des Bundes für den Einsatz von IuK-Technik  0 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6210.812.56.	-	0	0
331.02	Zuweisungen des Bundes für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten  0 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6210.710.01.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>14.770</b>	<b>12.473</b>	<b>9.357</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	9.164	8.233	7.409
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	7
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	1
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	265-	261-	0
535.56	IuK-Investitionsfolgekosten  Übertragbar 0 GB	108	138	139
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs  0 GB	31	31	32
	<b>Titelgruppe(n)</b> -----			
Z67	Sach- und Fachausgaben -----			
511.67	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände  Übertragbar 0 GB	169	130	107 35 R
514.67	Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutz- kleidung  Übertragbar 0 GB	7	31	29
517.67	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar 0 GB	198	182	179 3 R
518.67	Mieten und Pachten  Übertragbar 0 GB	438	438	430 11 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6210</b> -----				
519.67	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar 0 GB	21	19	38 3 R
525.67	Aus- und Fortbildung  Übertragbar 0 GB	19	19	16 3 R
526.67	Sachverständige, Gerichts- u. ä. Kosten  Übertragbar 0 GB	25	12	23 3 R
527.67	Dienstreisen  Übertragbar 0 GB	12	12	10 8 R
534.67	Vergütung an Privatarchitekten u. a . für Baufaufgaben des Bundes  Übertragbar 0 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6210.231.02.	4.009 3.000 VE	3.218	2.590
539.67	Vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar 0 GB	10	10	6
	Summen für Z67	4.908 3.000 VE	4.071	3.429 65 R
710.01	Neu- Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)  Übertragbar 0 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6210.331.02.	-	0	0
812.56	Investitionsaufwand für den Einsatz von IuK-Technik  Übertragbar 0 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6210.331.01.	-	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>13.946</b> 3.000 VE	<b>12.212</b>	<b>11.017</b> 65 R
6300	Verkehr und Straßenbau			
(725)	-----  <b>EINNAHMEN</b>			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
111.03 (790)	Verwaltungsgebühren  0 GB	1.155	1.082	1.317
111.11	Benutzungsgebühren	-	0	0
112.01 (043)	Zwangs- und Bußgelder  0 GB	100	200	78
119.05	Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.521.14.	-	0	0
121.01 (729)	Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.863.01.	-	0	564
124.91 (741)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	-	0	0
131.91	Verkauf von Grundstücken	2.000	1.500	6.863
162.01 (729)	Zinsen für Darlehen zu Garagenbauten  0 GB	1	1	0
182.01 (729)	Tilgung von Darlehen zu Garagenbauten  0 GB	-	0	6
231.02	Zuweisung des Bundes gem. § 8 Regionalisierungs- gesetz  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.581.01 06.0.6300.632.01 06.0.6300.633.01 06.0.6300.682.01 06.0.6300.682.13 06.0.6300.682.17.	108.118	105.265	67.237
231.03	Zuweisung des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsge- setz zur Minderung des Zuschussbedarfes an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9590.682.10.	-	4.734	0
232.01 (741)	Beteiligung Schleswig-Holsteins an den Sicher- heitsleistungen im Schnellbahnnetz des HVV  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.682.17.	-	593	0
233.01 (741)	Beteiligung des Umlandes an den Kosten des des Verkehrs im HVV-Verbundraum	5.500	10.000	12.442
272.01 (729)	Einnahmen aus Zuschüssen der EU  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.526.04.	-	0	260 84 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
281.01	Erstattung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen durch Dritte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.517.01.	-	0	6 1.887 R
281.02	Erstattungen Dritter für Unterhaltungskosten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.521.14.	-	0	132
331.01	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den kommunalen Straßenbau	7.230	7.230	7.230
331.02 (741)	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs durch Dritte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.891.02.	13.500	13.500	18.395
331.03 (741)	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentl. Personennahverkehrs durch Hamburg	1.023	1.023	1.023
331.04 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den Umbau und die Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt  (Weggefallener Ansatz)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.742.10.		0	900
331.08	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.788.02 06.0.6300.891.08.	-	0	63.600
331.10 (741)	Kostenbeiträge des Bundes und der Deutschen Bahn zu Maßnahmen an Verkehrsanlagen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.10.	-	0	0
331.11	Kostenbeiträge des Bundes und der DB AG für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.20.	-	0	3.558
331.12	Kostenbeiträge des Bundes für die Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Mörkenweg  (Weggefallener Ansatz)		0	0
331.14 (741)	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.891.14.	-	0	2.479
331.20	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.20.	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
331.21 (741)	Einnahmen für flankierende Maßnahmen beim Ausbau der AKN in Eidelstedt  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.21.	-	0	0
341.01	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.821.03.	-	0	0
341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.788.01.	1.500	1.530	833
341.04	Einnahmen für die Neugestaltung des Spielbudenplatzes  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.750.01.	-	2.560	0
341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.789.01.	1.500	1.500	33-
341.31	Allgemeine Wegebaubeiträge  2.50 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8700.891.02.	4.300	4.300	7.453
	0 GB			
342.02 (729)	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.863.01.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>145.927</b>	<b>155.018</b>	<b>194.344</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.154	25.510	26.215
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	104
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	7
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	8.377	3.885	0
511.22 (719)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Gebrauchsgegenstände, Fahrgelder und vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	38	137	150 4 R
	0 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
514.22 (719)	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	1	3	6
517.01	Zahlung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.281.01.	-	0	9
521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege  Übertragbar  0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.119.05 06.0.6300.281.02.	68 250 VE	98 250 VE	0
521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Rahmenzuweisungen an die Bezirke  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	7.536 4.000VE	7.410 4.000VE	(10.436)
526.03 (729)	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gut- achten auf den Gebieten der Verkehrspolitik und der öffentlichen Verkehrswirtschaft  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	136 50 VE	136 50 VE	78 56 R
526.04 (729)	Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.272.01.	-	0	227 33 R
527.22 (719)	Dienstreisen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	14	23	28
537.01 (729)	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	250 50 VE	250 50 VE	216 20 R
546.86	Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6300.546.86 06.0.6420.546.94 .	- 2.000VE	0 2.000VE	(4.665)
581.01 (741)	Rückzahlung des Darlehens des Bundes im Zusammen- hang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02.	-	0	0 222 R
632.01 (741)	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-39 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02.	230	230	230

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
633.01 (741)	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-39 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02.	1.000	1.000	1.123 473 R
671.01 (741)	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	10 VE	0 10 VE	0
682.01 (741)	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG)  Zuwendungsanteil 90%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-39 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02.	8.034	8.435	6.875 77 R
682.03 (741)	Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungs- und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr  Übertragbar	49.084	49.084	49.084
682.04 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich HHA Zuwendungsanteil 100%	-	0	0
682.05 (859)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich P+R Zuwendungsanteil 100%	-	0	0
682.06 (832)	Zuschuss an die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	1.855	2.215 730 VE	1.608
682.07 (832)	Dividendengarantie für die A-Aktien der Hamburger Hochbahn AG  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	65	64	64
682.08 (832)	Ausgleichszahlung nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz für betriebsfremde Aufwendungen der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen  Übertragbar	231	227	233
682.09 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich VHH Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	-	0	0
682.11 (839)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpol. Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich HADAG Zuwendungsanteil 100%	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
682.13 (832)	Entgelte für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr  Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-39 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02.	92.700 94.100 VE	90.000 92.700 VE	84.077 1.051 R
682.17 (741)	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV  Zuwendungsanteil 90%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-39 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.232.01.	6.154	6.193	5.458 955 R
682.30 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich PVG Zuwendungsanteil 100%	-	0	0
682.41 (839)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich BHH Zuwendungsanteil 90%	-	0	0
684.02 (859)	Zuschuss an die Landesverkehrswacht e.V.  (Weggefallener Ansatz)  Zuwendungsanteil 100%		0	99
741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	3.400 5.000 VE	2.400 2.900 VE	2.716 74 R
741.02 (729)	Förderung des Radverkehrs  Übertragbar  Zuwendungsanteil 5%  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	600 600 VE	600 600 VE	866 451 R
741.04 (741)	Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße  Übertragbar  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	500 1.100 VE	0 1.300 VE	1.032 672 R
741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.300 1.500 VE	700 1.300 VE	387

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	4.900 9.000 VE	5.300 8.100 VE	4.997 1.325-R
741.13 (729)	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohnungengesetz  Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .		0	33 266 R
741.14	Grundinstandsetzung von Straßen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.14.	4.400 7.000 VE	4.900 6.000 VE	8.530 1.043-R
741.15	Sonderprogramm zur Grundinstandsetzung von Fahrbahnflächen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	16.666 1.334 R
741.25 (741)	Sicherung des ehemaligen Hafenbahntunnels zur Nutzung durch den ÖPNV  Übertragbar	-	0	0
741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	6.600 6.600VE	6.600 6.600VE	(3.633)
741.82 (729)	Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisungen an die Bezirke  Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	500 500VE	500 500VE	(348)
742.01 (741)	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs  Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	270	72	0 1.723 R
742.03 (741)	Bau und Erweiterung von öffentlichen P+R-Anlagen  Übertragbar	-	0	160 9 R
742.05 (729)	Bau einer Veloroute in Eimsbüttel  Übertragbar		0	95

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
742.06 (729)	Erweiterung und Modernisierung des Parkleitsystems Innenstadt  Übertragbar		0	28 16 R
742.08 (729)	Bau von Velorouten  Übertragbar  (Weggefallener Ansatz)	0 GB	0	1.267 612 R
742.09 (741)	Busbeschleunigung Linie 25  Übertragbar  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	-	0	2.215 344 R
742.10 (741)	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt  Übertragbar  (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.04.	0 GB	0	823 697 R
750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.04.	-	2.560	0 1.790 R
750.23	Umgehung Finkenwerder  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	500 15.000 VE	0 1.000 VE	0
760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand"  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.400	3.000 1.400 VE	0
760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.800 1.350 VE	0	0
770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Kronnstiegs  Übertragbar  (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0 GB	2.800	4.657 1.527-R
773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm  Übertragbar	500 229 VE	3.500 900 VE	3.433 6 R
		0 GB		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs	3.500 5.500 VE	2.500 9.000 VE	0
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs	1.000 3.000 VE	0 500 VE	0
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17.Juni		0	0 9 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
785.02	Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke		1.132	1.377 1 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	(Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke	1.017	1.050 497 VE	980
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
785.04	Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke		1.375	625 25 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	(Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke	1.300 1.120 VE	1.000 2.420 VE	0
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
788.01	Allgemeine Erschließungen	7.700 25.000 VE	9.763 23.700 VE	14.696 2.551 R
	Übertragbar			
	6.200 GB			
	Zuwendungsanteil 10%			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.3.1330.341.02 01.5.1530.341.02 01.6.1630.341.02 01.7.1730.341.02 01.8.1830.341.02 06.0.6300.341.02. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.4.1430.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.341.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.6.1630.341.02.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
788.02	Erschließung Hafencity  Übertragbar  6.200 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6500.331.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.331.08.	- 2.000 VE	0 2.000 VE	24 13 R
789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes  Übertragbar  11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.3.1330.341.06 01.4.1430.341.06 01.5.1530.341.06 01.6.1630.341.06 01.7.1730.341.06 01.8.1830.341.06 06.0.6300.341.06. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.341.06. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.6.1630.341.06.	7.200 21.000 VE	5.100 21.000 VE	3.445 1.210 R
799.01 (729)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten  Übertragbar  11.900 GB Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	2.102 2.100 VE	9.500 9.300 VE	11.706 563 R
811.86 (711)	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbau- maßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	486 600VE	470 800VE	(198) 44R
812.06 (729)	Beschaffung von Kameras zur Verkehrslageerfassung  Übertragbar  11.900 GB		0	0 700 R
821.01	Grunderwerb für Straßenbaumaßnahmen  Übertragbar	700 680 VE	500 1.000 VE	678 237 R
821.02 (729)	Entschädigungen, Verlagerungskosten und Billig- keitszahlungen im Zusammenhang mit Grunderwerb  Übertragbar	50 50 VE	50 50 VE	0 50 R
821.03	Allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.01.	1.550 3.550 VE	4.100 2.550 VE	4.650 1.651 R
821.04	Grunderwerb für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 16 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes (Grunderwerb)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	525 2.525 VE	2.050 1.525 VE	5.439 1.300 R
821.06 (741)	Grunderwerb für P+R-Anlagen  Übertragbar	-	0	92 9 R
821.11 (741)	Grunderwerb für U-Bahn-Folgemaßnahmen  Übertragbar	50 50 VE	0 50 VE	0 112 R
821.13 (741)	Entschädigungen für die Begründung von Dienstbarkeiten für Tunnelanlagen  Übertragbar	250 250 VE	0 500 VE	0 591 R
821.15	Grunderwerb für die Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 642 R
821.16	Grunderwerb für den Ausbau der Straße Am Stadtrand zwischen Friedrich-Ebert-Damm und Walddörferstraße  Übertragbar	300 320 VE	300 620 VE	0
821.23	Grunderwerb für den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder  Übertragbar	1.000 500 VE	0	0
862.01 (729)	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	70 70 VE	0 70 VE	0 70 R
863.01 (729)	Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 2 der Hamburgischen Bauordnung Übertragbar  Zuwendungsanteil 90%  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.342.03 01.3.1330.342.03 01.4.1430.342.03 01.5.1530.342.03 01.6.1630.342.03 01.7.1730.342.03 01.8.1830.342.03 06.0.6300.121.01 06.0.6300.182.01 06.0.6300.342.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	- 10.000 VE	0 10.000 VE	8.008 76.775 R
881.05 (722)	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	2.100 8.400 VE	2.100 12.000 VE	15 4 R
891.02 (741)	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei	13.500	13.500	18.395

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
	06.0.6300.331.02.			
891.04 (741)	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .		0	0 639 R
891.05 (741)	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	10.226	10.315	10.880 115 R
891.06 (729)	Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg  Übertragbar  Zuwendungsanteil 10%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	500 500 VE	500 500 VE	0 500 R
	11.900 GB			
891.07 (741)	Zuschuss an die DB AG für die Errichtung von S-Bahnhaltestellen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .		0	244- 1.144 R
891.08 (741)	Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.331.08. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	-	0	7.896 74.095 R
891.09 (741)	Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen für den Bau von neuen Zugängen zu Schnellbahnhaltestellen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .		0	0 212 R
891.10 (741)	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen  Übertragbar  Zuwendungsanteil 5%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.10.	850 5.000 VE	33 5.600 VE	269 3.832 R
	11.900 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
891.12	Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Möörkenweg  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
891.14 (741)	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.14.	-	0	2.479
891.17 (741)	Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für den Bau der S-Bahn-Strecke Neugraben - Stade  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	-	0	0
891.18 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahn- anbindung Flughafen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	4.575 6.100 VE	12.880 4.500 VE	1.203 22.306 R
891.19 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity - Bramfeld  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	- 515.000 VE	0	0
891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek  Übertragbar  11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.11 06.0.6300.331.20.	1.600 30.000 VE	1.500 60.000 VE	3.361 10.014 R
891.21 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.21 06.0.6300.331.22.	2.000 1.735 VE	3.045 3.700 VE	3.449 382 R
891.24 (741)	Zuweisungen an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Zuwendungsanteil 100%		1.790 4.234 VE	0
892.01 (741)	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibus- bahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	-	0	7.647 3.303 R
892.10 (741)	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskal- taxametern  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-40 .	-	0	0 200 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6300</b> -----				
893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen)  Übertragbar  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.  <b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	500 1.500 VE	500 1.500 VE	1.105 29 R
	11.900 GB			
		<b>275.248</b> 794.889 VE	<b>312.885</b> 308.006 VE	<b>331.971</b> 210.334 R
6420	Bau und Betrieb			
(623)	<b>EINNAHMEN</b>			
111.01 (790)	Verwaltungsgebühren	20	20	22
111.12	Schleusen- und andere Gebühren	83	83	76
119.01 (725)	Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ing.-Bauwerken  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.521.09.	26	26	2
119.09 (431)	Einnahmen aus Schadenersatzleistungen (öffentliche Beleuchtung und Verkehrssteuerungseinrichtungen)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6420.542.01.	1.500	1.500	1.646
119.92	Schadenersatzleistungen  11.900 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.521.02 06.0.6420.521.03.	-	0	0
121.57 (721)	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb	-	0	0
124.01 (725)	Einnahmen aus Vermietung von Fahrzeugen und Geräten  50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.521.09.	-	0	16
125.94 (725)	Arbeiten für fremde Rechnung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6420.546.94.	-	0	1.120
131.91	Verkauf von Grundstücken	40	40	406
231.01 (721)	Erstattung des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltslast des Bundes	2.000	1.856	3.317

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6420</b> -----				
261.01 (711)	Verwaltungskostenentgelte für die Planung und Durchführung von Bauaufträgen	-	0	46
261.03 (711)	Verwaltungsgemeinkostenzuschläge für Arbeiten für fremde Rechnung	46	46	18
281.01	Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand an Hamburger Gewässern  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.521.02.	-	0	0
281.03 (431)	Erstattungen Dritter für Betriebskosten der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6420.542.01.	50	50	55
281.04 (431)	Kostenerstattungen für Unterhaltungsmaßnahmen sowie Einnahmen aus der Beleuchtung von Unternehmerstraßen und dgl.	55	55	37
282.01	Spenden für den Betrieb und die Unterhaltung des Schwanenquartiers  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.521.02.	-	0	0
331.01 (625)	Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	18.600	18.600	8.717
341.01 (625)	Kostenbeiträge Dritter zur Anpassung an den Hochwasserschutz  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.746.01.	-	0	0
341.04	Kostenbeiträge Dritter für Planung Umgestaltung und Neubau von Hamburger Gewässern  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.741.01. 11.900 GB	-	0	0
341.10 (431)	Zuschuss Dritter zum Bau von Lichtsignalanlagen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6420.741.10.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>22.420</b>	<b>22.276</b>	<b>15.479</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	22.063	6.413	6.231
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	10-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	4
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.536-	411	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6420</b> -----				
511.22 (719)	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	162	38	44 3 R
514.22 (719)	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	16	14	8
517.02	Bewirtschaftung der Grundstücke (Gewässer und Ne- benanlagen)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	163	163	213 4 R
517.03 (625)	Bewirtschaftung der Grundstücke (Hochwasserschutz- anlagen)  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	76	76	56 6 R
517.22 (719)	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	131	131	111 7 R
518.22 (719)	Mieten und Pachten  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	665	665	659 2 R
519.01 (719)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	24	24	8 16 R
519.02	Unterhaltung der Grundstücke (Gewässer und Neben- anlagen)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	305	315	203
519.03 (625)	Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzan- lagen)  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	207	207	146 4 R
521.01 (729)	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschl. Zubehör  Übertragbar 90 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 4.00 % der Einnahmen bei 01.2.1230.111.12.	358 300 VE	358 300 VE	340 4 R
521.02	Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen	410	410	443

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6420</b> -----				
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6420.119.92. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.281.01 06.0.6420.282.01.			
521.03 (625)	Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung	1.540	1.540	574 8 R
	Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6420.119.92.			
521.09 (725)	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebs- ausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	5.126 4.000 VE	5.100 4.000 VE	5.165 28 R
	Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6420.119.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6420.124.01.			
521.81	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	1.872 486VE	1.872 486VE	(1.916)
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .			
521.86 (625)	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u.ä. an wasserwirt- schaftliche Verbände, Zweckzuweisungen a.d. Bezirke	662 128VE	662 128VE	(1.385)
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .			
527.22 (719)	Dienstreisen	10	2	3
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .			
542.01 (431)	Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen	23.000 3.500 VE	22.500 3.500 VE	24.565 242 R
	Übertragbar 21.450 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.119.09 01.3.1330.119.09 01.4.1430.119.09 01.5.1530.119.09 01.6.1630.119.09 01.7.1730.119.09 01.8.1830.119.09 06.0.6420.119.09 06.0.6420.281.03.			
546.94 (725)	Arbeiten für fremde Rechnung	- 250 VE	0 250 VE	1.602 163 R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6300.546.86 06.0.6420.546.94 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.125.94.			
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	473	490	559
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6420</b> -----				
671.55 (719)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs, -Sondernetz-	2.403	2.403	2.403
681.02 (625)	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	-	0	0
682.57 (721)	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	2.232	2.099	1.946
685.02 (625)	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6420-17 .	30	20	35 1 R
741.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen  Übertragbar  11.900 GB	5.620 3.600 VE	5.920 3.600 VE	4.761 14 R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6420.811.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.341.04.			
741.10 (431)	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt  Übertragbar  11.900 GB	2.500 1.500 VE	1.400 3.000 VE	1.364
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.341.10.			
741.11 (431)	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	8.340 7.000 VE	7.600 10.000 VE	7.942 1.700-R
746.01 (625)	Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung  Übertragbar  11.900 GB	35.051 55.000 VE	35.051 60.000 VE	47.306 8.416-R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6420.811.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6420.746.01 06.0.6420.893.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6420.341.01.			
799.01 (729)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten  Übertragbar  11.900 GB	7.725 8.000 VE	0	0
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.			
811.01 (790)	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6420.741.01 06.0.6420.746.01.	-	200	70 26 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6420</b> -----				
812.56 (719)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Aus- stattungsgegenständen für IuK-Technik  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	29
821.01 (625)	Grunderwerb für die Verbesserung des Hochwasser- schutzes einschließlich der Binnenentwässerung  Übertragbar	1.250 1.534 VE	1.250 1.250 VE	1.763 817 R
821.02	Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen  Übertragbar	153 153 VE	153	245
891.01 (721)	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	10 10 VE	10 10 VE	0 22 R
891.56 (721)	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-11.	125 125 VE	125 125 VE	82 20 R
893.01 (625)	Erstattung von Vorsorgeaufwendungen für den Hochwasserschutz  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6420.746.01 06.0.6420.893.01 .	-	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>121.166</b> 85.586 VE	<b>97.622</b> 86.649 VE	<b>108.868</b> 8.729-R
6610	Stadtentwicklung			
(422)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
125.01	Einnahmen aus der Abgabe von Planunterlagen an Private	2	2	1
232.01	Zweckgebundene Einnahmen für den Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/ Schleswig-Holstein  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.526.02. 11.900 GB	-	0	102
272.20	Zuschüsse der EU für Vorhaben/Projekte der EU-Ge- meinschaftsinitiative INTERREG II/III in Hamburg  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.547.20.	-	0	0
282.01	Beteiligung Dritter an Wettbewerben und Planverfahren  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.526.01.	-	0	20

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6610</b> -----				
341.01	Einnahmen aus Beteiligung von Planungsbegünstigten an durch Bauleitplan-Verfahren ausgelösten Kosten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.791.01.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>123</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.259	5.073	8.786
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	23
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	2
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	304-	418-	0
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	20	20	51 2 R
526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus  Übertragbar 11.900 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6000.535.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.282.01.	2.400 1.500 VE	1.073 1.050 VE	1.214 814 R
526.02 (440)	Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/ Niedersachsen/Schleswig-Holstein  Übertragbar 11.900 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.232.01.	51 26 VE	51 26 VE	166 81 R
526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten Rahmenezuweisung an die Bezirke  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	700 700VE	700 700VE	(751)
527.22	Dienstreisen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	4	4	10 2 R
546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	85 80 VE	85 80 VE	45 106 R
547.20	Aufwendungen zur Durchführung von Projekten der EU -Gemeinschaftsinitiative INTERREG II/III in Ham- burg Übertragbar	-	0	31 32 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>6610</b> -----				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.272.20.			
681.01	Entschädigungen in Geld für Planungsschäden nach dem Baugesetzbuch  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	-	0	0
791.01	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von Planungsbegünstigten an Kosten in Folge oder als Voraussetzung von Bauleitplanung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.341.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	-	0	0
882.01 (692)	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein  Übertragbar  11.900 GB	700 2.000 VE	900 1.075 VE	277 1.051 R
882.02 (692)	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen  Übertragbar  11.900 GB	600 1.800 VE	416 716 VE	301 805 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>9.515</b> 6.106 VE	<b>7.904</b> 3.647 VE	<b>10.906</b> 2.894 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt-	22	---	---
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.602	---	4.624
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.146	---	1.324
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.074	---	1.478
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.164	---	1.566
6300	Verkehr und Straßenbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.154	---	3.302
6420	Bau und Betrieb -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	22.063	---	5.473
6610	Stadtentwicklung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.259	---	1.607
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	<b>67.484</b>	<b>---</b>	<b>19.374</b>
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	<b>66.762</b>	<b>---</b>	<b>19.757</b>
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	<b>68.430</b>	<b>---</b>	<b>20.294</b>
	<b>Summe Rest 2002</b>	<b>---</b>	<b>---</b>	<b>---</b>



## Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

## 06.0 Behörde für Bau und Verkehr

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	<b>Titel</b>	<b>431.93</b>	<b>432.93</b>
		Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.213	---	1.909
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	86-	---	1-
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.194	---	3.597
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	265-	---	2
6300	Verkehr und Straßenbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.377	---	5.413
6420	Bau und Betrieb -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.536-	---	753-
6610	Stadtentwicklung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	304-	---	119-
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	14.593	---	10.048
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	13.560	---	8.606
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	---	---	---
	<b>Summe Rest 2002</b>	---	---	---

06.0 Behörde für Bau und Verkehr

<b>Titel</b>	<b>435.93</b>	<b>436.93</b>	<b>446.93</b>
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
6000	561	281	462
6100	125-	---	40
6200	1.156	---	441
6210	319-	1-	53
6300	2.224	44	696
6420	628-	249-	94
6610	221-	---	36
	<b>2.648</b>	<b>75</b>	<b>1.822</b>
	<b>3.306</b>	<b>170</b>	<b>1.478</b>
	---	---	---
	---	---	---

## Erläuterungen zu den Kapiteln

### 6000 Zentrale Aufgaben und Recht

#### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Siehe Produktinformationen.

#### 2. Zuwendungen

In diesem Bereich sind Zuwendungen an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG), an den Fachnormenausschuss Bauwesen und an das Institut für Bautechnik veranschlagt.

Die DVWG wird durch Bund und Länder gefördert. Die Höhe der Zuweisungen wird nach dem sog. Königsteiner Schlüssel durch die Verkehrsabteilungsleiterkonferenz festgelegt. Die Zuwendung an den Fachnormenausschuss Bauwesen erfolgt über eine anteilige Finanzierung aufgrund vertraglicher Regelung. Berlin erlässt zentral für alle Bundesländer einen Zuwendungsbescheid. Der Gesamtverwendungsnachweis erfolgt gegenüber Berlin. Die Zuwendung an das Institut für Bautechnik wird über eine anteilige Finanzierung aufgrund des abgeschlossenen Abkommens zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. Der Zuwendungsbescheid erfolgt durch die Baubehörde. Die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung obliegt Berlin.

Vgl. Anlage 3.1 und 3.2 „Übersicht über Zuwendungen“.

#### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

##### Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere bestimmt durch:

- Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Titel 124.91)
- Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftspläne Staatlicher Hochbau der BBV, Autobahn- und Tunnelbetrieb, Geoinformation und Vermessung (Titel 261.01).

##### Ausgaben

###### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

###### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb der Behörde für Bau und Verkehr in Höhe von 5,9 Mio. EUR,
- Kosten für die Inanspruchnahme des LIT in Höhe von 0,8 Mio. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik insgesamt 0,9 Mio. EUR,
- Betriebszuschüsse an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung 17,4 Mio. EUR
- Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung 2,7 Mio. EUR.

Im Einzelnen wird erläutert:

681.86 – Ersatzvornahmen und Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile für Ersatzvornahmen und Schadenersatzleistungen zusammengefasst. Veranschlagt sind die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	3	3	5	3
Altona	11	3	11	3
Eimsbüttel	13	3	13	3
Hamburg-Nord	11	3	9	3
Wandsbek	9	3	9	3
Bergedorf	8	3	7	4
Harburg	4	3	4	3
<b>Gesamt</b>	<b>59</b>	<b>21</b>	<b>59</b>	<b>21</b>

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

### *Investitionen*

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird geprägt durch Zuschüsse an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (Titel 891.01).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

812.54/ 812.56 Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik sind global beim Titel 9090.812.56 veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung auf diese Investitionstitel übertragen und von der Behörde für Bau und Verkehr bewirtschaftet.

891.01 Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung 1,3 Mio. EUR.

## 6100 Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformationen – Produktbereich 02 – Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung und im Finanzbericht „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgaben- und Investitionsplanung 2003-2007 (2008)“.

Der Mittel- / Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- politische Programmvorgaben für den Bereich Wohnraum- und Städtebauförderung
- Festlegung der Förderschwerpunkte
- Wirtschaftsentwicklung (Arbeitslosenzahlen, Einkommens- und Mietpreisentwicklung, Finanzierungsengagement der Investoren)
- Entwicklung der Haushalte Hamburgs und der Wohnungsnachfrage
- auslaufende Belegungsbindungen im Sozialwohnungsbestand
- Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt
- Bedarfslage im Bereich der Instandsetzung und der Modernisierung von Mietwohnungen
- gesetzliche Vorgaben (z.B. für Wohngeld)
- Anteil des Bundes an der Mitfinanzierung von Aufgaben des Wohnungswesens und der Stadterneuerung

### 2. Zuwendungen

Im Rahmen der Stadterneuerung erfolgt keine institutionelle, sondern eine rein projektbezogene Förderung durch Zuwendungen. Mittel werden in der Regel nur als Anteilsfinanzierung nach dem Subsidiaritätsprinzip zur Deckung unrentierlicher Kosten eingesetzt. Die erforderlichen Baumaßnahmen werden von privaten Eigentümern / Investoren / Projektträgern durchgeführt. Eine Förderung durch Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen erfolgt nur dann, wenn das geplante Vorhaben den Erneuerungs- und Entwicklungszielen und -konzepten entspricht und die im öffentlichen Interesse liegende Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

134.01 – Kapital- und Rentenbeiträge aus Bodenordnungsmaßnahmen sowie sonstige Rückzahlungen –

Veranschlagt sind die nach dem BauGB in Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren (außerhalb und innerhalb von Sanierungsgebieten) zu vereinnahmenden Geldausgleiche und Geldbeiträge sowie sonstige Rückzahlungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen wie z.B. aus der Darlehensgewährung. Die Geldbeiträge in Umlegungsverfahren können auf Antrag der Leistungspflichtigen auch bis zu längstens 10 Jahren verrentet werden. Dabei entstehen aus Stundungs- und Darlehensgewährung zu vereinnahmende Zins- und Tilgungsraten.

231.02 – Zuweisungen des Bundes für Wohngeld –

Veranschlagt ist der fünfzigprozentige Anteil des Bundes an den Aufwendungen (vgl. 681.86) für Wohngeld nach § 34 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes (WoGG).

331.03 – Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm –

Der Bund gewährt den Ländern Bundesfinanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen und beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten entsprechend der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung. Vereinnahmt werden die zu erwartenden Finanzhilfen für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm aus dem Programmbereich „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben in den in das Bundesprogramm aufgenommenen Gebieten vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Stadtentwicklungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Programmgebiet.

331.04– Zuweisungen des Bundes für Sanierungsverfahren –

Der Bund gewährt den Ländern Bundesfinanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen und beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten entsprechend der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung. Vereinnahmt werden die zu erwartenden Finanzhilfen für Sanierungsverfahren

(nach BauGB). Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben in den in das Bundesprogramm aufgenommenen Sanierungsgebieten vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Sanierungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Sanierungsgebiet.

## Ausgaben

### *Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

### *Sach- und Fachausgaben*

Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

#### 526.01 – Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis –

Der Hamburger Mietenspiegel und das Wohnlagenverzeichnis werden alle zwei Jahre neu erstellt bzw. fortgeschrieben. Vorbereitende und ergänzende gutachterliche Tätigkeiten sowie mit der Veröffentlichung im Zusammenhang stehende Sachkosten fallen jedoch auch zwischen den jeweiligen Erscheinungsjahren an. Die Veranschlagungsweise der Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen bei diesem Titel muss diesem Umstand Rechnung tragen. Insofern wurde in 2004 ein niedrigerer Kassenmittelbedarf als in 2003 veranschlagt.

#### 526.02 – Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl. –

Es sind einmalig Mittel für die Durchführung einer ökologischen Bauausstellung für Solar- und Niedrigstenergiehäuser veranschlagt.

Es werden auch Zuwendungen gem. der §§ 23 und 44 LHO geleistet.

#### 547.10 – Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung –

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Aufwendungen für die Städtebauförderung gehören

- die Erarbeitung und Beauftragung von übergreifenden Untersuchungen – einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten
- gebietsübergreifende Öffentlichkeitsarbeitsprojekte zur Intensivierung der Bürgerpartizipation (Veranstaltungen, Ausstellungen, Foren, Broschüren, Informationen über das Internet)
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Quartiersentwicklern auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten;
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Quartiersentwicklern auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten (Veranschlagung nunmehr bei 547.10 statt bei 893.11 aufgrund des bürgerchaftlichen Ersuchens, Drs. 17/1115).

#### 571.01 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die Förderung von Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden in Hamburg (ehemals "500 Mio. DM-Instandsetzungsprogramm" bzw. Nachfolgeprogramm), welche 2002 ausgelaufen ist, wurde über die WK abgewickelt. Hierfür war eine kreditäre Finanzierung vorgesehen, deren Annuitäten der WK aufgrund der zehnjährigen Tilgungen noch bis zum Jahr 2012 aus dem FHH-Haushalt zu erstatten sind (vgl. Art. 16 Nr. 1 Haushaltsbeschluss und Bürgerschaftsdrucksachen 13/3636 und 15/3663). Die Mittel des Instandsetzungsprogramms konnten auch mit den Fördermitteln aus dem Wohnungsbauprogramm für Maßnahmen nach § 17 II. Wohnungsbaugesetz verknüpft werden.

#### 571.02 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse –

Analog zur Finanzierungsregelung für das „500 -Mio.-DM-Instandsetzungsprogramm“ (Titel 571.01) erstattet die FHH den Schuldendienst für die von der WK zur Gewährung investiver Zuschüsse (insbesondere Modernisierung, auch in Sanierungsgebieten) aufgenommenen Darlehen (vgl. Art. 16 Nr. 2 Haushaltsbeschluss). Es handelt sich um bestehende Verpflichtungen aus Vorjahren bis einschließlich 2002.

#### 661.50 – Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

#### 663.50 – Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung öffentlich geförderter Mietwohnungen durch die WK umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen, Annuitätshilfen und Zuschüssen. Die Mittel werden, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, Bundesmitteln und sonstige Erträge der WK aufgebracht werden kön-

nen, von ihr auf dem Kapitalmarkt beschafft. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt.

Die der WK aus der Subventionierung der o.a. Aufgaben entstehenden Verluste sind nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt vom 06.03.1973 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 41), zuletzt geändert am 25.06.1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 280), aus dem Haushalt der FHH zu decken. Die endgültige Höhe der Verluste ergibt sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres aus dem vom Verwaltungsrat der WK nach § 13 Abs. 3 des o. a. Gesetzes festgestellten jeweiligen Jahresabschlusses.

Die Entwicklung der Verlustausgleichszahlungen ist im Wesentlichen eine Folge der Haushalts- und Veranschlagungssystematik für die Förderungen über die WK. Sie ergibt sich vor allem daraus, dass die Subventionsbedarfe von der FHH zu tragen sind, soweit sie nicht aus Zinsen, Bundesmitteln und sonstigen Erträgen der WK gedeckt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt.

Der Gesamtverlust der WK wird differenziert nach

- Verlust aufgrund niedrigverzinsten oder bezuschusster Kreditvergaben (Zinsausgleich) und
- allgemeinem Verlust aus sonstiger Geschäftstätigkeit (Verlustausgleich).

Aufgrund des zeitlichen Abstandes zwischen der Erstellung von WK-Wirtschaftsplan und –Mittelfristiger Finanzplanung einerseits und dem Veranschlagungszeitpunkt für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg andererseits ergeben sich Veränderungen in der Prognose zur Mittelbedarfslage, die zu einer gegenüber der Planung der WK veränderten Veranschlagung der Ansätze für den Zins- und Verlustausgleich führen. Dementsprechend lässt sich der zum Veranschlagungszeitpunkt aktuelle und über den Titelantrag abgebildete Mittelbedarf als Ergebnis nicht mehr aus der älteren Mittelfristigen Finanzplanung der WK ableiten.

## Erfolgsplan der WK

	2004 WK-Mifri	2003 Wirtsch.Plan (in Tsd. EUR)	2002 Fortschreibung
1	2	3	4
<b>1. Aufwendungen</b>			
<b>Zinsaufwendungen</b>	202.958	185.083	174.908
Verwaltungsaufwendungen	16.156	16.561	17.078
AfA und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.402	2.069	1.808
Sonstige betriebliche Aufwendungen	69	69	101
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen	31	34	16
Aufwendungszuschüsse f. Fördermaßnahmen	191.140	197.292	210.108
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>412.756</b>	<b>401.108</b>	<b>404.019</b>
<b>2. Erträge</b>			
<b>Zinserträge</b>	266.630	255.277	247.546
Provisionserträge	8.217	7.898	7.401
Sonstige betriebliche Erträge	367	365	448
Zuweisungen für besondere Fördermaßnahmen	31.833	35.149	39.954
Fehlförderungsabgabe	94	86	3.936
Zuweisungen der FHH Zinsausgleich	75.094	72.930	68.856

Verlustausgleich	30.521	29.403	35.878
<b>Summe der Erträge</b>	<b>412.756</b>	<b>401.108</b>	<b>404.019</b>

## 681.86 – Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG wird der Ansatz für Wohngeldzahlungen veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Höhe des Wohngeldes wird nach dem Einkommen und der Anzahl der im Haushalt lebenden Familienangehörigen sowie der Höhe der Miete bzw. der Belastung berechnet. Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben; der Bundesanteil wird über den Titel 231.02 vereinnahmt.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Der Ansatz des Bezirksamtes Hamburg-Mitte enthält darüber hinaus einen Betrag von 508,4 Tsd. EUR zur Abdeckung des Bedarfs der Behörde für Soziales und Familie für besonderes Wohngeld. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirke übertragen:

Bezirksamt	Besonderes Wohngeld		Allgemeines Wohngeld	
	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ansatz 2004	Ansatz 2003 <sup>1</sup>
	Mio. EUR			
Hamburg-Mitte	23	23	11	11
Altona	14	14	9	8
Eimsbüttel	12	13	5	5
Hamburg-Nord	14	14	8	7
Wandsbek	22	22	11	11
Bergedorf	7	7	4	5
Harburg	15	15	9	9
<b>Gesamt</b>	<b>107</b>	<b>108</b>	<b>57</b>	<b>56</b>

## 681.87 – Wohnungspolitische Maßnahmen der Bezirke und Ausgaben für die Wohnanlage Georgswerder Ring, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden Mittel für die Wohnanlage am Georgswerder Ring in Wilhelmsburg und freiwillige Leistungen der FHH, mit denen die Situation der Mieter auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden soll, veranschlagt. Bei den wohnungspolitischen Maßnahmen handelt es sich um Mietverbilligungen für kinderreiche Familien in großen Sozialwohnungen und Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlfahrerwohnungen. Die Verpflichtungsermächtigung ist notwendig, weil die Mietverbilligungen für bis zu zwei Jahre im Voraus gewährt werden. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung von 920 Tsd. EUR teilt sich auf in Raten von 510.967 EUR zu Lasten 2005, 306.775 EUR zu Lasten 2006 und 102.258 EUR zu Lasten 2007. Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Aufgrund der Anrechnung der Reste 2002 wurde hier nur ein Ansatz von 517 Tsd. EUR veranschlagt. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	119	51
Altona	44	25
Eimsbüttel	42	18
Hamburg-Nord	23	9
Wandsbek	124	55
Bergedorf	81	33
Harburg	69	77 <sup>2</sup>
<b>Gesamt</b>	<b>517</b>	<b>268</b>

<sup>1</sup> Der Ansatz für 2003 wurde gemäß Drucksache 17/1782 vom 26.11.2002 um 10 Mio. EUR von 154 Mio. EUR auf 164 Mio. EUR erhöht.

<sup>2</sup> anteilig Wohnanlage Georgswerder Ring

682.06 – Ergebnis GWG –

Das im HGV-Komplex für die GWG zu berücksichtigende Ergebnis ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

## GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen

(mit der HGV besteht ein Beherrschungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Mieterträge	143.325	138.375	135.781
1.2 Umlagen	56.551	55.303	54.660
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	13.961	14.034	11.969
<b>Summe der Erträge</b>	<b>213.837</b>	<b>207.712</b>	<b>202.410</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Betriebskosten	59.610	58.932	56.599
2.1.2 Instandhaltungskosten	39.424	38.600	39.000
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	15.357	15.143	14.930
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.655	1.572	1.323
2.3 Abschreibungen	24.901	24.003	24.000
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.669	11.411	11.286
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>152.616</b>	<b>149.661</b>	<b>147.138</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>1.619</b>	<b>1.568</b>	<b>2.545</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>- 57.399</b>	<b>- 55.198</b>	<b>- 53.685</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6. Unternehmensergebnis</b>	<b>5.441</b>	<b>4.421</b>	<b>4.132</b>
<b>7. Rücklagenzuführung</b>	<b>5.441</b>	<b>4.421</b>	<b>4.132</b>
<b>8. Gewinnausschüttung an die HGV / GWG-BG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## GWG

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003  
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002  
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

Tsd. EUR

<b>1.1 Mieterträge</b>		
Steigerung der Nettokaltmieten durch Mietanhebungen, Mietensteigerung aus Investitionstätigkeit, Reduktion von Erlösschmälerungen.		<b>+ 2.594</b>
<b>1.2 Umlagen</b>		
Steigende Heizkostenabrechnungen.		<b>+ 643</b>

## 6100

<b>1.3</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Gestiegene Umsatzerlöse durch den Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand sowie gestiegene aktivierte Eigenleistungen.	<b>+ 2.065</b>
<b>2.1.1</b>	<b>Betriebskosten</b>	
	Gesunkenen Betriebskosten steht ein Anstieg der Heizkosten und von Aufwendungen für den Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand gegenüber.	<b>- 2.333</b>
<b>3.</b>	<b>Beteiligungsergebnis</b>	
	Geringere Gewinnabführung der BCH Baucontrol Hamburg sowie vorsichtige Bemessung der übrigen Ertragsersparungen.	<b>- 977</b>
<b>4.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	
	Auslaufen von Annuitäten, Zinsdegression. Neuverschuldung durch Finanzierung des Bestandszuwachses.	<b>- 1.513</b>

## GWG

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004  
(haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003  
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1</b>	<b>Mieterträge</b>	
	Steigerung der Nettokaltmiete durch Mietanhebungen. Mietensteigerung aus Investitionstätigkeit sowie Reduktion von Erlösschmälerungen durch geringeren Leerstand.	<b>+ 4.950</b>
<b>1.2</b>	<b>Umlagen</b>	
	Zuwachs abzurechnender Betriebs- und Heizkosten.	<b>+ 1.248</b>
<b>2.1.1</b>	<b>Betriebskosten</b>	
	Erhöhung der Betriebs- und Heizkosten	<b>- 678</b>
<b>2.1.2</b>	<b>Instandhaltungskosten</b>	
	Erhöhte Aufwandsmodernisierung.	<b>- 824</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	
	Erhöhung infolge gesteigener Investitionen des Vorjahres und Sonderabschreibungen.	<b>- 898</b>
<b>2.4</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
	Abnahme der Abschreibung von Mietforderungen und Wertberichtigungen. Gegenläufig ist der Anstieg der Gewerbesteuer.	<b>- 258</b>
<b>4.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	
	Auflaufen von Annuitäten, Zinsdegression. Neuverschuldung durch Finanzierung des Bestandszuwachses.	<b>- 2.201</b>

### *Investitionen:*

799.02 – Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträgerwettbewerben –

Aus diesem Titel werden die Architektenhonorare bei Ausschreibungsverfahren vorfinanziert. Die im Voraus gezahlten Honorarpauschalen werden auf die zu bauenden Häuser umgelegt, von den ausgewählten Bauträgern bei Baubeginn wieder abgefordert und beim Titel 342.02 vereinnahmt. Da nicht absehbar ist, ob und in welcher Höhe Zahlungen bei 342.02 vereinnahmt werden können, und die Ausgaben bei 799.02 von den Einnahmen abhängig sind, wird in beiden Fällen ein Leertitel ausgebracht.

- 799.03 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.  
–

Die Mittel sind vorgesehen für Untersuchungen und Planungsaufträge mit unmittelbar investivem Bezug im Bereich des Wohnungswesens. Des weiteren werden Leistungen zur Entwicklung und Aktivierung von Grundstücken für die Bebauung durch Baugemeinschaften vergeben.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

- 821.01 – Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB) –

Die Bodenordnung dient der Bildung von neuen und zweckmäßig gestalteten Grundstücken, z.B. für:

- mehrgeschossigen Wohnungsbau und sonstige Gebäude
- Einfamilienhausbebauung
- neue oder zu verändernde Einkaufs- oder Ortszentren
- Gewerbebetriebe
- Gemeinbedarfszwecke.

Dabei werden gleichzeitig die entsprechenden Erschließungs-, Verkehrs- und Grünflächen für den Gemeingebrauch sowie Immissionsschutzflächen bereitgestellt.

Die veranschlagten Geldleistungen Hamburgs, die Beteiligte an hoheitlichen Bodenordnungsmaßnahmen erhalten, ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 45-79 (Umlegung) und 80-84 (Grenzregelung) ggf. in Verbindung mit den §§ 175 bis 179 BauGB.

Bei der hoheitlichen Bodenordnung innerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete erhalten Beteiligte Geldleistungen Hamburgs nach den Bestimmungen der §§ 147-156, 175-186, 239 und 245 BauGB. Ferner können bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 165-171 BauGB – zzt. noch nicht quantifizierte – Aufwendungen durch Grunderwerb nach den §§ 166, 168 und 169 BauGB entstehen. Des weiteren sind im neuen Zuständigkeitsbereich für Flurbereinigungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz Kosten (u. a. für Verfahren und Zwischenerwerb) in zur Zeit nicht bestimmbarer Höhe zu tragen.

Außer Geldleistungen, die Beteiligte für die Aufhebung oder Änderung von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken erhalten, sind auch Umzugskosten, Entschädigungen für Betriebsverlagerungen und Betriebsaufgabe sowie Nebenkosten (z.B. für sachlich gebotene Beratung im Umlegungsverfahren) zu Lasten dieses Titels zu übernehmen. Bei der Neubebauung zugeteilter Ersatzgrundstücke nach § 59 BauGB können zur Überbrückung von Finanzierungslücken auch Aufbaudarlehen gewährt werden. Vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Umlegungsbeteiligte können auch Darlehen z.B. als Überbrückung für die Bau- und Ordnungsphase als Zwischen- und Nachfinanzierung anfallen.

Ferner entstehen Hamburg vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Umlegungsbeteiligte Ausgaben für Bodenuntersuchungen, Baureifmachung, Erschließung, Besitzeinweisungen, Abbruch, bauliche Veränderungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Sachverständige, Erstattung von Mietausfall und dgl.. Aus diesen Mitteln dürfen auch Zahlungen zur Abgeltung von anderen Rechtsansprüchen und aus Billigkeitsgründen sowie zur Sicherung von wichtigen Unterlagen gegen Verlust (Mikroverfilmung), der Dokumentation und der Beweissicherung von Grundstücken geleistet werden. Weiterhin entstehen im Zusammenhang mit der Bodenordnung auch Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme von Amtshandlungen anderer Behörden oder von privaten Unternehmen etc., wie z.B. Vergabe drucktechnischer Arbeiten (z.B. Informationsmaterial für betroffene Bürger), Programmier- und Rechenaufträge, Beschaffung von Karten- und Luftbildmaterial, Plandaten, für Vermessungsleistungen und Katasterunterlagen, Grundbuchdaten, für Auskünfte zur Erschließung, Bebauung, Bodenbewertung, aus Melde- und Altlastenregistern u. ä..

Die Bodenordnung in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten berührt überwiegend bebaute Flächen, auf denen sich Altbauwohnungen und Gewerbebetriebe befinden. Es sind die gleichen Ausgaben zu bestreiten wie bei der Bodenordnung außerhalb von Sanierung. Ferner kommen nach Beendigung von Sanierungsumlegungsverfahren evtl. Rückzahlungen nach § 154 BauGB in Betracht.

Die Entscheidung über die Gewährung von Geldleistungen in sämtlichen Umlegungsverfahren ebenso die Entscheidung über die Gewährung sowie über die Festsetzung der Konditionen eventueller Darlehen sowie über den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Die Aufstockung des Ansatzes 2004 ist auf die zusätzlichen Bedarfe im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt zurückzuführen.

Ansatz 2004	4.683.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	8.000.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005	4.000.000 EUR
und zu Lasten der Folgejahre	4.000.000 EUR

- 821.02 – Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden die in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten erforderlichen Aufwendungen für Entschädigungen, Verlagerungen, Räumungs-, Abbruch- und ähnliche Kosten insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Mietern und der Verlagerung von Betrieben sowie im Einzelfall für zwischenzeitlichen

Grunderwerb im Rahmen der Bestimmungen des BauGB und dazu geltender Verwaltungsvorschriften bestritten.

Nach Abschluss der Sanierung sollen die durch Kauf erworbenen Grundstücke, sofern sie nicht dem öffentlichen Grund oder einem Verwaltungsvermögen zuzuführen sind, reprivatisiert werden, so dass die Grunderwerbsmittel später an den Haushalt zurückfließen werden. Das gleiche gilt bei der Reprivatisierung von Grundstücken bereits während des Sanierungsverfahrens, außer für Grundstücke im Treuhandvermögen eines Sanierungsträgers; im letztgenannten Fall fließen die Reprivatisierungserlöse zunächst dem Treuhandvermögen zu.

Aus diesem Titel können auch Darlehen gewährt werden, die in Sanierungsgebieten nach dem BauGB während der Ordnungs- und Bauphase anfallen.

Die Entscheidung über die Entschädigung und Geldleistungen an Dritte, über Grunderwerb sowie die Gewährung und die Festsetzung der Konditionen der Darlehen liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Der Bund beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten (vgl. 331.04).

Ansatz 2004	2.200.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2005 veranschlagt	2.500.000 EUR

821.03 – Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden Werterstattungen an den Grundstock für Grunderwerb für Flächen finanziert, die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen benötigt werden und sich bereits im Eigentum der Stadt befinden.

Ansatz 2004	214.000 EUR
-------------	-------------

821.04 – Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten –

Die Mittel sind zur Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete (s. 6100.821.02) entsprechend der Gebietsauswahl für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm einschließlich der westlichen inneren Stadt bestimmt. In analoger Anwendung der §§ 147 BauGB (Ordnungsmaßnahmen) und 180 BauGB (Sozialplan) ist in diesen Gebieten in Einzelfällen sowohl die Erstattung von Aufwendungen für die Freimachung von Grundstücken als auch die Erstattung von Kosten für notwendige Mieterumsetzungen aus Anlass von Modernisierungsmaßnahmen und sonstigen Erneuerungsmaßnahmen erforderlich.

Über die Gewährung und die Höhe der Kostenerstattungen an Dritte zur Freimachung von Grundstücken entscheidet die Kommission für Bodenordnung.

Ansatz 2004	511.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	811.000 EUR

und zwar zu Lasten 2005	374.000 EUR
und zu Lasten der Folgejahre	437.000 EUR

863.02 – Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues –

893.02 – Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung –

Über diese beiden Titel werden alle Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung, die der Bund auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes im Investitionsbereich leistet, an die WK weitergeleitet. Es handelt sich um Darlehen (Einnahmen bei 311.02) und Zuschüsse (Einnahmen bei 331.02). Für das Beteiligungsverhältnis, die Verwendung der Mittel und ihre Abrechnung gilt die Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens, deren Inhalt zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2003 noch nicht feststand. Daher wurden zunächst die Beträge und Regelungen der Verwaltungsvereinbarung für das Programmjahr 2002 zugrunde gelegt. Die Bundesmittel werden abgerufen, sobald die Bewilligungsbedingungen des Bundes erfüllt sind, und an die WK weitergeleitet. Die Darlehen sind von der WK als Refinanzierungsmittel einzusetzen, soweit sie nicht der Verrechnung von Tilgungsleistungen der Finanzbehörde an den Bund dienen (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 14/2611). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch die gestreckten Zahlungen des Bundes Zwischenfinanzierungskosten für Hamburg ergeben.

Der Gesamtbetrag der Darlehen teilt sich auf in:

- Baudarlehen des Bundes (19 v.H.),
- Aufwendungsdarlehen des Bundes ( 81 v.H.)

Der Gesamtbetrag der Zuschüsse teilt sich auf in:

- Aufwendungszuschüsse des Bundes (ca. 3 v.H.),
- Aufwendungszuschüsse des Bundes aus dem Sonderprogramm zur Belebung des Sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage (< 1 v.H.)
- Zuschüsse des Bundes für den Vertragswohnungsbau bzw. die vereinbarte Förderung (97 v.H.).

891.02 – Zuschuss an die STEG für Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 16 (1) WoFG –

Die Zuschüsse sollen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden und Neubau auf

Grundstücken, die sich im Treuhandvermögen der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) befinden, eingesetzt werden. Insbesondere dient der Zuschuss zur Finanzierung des Eigentümeranteils, der die STEG in die Lage versetzen soll, für das ihr von der FHH temporär übertragene Treuhandvermögen öffentliche Förderungsprogramme (insbesondere § 43 StBauFG, § 16 (1) WoFG) in Anspruch zu nehmen.

Ansatz 2004	2.168.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	5.700.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005	2.500.000 EUR
und zu Lasten 2006	2.500.000 EUR
und zu Lasten 2007	700.000 EUR

#### 893.05 – Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten –

Aus diesem Titel werden alle mit der Sanierung nach BauGB zusammenhängenden Maßnahmen finanziert. Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung. Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Quartiersentwicklungskonzepten für die Untersuchungs- und Sanierungsgebiete einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeiner Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen;
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung, mit denen die Realisierung kleinerer, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und der anfallenden Vergütungen in die lokale Verantwortung gegeben werden;
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen;
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Sanierungsträgern und anderen Beauftragten nach dem Baugesetzbuch auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten;
- Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen zur Finanzierung unrentierlicher Kosten bei der Realisierung von Maßnahmen (auch privater Investoren), die entsprechend der Quartiersentwicklungskonzepte Beschäftigung fördern, soziale Defizite sowie bauliche, städtebauliche und infrastrukturelle Mängel in den Sanierungs- und Untersuchungsgebieten entgegenwirken und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen. Dabei sollen Stadtteilgremien die Bürgerbeteiligung sichern und den örtlichen Interessen zur Artikulation verhelfen;
- die nach BauGB von der Gemeinde zu tragenden Kosten für Erschließungen einschl. Wohnumfeldverbesserungen;
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen von städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten;
- die projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Broschüren, usw.);
- die Kosten der Stadtteilbüros;
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte;
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Sinne des § 177 Abs. 4 und 5 BauGB zur Sicherung preiswerten Wohnraums;
- die Erhaltung preiswerten Wohnraums in Altbauten sowie die Neu-, Um- und Ausbauten von Projekten des Gemeinbedarfs auch unter Einsatz von alternativen Baubetreuern/Sanierungsträgern, um Gebäude vorrangig für Stadtteilgruppen unter Einbeziehung von Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Stand zu setzen.

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträgern Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Maßnahmen der Sanierung nach BauGB aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Die Verpflichtungsermächtigung dieses Titels sichert auch die Förderung der über mehrere Jahre laufenden Modernisierung von Wohnungen in Sanierungsgebieten ab, Kassenmittel für diese Maßnahmen werden nur anteilig aus diesem Titel finanziert. Für die Wohnungsmodernisierung in Sanierungsgebieten stehen darüber hinaus derzeit 5,113 Mio. EUR an Mitteln zur Verfügung, die von der Wohnungsbaukreditanstalt im Rahmen ihrer Ermächtigung zur Übernahme von Verbindlichkeiten zur Finanzierung investiver Maßnahmen bereitgestellt werden.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms für Städtebauförderung stellt Hamburg Komplementärmittel für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Ansatz 2004	10.338.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	15.500.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005	9.391.000 EUR
und zu Lasten 2006	6.109.000 EUR

#### 893.11 – Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)

Aus diesem Titel werden alle mit der Erneuerung und Entwicklung der Gebiete zusammenhängenden Maßnahmen finanziert. Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Quartiersentwicklungskonzepten für die Gebiete des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeine Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen;
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen;
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung mit dem Ziel, die Realisierung kleiner, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und anfallender Vergütungen in die lokale Verantwortung zu geben;
- Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen zur Finanzierung unrentierlicher Kosten bei der Realisierung von Maßnahmen (auch privater Investoren), die, entsprechend den Quartiersentwicklungskonzepten, Beschäftigung fördern, sozialen Defiziten sowie baulichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Mängeln in den Gebieten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms entgegenwirken und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen. Dabei sollen Stadtteilgremien die Bürgerbeteiligung sichern und den örtlichen Interessen zur Artikulation verhelfen;
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen, städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten;
- die projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Broschüren usw.);
- die Kosten der Stadtteilbüros;
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte;
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten zur Sicherung preiswerten Wohnraums;
- die Erhaltung preiswerten Wohnraums in Altbauten sowie der Neu-, Um- und Ausbau von Projekten des Gemeinbedarfs auch unter Einsatz von alternativen Baubetreuern/Sanierungsträgern, um Gebäude vorrangig für Stadtteilgruppen unter Einbeziehung von Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Stand zu setzen.
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Quartiersentwicklern auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten (Veranschlagung nunmehr bei 547.10 statt bei 893.11 aufgrund des bürgerchaftlichen Ersuchens, Drs. 17/1115)

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträger Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Projekten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ stellt Hamburg Komplementärmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Ansatz 2004	10.400.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	15.500.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005	11.140.000 EUR
und zu Lasten 2006	4.360.000 EUR

## 6200 Bauordnung und Hochbau

### 1. Allgemeines

Siehe Produktinformationen.

### 2. Zuwendungen

Entfällt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen werden bestimmt durch:

- die Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen (Titel 111.03),
- den Kostenersatz für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure (Titel 281.01).

Erstmalig werden beim Titel 6200.121.57 die Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans der staatlichen Hochbaudienststelle veranschlagt (bisher im Kapitel 6000).

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

##### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben umfassen die Kosten für die Prüfung von statischen Unterlagen und die Überwachung von Baustellen (Titel 537.01) i.H. v. 607.000 EUR sowie die Kosten für den allgemeinen Dienstbetrieb in Höhe von 66.000 EUR.

Erstmalig ist der Zuschuss an den Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle als Leertitel 6200.682.57 veranschlagt (bisher Kapitel 6000).

##### *Investitionen*

799.01 - Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. –

Berücksichtigt sind die Kosten:

- für Leistungen freiberuflich Tätiger im Zusammenhang mit der Erfüllung zentraler fachlicher Aufgaben des Amtes für Bauordnung und Hochbau – Öffentlicher Hochbau – für Bestandsaufnahmen und Gutachten an der Bausubstanz, für den Bautenschutz und für Statiksonderaufgaben einschließlich aller Nebenkosten,
- für projektbezogene Realisierungswettbewerbe (Architektenwettbewerbe) bei staatlichen Hochbauten,
- für die Durchführung von fachbezogenen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen mit externen Fachleuten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Baudienststellen sowie Bauherrenfunktionen bei den Bedarfsträgerbehörden einschließlich der Nebenkosten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 6300 Verkehr und Straßenwesen

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformation, Produktbereich 04: – Verkehr und Straßenwesen – und Darstellung im Finanzbericht „ausgewählte Aufgabenfelder“.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden gewährt für die institutionelle Förderung sowie für die Projektförderung, u.a. an Verkehrsunternehmen und als Darlehen und Zuschüsse für Sammeleinstellplätze.

Die Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen unterliegen einer Erfolgskontrolle insbesondere im Rahmen der Unternehmenssteuerung, über die mit den Beteiligungsberichten informiert wird. Planung, Zielvereinbarung und Erfolgskontrolle gehören zu den ständigen Aufgaben.

Daneben werden einzelne Projekte durch Darlehen und Zuschüsse gefördert. Richtlinien, in denen Standards, Wirtschaftlichkeit, Eigenfinanzierungen usw. festgelegt sind, werden angewendet, so dass ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet ist. Erfolgskontrollen werden sachgerecht auf die jeweiligen Einzelfälle bezogen durchgeführt. Weitere Erläuterungen sind bei den nachfolgenden Einzeltiteln aufgeführt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (Titel 231.02 und 331.08),
- Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum (Titel 233.01),
- Zuweisungen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), (Titel 331.01, 331.02, 331.03, 331.14, 331.20 und 331.21) und nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz, EKrG) i.d.F. vom 9.9.1998 (BGBl. I, S. 2858) (Titel 331.11),
- Allgemeine Wegebaubeiträge gem. Baugesetzbuch und Hamburgischem Wegegesetz (Titel 341.31),
- Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen und Erschließungen von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms (Titel 341.01, 341.02, 341.06 – vgl. Titel 788.01, 789.01).

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Nicht mehr benötigter Straßengrund wird z.B. nach städtebaulicher Neuordnung verkauft. Der Ansatz kann nur geschätzt werden, da außergewöhnliche Verkäufe nicht absehbar sind.

Erhöhung des Ansatzes in Anpassung an das Ergebnis der Vorjahre.

231.02 – Zuweisung des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz –

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, BGBl. I Seite 2378 in der Fassung vom 26.06.2002, BGBl. I Seite 2264) Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

231.03 – Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschussbedarfes an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen –

Im Haushaltsjahr 2004 ist nicht geplant, Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschussbedarfs an die HGV einzusetzen.

233.01 – Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum –

In den Verhandlungen über die Neuorganisation des ÖPNV ist vereinbart worden, dass die Aufgabenträger Schleswig-Holsteins (beginnend 1996) und Niedersachsens (beginnend 1997) die Defizite für Nahverkehrsleistungen auf ihren Gebieten tragen. Bis zur Festlegung einer endgültigen Berechnungsmethode zur Ermittlung der künftigen Kostenbeteiligung für den HVV-Verkehr sind mit den schleswig-holsteinischen Gebietskörperschaften für die Jahre 1996 bis 1998 und mit dem Landkreis Harburg für die Jahre 1997 bis 1999 jeweils pauschale Kostenbeiträge vereinbart worden (vgl. Drucksache 15/3947 „Strukturveränderungen im ÖPNV in Ham-

burg und in der Region“ vom 12.09.1995 und Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996).

Für die Zeit ab 1.01.1999 haben sich die Partner der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen Hamburg und Schleswig-Holstein am 22.03.1999 sowohl über die Methode der Kostenermittlung als auch über die Methode der Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen jeweils auf der Grundlage von Gutachten geeinigt. Die Aufgabenträger (Schleswig-Holstein) leisten entsprechend der bisherigen pauschalen Zahlungsvereinbarung ihre Defizitanteile weiterhin an Hamburg auf der Basis von Abschlagszahlungen. Ab dem Jahr 2001 haben die Aufgabenträger des Umlands die Option, die Verkehre in einem 5-Jahreszeitraum in Teilnetzen anderweitig zu vergeben. Die Ausgleichszahlungen an Hamburg reduzieren sich in dem Umfang, in dem Verkehrsleistungen von Aufgabenträgern im Umland direkt an Hamburger Verkehrsunternehmen vergeben werden. Insofern steigen die Einnahmen der Verkehrsunternehmen, entsprechend ergeben sich Mindereinnahmen für den Haushalt.

Mit dem Landkreis Harburg ist für den Bereich Niedersachsen am 7.4./2.5.2000 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen worden.

Veranschlagt ist der von der HVV GmbH für 2004 geschätzte Kostenbeitrag veranschlagt (in Tsd. EUR):

• Schleswig-Holstein/Hamburg-Randkreise	4.500
• Landkreis Harburg	<u>1.000</u>
	<u>5.500</u>

Der Ansatz steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Abrechnung insbesondere aufgrund der im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung tatsächlich erbrachten Verkehrsleistungen (u.a. in Abhängigkeit von den auf der Grundlage von Verträgen erbrachten Verkehrsleistungsanteilen) sowie der Einnahmenabrechnung im HVV.

#### 341.02 – Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen –

Die zu erwartenden Einnahmen von Bauträgern wurden nach grober Schätzung in Abhängigkeit von der Ansatzhöhe der Grundbewilligung (siehe Titel 788.01) veranschlagt.

Bei diesem Titel werden auch die Bauträgereinnahmen für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Erschließungen mit veranschlagt. Darüber hinaus sind auch die Bauträgereinnahmen der Bezirke in den Ansatz bei der AO 60 (Behörde für Bau und Verkehr) eingestellt.

Weniger gegenüber dem Vorjahr, weil mit einer geringeren Anzahl von privaten Erschließern zu rechnen ist. Der Anteil der Liegenschaftserschließungen steigt gegenüber den Privaterschließungen an.

#### 341.06 – Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms –

Aufgrund der Erfahrung mit den ersten Großprojekten wurden die zu erwartenden Bauträgereinnahmen grob geschätzt (siehe Titel 789.01).

Bei diesem Titel werden auch die Bauträgereinnahmen für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Erschließungen mit veranschlagt. Darüber hinaus werden auch die Bauträgereinnahmen der Bezirke vereinnahmt.

## Ausgaben

### Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

### Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben sind im Wesentlichen für folgende Aufgabenbereiche bestimmt:

- Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (521.14 und anteilig 521.81),
- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der Brücken, Tunnel und sonst. Ingenieurbauwerke (521.81),
- Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV (Titel 633.01),
- Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) (Titel 682.01),
- Ausgleichszahlungen für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr (Titel 682.03),
- Zuschuss an die AKN zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr (Titel 682.06),
- Betriebskostenzuschüsse für die DB AG (Titel 682.13),
- Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV (Titel 682.17).

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

#### Allgemeines zu den Sach- und Fachausgaben:

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit Betrieb sowie Unterhaltung und Instandsetzung stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (521.14, 521.81) finanziert.

#### 521.14 – Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege –

Veranschlagt sind nur Mittel für nicht festgelegte Arbeiten der Unterhaltung und Instandsetzung von öffentlichen Straßen und Wegen sowie Vorarbeiten für größere Objekte (im Übrigen siehe Titel 521.81). Die Einnahmen aus Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör (Titel 119.05) sowie die Einnahmen aus Ablösebeträgen für Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege, die von Dritten aufgrund öffentlich-rechtlicher Verträge erhoben werden (Titel 281.02), fließen diesem Titel zu.

Die Unterhaltung umfasst alle Maßnahmen der Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im Einzelfall bis zu 20 v. H. der Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

#### Nachrichtlich

Die bei 521.81 veranschlagten bezirklichen Anteile an Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002 <sup>1</sup>
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	R = Rest Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	220	163	219
2	Verkehrszeichen, Geräte, Ausstattungsgegenstände	973	957	971
3	Bewirtschaftung der Grundstücke	516	481	528
4	Mieten und Pachten	0	0	1
5	Unterhaltung der Grundstücke	120	319	148
6	Fahrbahnflächen	2.862	2.653	3.833
6.1	Beseitigung Straßenschäden (Verstärkung)	0	0	208
7	Geh-, Radweg- und Bankettflächen	1.790	1.790	3.102
8	Stellplatzflächen, Wohnwagenplätze	77	77	71
9	Straßengräben	460	460	552
Zusammen		7.018	6.900	9.633
				R 452

<sup>1</sup> Zusammenfassung der in den jeweiligen Bezirksplänen erwirtschafteten Ergebnisse bzw. Reste / Vorgriffe

- 521.81 – Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (insbesondere Fahrbahflächen, Geh-, Radweg und Bankettflächen, Straßengräben), für Verkehrszeichen, Geräte und Ausstattungsgegenstände, sowie für Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der öffentlichen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke in der Zuständigkeit der Bezirke. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im

Die Summe der Straßen- und Wegeflächen hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Neue Flächen kommen fast ausschließlich im Rahmen von Erschließungen hinzu. Der Umfang notwendiger Unterhaltung und Instandsetzung wird jedoch nicht nur durch die Flächen, sondern im Wesentlichen durch die Verkehrsbelastung und dabei besonders den Lkw-Anteil bestimmt; dieser hat deutlich zugenommen. Ein weiterer Faktor ist die besondere Beanspruchung der Fahrbahnen durch den Witterungsverlauf im Winter mit den Frost- und Tauwechseln. Insbesondere die vorangegangenen Winter haben bewirkt, dass sich der Zustand der Straßen verschlechterte und eine erhebliche Ausweitung der Schadenbilder festgestellt werden musste.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR KM	Ergebnis 2002 Tsd. EUR	
	KM	VE		VE	R = Rest
Hamburg-Mitte	989	542	1.083	569	1.247 / R -20
Altona	1.103	580	1.131	616	1.342 / R 29
Eimsbüttel	1.044	549	1.039	566	1.363 / R 62
Hamburg-Nord	1.095	583	984	528	1.213 / R 62
Wandsbek	1.621	852	1.646	897	2.586 / R -527
Bergedorf	862	457	827	447	1.404 / R 64
Harburg	822	437	700	377	1.276 / R -122
Gesamt	7.536	4.000	7.410	4.000	10.431 / R -452

- 526.03 – Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Verkehrspolitik und der öffentlichen Verkehrswirtschaft –

Aus diesem Titel werden wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Konzepte, Planungen und aktuelle Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrsplanung als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen finanziert, die konzeptionelle und programmatische Ansätze erfordern.

Hierzu gehören die

- Erstellung von Prognosedaten und Erarbeitung verkehrswissenschaftlicher Konzepte,
- Erarbeitung von Konzepten für eine differenzierte Bedienungsweise im öffentlichen Personennahverkehr in Ergänzung oder als Alternative zum Linienverkehr in verkehrsschwachen Zeiten und Regionen zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit,
- Neuorganisation des ÖPNV (Regionalisierung), Entwicklung von Modellen zur territorialen und linienbezogenen Einnahmeaufteilung und Kostenzuordnung, Überplanung der Nahverkehrsregion Hamburg,
- Durchführung von Untersuchungen von Schienenkapazitäten der Region Hamburg.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

- 526.04 – Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa –

Der Titel dient der Abwicklung des EU-Forschungsprojekts VIKING, das in Machbarkeitsstudien die Einsatzmöglichkeiten von Verkehrstelematik in Nordeuropa untersucht und deren Anwendung fördert. Die Förderung erfolgt im Rahmen des TEN-T Programms (Trans-European Network for Transport) der EU und dient der Entwicklung transeuropäischer Netze.

Unter der Federführung Schwedens führen die nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Norwegen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen und Hamburg ein Projekt zur Entwicklung der Koordination von nationalen Verkehrsinformationssystemen, insbesondere von Telematikanwendungen, durch. Hamburg hat die Projektabwicklung federführend für die norddeutschen Bundesländer übernommen. Aus den Haushaltsmitteln, die beim Titel 272.01 vereinbart werden und diesem Titel zufließen, wird die Projektbeteiligung (Gutachten und entsprechende Anwendungen) der fünf norddeutschen Bundesländer finanziert.

## 537.01 – Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank –

Aus diesem Titel wird die Durchführung von Verkehrszählungen, die Neu- und Ersatzbeschaffung von Zählanlagen und -geräten sowie Ausbau und die Programmpflege der Verkehrsdatenbank und die Aktualisierung von Daten finanziert. Die Verkehrsdatenbank sowie die Ergebnisse aus der kontinuierlichen Erfassung des Verkehrs liefern Grundlagen für Verkehrsplanungen und verkehrspolitische Entscheidungen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 546.86 – Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten, die für die Durchführung von Aufträgen Dritter entstehen. Diese Kosten werden von den Auftraggebern erstattet und bei den Titeln 1230.125.95 bis 1830.125.95 vereinnahmt. Die anfallenden Verwaltungsgemeinkostenzuschläge werden bei den Titeln 1230.271.03 bis 1830.271.03 vereinnahmt. Ferner sind veranschlagt die Aufwendungen für den Abtransport und die Verwahrung unbefugt abgestellter, nicht zugelassener und nicht fahrbereiter Fahrzeuge. Die dort entstandenen Kosten werden, soweit möglich, vom Fahrzeughalter eingezogen, bei den Titeln 1230.119.02 bis 1830.119.02 vereinnahmt und fließen den Ausgabemitteln wieder zu.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	-	400	-	400
Altona	-	400	-	400
Eimsbüttel	-	200	-	200
Hamburg-Nord	-	200	-	200
Wandsbek	-	600	-	600
Bergedorf	-	100	-	100
Harburg	-	100	-	100
Gesamt	-	2.000	-	2.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten 2005 veranschlagt.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr, weil der auf die Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz entfallende Anteil durch zufließende Einnahmen den hier notwendigen Aufwand weitgehend deckt.

- 581.01 Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, BGBl. I Seite 2378 in der Fassung vom 26.06.2002, BGBl. I Seite 2264) ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.  
 632.01 Die nachfolgend erläuterten Ausgaben werden jeweils aus Regionalisierungsmitteln, die über den Einnahmetitel 231.02 den Ausgabemitteln zufließen, finanziert:  
 682.01  
 682.17

**1. Rückzahlung des Darlehens des Bundes im Zusammenhang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe (581.01)**

Über diesen Titel wird die Rückzahlung eines zinslosen Darlehens abgewickelt, das der Bund im Zusammenhang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz zur Verfügung gestellt hat (vgl. Drucksache 15/6166 vom 01.10.1996).

**2. Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV (632.01)**

Über diesen Titel werden Zahlungen aufgrund der mit Schleswig-Holstein abgeschlossenen Rahmenvereinbarung vom 25.5.1984 geleistet. Gemäß dieser Vereinbarung hat Hamburg sich verpflichtet, nach der Inbetriebnahme der U-Bahn-Verlängerung nach Norderstedt-Mitte (September 1996) für die Entbindung der AKN von der Betriebspflicht für diesen von ihr ehemals betriebenen Streckenabschnitt (Betriebsteil Alster-Nord-Bahn – ANB) an das Land Schleswig-Holstein für die Dauer von zwölf Jahren einen Festbetrag von jährlich 0,23 Mio. EUR zu leisten.

**3. Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV (633.01)**

Es werden u.a. die Kostenbeiträge gezahlt (beginnend 1997), die zwischen Hamburg und den Aufgabenträgern Niedersachsens im Zusammenhang mit der Neuorganisation des ÖPNV für HVV-Verkehrsleistungen

vereinbart worden sind, die von auswärtigen Verkehrsunternehmen (KVG Stade) auf hamburgischem Gebiet erbracht werden (vgl. Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996). Es ist der von der HVV GmbH für 2004 geschätzte Kostenbeitrag vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung aufgrund tatsächlich erbrachter Verkehrsleistungen, der Einnahmenabrechnung im HVV sowie der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr (vgl. 6300.682.03) veranschlagt.

#### 4. Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) (682.01)

Überblick über die Veranschlagung:

	Kassenmittel Tsd. EUR
Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten	588
Zuschuss AKN (Personenverkehr)	3.141
Zuschuss HVV GmbH	4.305
<b>Summe</b>	<b>8.034</b>

Im Einzelnen:

- ◆ **Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten:**  
Der Betrieb der Toilettenanlagen ist zum 1.1.1999 von der Umweltbehörde auf die HHA übertragen worden. Grundlage der Veranschlagung ist der mit der HHA abgestimmte Bedarf zur Umsetzung des Reinigungskonzepts.
- ◆ **Zuschuss an die AKN Eisenbahn AG zur Abdeckung von Verlusten im Personenverkehr (Güterverkehr siehe Titel 682.06)**  
Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2003 sowie die mittelfristige Planung für den Bereich Personenverkehr (Stand Dez. 2002).  
Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung vom 22.03.1999 zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein (vgl. Erläuterung zu 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.2.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.  
Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

## Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Personenverkehr)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Erträge Eigenverkehre	6.107	6.037	6.549
1.2 Erträge Auftragsverkehre	6.683	6.925	6.216
1.3 Sonstige Erträge	2.783	2.111	2.876
<b>Summe der Erträge</b>	<b>15.573</b>	<b>15.073</b>	<b>15.641</b>
<b>2. Aufwendungen Transport</b>			
2.1 Dieseldienststoff/Heizöl Fahrzeuge	3.447	3.745	2.671
2.2 sonstige direkte Kosten	5.718	3.011	2.801
2.3 Fahrdienst/ Betrieb	3.210	3.210	3.401
2.4 Abschreibungen/Zinsen Fahrzeuge	2.289	2.051	1.482
2.5 Instandhaltung/Wartung Fahrzeuge	3.084	3.096	3.185
2.6 Vertrieb	1.797	1.818	1.667
2.7 Sonstiges	319	319	389
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>19.864</b>	<b>17.250</b>	<b>15.596</b>
<b>3. Umlagen</b>			
3.1 Verwaltungs- u. Versorgungsumlage	2.869	3.111	2.759
3.2 Fahrwegumlage	12.566	10.854	11.958
<b>Summe der Umlagen</b>	<b>15.435</b>	<b>13.965</b>	<b>14.717</b>
<b>4. Ergebnis</b>	<b>-19.726</b>	<b>-16.142</b>	<b>-14.627</b>
Kostendeckungsgrad	44,1%	48,3%	51,6%
<b>5. Anteil Hamburgs</b>	<b>2.968</b>	<b>2.100</b>	<b>1.024</b>
zzgl. Zinsausgleich für Investitionszuschüsse gem. Vereinbarung	173	186	198
<b>6. Zuschussbedarf</b>	<b>3.141</b>	<b>2.286</b>	<b>1.222</b>

Die AKN nimmt abweichend von den Vorjahren die Aufteilung der Wirtschaftsplanansätze in den beiden Sparten Personenverkehr und Güterverkehr nicht mehr nach Kostenarten, sondern nach Funktionskosten vor. Hiermit wird in Vorbereitung auf den künftigen Wettbewerb ein verbessertes Controlling-Instrument geschaffen, welches die jeweilige Kostensituation in den Funktionsbereichen abbildet und Ansätze für Optimierungsmöglichkeiten aufzeigt. Die Erläuterungen sind daher mit den Erläuterungen der Vorjahre nicht mehr vergleichbar (siehe auch Titel 682.06).

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2004 gegenüber 2003  
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3):

- 1.1 **Erträge Eigenverkehre**  
Es wird insgesamt von etwa gleichen Ertragsstrukturen auf geringerem Niveau infolge geringerer Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr ausgegangen.
- 1.2 **Erträge Auftragsverkehre**  
Verringerung durch direkte Übernahme der Verkehre auf schleswig-holsteinischen Strecken im Wettbewerb (bisher Auftragsverkehre für DB AG) – siehe auch Erläuterungen zu 1.3 und 2.2.
- 1.3 **Sonstige Erträge**  
Erhöhung durch Trassenentgelte im Zusammenhang mit Auftragsübernahmen (siehe 1.2 und 2.2).
- 2.1 **Dieseldienststoff / Heizöl**  
Verminderung aufgrund geringeren Mengenbedarfs, der im Vorjahr im Zusammenhang mit Baumaßnahmen anfällt.
- 2.2 **Sonstige direkte Kosten**  
Anstieg durch Ausweis der Trassenkosten für direkte Übernahme von Auftragsfahrten in Schleswig-Holstein (siehe 1.3). Aufgrund der Territorialisierung der Ergebnisse (siehe Vorbemerkung) hat dies keine Auswirkung für den Hamburger Defizitanteil.
- 2.4 **Abschreibungen / Zinsen Fahrzeuge**  
Anstieg entsprechend Neuinvestitionen Fahrzeuge.
- 3.1 **Verwaltungs- und Versorgungsumlage**  
Erhöhung von allgemeinen Erträgen, die nicht dem Betrieb zuzuordnen sind.

### 3.2 Fahrwegumlage

Jährliche Schwankungen der Instandhaltungsaufwendungen entsprechend Erneuerungsbedarf sowie Erhöhung für Zinsen und Abschreibungen aufgrund der Bautätigkeit (insbesondere zweigleisiger Ausbau in Eidelstedt).

### 5. Anteil Hamburgs

Anstieg aufgrund der in der Regionalisierungsrechnung Hamburg direkt zugerechneten Finanzierungskosten für den Streckenausbau im Bereich Eidelstedt.

Die Abdeckung der Verluste im Bereich Güterverkehr erfolgt bei 682.06.

#### ◆ Zuschuss an die Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Grundlage für die Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der HVV GmbH genehmigte Wirtschaftsplan 2003 sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2002).

Der jährliche Aufwand der Gesellschaft wird entsprechend den Gesellschafteranteilen von den beteiligten Gebietskörperschaften getragen (Hamburg 83,5 %, schleswig-holsteinische Gebietskörperschaften 15 %, Niedersachsen 1,5 % – vgl. Drucksache 15/3947 „Strukturveränderungen im ÖPNV in Hamburg und in der Region“ vom 12.09.1995 und Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996).

Der Ausgleich wird von den Gesellschaftern im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

#### Erfolgsplan Hamburger Verkehrsverbund GmbH

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
Sonstige Erträge	31	31	187
<b>Summe der Erträge</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>187</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Personalaufwand	3.155	3.025	2.922
2.2 Abschreibungen	138	137	127
2.3 Materialaufwand	64	63	55
2.4 Fremdleistungen	725	738	613
2.5 Raumkosten	242	241	217
2.6 Sonstige Aufwendungen	862	837	728
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>5.186</b>	<b>5.041</b>	<b>4.662</b>
<b>3. Ergebnis</b>	<b>5.155</b>	<b>5.010</b>	<b>4.475</b>
<b>4. Anteil Hamburgs/Zuschuss</b>	<b>4.305</b>	<b>4.184</b>	<b>3.737</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 gegenüber 2003  
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3):

#### 1. Sonstige Erträge

Der HVV erzielt prinzipiell keine eigenen Erträge; der Ansatz enthält im Wesentlichen interne Leistungsverrechnungen für Aufgabenerfüllungen außerhalb der Kernaufgaben der HVV GmbH.

#### 2.1 Personalaufwand

Der Aufwand steigt insbesondere aufgrund der ganzjährigen Auswirkung der stufenweisen Erhöhung des Personalbedarfs aufgrund der Verbundraumausweitung nach Schleswig-Holstein im Dezember 2002 sowie der vorgesehenen Ausweitung nach Niedersachsen (Fahrplanwechsel 2003/2004).

#### 2.4 Fremdleistungen

Der Ansatz enthält im Wesentlichen Mittel für die Durchführung von Projekten durch Dritte (insbesondere Gutachten).

#### 2.6 Sonstige Aufwendungen

Der Ansatz enthält neben Prüfungs- und Beratungskosten insbesondere die auf die HVV-Leistungen anfallende Umsatzsteuer.

### 5. Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV (682.17)

Über diesen Titel werden sonstige Zuschüsse an Unternehmen des ÖPNV (soweit nicht bei 682.01 veranschlagt) abgewickelt (z.B. Zuwendung zur Projektförderung zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV, elektronische Fahrplaninformation). Der Mittelbedarf begründet sich im Wesentlichen für die Fortsetzungsmaßnahmen für erhöhte Sicherheit sowie in geringem Maße für elektronische Fahrplaninformation.

682.03 – Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr –

Bei diesem Titel werden alle Ausgleichszahlungen veranschlagt, die aufgrund des § 45 a Personenbeförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1691), zuletzt geändert am 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3338), und § 6 a bis g Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951 (BGBl. III 930-1), zuletzt geändert am 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2842), an die Verkehrsunternehmen HHA, PVG, VHH, AKN, KVG und Stadtwerke Norderstedt (SN) für ihre Aufwendungen für den Ausbildungsverkehr auf Hamburger Gebiet zu leisten sind.

Der gesetzliche Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen beträgt 50% der nicht durch Verkehrserträge gedeckten Kosten des Ausbildungsverkehrs. Die jährlichen Ausgleichszahlungen setzen sich zusammen aus der Endabrechnung des Vorjahres und einer Vorauszahlung in der Höhe von 80% des Vorjahresanspruchs.

Die Ausgleichszahlung für die Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr vermindern die Verluste der Verkehrsunternehmen. Zahlungen aus dem Titel 6300.682.03 verringern somit die Mittelbedarfe für die Verlustabdeckung bei den Titeln

9590.682.10 (HHA, VHH und PVG) im folgenden Jahr, sowie

6300.682.01 (AKN, Bereich ÖPNV) und 6300.633.01 (KVG) im selben Jahr.

682.04 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (HHA)

Der im HGV-Komplex für die HHA zu berücksichtigende Verlustausgleich wird nachstehend erläutert.

#### Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfogsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Verkehrseinnahmen	266.340	268.850	264.433
1.2 Miet- und Pachteinahmen	10.210	10.160	10.140
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	37.180	35.670	42.691
<b>Summe der Erträge</b>	<b>313.730</b>	<b>314.680</b>	<b>317.264</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33.340	32.960	29.782
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	78.120	77.020	83.131
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	165.680	178.940	176.468
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	5.800	7.520	7.431
2.3 Abschreibungen	60.900	50.230	47.347
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.950	27.460	32.130
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>370.790</b>	<b>374.130</b>	<b>376.289</b>

<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>6.060</b>	<b>5.630</b>	<b>4.915</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>- 18.700</b>	<b>- 15.980</b>	<b>- 7.792</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 7.994</b>
<b>6. Verlustübernahme durch die HGV</b>	<b>- 69.700</b>	<b>- 69.800</b>	<b>- 69.896</b>
<b>Kostendeckungsgrad</b>	<b>82,1%</b>	<b>82,1%</b>	<b>85,5%</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

		<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1</b>	<b>Verkehrseinnahmen</b>	
	Die Zuscheidungen aus HVV-Pooleinnahmen steigen aufgrund der ganzjährigen Auswirkung einer ab Sommerfahrplan 2002 vorgenommenen Tarifierhöhung an. Die geplante Steigerung der Verkehrseinnahmen im Jahr 2003 gegenüber 2002 resultiert daneben aus erwarteten aperiodischen Einnahmen aus dem Ausbildungsverkehr im Jahr 2003 aufgrund der Antragsdaten des Basisjahres 2002 und aperiodischen HVV-Poolerlösen aufgrund eines vorsichtigen Ertragsansatzes im Jahresabschluss 2002.	<b>+ 4.417</b>
<b>1.3</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Die Rückführung der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall außerordentlicher Positionen des Jahres 2002 (Einnahmen aus Vertragsstrafen, Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus Leistungen für Dritte).	<b>- 7.021</b>
<b>2.1.</b>	<b>Materialaufwand</b>	
	Für 2003 werden die Kosten für den Dieseltreibstoff der Busse aufgrund von Mengen- und Preiskomponenten (höhere Leistungen im Jahr 2003 und steigender spezifischer Flottenverbrauch) um 1.200 Tsd. EUR höher kalkuliert. Ebenso steigt der Materialaufwand aufgrund eingeleiteter Instandhaltungsprogramme für ältere Fahrzeuge. Dem stehen Entlastungen beim Strom aufgrund des 2003 letztmalig abgesenkten Arbeitspreises und bei den bezogenen Leistungen und Rückstellungen gegenüber.	<b>- 2.933</b>
<b>2.2</b>	<b>Personalaufwand</b>	
	Auswirkungen des neuen Tarifvertrags vom 15.04.2003 (Laufzeit 27 Monate, linearer Anstieg der Vergütungen zum 1.4.2003 um 2,2 %, zum 1.5.2004 um 1,4 %, Erhöhung der Anwesenheitsprämie ab 1.7.2003). Den Mehrbelastungen aus diesem Tarifabschluss stehen Entlastungen bei anderen Positionen gegenüber (u. a. Absenkung des Urlaubsgeldes auf einen einheitlichen Festbetrag, weiterer Personalarückgang im Rahmen der Restrukturierung).	<b>- 2.561</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	
	Für das Planjahr 2003 wird aufgrund des aktualisierten Investitionsplans 2003 mit Übertragungsauswirkungen aus dem Jahr 2002 eine Steigerung der Abschreibungen erwartet.	<b>- 2.883</b>
<b>3.</b>	<b>Beteiligungsergebnis</b>	
	Das Beteiligungsergebnis wurde im Jahr 2002 durch die Ausschüttung der Jahresgewinne 2001 und 2002 der Tochter HSG (Thesaurierung im Jahr 2001) begünstigt. Im Jahr 2003 entstehen erstmalig Beteiligungsgewinne durch die neu gegründete Beteiligungsgesellschaft BEG (Äquivalent zum Beteiligungsergebnis HSG) und die Grundstücksverwaltungsgesellschaft GVG.	<b>+ 715</b>

**4. Finanzergebnis**  
**5. Außerordentliches Ergebnis**

Das Finanzergebnis wird sich durch die erwartete steigende Zinsbelastung im Jahr 2003 weiter verschlechtern. Außerdem wird in diesem Jahr 2003 erstmals die Aufzinsung der Wettbewerbsrückstellung mit 5.668 Tsd. EUR ausgewiesen.

Das außerordentliche Ergebnis im Jahr 2002 betrifft den Saldo aus Buchgewinnen, die im Zusammenhang mit den genannten gesellschaftsrechtlichen Veränderungen (siehe Ziffer 3) entstanden sind, und dem Aufwand aus der Bildung der Wettbewerbsrückstellung im Jahr 2002 mit 7.994 Tsd. EUR.

+ 194

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003  
 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

Tsd. EUR**1.1 Verkehrseinnahmen**

Für das Jahr 2004 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung der HVV-Poolerträge gerechnet. Durch die aperiodischen Einflüsse im Jahr 2003 ergibt sich eine leichte Absenkung der Verkehrseinnahmen.

- 2.510

**2.2 Personalaufwand**

Der Personalaufwand des Jahres 2004 ist aufgrund des Tarifvertrags über die Anwendung des HOCHBAHN-Neutarifs (Wettbewerbstarif) neu kalkuliert worden. Des Weiteren sind die Auswirkungen des Tarifvertrags vom 15.04.2003 berücksichtigt. Im Saldo wird von einer deutlichen Entlastung ausgegangen.

+14.980

**2.3 Abschreibungen**

Steigende Abschreibungen aufgrund des mittelfristigen Investitionsprogramms der HOCHBAHN (insbesondere Beschaffung neuer U-Bahnfahrzeuge).

-10.670

**4. Finanzergebnis**

Weiter steigender Zinsaufwand als Folge der Investitionstätigkeit der unter Pos. 2.2 genannten Faktoren und Zinsaufwand aufgrund der Aufzinsung der Wettbewerbsrückstellung im Jahr 2004 um weitere 5.503 Tsd. EUR.

- 2.720

682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (P+R)

Der im HGV-Komplex für die P+R Betriebsgesellschaft mbH zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

**P+R-Betriebsgesellschaft mbH**

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
	1	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Umsatzerlöse	453	444	449
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	1.017	904	598
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1.470</b>	<b>1.348</b>	<b>1.047</b>

<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	150	137	106
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.243	1.230	996
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	161	158	155
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	0	0	0
2.3 Abschreibungen	95	94	92
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	217	209	164
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>1.866</b>	<b>1.828</b>	<b>1.513</b>
<b>3. Finanzergebnis</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>11</b>
<b>4. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Verlustübernahme durch die HGV</b>	<b>- 392</b>	<b>- 476</b>	<b>- 455</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.2 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Höhere Erträge aufgrund ganzjähriger Parkgeldeinnahmen des Parkhauses Hagenbecks Tierpark sowie aufgrund der Zahlung von Nutzungsentgelten der Verkehrsunternehmen HOCHBAHN, S-Bahn, PVG und VHH für P+R-Anlagen. Höhere Zuschüsse der FHH für geplante Grundinstandsetzungsmaßnahmen.	<b>+ 306</b>
<b>2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	
Erhöhung, da Inbetriebnahme des P+R-Hauses Rahlstedt sowie Anstieg der Stromkosten.	<b>- 31</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	
Erhöhung durch die Inbetriebnahme des P+R-Hauses Rahlstedt sowie durch geplante Grundinstandsetzungsmaßnahmen.	<b>- 234</b>
<b>2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale der Hochbahn im Bereich Buchhaltung. Zusätzliche Versicherungsprämien für das P+R-Haus Rahlstedt. Der Betrieb des Parkhauses Hagenbecks Tierpark wirkt sich ganzjährig aus.	<b>- 45</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.2 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Höhere Nutzungsentgelte der Verkehrsunternehmen für P+R-Anlagen sowie höhere Zuschüsse der FHH für Grundinstandsetzungen.	<b>+ 113</b>
<b>2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	
Enthalten sind allgemeine Preissteigerungen von 2%.	<b>- 13</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	
Erhöhung durch Inbetriebnahme des P+R-Hauses Bergedorf.	<b>- 13</b>

## 682.06 – Zuschuss an die Eisenbahn AG AKN zur Abdeckung von Verlusten im Güterverkehr –

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2003 für den Bereich Güterverkehr sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2002).

Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein vom 22.03.1999 (vgl. Erläuterungen zu 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.02.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich der Defizite erfolgt gemäß der Regionalisierungsvereinbarung ab 2004 zeitgleich. Veranschlagt ist neben dem Verusteil des Geschäftsjahres 2004 die zweite Hälfte des Verlustanteils des Geschäftsjahres 2003. Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

**Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Güterverkehr)**

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
	1	2	3
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Erträge Eigenverkehre	986	878	791
1.2 Erträge Auftragsverkehre	642	537	899
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1628</b>	<b>1415</b>	<b>1690</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Dieselkraftstoff/Heizöl Fahrzeuge	139	126	129
2.2 sonstige direkte Kosten	1	1	1
2.3 Fahrdienst/Betrieb	562	562	606
2.4 Abschreibungen/Zinsen Fahrzeuge	205	207	176
2.5 Instandhaltung/Wartung Fahrzeuge	388	387	556
2.6 Vertrieb	471	468	600
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>1766</b>	<b>1751</b>	<b>2068</b>
<b>3. Umlagen</b>			
Verwaltungs- u. Versorgungsumlage	305	339	395
Fahrwegumlage	1.266	1.320	1.293
<b>Summe der Umlagen</b>	<b>1.571</b>	<b>1.659</b>	<b>1.688</b>
<b>4. Ergebnis</b>	<b>1628</b>	<b>1415</b>	<b>1690</b>
Kostendeckungsgrad	48,8%	41,5%	45,0%
<b>5. Anteil Hamburgs/Zuschussbedarf</b>	<b>1.855</b>	<b>1.389</b>	<b>1.552</b>

Die AKN nimmt abweichend von den Vorjahren die Aufteilung der Wirtschaftsplanansätze in den beiden Sparten Personenverkehr und Güterverkehr nicht mehr nach Kostenarten, sondern nach Funktionskosten vor. Hiermit wird in Vorbereitung auf den künftigen Wettbewerb ein verbessertes Controlling-Instrument geschaffen, welches die jeweilige Kostensituation in den Funktionsbereichen abbildet und Ansätze für Optimierungsmöglichkeiten aufzeigt. Die Erläuterungen sind daher mit den Erläuterungen der Vorjahre nicht mehr vergleichbar (siehe auch 682.01).

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2003 (haushaltswirksam 2003 und 2004 jeweils zur Hälfte); Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3):

1. **Erträge**  
Es wird mit einem allgemeinen Anstieg der Verkehrserträge gerechnet.
2. **Aufwendungen**  
Es wird mit insgesamt nur geringen Aufwandsveränderungen gerechnet.
3. **Umlagen**  
Geringerer Aufwand für Verwaltungskosten aufgrund verringerter Umlageanteile entsprechend der betrieblichen Aufwandsentwicklung; Rückgang der Fahrwegumlage aufgrund von Schwankungen im Instandhaltungsbereich sowie Rückgang der Abschreibungen.

## 682.09 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (VHH)

Der im HGV-Komplex für die VHH AG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

**Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG**  
(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
	1	2	3
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Verkehrseinnahmen	48.334	46.136	42.906
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	5.199	5.100	5.673
<b>Summe der Erträge</b>	<b>53.533</b>	<b>51.236</b>	<b>48.579</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.324	8.862	8.939
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.756	13.381	13.682
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	29.818	29.534	29.731
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.895	3.471	3.958
2.3 Abschreibungen	8.749	7.729	7.650
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.080	5.080	4.933
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>69.622</b>	<b>68.057</b>	<b>68.893</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>729</b>	<b>749</b>	<b>909</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>318</b>	<b>318</b>	<b>320</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>375</b>	<b>350</b>	<b>663</b>
<b>6. Verlustübernahme durch die HGV</b>	<b>- 14.667</b>	<b>- 15.404</b>	<b>- 18.422</b>
<b>Kostendeckungsgrad</b>	<b>78,93%</b>	<b>77,37%</b>	<b>73,26%</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Verkehrseinnahmen</b>	
Die Zuscheidungen aus HVV-Pooleinnahmen steigen aufgrund der ganzjährigen Auswirkung einer ab Sommerfahrplan 2002 vorgenommenen Tarifierhöhung an. Die Einnahmen aus Verkehrsverträgen mit den 4 Umlandkreisen erhöhen sich durch zusätzliche Verrechnung von Leistungen aus den Zuwächsen von Teilnetzen.	<b>+ 3.230</b>
<b>1.2 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Es wird 2003 mit geringeren Einnahmen aus Versicherungsentschädigungen gerechnet.	<b>- 573</b>
<b>2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	
Unterstellter Anstieg der Beschaffungskosten für Dieselmotorkraftstoff um 0,05 auf 0,70 €/Liter. Kostenerhöhend wirkt sich zudem die Änderung der Fuhrparkstruktur durch Beschaffung von mehr Gelenkbussen aus.	<b>+ 77</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	
Geringere Kosten für die Anmietung von Fremdpersonal (hier: Fahrpersonal). Zudem wird mit geringeren Aufwendungen für die Auftragsvergabe an Drittunternehmen aufgrund sinkender Leistungsvergaben gerechnet.	<b>+ 301</b>
<b>2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand</b>	
U. a. ganzjährige Auswirkung der ab April 2002 wirksamen Lohn- und Gehaltstarifvereinbarung. Höhere Sozialversicherungsbeiträge.	<b>+ 197</b>

<b>2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen</b>	Eine Rückstellung für Altersteilzeit wird reduziert und die anlässlich der Tarifanpassung leicht angehobenen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen werden zurückgeführt.	<b>+ 487</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	Für 2003 wurde ein kaufmännisch vorsichtiger Ansatz für Beteiligungsergebnisse gewählt.	<b>- 160</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Verkehrseinnahmen</b>	Für das Jahr 2004 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung der HVV-Poolerträge gerechnet. Des Weiteren werden aus den Verkehrsverträgen mit den Umlandkreisen zusätzliche Einnahmen erwartet.	<b>+ 2.198</b>
<b>2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	Der voraussichtliche Preisanstieg liegt bei durchschnittlich 2%. Außerdem wird davon ausgegangen, dass der Einkaufspreis für Dieselmotorkraftstoff auf einem hohen Niveau verbleibt.	<b>- 462</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	Die Preise für die Vergabe von Betriebsleistungen an Drittunternehmen werden mit + 3% kalkuliert. Bei den übrigen bezogenen Leistungen werden nur geringfügige Preisanpassungen unterstellt.	<b>- 375</b>
<b>2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand</b>	Berücksichtigung von 2% Tarifierhebung, vermindert um Kostensenkungen durch Fluktuation.	<b>- 284</b>
<b>2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen</b>	Wegfall einer Rückstellung für Altersteilzeit bei gleichzeitiger Einrechnung von Zuführungen zu Pensionsrückstellungen gemäß versicherungsmathematischem Gutachten.	<b>+ 576</b>
<b>2.3 Abschreibungen</b>	Mehraufwand durch Abschreibungen auf neue Investitionen (erweitertes Funksystem aufgrund HVV-Erweiterung, Ersatzbeschaffung von Bussen).	<b>- 1.020</b>

## 682.11 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (HADAG)

Der im HGV-Komplex für die HADAG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

**HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG**

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Hafenfähr- und Berufsverkehr	3.176	3.114	3.423
1.2 Touristik	995	641	1.011
1.3 Sonstige Umsatzerlöse	120	83	90
1.4 Sonstige betriebliche Erträge	24	24	1.151
<b>Summe der Erträge</b>	<b>4.315</b>	<b>3.862</b>	<b>5.675</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.446	1.346	1.494
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.771	2.147	2.492
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	2.118	2.228	2.453
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.062	1.794	1.376
2.3 Abschreibungen	1.048	1.043	929
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.202	1.165	1.298
2.5 Steuern	1	1	4
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>9.648</b>	<b>9.724</b>	<b>10.046</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>58</b>	<b>49</b>	<b>38</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>10</b>	<b>33</b>
<b>6. Verlustübernahme durch die HGV</b>	<b>- 5.275</b>	<b>- 5.803</b>	<b>- 4.300</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Hafenfähr- und Berufsverkehr</b>	
Der Einnahmenrückgang ist vornehmlich auf aperiodische HVV-Zuscheidungen aus 2001 im Geschäftsjahr 2002 zurückzuführen. Mit einem vergleichbaren Effekt kann im Geschäftsjahr 2003 nicht gerechnet werden.	<b>- 309</b>
<b>1.2 Touristik</b>	
Reduzierung des Leistungsangebots aufgrund der Vertragsauflösung Charter MS „Jeverland“. Hierdurch wird es zu einem Rückgang beim Fahrgastaufkommen und bei der Zahl der Sonderfahrten kommen.	<b>- 370</b>
<b>1.4 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Im Jahr 2002 wird das Ergebnis im Wesentlichen durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 892 Tsd. EUR (davon aus Pensionsrückstellungen 835 Tsd. EUR) sowie durch die Buchgewinne aus der Veräußerung von Schiffen in Höhe von 88 Tsd. EUR verbessert.	<b>-1.127</b>

**2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen**

Im Wesentlichen werden die Instandhaltungsaufwendungen um 248 Tsd. EUR sowie die Aufwendungen für gemietete Fahrzeuge in Folge der Vertragsauflösung über die Charterung der MS „Jeverland“ um 205 Tsd. EUR niedriger liegen. Dem stehen Mehraufwendungen von 167 Tsd. EUR durch die zusätzliche Personalge-  
stellung der HADAG Verkehrsdienste GmbH gegenüber.

**+ 345****2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand**

Die Minderkosten sind im Wesentlichen auf die Reduzierung des Personalbestandes aufgrund natürlicher Fluktuation zurückzuführen. Bei den Personaltarifen wird eine Anhebung von 2,0% berücksichtigt.

**+ 225****2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen**

Hauptsächlich mehr durch Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 468 Tsd. EUR.

**- 418****2.3 Abschreibungen**

Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubau und andere Investitionen.

**- 114**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003  
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

**Tsd. EUR****1.1 Hafenfähr- und Berufsverkehr**

Bei den Verkehrseinnahmen wird eine kontinuierliche Erhöhung von 2% angenommen.

**+ 62****2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen**

Erhöhung des Personalbestandes um 4 Mitarbeiter bei der HADAG Verkehrsdienste GmbH sowie eine allgemeine Kostensteigerung von 2%. Ab 2004 volle Kostenbeteiligung bezüglich der Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für Landanlagen von Strom- und Hafenbau in Höhe von 200 Tsd. EUR (2003: 50 Tsd. EUR).

**- 624****2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand**

Reduzierung des Personalbestandes um 4 Mitarbeiter sowie allgemeine Kostensteigerung von 2%.

**+ 110****2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen**

In 2004 ist keine Zuführung zur Pensionsrückstellung zu erwarten. Zusätzlich wurde eine allgemeine Kostensteigerung von 2% berücksichtigt.

**+ 732****682.13 – Betriebskostenzuschüsse für die DB AG –**

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12. 1993, BGBl. I S. 2378) Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Die bei dem Titel veranschlagten und für die Vereinbarung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) notwendigen Zahlungen entsprechen dem Saldo aus Kosten und Fahrgeldeinnahmen der DB AG. Sie beruhen auf der zum 1.1.2002 rückwirkend in Kraft getretenen Neufassung des Regionalisierungsgesetzes vom 26.06.2002 (BGBl. I Seite 2264) zuzüglich geplanter Mehrverkehre.

Dem Titel stehen in gleicher Höhe Einnahmen aus den Zuweisungen des Bundes beim Titel 231.02 gegenüber, die dem Ausgabebetitel zufließen.

Die Verpflichtungsermächtigung von 94,1 Mio. EUR geht vollständig zu Lasten des Haushaltsjahres 2005, um für 2005 entsprechende Leistungen vereinbaren zu können.

## 682.30 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (PVG)

Der im HGV-Komplex für die PVG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

**Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH**

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Verkehrseinnahmen	30.079	29.800	28.668
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	1.830	1.795	1.925
<b>Summe der Erträge</b>	<b>31.909</b>	<b>31.595</b>	<b>30.593</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.050	4.950	4.684
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.710	9.145	9.057
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	15.413	15.480	15.605
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	365	365	373
2.3 Abschreibungen	3.891	3.815	3.377
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.010	2.950	3.052
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>37.439</b>	<b>36.705</b>	<b>36.148</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>305</b>	<b>275</b>	<b>183</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>- 15</b>	<b>- 15</b>	<b>19</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>150</b>	<b>260</b>	<b>684</b>
<b>6. Verlustübernahme durch die HGV</b>	<b>- 5.090</b>	<b>- 4.590</b>	<b>- 4.669</b>
<b>Kostendeckungsgrad</b>	<b>86,4%</b>	<b>87,5%</b>	<b>87,1%</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Verkehrseinnahmen</b>	
Die Zuschüsse aus HVV-Pooleinnahmen steigen aufgrund der ganzjährigen Auswirkung einer ab Sommerfahrplan 2002 vorgenommenen Tarifierhöhung an. Mit dem Kreis Pinneberg ist zum Winterfahrplan 2002 / 2003 ein Verkehrsvertrag abgeschlossen worden.	<b>+ 1.132</b>
<b>1.2 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Im Wesentlichen Wegfall der Sondereinflüsse des Jahres 2002 (außerplanmäßige Erträge aus dem Drittgeschäft sowie über dem Plan liegende Erträge für Versicherungsentschädigungen).	<b>- 130</b>
	<b><u>Tsd. EUR</u></b>
<b>2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	
Der angenommene Einkaufspreis für Dieselmotorkraftstoff wird über dem durchschnittlichen Einkaufspreis für das Jahr 2002 liegen.	<b>- 266</b>

<b>2.1.2</b>	<b>Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	Laut abgestimmter Leistung zwischen PVG/VHH und der HOCHBAHN. Weitere Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 entsprechend der Steigerung des Leistungsvolumens und der Fluktuation bei der PVG (siehe Pos. 1.1 und 2.2.1).	<b>- 88</b>
<b>2.2.1</b>	<b>Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand</b>	Der durch die Fluktuationsrate reduzierte Personalaufwand bei der PVG wird durch die Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 kompensiert. Dadurch kommt der günstigere Tarifvertrag (SHO) zum Tragen (siehe Pos. 2.1.2). Mehraufwendungen aufgrund angenommener Tarifierpassungen von 2%.	<b>+ 125</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	Mehraufwand durch Abschreibungen auf neue Investitionen (u.a. Neubau einer Lackier- und Prüfhalle).	<b>- 438</b>
<b>2.4</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	Erhöhte Umlagen der HDN-Versicherungsprämien bei Haftpflicht- und Kaskoversicherung.	<b>+ 102</b>
<b>5</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	Wegfall der 2002er Sondereinflüsse (periodenfremde Erträge aus Abgeltungszahlungen der Vorjahre sowie Auflösung von Rückstellungen).	<b>- 424</b>

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004 (haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

			<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1</b>	<b>Verkehrseinnahmen</b>	Für das Jahr 2004 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung der HVV-Poolerträge gerechnet.	<b>+ 279</b>
<b>1.2</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.	<b>+ 35</b>
<b>2.1.1</b>	<b>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.	<b>- 100</b>
<b>2.1.2</b>	<b>Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	Siehe Pos. 2.2.1. Planmäßige Erhöhung des Verrechnungssatzes aufgrund erwarteter Tarifierpassung in Höhe von 2,5% bei der GLOBUS 24.	<b>- 565</b>
<b>2.2.1</b>	<b>Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand</b>	Der durch die Fluktuationsrate reduzierte Personalaufwand bei der PVG wird durch die Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 kompensiert. Dadurch kommt der günstigere Tarifvertrag (SHO) zum Tragen. Planerisch wird eine Tarifierpassung von 1,5% berücksichtigt.	<b>+ 67</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	Planmäßige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen.	<b>- 76</b>
<b>2.4</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.	<b>- 60</b>
<b>5.</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	Planmäßiger Verkauf von Altfahrzeugen. Wegfall der 2003er Sondereinflüsse.	<b>- 110</b>

## 682.41 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (BHH)

Der im HGV-Komplex für die Betreuungsgesellschaft für den Hamburger Hauptbahnhof mbH (BHH) zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

**BHH Betreuungsgesellschaft für den Hamburger Hauptbahnhof mbH**  
(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Zahlungen der Vertragspartner		1.909	2.006
1.2 Sonstige betriebliche Erträge		25	31
<b>Summe der Erträge</b>		<b>1.934</b>	<b>2.037</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe		0	1
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.790	2.878
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand		328	333
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen		0	0
2.3 Abschreibungen		4	3
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen		87	73
<b>Summe der Aufwendungen</b>		<b>3.209</b>	<b>3.288</b>
<b>3. Finanzergebnis</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<b>4. Außerordentliches Ergebnis</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Verlustübernahme durch die HGV</b>		<b>- 1.275</b>	<b>- 1.251</b>

**Hinweis:** Die Gesellschaft soll zum **31.12.2003** aufgelöst werden.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Zahlungen der Vertragspartner</b>	
Rückläufige Zahlungen der Vertragspartner infolge ganzjährig reduzierter Preise für den Reinigungsdienst der HVR sowie Wegfall des Reinigungsauftrags der ZOB GmbH.	<b>- 97</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	
Verringerte Aufwendungen aufgrund der Kündigung des Reinigungshauptvertrages bezüglich der ZOB GmbH sowie der Reduzierung der Kosten für den Reinigungsdienst der HVR.	<b>+ 88</b>

### Investitionen

Die Investitionen in diesem Bereich werden insbesondere geprägt durch

- den allgemeinen Straßenbau mit den Schwerpunkten
  - Substanzerhaltung von Straßen und Brücken und
  - Einzelmaßnahmen: Spielbudenplatz (Titel 750.01), Umgehung Finkenwerder (Titel 750.23), Am Stadtrand (Titel 760.23), Ölmühlenweg (Titel 760.24), Friedrich-Ebert-Damm (Titel 773.23), Heidenkampsweg (Titel 775.23), Jungfernstieg (Titel 780.23), Altenwallbrücke (Titel 785.03), Billbrookkanalbrücke (Titel 785.06);
- den Schnellbahnbau mit Schwerpunkt für Einzelmaßnahmen (Kostenanteile bzw. Zuschüsse Hamburgs)
  - Bau der S-Bahn-Strecke Neugraben – Stade (Titel 891.17),
  - Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen (Titel 891.18),
  - Bau der U-Bahn HafenCity – Bramfeld (Titel 891.19),
  - Ausbau der AKN in Eidelstedt (Titel 891.21) und
  - Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Titel 891.20),
- die Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau sowie für den Gewerbe- und Gemeinbedarf einschließlich dazugehörigem Grunderwerb (Titel 788.01, 788.02 (Erschließung HafenCity), 789.01, 821.03, 821.05, 862.01),
- die Finanzierung von Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr (Titel 742.01),
- die Mittel u.a. für Planung, Entwurf, Bauvorbereitung und –durchführung, Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten sowie sonstige Baunebenkosten (Titel 799.01),
- die Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung (Titel 863.01),
- die Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz an Verkehrsunternehmen für Investitionen (891.08),
- die vom Bund gewährten GVFG-Finanzhilfen für Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV (Titel 891.02) und zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen (Titel 891.14),
- die Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG (Titel 891.05),
- die Zuschüsse zur Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg (Titel 891.06).

#### Allgemeines zu den Investitionen:

Aus den Mitteln der Titel 741.04, 742.03, 780.23, 788.01, 788.02, 789.01, 863.01, 891.08, 891.10, 891.17, 891.18, 891.19, 891.20, 891.21 und 893.01 dürfen auch Vergütungen an Gutachter, Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sonderfachleute für Planungsleistungen, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vervielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches) gezahlt werden. Für noch nicht veranschlagte Maßnahmen werden Planungsmittel aus 799.01 finanziert.

Aus den Titeln 741.01 bis 799.01 und 891.02 bis 891.21 können auch Kredithilfen, Entschädigungen, Kosten für Folgemaßnahmen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. Entscheidungen über Billigkeitszahlungen bzw. Darlehensvergabe bei Nachteilen infolge von Erschließungsmaßnahmen werden durch die Kommission für Bodenordnung getroffen (Titel 821.02, 862.01).

Der Grunderwerb für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, Radverkehr sowie für Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen ist beim Titel 821.01, für Straßenbaumaßnahmen zur Förderung des ÖPNV beim Titel 821.04, für allgemeine Erschließungen beim Titel 821.03 und für die Erschließung von Großprojekten beim Titel 821.05 veranschlagt.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

#### 741.01 – Neu-, Um- und Ausbau von Straßen –

Veranschlagt sind Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Straßen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v.H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Die Mittel in 2004 sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereiche	KM in Tsd. EUR	VE in Tsd. EUR
1	Einzelmaßnahmen	2.600	3.800
2	Baumaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	400	600
3	Unternehmerstraßen	150	150
4	Maßnahmen an Stellplätzen	100	150
5	noch nicht festgelegte Arbeiten	150	300
Zusammen		3.400	5.000

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

Zu Ziff. 1:

Vorgesehen sind z. B. der Umbau der Sengelmanstraße im Bereich der Einmündung Hebebrandstraße, der Seehafenstraße im Bereich der Einmündung Blohmstraße sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Verkehrsknoten des Ring 2.

Zu Ziff. 2:

Im Rahmen eines Mehrjahresprogramms sollen Umbaumaßnahmen in Abstimmung mit der Polizei durchgeführt werden.

Zu Ziff. 3:

Das Hamburgische Wegegesetz sieht die Übernahme der Wegebaukosten an Unternehmerstraßen durch die Freie und Hansestadt Hamburg vor.

Zu Ziff. 4:

Veranschlagt sind Mittel für das Herrichten, Ändern und Aufheben insbes. bewirtschafteter Parkflächen sowie die Neu-, Ersatzbeschaffung und Aufstellung von Parkscheinautomaten und Parkuhren.

Zu Ziff. 5:

Die veranschlagten Mittel sind für noch nicht bekannte Sofortmaßnahmen im Rahmen der Ziffern 1 - 4 vorgesehen. Über den Einsatz der Mittel wird nach aktuellen Kriterien entschieden.

Vor Beginn entsprechender Maßnahmen aus Ziffer 1 – 5 muss sichergestellt sein, dass ggf. erforderlicher Grunderwerb finanziert werden kann.

#### 741.02 – Förderung des Radverkehrs –

Die Mittel in den jährlichen Bauprogrammen dienen schwerpunktmäßig der Erneuerung von Radwegen sowie dem Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, gradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und attraktive Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen.

Aus diesen Mitteln wird auch die Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich „bike & ride“ sowie die Förderung der Aufstellung von Fahrradboxen finanziert; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden. Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten bis zu 2.500.000 EUR.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

#### 741.04 – Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße –

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach einem mit den Hamburger Verkehrsunternehmen abgestimmten fachbehördlichen Programm. Dabei werden vorrangig solche Maßnahmen umgesetzt, die neben der Förderung des ÖPNV auch geeignet sind, das wirtschaftliche Betriebsergebnis der Verkehrsunternehmen zu verbessern. Aus diesen Mitteln wird auch der Umbau einschl. Grundinstandsetzung von Busbuchten und sonst. Omnibusanlagen finanziert, wenn damit Verbesserungen für den ÖPNV-Nutzer erreicht werden (z.B. behindertengerechte Gestaltung). Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

#### 741.08 – Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen –

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z. B. Rückbau in den entlasteten Straßen).

Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Größere Vorhaben werden als Einzelmaßnahmen veranschlagt.

Die veranschlagten Mittel werden im Wesentlichen für Maßnahmen im nachgeordneten Netz des Flughafenquartiers im Zusammenhang mit der Umgehung Fuhlsbüttel, im Berner Heerweg im Zusammenhang mit dem Friedrich-Ebert-Damm sowie der Holsteiner Chaussee im Zusammenhang mit dem Autobahndreieck Nord-West eingesetzt.

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		1.500.000 EUR
und zwar zu Lasten		
	2005	700.000 EUR
	2006	500.000 EUR
	2007	300.000 EUR

## 741.09 – Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonst. Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau –

Veranschlagt sind Maßnahmen an hamburgischen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Größere Maßnahmen werden bei Einzeltiteln veranschlagt.

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, so dass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen.

Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es erforderlich, einige Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Auch erfordern neue Verkehrsbeziehungen in einigen Fällen die erstmalige Erstellung neuer Brückenbauwerke. Aus Mitteln dieses Titels wird auch der Abbau von Anlagen finanziert, soweit dies zur Einsparung von Erhaltungskosten oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		9.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	2005	4.000.000 EUR
	2006	5.000.000 EUR

## 741.14 – Grundinstandsetzung von Straßen –

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, ist bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungen erforderlich. Wesentliche Ursachen des schlechten Straßenzustandes ist neben unzureichender Unterhaltung in früheren Jahren auch die gestiegene Verkehrsbelastung (Verkehrsmengen und insbesondere Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden können.

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen im Netz der Hauptverkehrsstraßen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall. Die Maßnahmen ergeben sich aus dem Dringlichkeitsprogramm unter Berücksichtigung des akuten Zustandes einzelner Straßen.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und können ebenfalls als Investitionsmaßnahmen aus diesem Titel finanziert werden.

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		7.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	2005	3.400.000 EUR
	2006	3.600.000 EUR

## 741.25 – Sicherung des ehemaligen Hafenbahntunnels zur Nutzung durch den ÖPNV

Vorgesehen ist die Planung und Durchführung der baulichen Maßnahmen zur Sicherung des Hafenbahntunnels.

Die ursprünglich nur für Sicherungsmaßnahmen eingeplanten Mittel in Höhe von rd. 2,56 Mio. EUR waren im Einzelplan 7 veranschlagt und sind auf den Einzelplan 6 übertragen worden. Zur weiteren Finanzierung sollen Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz eingesetzt werden, die vom Titel 891.08 hierher übertragen werden.

## 741.81 – Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen u.a. nach Erstbesielungen einschließlich Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung und Absenkungen von Bordsteinen sowie für die Grundinstandsetzung von Straßen (ohne Hauptverkehrsstraßen). Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden als Investitionsmaßnahme aus diesen Mitteln finanziert.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	591	591	786	786
Altona	974	974	891	891
Eimsbüttel	738	738	709	709
Hamburg-Nord	656	656	776	776
Wandsbek	1.590	1.590	1.559	1.559
Bergedorf	1.184	1.184	998	998
Harburg	867	867	881	881
Gesamt	6.600	6.600	6.600	6.600

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 741.82 – Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 1 BezVG werden die bezirklichen Anteile zur Förderung des Radverkehrs veranschlagt (vgl. auch Erläuterungen zu 741.02).

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung der Rahmenzuweisung weiterhin entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG nach den Bedarfen und besonderen Kriterien, die sich aus der am 01.09.1997 in Kraft getretenen Änderung der StVO ergeben. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	48	48	48	48
Altona	37	37	37	37
Eimsbüttel	70	70	70	70
Hamburg-Nord	73	73	73	73
Wandsbek	100	100	100	100
Bergedorf	129	129	129	129
Harburg	43	43	43	43
Gesamt	500	500	500	500

Die Mittel sind im Wesentlichen vorgesehen für die durch die neue StVO möglichen und gewünschten Verbesserungen und Veränderungen im Fahrradverkehr. Dementsprechend dienen die Mittel schwerpunktmäßig

- dem Neu-, Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und attraktive Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen;
- der Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich "bike & ride" sowie
- der Förderung der Aufstellung von Fahrradhäuschen; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 742.01 – Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs –

Aus der Rückstellung werden Maßnahmen, die nach der Verkehrsentwicklungsplanung (VEP) vorgesehen sind, sowie Maßnahmen Hamburgs und der Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert bzw. bezuschusst. Der Einsatz der Mittel erfolgt u.a. nach einem mit dem Hamburger Verkehrsverbund und den Verkehrsunternehmen abgestimmten Programm.

Die Rückstellung dient ferner dazu, zur GVFG-Finanzierung des Bundes hamburgische Komplementärmittel bereitzustellen.

Die Rückstellung wird entweder mit den jährlichen Haushaltsplänen oder, soweit für eine Einzelmaßnahme Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR erforderlich werden, mit maßnahmebezogenen Bürgerschaftsdrucksachen aufgelöst. Die für die jeweilige Einzelmaßnahme erforderlichen Haushaltsmittel werden dabei auf vorhandene oder einzurichtende Haushaltstitel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen.

## 742.03 – Bau und Erweiterung von öffentlichen P+R-Anlagen –

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen (einschl. Grundinstandsetzung, Modernisierung und Grunderwerb) erfolgt über Ausgleichsbeträge für Stellplätze (vgl. Erläuterungen zu Titel 863.01). Der Grunderwerb für P+R-Anlagen wird bei 821.06 eingestellt. Entscheidungen über den Bau oder Ausbau von P+R-Anlagen werden im Einzelfall getroffen und bei Gesamtkosten von über 800 Tsd. EUR der Bürgerschaft mit besonderer Drucksache zur Kenntnis gegeben. Eine Prioritätensetzung für Maßnahmen in 2004 steht noch aus.

## 750.01 – Neugestaltung des Spielbudenplatzes –

Die Maßnahme wird anteilig durch private Sponsoren finanziert werden. Für die Abwicklung ist ein Leertitel veranschlagt.

## 750.23 – Umgehung Finkenwerder –

Die Umgehung Finkenwerder ist eine wichtige Maßnahme zur Entlastung des Ortskerns Finkenwerder von durchgehendem Verkehr, insbesondere auch Verkehren von und zur EADS. Die Planung folgt der deichfernen Südtrasse und verbindet die Finkenwerder Straße im Osten mit dem Neuenfelder Hauptdeich im Westen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 04.04.2003		36.000.000 EUR
davon entfallen auf den zentralen Titel 6420.799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		1.500.000 EUR
Grunderwerb (821.23)		<u>1.500.000 EUR</u>
Baukosten (ohne zentrale Titel)		33.000.000 EUR
davon entfallen auf Straßenbaukosten	25.500.000 EUR	
Ausgleichsmaßnahmen	7.500.000 EUR	
Ansatz 2004		<u>500.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		32.500.000 EUR
davon sind als Verpflichtungsermächtigung veranschlagt zu Lasten		15.000.000 EUR
	2005	4.400.000 EUR
	2006	7.700.000 EUR
	2007	2.900.000 EUR

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert.

## 760.23 – Ausbau der Straße „Am Stadtrand“ –

Im Zusammenhang mit der Verkehrsplanung „Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm“, die den Berner Heerweg vom Verkehr entlastet, soll auch die Walddörferstraße zwischen den Knotenpunkten „Am Stadtrand“ und „Tegelweg“ verkehrsberuhigt werden. Dies bedeutet, dass der Verkehr, der bisher über die Walddörferstraße geführt wurde, zukünftig über die Straße „Am Stadtrand“ und den Friedrich-Ebert-Damm geleitet wird. Die Verkehrsbelastung in der Straße „Am Stadtrand“ wird sich verdoppeln. Die vorhandenen zwei Fahrstreifen reichen hierfür nicht mehr aus; daher ist ein vierstreifiger Ausbau der Straße „Am Stadtrand“ einschließlich der Knotenpunkte vorgesehen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24/ 54 LHO vom 14.4.2002		6.020.000 EUR
davon entfallen auf den zentralen Titel 799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		700.000 EUR
Grunderwerb (821.16)		<u>920.000 EUR</u>

Baukosten (ohne zentrale Titel)		4.400.000 EUR
Veranschlagt bis 2003	3.000.000 EUR	
Ansatz 2004	<u>1.400.000 EUR</u>	4.400.000 EUR

## 760.24 – Ausbau des Ölmühlenwegs –

Der Ölmühlenweg stellt als Teil des Straßenzuges Holstenhofweg / Ölmühlenweg / Am Stadtrand eine wichtige Nord-Süd-Verbindung im Wandsbeker Raum dar. Im Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung der Walddörferstraße zwischen dem Knotenpunkt Am Stadtrand und Tegelweg soll auch die Straße Am Stadtrand vierstreifig ausgebaut werden. Dies hat zur Folge, dass der Ölmühlenweg dann mit nur zwei Fahrstreifen einen Engpass darstellen würde. Es ist vorgesehen, den Ölmühlenweg zwischen der Walddörferstraße, Am Stadtrand und Ahrensburger Straße vierstreifig auszubauen.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24/ 54 LHO vom 30.12.2002		3.750.000 EUR
davon entfallen auf den		
zentralen Titel 6420.799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		500.000 EUR
Grunderwerb (821.01)		<u>100.000 EUR</u>

Baukosten (ohne zentrale Titel)		3.150.000 EUR
Ansatz 2004		<u>1.800.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		1.350.000 EUR
(als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005)		

Folgekosten:

Folgekosten entstehen für die Unterhaltung der Straße (Titel 521.81) und des Durchlasses für die Wandse (Titel 6420.521.09) sowie den Betrieb und die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen (Titel 6420.542.01). Die hierfür erforderliche Mittel sind noch nicht zu beziffern.

## 773.23 – Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm –

Der Friedrich-Ebert-Damm wird zwischen den bereits vierspurig ausgebauten Abschnitten westlich Tegelweg und nördlich Ivo-Hauptmann-Ring verlängert. Mit dem Lückenschluss im Friedrich-Ebert-Damm soll die neue Straße die Funktion des Berner Heerweges als Hauptverbindung in Richtung Farmsen übernehmen. Für die Wohnbebauung am Berner Heerweg wird eine deutliche Verkehrsberuhigung durch die Abnahme der Verkehrsbelastung erreicht.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 04.05.1999		11.248.421 EUR
davon entfallen auf den		
zentralen Titel 799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		511.292 EUR
Grunderwerb (821.15)		<u>664.679 EUR</u>

Baukosten (ohne zentrale Titel)		10.072.450 EUR
---------------------------------	--	----------------

Veranschlagt sind bis 2003	9.343.157 EUR	
----------------------------	---------------	--

Dabei ist berücksichtigt, dass 2001 im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit insgesamt rd. 710.696 EUR zu Gunsten diverser anderer Titel in Anspruch genommen worden sind.

Ansatz 2004	<u>500.000 EUR</u>	9.843.157 EUR
Vorbehalten bleiben		229.293 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt zu Lasten 2005		229.000 EUR
---	--	-------------

## 775.23 – Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs –

Der Straßenzug Heidenkampsweg / Billhorner Brückenstraße weist erhebliche Fahrbahnschäden wie Spurrinnen, Längs-, Quer- oder Netzzrisse auf. Das Gesamtgefüge des Straßenaufbaus ist auf weiter Strecke zerstört, so dass eine Grundinstandsetzung der Fahrbahnen erforderlich wird. Der Ausbau erfolgt zwischen Gotenstraße und der Eisenbahnbrücke südlich der Amsinckstraße. In diesem Zusammenhang ist die Funktion des Straßenzuges den geänderten Anforderungen sowie neuen Richtlinien anzupassen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 12.04.2002		12.600.000 EUR
davon entfallen auf den zentralen Titel 799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		<u>1.100.000 EUR</u>
Baukosten (ohne zentrale Titel)		11.500.000 EUR
Veranschlagt sind bis 2003	2.500.000 EUR	
Ansatz 2004	<u>3.500.000 EUR</u>	<u>6.000.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		5.500.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt und zwar zu Lasten		5.500.000 EUR
2005	3.500.000 EUR	
2006	1.500.000 EUR	
2007	500.000 EUR	

## 780.23 – Neugestaltung des Jungfernstiegs –

Der Jungfernstieg ist im Laufe der Jahrhunderte zur beliebtesten Promenade der Stadt und zu einem der prominentesten Orte überhaupt geworden. Um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen und vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt ist die Umgestaltung des Jungfernstieges im Herzen der Hamburger Innenstadt ein wesentlicher Baustein dafür und soll der Stadt einen wichtigen Impuls geben.

Das Konzept zur Neugestaltung des Jungfernstieges ist der Bürgerschaft mit der Drucksache 17/1532 vom 8.10.2002 erläutert worden. Die Gesamtkosten betragen nach vorläufiger Kostenschätzung rund 15 Mio. EUR. Der städtische Anteil an den Umbaukosten soll rd. 4 Mio. EUR betragen und bezieht sich im Wesentlichen auf die Anpassung und Umgestaltung der Straße. Es ist beabsichtigt, die Kosten für die Umgestaltung der wasserseitigen Situation (rd. 11 Mio. EUR) durch Sponsorengelder zu finanzieren, zu deren Einwerbung sich ein Verein konstituiert hat.

Baukostenanteil Hamburgs (geschätzt)		4.000.000 EUR
Ansatz 2004		<u>1.000.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben (als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 veranschlagt)		3.000.000 EUR

## 785.03 – Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke –

Die aus mehreren nebeneinander liegenden Bauwerken bestehende Straßenbrücke wurde zwischen 1840 und 1910 erbaut. Im Rahmen der regelmäßigen Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 wurden erhebliche Schäden festgestellt, die eine Erneuerung des Bauwerkes unumgänglich machen. Die neue Brücke wird für die Brückensklasse 60/30 dimensioniert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 06.08.2001 und 11.12.2001		3.308.139 EUR
davon entfallen auf den zentralen Titel 799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		<u>260.759 EUR</u>
Baukosten (ohne zentrale Titel)		3.047.380 EUR

Veranschlagt sind bis 2003	2.030.300 EUR	
Dabei ist berücksichtigt, dass 2002 im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit insgesamt rd. 519.700 EUR zu Gunsten diverser anderer Titel in Anspruch genommen worden sind.		
Ansatz 2004	<u>1.017.000 EUR</u>	<u>3.047.300 EUR</u>

## 785.06 – Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke –

Die aus Stabbogen ausgebildete Billbrookkanalbrücke überspannt im Zuge der Moorfleeter Straße den Billbrookkanal. Sie ist im Jahre 1968 erbaut und 1971 fertig gestellt worden. Bereits kurz nach der Inbetriebnahme wurden ungewöhnliche Risse in den Betonflächen festgestellt. Mehrere Konservierungsmaßnahmen konnten den Schadenszustand nur weitestgehend stabilisieren. Weitere Instandsetzungsmaßnahmen sind aber auf Dauer nicht wirtschaftlich.

Daher müssen der Spannbeton-, Überbau- und die beiden Stahlbeton-Widerlager der Brücke abgerissen werden. Unter Beibehaltung der Spannweite von etwa 50 m wird zukünftig ein Stahlüberbau den Billbrookkanal überspannen. Äußere Geometrie und Querschnitte werden nicht verändert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 10.04.2002		3.535.000 EUR
---	--	---------------

davon entfallen auf den zentralen Titel 799.01 (Vergütungen an Vertragsingenieure)		115.000 EUR
Baukosten (ohne zentrale Titel)		3.420.000 EUR
Veranschlagt sind bis 2003	1.000.000 EUR	
Ansatz 2004	1.300.000 EUR	2.300.000 EUR
Vorbehalten bleiben		1.120.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt und zwar zu Lasten		1.120.000 EUR
2005	990.000 EUR	
2006	130.000 EUR	

## 788.01 – Allgemeine Erschließungen –

Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung für Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen einschl. Vermessungskosten. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungsaufwendungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z. B. Ingenieurkosten). Über diesen Titel werden auch die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für das Vorhaben „ARENA“ im Volkspark einschließlich des Herrichtens der Stellplatzanlagen finanziert. Ein Teil der Aufwendungen aus Haushaltsmitteln geht später in Form von Wegebau- und Sielbaubeiträgen bei den Titeln 6300.341.31 und 8700.341.36 wieder ein.

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Bei der Vielzahl der jährlich zu finanzierenden Maßnahmen und der Abhängigkeit vom Beginn der Hochbauprojekte können Erschließungsmaßnahmen nur exemplarisch genannt werden. U.a. sollen nachstehende laufende bzw. neue Maßnahmen finanziert werden (Änderungen bleiben vorbehalten):

Private Erschließungen:

a) Gewerbeflächen	HafenCampus Falkenried Hebebrandstraße/Rübenkamp	(Stadtteil Harburg) (Stadtteil Hoheluft) (Stadtteil Barmbek)
b) Wohnbauflächen	Storchenstieg/Hasenstieg Am Husarendenkmal Am Hohen Knäbel	(Stadtteil Jenfeld) (Stadtteil Marienthal) (Stadtteil Eißendorf)

Erschließung von

<u>Gemeinbedarfsflächen:</u>	Sportplatz Meiendorfer Straße	(Stadtteil Rahlstedt)
------------------------------	-------------------------------	-----------------------

Bebauungsplan-

<u>Folgemaßnahmen:</u>	Rönkrei Wichelkamp	(Stadtteil Poppenbüttel) (Stadtteil Dulsberg)
------------------------	-----------------------	--

Endgültige Herstellung:

Heerbuckhoop/Nette/Krögen/ Tarpenwiese Op de Eidelstedt	(Stadtteil Langenhorn) (Stadtteil Eidelstedt)
---	--

Liegenschaftsererschließungen:

a) Gewerbeflächen	Lübecker Straße/Landwehr	(Stadtteil Hohenfelde)
b) Wohnbauflächen	Kieler Straße/Eidelstedter Dorfstraße Diestelstraße Bisamweg/Fischotterstieg/ Nutriaweg	(Stadtteil Eidelstedt) (Stadtteil Ohlsdorf)  (Stadtteil Farmsen-Berne)

Ansatz 2004		7.700.000 EUR
-------------	--	---------------

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt und zwar zu Lasten		25.000.000 EUR
2005	9.000.000 EUR	
2006	9.000.000 EUR	
2007	7.000.000 EUR	

Grunderwerb ist bei 821.03 veranschlagt.

Einnahmen (Titel 341.02)

Die Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen fließen dem Titel 788.01 zu. Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit allgemeinen Erschließungen sind hier ebenfalls veranschlagt.

## 788.02 – Erschließung HafenCity –

Für die Erteilung erster Aufträge zur Bestandsaufnahme sowie der Anpassung von Verkehrsanlagen ist eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 789.01 – Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes –

Bei diesem Titel sind die Mittel für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes mit mehr als 400 Wohneinheiten (WE) veranschlagt. Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen sowie Vermessung. Die Finanzierung erfolgt bei privaten Baumaßnahmen aus Haushaltsmitteln und Beiträgen der Bauträger, die beim Titel 341.06 vereinnahmt werden; bei Veranlassung durch die FHH (Liegenschaftserschließungen) ausschließlich aus Haushaltsmitteln. Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Großprojekten sind ebenfalls beim Titel 341.06 veranschlagt.

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Maßnahmen in 2004	WE	Mio. EUR
Allermöhe II	5.700	92,0
Farmsen (Trabrennbahn)	1.000	7,7
Rahlstedter Höhe (Boehn-Kaserne)	1.600	7,7
Boltwiesen (Graf-Goltz-Kaserne)	420	6,1
Neugraben-Fischbek	1.500	25,0
Zusammen	10.220	138,5

Der geschätzte Erschließungsaufwand beträgt für die vorstehenden Maßnahmen insgesamt 138,5 Mio. EUR.

Ansatz 2004 7.500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt 21.000.000 EUR  
 und zwar zu Lasten 2005 7.600.000 EUR  
 2006 7.600.000 EUR  
 2007 5.800.000 EUR

Grunderwerb ist bei dem Titel 821.05 veranschlagt.

## 799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. –

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel decken alle Aufgabenbereiche des Amtes für Verkehr und Straßenwesen ab, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln bereit stehen. Sie werden eingesetzt für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Projektconsulting, Baudurchführung, Sonderleistungen und Projektsteuerung einschließlich der Instrumente des Neuen Steuerungsmodells sowie für Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Büros, bauvertraglicher Beweissicherung), Informationsveranstaltungen, Lichtpausen, Fotoarbeiten, Broschüren, Faltblätter und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die damit verbundenen Datenverarbeitungs-Leistungen und den ggf. von Hamburg zu tragenden Sachkosten der Eröffnung von Verkehrsbauwerken. Dazu gehören auch die Durchführung von Wettbewerben sowie Herstellung von Arbeitsmodellen und Demonstrationsmaterial für städtebaulich schwierige Objekte der Planung von Straßen, Brücken, Ingenieur- und Ingenieurhochbauten, sonstige Kosten im Zusammenhang mit der 4. Röhre des Elbtunnels, soweit sie nicht von Dritten getragen werden, einschließlich Haftpflicht- und Bauleistungsversicherungen gem. Vereinbarung mit dem BMVBM.

Den Aufwendungen für Bundesfernstraßen-Maßnahmen stehen Einnahmen vom Bund (sog. UA-III-Mittel) gegenüber, die nach Baufortschritt gezahlt und beim Titel 6420.231.01 vereinnahmt werden.

Im Ergebnis 2002 ist ein Betrag von ca. 800.000 EUR (aus Kapitel 6420) für Untersuchungen zur verkehrlichen Erschließung der HafenCity sowie zur U-Bahnverlängerung von Barmbek nach Bramfeld enthalten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

- 811.86 – Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten, die von den Straßenbauvervierten der Bezirke oder auf den Betriebsplätzen eingesetzt werden, sowie die Aufwendungen für die Sanierung und Grundinstandsetzung von Gebäuden auf den Betriebsplätzen. Die Entscheidung über die Aufteilung der veranschlagten Mittel auf die einzelnen Bezirke erfolgt bedarfsgerecht kurz vor Beginn des Haushaltsjahres; die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen.

Ansatz 2004 486.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt 600.000 EUR

und zwar zu Lasten	2005	313.000 EUR
	2006	287.000 EUR

- 821.13 – Entschädigungen für die Begründung von Dienstbarkeiten für Tunnelanlagen –

Der Ansatz ist zur Restabwicklung veranschlagt. Neue Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt 250 Tsd. EUR zu Lasten 2005.

- 862.01 – Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken, die bei Erschließungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, Darlehen gewährt, soweit dieses neben Entschädigungen für die Aufgabe von Rechten oder aus Billigkeitsgründen notwendig ist, um den Betroffenen einen Wiederaufbau an anderer Stelle zu ermöglichen. Ferner werden Darlehen vergeben, um Grundeigentümer in die Lage zu versetzen, in Neubaugebieten liegende Flächen mit minderwertiger Bausubstanz planungsmäßig neu zu bebauen. Die Kommission für Bauordnung entscheidet über die Gewährung von Darlehen und über die Festsetzung von Konditionen. Für 2004 sind keine konkreten Maßnahmen bekannt, die Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 ist vorsorglich veranschlagt.

- 863.01 – Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung –

Die bei den Titeln 342.02 im Kapitel 6300 sowie 342.03 in den Kapiteln 1230 bis 1830 eingehenden Gelder (Ausgleichsbeträge) sind gemäß § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 01.01.1986 (HmbGVBl. S. 202) zuletzt geändert am 14.5.2002 (HmbGVBl. S. 76) zu verwenden. Vorgesehen ist u.a. eine Verwendung von Ausgleichsbeträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen (siehe auch Drucksache 16/4394 vom 20.06.2000 und Drucksache 16/5715 vom 06.03.2001).

Gleichermaßen wird mit den beim Titel 121.01 (Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten) sowie beim Titel 182.01 (Tilgung von Darlehen zu Garagenbauten) eingehenden Geldern verfahren.

Da die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht feststeht, sind jeweils Leertitel ausgebracht. Die angesammelten Beträge können eingesetzt werden:

- für den Erwerb von Flächen sowie die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen durch die Stadt oder
- zur Vergabe von Darlehen oder Zuschüssen an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Stellplatzanlagen betreiben;
- für Maßnahmen zur Verbindung zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV durch die Stadt oder
- als Zuschüsse an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV betreiben;
- für Einrichtungen zur Verringerung des Parksuchverkehrs sowie für sonstige Maßnahmen zugunsten des ruhenden Verkehrs sowie
- für Einrichtungen des ÖPNV und von öffentlichen Fahrradwegen.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten sowie für Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie Baunebenkosten und Schadenersatzzahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der angesammelten Beträge zusammenhängen. Für den Grunderwerb, die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen, Fahrradwegen sowie von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen durch die Stadt und von P + R-Anlagen werden die Mittel auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel übertragen.

Soweit aus den angesammelten Beträgen Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden, wird der Bürgerschaft mit einer Einzelvorlage berichtet.

Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) werden – soweit möglich – in Anspruch genommen.

Aus diesem Titel werden auch Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung als Zuwendung nach §§ 23/44 LHO gegeben. Das Volumen der als Zuwendung zur Verfügung gestellten Beträge ist durch die Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen nicht vorhersehbar, der Finanzierungsanteil ist nicht quantifizierbar.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

881.05 – Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen –

Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiator. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen festgelegt. Veranschlagt sind von Hamburg zu tragende Kostenanteile zu Fernstraßenbaumaßnahmen sowie damit zusammenhängende Verwaltungskosten der Deutschen Bahn AG. Hierunter fallen auch Verwaltungskosten von Eisenbahnunternehmen bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes, sofern diese vom Land zu tragen sind.

Neben der Fortsetzung laufender Maßnahmen soll im Rahmen der Maßnahmen des Bundes A1, sechsstreifiger Ausbau von AS HH-Billstedt bis AD HH-Südost gleichzeitig die Amandus-Stubbe-Straße an die AS Hamburg-Moorfleet angeschlossen werden.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme des Landes, des Bundes oder der Deutschen Bahn AG ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten.

Ansatz 2004		2.100.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt und zwar zu Lasten		8.400.000 EUR
	2005	2.100.000 EUR
	2006	2.100.000 EUR
	2007	2.100.000 EUR
	2008	2.100.000 EUR

891.02 – Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer –

891.14 Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in der Fassung vom 28.1.1988 (BGBl. I S. 100), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze vom 27.04.2002 (BGBl. I S. 1467,1480), gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, und zwar für den „Kommunalen Straßenbau“ und den „Öffentlichen Personennahverkehr“ (ÖPNV). Den Altländern stehen für die von ihnen aufzustellenden Förderprogramme Finanzhilfen in Höhe von rd. 1,011 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Verteilung auf die Länder erfolgt entsprechend § 6 Abs. 2 GVFG auf der Basis des gewichteten Kfz-Bestandes des vorvergangenen Jahres (Kfz-Schlüssel). Das ergibt für Hamburg im Jahre 2004 einen quotalen Anteil an den vorgenannten Finanzhilfen von

3,04 % 30,9 Mio. EUR

Es ist vorgesehen für:

- ♦ Vorhaben des kommunalen Straßenbaus (vgl. 6300.331.01) 7,2 Mio. EUR
- ♦ Vorhaben des ÖPNV einzusetzen 23,2 Mio. EUR
  - davon veranschlagt beim Titel 6300.331.02 / 891.02 13,5 Mio. EUR
    - Finanzhilfen für bauliche ÖPNV-Maßnahmen Dritter (HHA, DB AG u.a.)
  - beim Titel 6300.331.03 – Finanzhilfen für bauliche Maßnahmen Hamburgs 1,0 Mio. EUR

Der verbleibende Betrag von 7,0 Mio. EUR wird über folgende Titel abgewickelt:

6300.331.14 / 891.14	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen
6300.331.20 / 891.20	Zuweisungen des Bundes zur Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek
6300.331.21 / 331.22 (außerplanmäßiger Titel) und	
6300.891.21	Zuweisungen des Bundes zum Ausbau der AKN in Eidelstedt

891.05 – Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG –

Veranschlagt sind Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG zur Erneuerung von Anlagen des U-Bahn-Verkehrsweges (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 16/1361 vom 29./30.06.1998).

891.06 – Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg –

Für die Verkehrsinformation stellt die Telematik eine besondere Bedeutung dar. Nach Vorarbeiten z.B. durch das Projekt „Verkehrsinformations-hamburg.de“ im Internet sollen die Telematik-Anwendungen ausgeweitet werden,

wobei weitere Systemkomponenten und -partner eingebunden werden sollen. Hierzu sind Anschubfinanzierungen und Zuwendungen für Projektleistungen erforderlich. Aus dem Titel sollen u.a. folgende Maßnahmen finanziert werden: Förderung von Ersteinrichtungen von Verkehrsinformationssystemen, Entwicklungsaufträge für derartige Projekte, Aktualisierung von Inhalten und Programmen, Leitungskosten zur Verknüpfung von Informationsbasen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

891.08 – Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen –

Bei dem Titel werden die gemäß § 8 des Regionalisierungsgesetzes (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, BGBl I Seite 2378 in der Fassung vom 26.06.2002, BGBl I S. 2264) Hamburg zustehenden Mittel aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes abgewickelt, die nicht für Betriebskostenzuschüsse u.ä. eingesetzt werden (vgl. 581.01, 632.01, 633.01, 682.01, 682.13, 682.17). Die Mittel können sowohl für Zuschüsse an Verkehrsunternehmen als auch für Maßnahmen Hamburgs verwendet werden. Da die Höhe der verbleibenden Bundesmittel nach Abzug der Mittel für Betriebskostenzuschüsse u.ä. nicht feststeht, sind jeweils Leertitel veranschlagt.

Es ist vorgesehen, die Mittel u.a. für den Bau der U-Bahn HafenCity – Bramfeld (U 4), den Umbau der Zuwendungen zur S-Bahnstation Stellingen einschließlich des Shuttle-Bereichs für den Bus zu den beiden Arenen sowie für den ZOB Bergedorf einzusetzen.

Aus dem Titel dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der Regionalisierungsmittel zusammenhängen.

Aus diesem Titel werden auch Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung (z.B. DB AG) als Zuwendung nach §§ 23 u.44 LHO gegeben.

Dem Titel stehen in gleicher Höhe Einnahmen aus den Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen beim Titel 331.08 gegenüber, die dem Ausgabetitel zufließen.

891.10 – Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen –

Die bei diesem Titel veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) in der Fassung vom 09.09.1998 (BGBl. I S. 2858) oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Hierzu gehören:

- Verwaltungskosten,
- Kostenbeiträge, die nicht im Zusammenhang mit hamburgischen Baumaßnahmen stehen,
- Sicherungseinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen und Eisenbahnüberführungen einschl. kleiner Baumaßnahmen, die von Hamburg im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahnunternehmen durchgeführt werden,
- Zuschüsse gem. § 17 EKrG,
- Ablösebeträge.

Aus diesem Titel erfolgt auch die Restabwicklung der Maßnahmen City-S-Bahn und S-Bahn Harburg.

Ansatz 2004		850.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		5.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	2005	1.100.000 EUR
	2006	1.300.000 EUR
	2007	1.500.000 EUR
	2008	1.100.000 EUR

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig wird, unabwendbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen und dafür nicht vorhersehbare, dringlichere bzw. zusätzliche Maßnahmen durchzuführen.

891.17 – Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für die S-Bahnverlängerung Neugraben - Stade –

Über diesen Titel soll die Finanzierung der Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade (Fahrweg und Fahrzeuge / vgl. Bürgerschaftsdrucksache 17/1781 vom 26.11.2002) abgewickelt werden.

Vorgesehen ist, die im Regionalen Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg (REK) und im Regierungsprogramm erklärte Option einer S-Bahnverlängerung nach Stade umzusetzen, um den Bahnverkehr wegen zunehmender Pendlerzahlen in dieser Region entscheidend zu verbessern. Für diese Fahrgäste soll wegen ausgereizter Kapazitäten im Regionalverkehr auf der Strecke zwischen Harburg und Hamburg eine umsteigefreie Verbindung im Schnellbahnnetz mit verlässlichen Taktzeiten geschaffen werden. Da der Zugverkehr nach Hamburg sowohl im Fernbahnnetz mit Wechselstrom-Oberleitung als auch im Gleichstromnetz der S-Bahn betrieben wird, ist der Einsatz von sogenannten „Zweistrom-Fahrzeugen“ erforderlich. Die Maßnahme wird als gemeinsames Projekt von Niedersachsen und Hamburg mit der DB AG und S-Bahn GmbH betrieben.

Die Investitionskosten, die sowohl die Fahrzeugbeschaffung als auch die Herrichtung der Infrastruktur umfassen, betragen insgesamt rd. 130,1 Mio. EUR, wovon Hamburg gemäß territorialer Aufteilung einen Kostenanteil von rd. 28,5 Mio. EUR trägt. Dieser Betrag ist in der mittelfristigen Vorplanung der Regionalisierungsmittel berücksichtigt worden. Wegen zeitlich nicht vorhersehbarer Mittelbedarfe ist ein Leertitel eingerichtet worden.

Die Finanzierung erfolgt aus Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz. Die Mittel werden vom Titel 891.08 bedarfsgerecht hierher übertragen.

891.18 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen –

Über den Bau und die Finanzierung der Flughafen-S-Bahn wurden am 4.9., 24.10. und 31.10.2000 Verträge mit der DB Netz AG und der DB Station & Service AG geschlossen. Mit dem Bau ist 2001 begonnen worden, die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Strecke ist voraussichtlich 2007 vorgesehen.

Die bisherigen Gesamtkosten inkl. Vorwegbauwerk und Sachkosten Hamburgs gem. Kostenunterlagen nach §§ 24/54 LHO vom 06.11.2000

225.479.720 EUR

erhöhen sich infolge Kostenfortschreibung um auf (Nachtrag gem. §§ 24/54 LHO vom 8.7.2003) davon sind zur Netto-Veranschlagung abzusetzen (voraussichtliche GVFG-Zuwendungen) bisher gemäß Kostenfortschreibung zusätzlich

14.020.280 EUR

239.500.000 EUR

112.995.506 EUR

7.904.494 EUR

Neue Gesamtkosten

120.900.000 EUR

Der bei diesem Titel zu veranschlagende Kostenanteil Hamburgs einschl. Vorwegbauwerk und Sachkosten erhöht sich von bisher um auf

112.484.214 EUR

6.115.786 EUR

118.600.000 EUR

Die Kostenfortschreibung wurde mit der Drucksache 17/2676 vom 06.05.2003 erläutert.

Veranschlagt sind bis 2003  
Ansatz 2004

61.113.704 EUR

9.375.000 EUR

70.488.704 EUR

Vorbehalten bleiben

48.111.296 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

6.100.000 EUR

Folgekosten:

Die Folgekosten des Betriebes können im Wesentlichen über Kombitickets für Fluggäste und zusätzliche Großkundenabonnements für das Flughafenpersonal sowie durch Einsparungen in Folge der Einstellung der Buslinie 110 getragen werden. Ein eventuell verbleibender Spitzenbetrag wird aus Regionalisierungsmitteln abgedeckt werden. Die Einzelheiten werden in einem besonderen Vertrag mit der S-Bahn Hamburg GmbH geregelt werden.

891.19 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity – Bramfeld –

Mit der U-Bahn Verbindung HafenCity – Bramfeld wird der schon länger geplante Schnellbahnanschluss der Großwohnsiedlung Steilshoop und Bramfelds sowie die Anbindung des für die Metropolregion Hamburg bedeutsamen Stadtentwicklungsprojektes HafenCity durch ein leistungsfähiges, modernes und hoch attraktives Verkehrssystem an das vorhandene Nahverkehrsnetz der Stadt angebunden. Zugleich wird die nicht mehr den heutigen verkehrlichen Erfordernissen entsprechende Verknüpfung der U-Bahnlinien am Berliner Tor durch Änderungen im Liniensystem verbessert.

Die vorgesehenen Maßnahmen, die voraussichtlichen Kosten und deren Finanzierung sind in der Drucksache 17/2019 vom 07.01.2003 dargestellt. Die bauliche Realisierung soll der Hamburger Hochbahn AG (HHA) übertragen werden und in den Jahren 2003 bis 2015 erfolgen.

Die Realisierung dieses Zukunftsnetzes erfordert Investitionen in Höhe von  
davon finanziert die HHA für den Umbau Berliner Tor

rd. 550,0 Mio. EUR

rd. 35,0 Mio. EUR

Verbleiben

rd. 515,0 Mio. EUR

Die Finanzierung erfolgt aus  
der ÖPNV-Rückstellung in Höhe von  
Regionalisierungsmitteln in Höhe von

rd. 30,0 Mio. EUR

rd. 57,0 Mio. EUR

sowie sonstigen Haushaltsmitteln ab 2007 in Höhe von 110,2 Mio. EUR

Die Aufteilung des restlichen Finanzbedarfs ab 2010 in Höhe von rd. 318 Mio. EUR und die dementsprechende Darstellung der Mittelbereitstellung bis zum Abschluss der letzten Teilmaßnahme in voraussichtlich 2015 ist im gegenwärtigen Planungsstadium nicht möglich, da dieses u.a. auch von den zu wählenden Bauverfahren abhängt, die sich erst in der weiteren Entwurfsbearbeitung festlegen lassen.

Wenn das Ergebnis der Bewertung eine Bezuschussung mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ermöglicht, wird die Inanspruchnahme hamburgischer Haushaltsmittel dementsprechend verringert.

Der Bau dieser U-Bahn-Verbindung erfolgt durch die HHA. Für den Abschluss eines Vertrages mit der HHA ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 515 Mio. EUR veranschlagt.

#### 891.20 – Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek –

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 5.4.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt.

Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Soweit Straßen zu unterführen sind, werden deren Tunnel und Tröge so ausgerichtet, dass der nachträgliche Bau einer Gleichstrom-S-Bahn möglich bleibt. Der darauf entfallende Kostenanteil ist in den Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt. Eine Fortschreibung der Kostenunterlage nach der 1. EkrV ist nicht vorgesehen, da der Bund als Kreuzungsbeteiligter für jede Einzelmaßnahme eine Kreuzungsvereinbarung fordert.

Bereits fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden konnten die Straßenüberführung Holstenhofweg, die Eisenbahnüberführung Tonndorfer Weg und Luetkensallee (jeweils Geh- und Radweg); die Aufhebung des Bahnübergangs Oldenfelder Straße (Straßenunterführung) ist im Jahr 2003 vorgesehen. Mit den Baumaßnahmen zur Aufhebung des Bahnübergangs Tonndorfer Hauptstraße / Sonnenweg / Dammwiesenstraße ist begonnen worden.

Gesamtkosten gem. fortgeschriebener HU – Bau vom 22.05.2001	201.184.152 EUR
davon durch andere Kostenträger gedeckt:	<u>184.548.760 EUR</u>

Kostenanteil Hamburgs, der aus dem Haushalt zu finanzieren ist	16.635.392 EUR
--	----------------

Veranschlagt sind bis 2003	11.121.573 EUR	
Ansatz 2004	<u>1.600.000 EUR</u>	12.721.573 EUR

Vorbehalten bleiben	3.913.819 EUR
---------------------	---------------

Zur Durchführung größerer Baumaßnahmen ist eine Brutto-Verpflichtungsermächtigung in Höhe von veranschlagt, die überwiegend durch zweckgebundene Einnahmen anderer Kostenträger (Titel 331.11 und 331.20) abgedeckt wird.	30.000.000 EUR
---	----------------

Die auf den hamburgischen Anteil entfallende Verpflichtungsermächtigung wird wie folgt abgedeckt zu Lasten		
2005	1.500.000 EUR	
2006	1.800.000 EUR	
2007	613.000 EUR	

#### Folgekosten:

Die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten der von Hamburg zu übernehmenden Bauwerke belaufen sich gemäß der bei Abwicklung von Kreuzungsmaßnahmen zu Grunde zu legenden Bestimmungen auf 797.104 EUR.

#### 891.21 – Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt –

Mit der Drucksache 15/5726 – Zweigleisiger Ausbau der Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster (AKN) in Eidelstedt – wurde die Bürgerschaft am 17./18.06.1996 über die grundlegenden Planungen und Konzeptionen hinsichtlich der Ausbaumaßnahmen des Streckenabschnitts zwischen Eidelstedt und Schnelsen unterrichtet. Der zweigleisige Ausbau der AKN in Eidelstedt ist Teil des Gesamtkonzepts zum Ausbau der Linie A 1 von Eidelstedt bis Kaltenkirchen. Das Gesamtprojekt soll durch das GVFG-Bundesprogramm, ergänzt durch das GVFG-Landesprogramm, bezuschusst werden.

Gesamtkosten gem. Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 21.05.1999	65.956.653 EUR
--	----------------

davon durch andere Kostenträger gedeckt:	<u>53.552.200 EUR</u>
--	-----------------------

**6300**

Kostenanteil Hamburgs, der aus dem Haushalt zu finanzieren ist: 12.404.453 EUR

Veranschlagt sind bis 2003 8.669.211 EUR  
 Dabei ist berücksichtigt, dass 2001 bei diesem Titel  
 511.292 EUR abgesetzt worden sind (Drucksache 16/6045).

Ansatz 2004	2.000.000 EUR	10.669.211 EUR
Vorbehalten bleiben		1.735.242 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		1.735.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005		1.285.000 EUR
2006		450.000 EUR

893.01 – Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) –

Veranschlagt sind Erstattungen von Kosten für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen). Rechtsansprüche auf passiven Lärmschutz bestehen nach § 42 Bundes-Immissionsschutzgesetz / 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung). Sie werden auf der Grundlage lärmtechnischer Untersuchungen nach Anlage 1 der 16. BImSchV ermittelt. Kosten des aktiven Lärmschutzes (Wände, Wälle) werden bei der jeweiligen Baumaßnahme veranschlagt.

Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können in Anspruch genommen werden (vgl. Titel 331.01).

Ansatz 2004		500.000 EUR
-------------	--	-------------

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		1.500.000 EUR
und zwar zu Lasten 2005		500.000 EUR
2006		500.000 EUR
2007		500.000 EUR

## 6420 Bau und Betrieb

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformation – Produktbereich 05 –

### 2. Zuwendungen

entfällt

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

## Einnahmen

Die Einnahmen setzen sich insbesondere zusammen aus:

- dem Gebührenaufkommen nach der Umweltgebührenordnung vom 05.12.1995 i.d.F. vom 18.12.2002 (GVBl. S. 321) und nach der Gebührenordnung für die Hafен- und Schifffahrtsverwaltung i.d.F. vom 18.12.2002 (GVBl. S. 316) (Titel 111.01, 111.12),
- Grundstücksverkäufen (Titel 131.91),
- Erstattungen des Bundes u.a. für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben (Titel 231.01),
- Bundeszuweisungen für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschl. der Binnenentwässerung (Titel 331.01),
- Kostenerstattungen und Schadenersatzleistungen nach dem Hamburgischen Wegegesetz vom 22.1.1974 (GVBl. 1974, S. 41, 83), zuletzt geändert am 4.3.1997 (GVBl. 1997, S.35) sowie Gemeinkostenzuschläge aufgrund der Verordnung über die Gemeinkostenzuschläge nach dem Hamburgischen Wegegesetz und dem Sielabgabengesetz vom 8.12.1981 (GVBl.1981, S. 353), zuletzt geändert am 10.12.1991 (GVBl. 1991, S.421) (Titel 119.01, 119.09, 281.04)

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken aus dem Hochwasserschutz bzw. den Gewässern durch die Finanzbehörde -Liegenschaftsverwaltung-.

Der Ansatz kann nur geschätzt werden, da außergewöhnliche Verkäufe nicht absehbar sind. Daher trotz des Ergebnisses 2002 ohne Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

231.01 – Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes –

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben einschl. Lärmschutz an Bundesstraßen und Bundesautobahnen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes.

Die Mittel für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben in der Auftragsverwaltung des Bundes werden vom Bund im Rahmen der sog. UA III-Pauschale erstattet.

Mehr gegenüber dem Vorjahr wegen des vorgesehenen sechsspurigen Ausbaues der A 1, aber weniger gegenüber dem Ergebnis nach Inbetriebnahme der 4. Röhre des Elbtunnels.

## Ausgaben

### Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6

### Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen u.a.:

- Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen, Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung (Titel 517.02, 517.03, 519.02, 519.03, 521.02, 521.03, 521.81, 521.86 teilw.),
- Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen Hamburgs an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen (Titel 685.02, 521.86 teilw.),
- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der Brücken, Tunnel und sonst. Ingenieurbauwerke (521.09),
- Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrssteuerungseinrichtungen sowie die Beseitigung von Sachschäden an diesen Anlagen (542.01)

#### Allgemeines zu den Sach- und Fachausgaben:

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit den Betriebs- sowie Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (519.02, 519.03, 521.01, 521.02, 521.03, 521.09, 521.81, 521.86, 542.01) finanziert.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

#### 521.01 – Betriebsausgaben Parkuhren und Parkscheinautomaten –

Veranschlagt sind die Kosten für Wartung, Unterhaltung und Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten. 4% der Einnahmen aus Parkgebühren (1230.111.12) fließen diesem Titel zu.

Da die zweckgebundenen Einnahmen erst im Laufe des Jahres zuwachsen und wirtschaftliche Wartungsaufträge einen längeren Zeitraum abdecken müssen, ist eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 veranschlagt.

#### 521.02 – Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen (ohne die bei 517.02 und 519.02 veranschlagten Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke) und die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen bei 119.92, Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand bei 281.01 beziehungsweise Spenden für den Betrieb und die Unterhaltung des Schwanenquartiers bei 282.02 fließen den Ausgabemitteln zu.

Veranschlagt sind:

Aufgabenbereiche	Ansatz 2004	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002
1. Haltung von Fahrzeugen	60	60	28
2. Geräte u. Ausstattungsgegenstände	40	40	33
3. Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen	310	310	383
insgesamt	410	410	443
Nachrichtlich:			
bei 521.81 veranschlagte bezirkliche Anteile	1.872	1.872	1.916
bei 521.86 veranschlagte bezirkliche Anteile für Kostenerstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände	190	190	165
Gesamter Unterhaltungsaufwand an Gewässern	2.472	2.472	2.524

#### 521.03 – Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen (ohne die bei 517.03 u. 519.03 veranschlagten Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke), die Aufwendungen für die Deichverteidigung sowie die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen bei 119.92 fließen den Ausgabemitteln zu.

Veranschlagt sind

Aufgabenbereiche		Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
		in Tsd. EUR		
1.	Haltung von Fahrzeugen	14	14	11
2.	Geräte und Ausstattungsgegenstände	8	8	0
3.	Mieten und Pachten	1	1	0
4.	Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen	1.400	1.400	518
5.	Beschaffung, Wartung, Transport u. Unterhaltung von Deichverteidigungsmaterial sowie der Deichverteidigungsstützpunkte einschl. der Kommunikationsmittel und Schutzkleidung	77	77	23
6.	Sachkosten und Pauschalentschädigungen für Übungen, Einsätze und Rufbereitschaft der Deichverteidigung	20	20	22
7.	Herstellungskosten der jährlichen Neuauflage des Deichverteidigungsplanes und anderer Arbeitsunterlagen sowie Aus- und Fortbildung	20	20	0
Insgesamt		1.540	1.540	574
Nachrichtlich:				
bei 521.86 veranschlagte bezirkliche Teilansätze zur Unterhaltung der Deichstraßen u. Deichverteidigung		472	472	1.219 <sup>1</sup>
Gesamter Unterhaltungsaufwand für Hochwasserschutz-Anlagen und Deichverteidigung		2.012	2.012	1.793

## 521.09 – Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der öffentlichen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (ohne Kostengrenze) einschließlich Allwetterfahrtreppen und Aufzüge sowie Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Prüfungen nach DIN 1076 (einschl. der hierfür erforderlichen Hilfsmittel, wie z.B. Geräte, Gerüste, Werkzeuge etc.) veranschlagt. Investitionen im Rahmen dieser Maßnahmen sind im Einzelfall bis zu 20 v.H. der veranschlagten Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig.

Nicht veranschlagt sind die Kosten, die durch die Überlassung der Brückenprüfschiffe an Dritte zusätzlich entstehen. Diesen Kosten stehen Einnahmen beim Titel 124.01 gegenüber, die zu 50 % diesem Titel zufließen.

Soweit bei Sachbeschädigungen an Bauwerken und Anlagen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen die entsprechenden Einnahmen aus dem Titel 119.01 diesem Titel zu.

Die Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 4.000 Tsd. EUR ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

Die Mittel sind vorgesehen für:

Ziffer	Aufgabenbereiche	Ansatz	Ansatz	Ergebnis
		2004	2003	2002
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	45	45	60
2	Prüfungen nach DIN 1076, Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Untersuchungen an Brücken und Tunneln sowie Ergänzung der Brückenbücher	500	450	553
3	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	3.576	3.600	3.660
4	Betrieb der Allwetterfahrtreppen und Aufzüge	1.000	1.000	893
5	Betriebstechnische Anlagen, die im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau entstanden sind	5	5	0
Zusammen		5.126	5.100	5.165

<sup>1</sup> Im Ergebnis sind die Ausgaben der Zuweisung an die Bezirke aus den Maßnahmen 1,2,3 u. 4 enthalten.

## 521.81 – Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 1 BezVG werden die bezirklichen Anteile für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, der Gewässer und Nebenanlagen sowie die sonstigen bezirklichen Betriebsausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung und deren Nebenanlagen zusammengefasst.

Neben den Betriebsausgaben werden auch die Aufwendungen für die Beseitigung der an den Gewässern und deren Nebenanlagen durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	VE 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	150	39	150
Altona	88	23	88
Eimsbüttel	150	39	150
Hamburg-Nord	135	35	135
Wandsbek	322	84	322
Bergedorf	733	190	733
Harburg	294	76	294
<b>Gesamt</b>	<b>1.872</b>	<b>486</b>	<b>1.872</b>

## 521.86 – Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u.ä. an wasserwirtschaftliche Verbände, Zweckzuweisung a.d. Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile an den Betriebsausgaben Hochwasserschutz, bei den Arbeiten für fremde Rechnung und an den Beiträgen, Kostenanteilen und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen zusammengefasst.

Die Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, insbesondere der Deichverteidigungsstraßen, für die Deichverteidigung sowie die Beseitigung der in diesem Bereich durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden werden hier veranschlagt.

Ferner ist der auf vertraglicher Vereinbarung beruhende Beitrag an den Wasserverband Wilhelmsburger Osten (Teilansatz Bez. Harburg 188 Tsd. EUR) sowie der Anteil Hamburgs an den Betriebskosten des Seevewehrs und des Seevekanalwehres veranschlagt (Teilansatz Bez. Harburg 2 Tsd. EUR).

Die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 27 Abs. 8 BezVG erfolgt nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	VE 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	58	16	58
Altona	1		1
Eimsbüttel	1		1
Hamburg-Nord	1		1
Wandsbek	1		1
Bergedorf	236	66	236
Harburg	364	46	364
<b>Gesamt</b>	<b>662</b>	<b>128</b>	<b>662</b>

## 542.01 – Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen –

Die Mittel sind vorgesehen für den Betrieb, die Unterhaltung und Instandsetzung

- von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung einschl. Leuchtverkehrszeichen, der Verkehrssteuerung einschließlich der Bewirtschaftung und die Beseitigung von Sachschäden an den Anlagen und
- Unterhaltung sowie sonstiger Kosten für die 8 Zentralsteuerungsämter

Diesem Titel fließen die Einnahmen des Titels 281.03 aus Erstattungen Dritter für die Betriebskosten öffentlicher Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen zu. Soweit bei Sachbeschädigungen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen die entsprechenden Einnahmen aus dem Titel 119.09 diesem Titel zu.

Veranschlagt sind:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ergebnis 2002 Tsd. EUR
1	Betrieb und Energie			
	HEW-Contractingvertrag	18.504	18.153	20.363
	Sonstige Leistungen	56	56	44
2	Zentralsteuerungsämter	750	1.048	654
3	Sondermaßnahmen	1.090	716	847
4	Sachschädenbeseitigung	2.600	2.527	2.657
Gesamt		23.000	22.500	24.565
5	Zweckgebundene Einnahme aus Schadenersatzleistungen sowie Erstattungen Dritter für Betriebskosten	1.550	1.550	1.701
Grundbewilligung		21.450	20.950	22.864

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

Der Mehrbedarf ist auf die Anpassung des Contractingvertrags mit der HEW (vom 29.09.1998) infolge

- Stromsteuergesetz vom 24.3.1999
  - Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 29.03.2000
  - Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 12.05.2000
- zurückzuführen (vgl. Drucksache 17/2018).

#### 546.94 – Arbeiten für fremde Rechnung –

Veranschlagt sind bei diesem Titel Kosten für die Durchführung von Aufträgen zu Lasten Dritter insbesondere in den Aufgabenbereichen öff. Beleuchtung, Lichtsignalsteuerung sowie Parkuhren und Parkscheinautomaten.

Die Einnahmen werden für die durchgeführten Arbeiten bei 125.94 und für die Verwaltungsgemeinkostenzuschläge bei 261.03 nachgewiesen. Da die zweckgebundenen Einnahmen erst im Laufe des Jahres zuwachsen, Aufträge aber für größere Zeiträume im Voraus erteilt werden müssen, ist eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich, die zu Lasten 2005 veranschlagt ist.

#### 671.55 – Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs –

Die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonnetzes erstreckt sich auch auf die Nutzung des sog. Sondernetzes, über das die Verkehrssignalanlagen und Parkleitsysteme gesteuert werden. Die Veranschlagung der hierdurch entstehenden Kosten im Kapitel 6420 erfolgt in Abgrenzung zur Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (vgl. Titel 6000.671.55).

### *Investitionen*

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich ( 60,77 Mio. EUR) wird insbesondere bestimmt durch:

- Planung, Bau bzw. Ausbau von Hochwasserschutzanlagen einschließlich Grunderwerb (Titel 746.01, Grunderwerb bei 821.01),
- Planung, Bau bzw. Ausbau von wasserwirtschaftlichen Bauwerken bzw. Anlagen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer (Titel 741.01, 799.01 sowie Grunderwerb bei 821.02),
- Planung, Bau bzw. Grundinstandsetzung von Lichtsignalanlagen, Lichtsignalsteuerung und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung (741.10, 741.11, 799.01),
- Planung von Straßen, Brücken, Ingenieur- und Ingenieurhochbauten für Maßnahmen gem. der Veranschlagung im Kapitel 6300, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln bereitstehen (799.01).

Aus den Titeln 741.10, 741.11 und 799.01 können auch Kredithilfen, Entschädigungen, Kosten für Folgemaßnahmen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

## 741.01 – Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen –

Der Ansatz 2004 gliedert sich wie folgt:	KM	VE
1. Einzelmaßnahmen	4.230.000 EUR	2.800.000 EUR
2. Kleine wasserbauliche Maßnahmen	470.000 EUR	200.000 EUR
3. Kostenanteile an Niederschlagswasserbehandlungsanlagen (Absetzteich Schlankweggraben)	205.000 EUR	200.000 EUR
4. Entschlammungsmaßnahmen	715.000 EUR	400.000 EUR
<hr/>		
Für 2004 sind zusammen veranschlagt	5.620.000 EUR	3.600.000 EUR
davon zu Lasten	2005	2.600.000 EUR
	2006	1.000.000 EUR

zu 1., 2.u.4.:

Veranschlagt sind Mittel für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer und deren Nebenanlagen (Staubauwerke, Schleusen, Schöpfwerke, Ufermauern etc.), Dazu zählen die Beseitigung von Ablagerungen in den Abflussquerschnitten, die Erneuerung von Durchlässen, Brücken, Auslaufbauwerken, der Ausbau von Gewässern aus hydraulischen Gründen und die Grundinstandsetzungen von Uferbefestigungen und sonstigen Bauwerken. Zusätzliche Folgekosten entstehen nicht.

Im Jahr 2004 werden folgende Maßnahmen fortgesetzt:

• Ufermauersanierung am Alsterlauf (1. Bauabschnitt) Leinpfadkanal	1.000.000 EUR
• Neubau der Regenwasserrückhaltebecken Tarpen (Langenhorn 63)	550.000 EUR
• Umgestaltung der Tarpenbek (Schmuggelstieg/Twisselwisch)	25.000 EUR
• Ausbau Ohlstedter Dorfgraben (3. Bauabschnitt)	60.000 EUR
• Umbau des Rückhaltebeckens Flughafenstr. Westteil	550.000 EUR
• Erneuerung des Durchlasses Saselbek (Höhe U-Bhf. Volksdorf)	395.000 EUR
• Modernisierung von Staubauwerken in den Vier- u. Marschlanden (Fernsteuerung)	300.000 EUR
Zwischensumme	2.880.000 EUR

Folgende Einzelbaumaßnahmen werden im Jahr 2004 begonnen:

• Ausbau des Diekkampgrabens (Farmsener Landstraße)	50.000 EUR
• Ausbau der Düpenau (nördl. der Osdorfer Landstraße)	70.000 EUR
• Modernisierung der Brandshofer Schleuse (E-Technik u. Fernsteuerung)	820.000 EUR
• Erneuerung der Mittel- und Niederspannungsanlage Schöpfwerk Moorburg	160.000 EUR
• Ausbau der Kollau (Niendorfer Gehege bis Wehmerweg)	150.000 EUR
• Grundinstandsetzung der Flottbek (2. Bauabschnitt)	100.000 EUR
Zwischensumme	1.350.000 EUR
Gesamt:	4.230.000 EUR

Zu 3.:

Es besteht aufgrund des Kooperationsvertrages der Behörde für Bau und Verkehr mit der Hamburger Stadtentwässerung eine Verpflichtung der FHH, sich mit einem Kostenanteil von 82% am Bau von Niederschlagswasserbehandlungsanlagen zu beteiligen. Der Kostenanteil der Stadtentwässerung wird über den Titel 341.04 dem Ausgabetitel zugeführt.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Verschiebungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unabsehbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare dringendere oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

#### Grunderwerb (Titel 821.02)

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sind für 2004 veranschlagt 153.000 EUR

#### Einnahmen (Titel 341.04)

Bei diesem Titel werden Kostenbeiträge Dritter für die Umgestaltung und den Neubau von Hamburger Gewässern vereinnahmt, die dem Ausgabetitel 741.01 zur Deckung von Mehrausgaben zugeführt werden.

## 741.10 – Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung –

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Maßnahmen:

- Bau von Lichtsignalanlagen im vorhandenen Straßennetz sowie kleinere Anpassungen im Zusammenhang mit der Lichtsignalsteuerung, soweit nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder bei anderen Baumaßnahmen veranschlagt. Dazu gehört auch der Um- und Ausbau von Anlagen.
- Ergänzung der Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich der Leuchtverkehrszeichen, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder anderen Baumaßnahmen veranschlagt sind. Sie sind insbesondere erforderlich, um die Sicherheit auf allen Straßen und Wegen zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die Umrüstung bzw. der Ersatz von abgängigen Leuchten, die Beleuchtung von Fußgängerüberwegen, die Erweiterung und Verbesserung von Beleuchtungsanlagen an Wegeflächen, die gemäß § 6 Hamburgisches Wegegesetz für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind, an Fußgängerüberwegen und im Zuge von Maßnahmen an Unternehmerstraßen, deren Wegebaukosten Hamburg übernimmt, der Bau von Beleuchtungsanlagen in vorhandenen Verbindungswegen in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und der Bau von innenbeleuchteten oder retroreflektierenden Verkehrszeichen.

Aus dem Titel 741.10 darf auch der Abbau von Anlagen finanziert werden, soweit dies zur Betriebskosteneinsparung oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 741.11 – Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung –

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Maßnahmen:

- Grundinstandsetzung und Ersatz der Anlagen zur Lichtsignalsteuerung, um den bestehenden Leistungsstand der Verkehrssicherung zu erhalten und das vorhandene Straßennetz optimal auszunutzen. Dazu gehören Ersatz abgängiger und Nachrüstung noch verwendbarer Schaltgeräte und Verkehrsrechner, Ergänzungen an Lichtsignalanlagen und Einrichtung von Koordinierungsschaltungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Erweiterungen und Ergänzungen in den Verkehrsrechnerzentralen, diese Maßnahmen dienen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Aus Mitteln dieses Titels können auch Kostenteile/Zuschüsse zu Baumaßnahmen Dritter geleistet werden.
- In einem Sonderprogramm werden insgesamt rd. 1.664 Lichtsignalanlagen gem. den geltenden VDE-Vorschriften auf sog. Sternverkabelung nachgerüstet. Ende 2002 waren insgesamt rd. 1.223 Anlagen sternverkabelt.
- Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Leuchtverkehrszeichen einschl. abgängiger Stahlmasten und Leuchten sowie von Freileitungsanlagen mit Holzmasten durch erdverkabelte Beleuchtungsanlagen mit Stahlmasten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 746.01 – Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung –

Bei diesem Titel sind die Mittel für alle Maßnahmen zur Verbesserung der vorhandenen öffentlichen Hochwasserschutzlinie einschließlich der zugehörigen Binnenentwässerung veranschlagt. Dazu gehören in erster Linie die Erhöhung und Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“. Dieses Bauprogramm sieht eine Erhöhung der Hochwasserschutzanlagen nach Dringlichkeitsstufen vor. Die erste Dringlichkeitsstufe – Erhöhung besonders gefährdeter Erddeiche – wurde inzwischen abgeschlossen. Zunehmend werden nunmehr die restlichen Deichstrecken und die Hochwasserschutzwände verstärkt erhöht.

Außerdem werden bei diesem Titel (Ifd. Nr. 2 u. 3) die kleineren Maßnahmen zur Verbesserung und Grundinstandsetzung in verschiedenen Abschnitten der vorhandenen Hochwasserschutzlinie, die Kosten für Gebäudeabbrüche, Kleiegewinnung sowie die Vergütungen für Vertragsingenieure veranschlagt.

Im Jahr 2004 werden vor allem folgende Maßnahmen realisiert:

In der Innenstadt wird der Neubau der Hochwasserschutzwand Stadtdeich / Deichtor fortgesetzt. Die Erhöhung der Hochwasserschutzwand am Zollkanal zwischen Messberg und Kajen wird abgeschlossen. Mit den Arbeiten zur Verstärkung des Abschnittes St. Pauli Fischmarkt wird begonnen.

Im Süden von Veddel werden die Arbeiten an der neuen Hochwasserschutzanlage am Zollhafen abgeschlossen. Ebenfalls fertig gestellt wird die Erhöhung des Hochwasserschutzes im Bereich der Marktkanalbrücke.

Im Norden von Wilhelmsburg werden die Arbeiten für den Neubau der Hochwasserschutzwand Müggenburger Hauptdeich fortgesetzt. Die Verstärkung des Sperwerkes Veringkanal wird weitgehend abgeschlossen. Im Osten von Wilhelmsburg wird mit dem mehrere Jahre dauernden Rückbau des Altdeiches und des Spülfeldes vor dem zurückverlegten Kreetsander Hauptdeich begonnen.

Am südlichen Elbufer wird ein weiterer Teilabschnitt des Neuländer Hauptdeiches umgebaut. Im Bereich der Harburger Seehäfen wird mit dem Neubau des westlichen Teilabschnittes des Lauenbrucher Hauptdeiches begonnen. Die Arbeiten an der Hochwasserschutzwand Bostelbeker Hauptdeich 3. BA einschl. des Tores Moor-

burger Straße werden abgeschlossen. Im westlich hieran anschließenden 4. BA des Bostelbeker Hauptdeiches wird mit den Bauarbeiten begonnen. Ebenfalls begonnen wird mit der Erhöhung des Drewer Hauptdeiches.

In den Vier- und Marschlanden wird der Umbau des Borghorster / Altengammer Hauptdeichs fortgesetzt.

Verschiedene Hochwasserschutzmaßnahmen werden aus dem Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes von der Europäischen Kommission gem. EU-Verordnung Nr. 1257/1999 mit 50 % der förderungsfähigen Kosten bezuschusst. In 2004 beteiligt sich die EU voraussichtlich mit 2,75 Mio. EUR an den Ausgaben.

Zur Realisierung der Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind veranschlagt:

Ansatz 2004		35.051.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung		55.000.000 EUR
davon zu Lasten	2005	28.000.000 EUR
	2006	17.000.000 EUR
	2007	10.000.000 EUR

Mit dem Ansatz 2004 sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

	KM	VE
1. Bauprogramm Hochwasserschutz		
– Deiche in den Vier- und Marschlanden	2.500.000 EUR	7.000.000 EUR
– Hochwasserschutzanlagen in der Innenstadt	8.000.000 EUR	20.000.000 EUR
– Hochwasserschutzwände in Wilhelmsburg und Veddel	8.000.000 EUR	5.500.000 EUR
– Hochwasserschutzanlagen am südlichen Elbufer	13.300.000 EUR	20.000.000 EUR
2. Kleinere Verbesserungen und Grundinstandsetzungen in verschiedenen Abschnitten der Hochwasserschutzlinie, Gebäudeabbrüche	750.000 EUR	- EUR
3. Kleiegewinnung, Vergütungen für Vertragsingenieure usw.	2.501.000 EUR	2.500.000 EUR
Summe:	<u>35.051.000 EUR</u>	<u>55.000.000 EUR</u>

Aus den Mitteln dieses Titels werden auch Vergütungen an Gutachter-, Vertragsingenieure und Architekten, Maßnahmen der Bauvorbereitung, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Falbblätter, Vielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches), sächliche Bauaufsichtskosten, Kredithilfen, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet. Außerdem dürfen Zuschüsse an Dritte gezahlt werden.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unabwiesbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare dringendere oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

#### Grunderwerb (Titel 821.01)

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen u. a. gezahlt werden:

- Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Aufbaumaßnahmen,
- Entschädigungen nach dem Deichordnungsgesetz,
- Abbruchkosten und Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit im Deichgrund oder Sicherheitsbereich des Hauptdeiches stehenden Gebäuden.

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit der Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung sind für 2004 veranschlagt	1.250.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005	1.250.000 EUR
zu Lasten 2006	284.000 EUR

#### Einnahmen (Titel 331.01)

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 21.07.1988 (BGBl. I, S. 1055) beteiligt sich der Bund im Rahmen der verfügbaren Mittel im Bundeshaushalt an den Aufwendungen des Hochwasserschutzes mit bis zu 70 v. H. der förderungsfähigen Kosten bei Küstenschutzmaßnahmen und 60 v. H. bei wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen. Für 2004 sind Einnahmen in Höhe von 18.600.000 EUR veranschlagt. Sollte der Bund dieser Einnahmeerwartung nicht entsprechen können, besteht gemäß Artikel 2 Nr. 3 des Haushaltsbeschlusses 2004 die Möglichkeit der Kompensation durch Darlehensaufnahme.

799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten –

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel decken alle Aufgabenbereiche des Amtes für Bau und Betrieb einschl. der Auftragsverwaltung des Bundes ab, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln bereitstehen. Sie werden eingesetzt für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Projektconsulting, Baudurchführung, Sonderleistungen und Projektsteuerung einschließlich den Instrumenten des NSM sowie für Voruntersuchun-

gen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Baubüros, bauvertraglicher Beweissicherung), Informationsveranstaltungen, Lichtpausen, Fotoarbeiten, Broschüren, Faltblätter und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die damit verbundenen DV-Leistungen und den ggf. von Hamburg zu tragenden Sachkosten der Eröffnung von Verkehrsbauwerken. Dazu gehören auch die Durchführung von Wettbewerben sowie Herstellung von Arbeitsmodellen und Demonstrationsmaterial für städtebaulich schwierige Objekte der Planung von Straßen, Brücken, Ingenieur- und Ingenieurhochbauten, sonstige Kosten im Zusammenhang mit der 4. Röhre des Elbtunnels, soweit sie nicht von Dritten getragen werden, einschließlich Haftpflicht- und Bauleistungsversicherungen gem. Vereinbarung mit dem BMVBW (bis 2003 6300.799.01 tlw.).

Des Weiteren werden die Mittel für die Erarbeitung von Planungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen an Gewässern, Hochwasserrückhaltebecken und Absetzteichen in den verschiedenen Stadtbereichen, sowie für die Aufstellung von Beweissicherungen und statischen Berechnungen für die Maßnahmen an Gewässern I. und II. Ordnung und der Kontrolle von Ingenieurbauwerken nach DIN 1076 (Stand sicherheitsprüfungen für Bauwerke) geleistet und für die in zunehmenden Maße erforderliche Bestimmung von Schadstoffen im Schlamm der Gewässer, für Landschaftsbegleitpläne und Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, Gewässerpflegepläne und für Gewässerentwicklungs- und Regionalpläne sowie für die Erarbeitung von Arbeitsrichtlinien, fachspezifischen Datensystemen einschließlich der Erhebung und Aufbereitung der Daten veranschlagt (bis 2003 6420.741.01 tlw.).

Den Aufwendungen für Bundesfernstraßen-Maßnahmen stehen Einnahmen vom Bund (sog. UA-III-Mittel) gegenüber, die nach Baufortschritt gezahlt und beim Titel 231.01 vereinnahmt werden.

Als Verpflichtungsermächtigung	zu Lasten 2005	6.000.000 EUR
	zu Lasten 2006	2.000.000 EUR

891.01 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan für die Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen (soweit diese nicht vom Bund bereitgestellt werden) entsprechend den betrieblichen Erfordernissen, die sich häufig kurzfristig ergeben, gewährt (vgl. Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs (§ 15 Abs. 2 LHO), Anlage 2.2).

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

891.56 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan für IuK-Technik gemäß Bedarfsanmeldung gewährt. (vgl. Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs (§15 Abs. 2 LHO), Anlage 2.2).

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

## 6610 Stadtentwicklung

### 1. Allgemeines

Im Kapitel 6610 sind wesentliche Planungsleistungen der Landes- und Landschaftsplanung erfasst. Zum einen handelt es sich um laufende Aufgaben, die sich unmittelbar aus den Fachplanungsgesetzen wie Baugesetzbuch (BauGB) und Hamburgisches Naturschutzgesetz (HmbNatSchG) ableiten, zum anderen um Grundsatz- und Querschnittsaufgaben wie das Entwickeln von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt, das Aufbereiten und die Bereitstellung von raumrelevanten Strukturdaten, um thematische und teilträumliche Entwicklungsplanungen sowie ferner um die Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Vorhaben.

Das Amt für Stadtentwicklung ist zuständig für die Stadtentwicklungsplanung mit der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung sowie der Stadtordnung und Stadtbildgestaltung, für bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte einschließlich der Wettbewerbe, für die vorbereitende und verbindliche Landschaftsplanung sowie für landschaftsplanerische Projekte und Wettbewerbe.

### 2. Zuwendungen

Es sind keine Zuwendungen veranschlagt.

### 3. Erläuterung der wesentlichen Ausgaben

#### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

#### *Sach- und Fachausgaben*

526.01 – Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus –

Veranschlagt sind Kosten für Planungsaufträge an Externe, wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Stadt-, Landes- und Landschaftsplanung:

##### Landesplanung und Städtebau

- Grundlagen der Stadtentwicklung
- Vorbereitende Bauleitplanung sowie Standortuntersuchungen gesamtstädtischer Art
- Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung insbesondere im Rahmen der inneren Entwicklung
- Verbindliche Bauleitplanung einschl. lärmtechnische Untersuchungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Untersuchungen im Rahmen der Beratung und Vertretung stadtentwicklungsplanerischer Belange

##### Landschaftsplanung

- Landschaftsplanerische Grundsatzfragen und Fachbeiträge, themenspezifische Ausarbeitungen der Landschaftsplanung
- Landschaftsprogramm, Entwicklungsplanungen für Teilräume, Ausgleichskonzeptionen, Freiraumkonzepte und Landschaftsrahmenpläne
- Grünordnungs- und Landschaftsplanung für übergeordnete Schwerpunktbereiche der Stadtentwicklung bzw. von gesamtstädtischer Bedeutung, für neue Stadtteilgebiete und Wohngebiete
- Wettbewerbe, Projekte, Einzelvorhaben, Funktionspläne

Die einzelnen Maßnahmen in den o.g. Bereichen werden nach Dringlichkeit ausgewählt.

Als Verpflichtungsermächtigung sind 1.500.000 EUR zu Lasten 2005 veranschlagt.

Die Aufstockung des Ansatzes 2004 ist auf die zusätzlichen Bedarfe im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt zurückzuführen.

526.02 – Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein –

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit der bilateralen Gemeinsamen Landesplanung und aus fünf Jahren REK-Prozess hat die trilaterale Kabinettsausschusssitzung 1996 in Kiel die Neuorganisation der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein beschlossen. Dazu gehörte auch der formelle Beschluss zur Einrichtung eines Arbeitsstabs. Ihm gehören - entsprechend der Praxis des vorangegangenen REK-Prozesses - drei Länder- und zwei Kommunalkoordinatoren an, die Länderkoordinatoren aus den für Raumordnung zuständigen Ressorts.

Der Arbeitsstab betreut die Gremien, koordiniert die beteiligten Dienststellen in den drei Ländern, erarbeitet Vorlagen, vergibt ggf. Gutachten in Abstimmung mit dem Lenkungsausschuss und sichert die aktuelle Informa-

tion aller an der die Landesgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit beteiligten Institutionen und Gremien. Zentrale Anlaufstelle ist die Dienststelle des Koordinators in Hamburg, die auch die laufenden Geschäfte führt.

Die drei Landesregierungen haben beschlossen, den Arbeitsstab mit einem Budget von 153 Tsd. EUR pro Jahr auszustatten, das zu gleichen Teilen aus Haushaltsmitteln der für Raumordnung zuständigen Ressorts der drei Länder zur Verfügung gestellt wird. Mit den Mitteln sollen u.a. Kosten für Gutachten, Veröffentlichungen, Workshops und andere Informationsveranstaltungen abgedeckt werden.

Als Verpflichtungsermächtigung sind 26.000 EUR zu Lasten 2005 veranschlagt.

- 526.81 – Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Die Mittel werden für die im Gesetz zur Reform der Verwaltung definierten Aufgaben der Bezirksämter auf dem Gebiet der verbindlichen Bauleit- und Landschaftsplanung den Bezirken als Rahmenzuweisungen gem. § 27 Abs. 3 Nr. 1 BezVG übertragen.

Im Rahmen dieser Aufgaben sind Mittel erforderlich für die Vergabe von Planungsleistungen an Dritte, die Durchführung der Bürgerbeteiligung und für Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	98,49	98,49	98,64	98,64
Altona	92,88	92,88	93,28	93,28
Eimsbüttel	86,42	86,42	86,51	86,51
Hamburg-Nord	91,70	91,70	91,96	91,96
Wandsbek	125,54	125,54	125,24	125,24
Bergedorf	97,70	97,70	97,43	97,43
Harburg	107,27	107,27	106,93	106,93
gesamt	700,00	700,00	700,00	700,00

Als Verpflichtungsermächtigung sind 700.000 EUR zu Lasten 2005 veranschlagt.

### Investitionen

- 882.01 – Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein –

Der Ansatz dient zur Mitfinanzierung von Maßnahmen im schleswig-holsteinischen Gebiet der Metropolregion Hamburg (Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und der Wirtschaftsraum Brunsbüttel), sowie auf hamburgischem Gebiet, sofern die Maßnahmen im besonderen Interesse beider Länder liegen.

Ansatz 2004	700.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	2.000.000 EUR
davon zu Lasten	
2005	900.000 EUR
2006	900.000 EUR
2007	200.000 EUR

- 882.02 – Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen –

Der Ansatz dient der Mitfinanzierung von Maßnahmen im niedersächsischen Gebiet der Metropolregion Hamburg (Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb., Stade und Uelzen) durch den Förderfonds Hamburg/Niedersachsen.

Ansatz 2004	600.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	1.800.000 EUR
davon zu Lasten	
2005	700.000 EUR
2006	700.000 EUR
2007	400.000 EUR

**Haushaltsplan  
Freie und Hansestadt Hamburg**

**Haushaltsjahr 2004**

**Stellenplan und  
Stellenübersichten**

**Einzelplan 6**

**Behörde für Bau und Verkehr**

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
---------------------	------------------------------------

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
6,00						Anzahl der kw-Stellen
20,50						Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Angestellten
						Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
26,50	0,00	0,00	0,00	0,00	101,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen		Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
6000	Zentr. Aufgaben+Recht	2004	118,50	2,00	23,00	112,83	2,00	28,74	6,00	262,07
		2003	98,50	3,00	23,00	66,10	6,00	26,35	6,00	193,95
6100	Wohnen+SB	2004	36,50			58,80				95,30
		2003	16,00			30,00				46,00
6200	Bauordnung+Hochbau	2004	36,00			59,50				95,50
		2003	44,00			72,50				116,50
6300	Verkehr+Straßenwesen	2004	91,00			69,50		0,00		160,50
		2003	182,00			229,00		4,00		415,00
6420	Bau und Betrieb	2004	138,00	1,00		253,50		25,04		417,54
		2003	28,00	0,00		80,00		22,04		130,04
6500	Amt für Verkehr	2004	0,00			0,00				0,00
		2003	30,00			43,00				73,00
6600	Stadtentwicklung	2004	40,00			55,00				95,00
		2003	66,50			92,30				158,80
	<b>gesamt:</b>	<b>2004</b>	<b>460,00</b>	<b>3,00</b>	<b>23,00</b>	<b>609,13</b>	<b>2,00</b>	<b>53,78</b>	<b>6,00</b>	<b>1.125,91</b>
		<b>2003</b>	<b>465,00</b>	<b>3,00</b>	<b>23,00</b>	<b>612,90</b>	<b>6,00</b>	<b>52,39</b>	<b>6,00</b>	<b>1.133,29</b>

## Einzelplan 6

## Behörde für Bau und Verkehr

## II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2003	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2003				Stellenplan 2004	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2004	2004/ 2003
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6	6000 Zentr. Aufgaben+Recht	193,95	-2,00	89,14	-16,00	1,00	-4,02	262,07	68,12
	6100 Wohnen+SB	46,00	-2,00	58,25	-6,00	5,35	-6,30	95,30	49,30
	6200 Bauordnung+Hochbau	116,50		4,00	-23,00		-2,00	95,50	-21,00
	6300 Verkehr+Straßenwesen	415,00		74,00	-327,50		-1,00	160,50	-254,50
	6420 Bau und Betrieb	130,04		301,00	-11,00		-2,50	417,54	287,50
	6500 Amt für Verkehr	73,00			-72,00		-1,00	0,00	-73,00
	6600 Stadtentwicklung	158,80	-1,50	3,00	-64,25	2,75	-3,80	95,00	-63,80
	Summe:	1133,29	-5,50	+529,39	-519,75	+9,10	-20,62	1125,91	-7,38

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6000</b>	<b>Amt für zentrale Aufgaben und Recht</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
2,00					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					4,00	Bereich der Angestellten
					5,00	Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
B 9	1,00			1,00	
B 6	1,00	1,00	1)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	11,00	1,00	2)	12,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>
A 14	19,50			19,50	
A 13	6,00			6,00	
A 13	8,00			6,00	
A 12	24,00			16,00	
A 11	21,00			14,00	

- B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (1,00)
- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00), Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (17,50)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (20,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (4,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (18,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6	-1,00								-1,00	Vermerkvollzug
A 15									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Aufgabenverlagerung zu ABH
A 15					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 15									-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Stellentausch mit Kap. 6030
A 14			-1,00						-1,00	Neuorganisation Zentralverwaltung (Intendantzbereich)
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Stellentausch mit Kap. 6030
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Auflösung der Koordinierungsstelle für Planungsangelegenheiten (KODINA)
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Stellenmehrbedarf bei P
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; kapitelübergreifender Stellentausch
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Verstärkung der Koordinierungsstelle für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen
A 11									-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Intendantzstelle für den LGV
A 11					4,00				4,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
B 6	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor nach Freiwerden der Stelle
A 15	2) kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6000**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für zentrale Aufgaben und Recht**

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 10	9,00			6,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V c nach Freierwerden der Stelle
A 9	4,00	1,00	3)	4,00	
A 9	4,00			2,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach VergGr. IX b/VII nach Freierwerden der Stelle
A 8	4,00			3,00	
A 7	0,00			1,00	
A 6	2,00	1,00	4)	2,00	
Summe:	118,50			98,50	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (8,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)  
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)  
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)  
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	2,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	3,00			3,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)  
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)  
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (3,00)

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6000**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für zentrale Aufgaben und Recht**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00		-1,00	18,00	-7,00				9,00	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgabenverlagerung durch Neuorganisation
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Intendanzstelle für den LGV
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1200; Vertärkung der Wohngelddienststelle im Bezirk
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neuorganisation der BBV
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-1,00	0,00	-1,00	32,00	-10,00	0,00	0,00	0,00	20,00	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6000</b>	<b>Amt für zentrale Aufgaben und Recht</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Leerstellen (kw) *</b>						
A 10	1,00			1,00		
A 8	1,00			1,00		
Summe:	8,00			7,00		

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Andere Amtsstellen</b>						
A 13	2,00			3,00		
Summe:	2,00			3,00		

A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</b>						
Nachwuchs hD	18,00			18,00		
Nachwuchs gD	5,00			5,00		
Summe:	23,00			23,00		

Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (18,00)  
Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I a	0,00			0,00		
I b	2,00	1,00	5)	2,00		kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
II a hD	6,00	1,00	6)	3,00		
III	5,00			0,00		

Einzelplan 6  
Kapitel 6000

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für zentrale Aufgaben und Recht

## II. Erläuterungen

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a ( 1 )	
A 14	1,00				1,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 14	1,00				0,00	Nr. 7	
A 13	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				1,00		
A 11	1,00				1,00	Nr. 5	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 10	1,00				1,00	Nr. 7	
A 8	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	8,00				7,00		

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
I a					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I a			-1,00						-1,00	Aufgabenkritik (Intendantbereich)
I b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
I b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
II a hD					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgabenverlagerung im Rahmen der Behördenneustrukturierung
II a hD					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
II a hD					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
III					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; für Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
III					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
III					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6000	Amt für zentrale Aufgaben und Recht

## I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
IV a	11,00	1,00	7)	4,00	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	8)		
IV b	4,00			1,00	
V b gD	7,50			4,50	
Richtl. Ang.gD	0,78			0,78	
V b mD	1,00	1,00	9)	1,75	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 VergGr. V c zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
V c	31,50	1,00	10)	15,00	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	10,00	-1,00				8,00	
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für die Sonderaufgabe Aufgabenkritik im Tiefbauamt
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenverlagerung im Rahmen der Behördenneustrukturierung
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a	-1,00								-1,00	Personalratsmitglied ausgeschieden
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Dienste und Recht
IV a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenverlagerung zur Zentralverwaltung
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; für die Fachkraft für Arbeitssicherheit
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V b gD		1,00							1,00	Korrekturbuchung
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgabenverlagerung
V c									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Stellenverlagerung nach Auflösung der Organisationseinheit WB
V c									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Intendanzstelle für den LGV

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
IV a	7) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a Freigestelltes Personalratsmitglied
IV a	8) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6000</b>	<b>Amt für zentrale Aufgaben und Recht</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
VI b	17,50	1,00	11)	9,50	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
VII	10,00			7,00	
IX b/VII	9,00	1,00	12)	8,02	<i>kw: 1,00 VergGr. IX b/VII zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
VIII	4,08			6,08	
IX b	3,00			3,00	
Richtl. Ang.eD	0,47			0,47	
Summe:	112,83			66,10	

Einzelplan 6  
Kapitel 6000

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für zentrale Aufgaben und Recht

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00	-1,00	25,00	-4,00				20,00	
V c				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenverlagerung zur Zentralverwaltung
V c				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Stadtentwicklung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Maßnahme i.R. der Neuorganisation der Zentralverwaltung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Dienste und Recht
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
VI b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IX b/VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
<i>Summe Angestellte</i>	-1,00	1,00	-1,00	52,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	46,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-1,02	0,75	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,27	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	-1,00	1,00	-2,02	52,75	-5,00	1,00	0,00	0,00	46,73	

Einzelplan 6  
Kapitel 6000

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für zentrale Aufgaben und Recht

### I. Stellenbestand

2004		2003		Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Anzahl		
<b>Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>					
Nachwuchs mD	2,00	2,00	13)	6,00	<i>kw: 2,00 VergGr. Nachwuchs mD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	2,00			6,00	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
6	0,00	1,00	14)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
5	5,00			5,00	
4	5,80	2,00	15)	3,00	<i>kw: 2,00 Lohngr. 4 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
3	2,00			1,00	
2	3,00	2,00	16)	3,00	<i>kw: 2,00 Lohngr. 2 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
1	1,00			1,00	
1 (R)	11,30	0,49	17)	11,71	<i>Vermerk weggefallen</i>
Hmb-MTV	0,64	1,00	18)	0,64	<i>kw: 1,00 Lohngr. 1 (R) Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	28,74			26,35	
<b>Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*</b>					
Nachwuchs eD	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>262,07</b>			<b>193,95</b>	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6000**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für zentrale Aufgaben und Recht**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs mD			-4,00						-4,00	Auflösung des Baubestandszeichenbüros (Konsolidierung 1994-2001)
<i>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</i>										
	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
4				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Verlagerung der Lichtpauserei zu Z
3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Verlagerung der Lichtpauserei zu Z
1 (R)			-1,00						-1,00	Vergabe Reinigung (Konsolidierung 1994-2001)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-1,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,39	0,00	0,00	0,00	0,00	1,39	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-1,00	4,39	0,00	-1,00	0,00	0,00	2,39	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	-2,00	1,00	-4,02	89,14	-16,00	0,00	0,00	0,00	68,12	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6100</b>	<b>Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
1,00					8,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 4	0,00				0,00	
B 3	2,00				1,00	
A 16	3,00	1,00		1)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	4,00				1,00	
A 14	5,50				3,00	
A 13	3,00				0,00	
A 13	1,00				0,00	
A 12	5,00	1,00		2)	2,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat zum 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
A 11	8,00				3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Stellentausch B3/B4
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Stellentausch B3/B4
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 16								-1,00	-1,00	Vermerkvollzug
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 15								1,00	1,00	Vermerkvollzug
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 14		-1,00							-1,00	Rationalisierung im Amt für Wohnungswesen (Konsol. 1994-2001)
A 14				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellenmehrbedarf bei P
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1600; Personal- und Stellenverlagerung für die Aufgaben der sozialen Stadtteilentwicklung von der BBV auf die Bezirksämter
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6100</b>	<b>Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
		1,00	3)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
A 10	3,00			3,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	36,50			16,00	

- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,50)
- A 13 Baurätin/ Baurat (3,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 10	2,00			1,00	
A 9	1,00			0,00	
Summe:	3,00			1,00	

- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	3,00	1,00	4)	1,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I a nach Freierwerden der Stelle</i>
I b	8,00	1,00	5)	7,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I b Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>
II a hD	18,00	1,00	6)	10,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle</i>
		3,00	7)		<i>kw: 3,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>
III	8,00	1,00	8)	3,00	<i>kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6100**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a ( 1 )
A 10	1,00			1,00	Nr. 6 Nr. 7	H.Beschl.
A 10	1,00			0,00		
A 9	1,00			0,00		
gesamt:	3,00			1,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			19,50	-4,00				14,50	
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	0,00	0,00	25,50	-4,00	0,00	0,00	0,00	20,50	
I a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
II a hD				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
II a hD			-1,00						-1,00	buchungstechnische Maßnahme zur Stellenteilung
II a hD			-1,00						-1,00	buchungstechn. Maßnahme zur Stellenteilung
III				6,25					6,25	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 16	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle
A 12	2) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	
I a	4) kw: 1,00 VergGr. I a nach Freiwerden der Stelle	
I b	5) kw: 1,00 VergGr. I b Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
II a hD	6) kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
II a hD	7) kw: 3,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
III	8) kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6  
Kapitel 6100

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
IV a	4,00			1,00	
IV b	2,00			1,00	
V c	7,80	1,00	9)	4,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V c Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
VI b	5,00		32)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	2,00	1,00	10)	2,00	<i>kw: 1,00 VergGr. IX b/VII zum 01.01.2004</i>
VIII	1,00			0,00	
Summe:	58,80			30,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>95,30</b>			<b>46,00</b>	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6100**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-2,00	17,75					15,75	
III			-1,00						-1,00	buchungstechnische Maßnahme für anteilige Stellenverlagerung der Aufgaben der Sozialen Stadtteilentwicklung von der BBV auf die Bezirksämter
IV a				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
V c				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
V c			-1,00						-1,00	buchungstechnische Maßnahme zur Stellenteilung und anteiligen Stellenstreichung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgabenverlagerung durch Neuorganisation im Wohnungsbau
VI b				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
VI b	-1,00								-1,00	Einsparung im Intendanzbereich des Amtes für Wohnungswesen
IX b/VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
IX b/VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme
IX b/VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
<i>Summe Angestellte</i>	-1,00	1,00	-5,00	32,75	0,00	0,00	0,00	0,00	27,75	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	4,35	-1,30	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	1,05	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	-1,00	5,35	-6,30	32,75	-2,00	0,00	0,00	0,00	28,80	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	-2,00	5,35	-6,30	58,25	-6,00	0,00	0,00	0,00	49,30	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6200</b>	<b>Amt für Bauordnung und Hochbau</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 4,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	8,00	1,00	1)	9,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	5,00			6,00	
A 13	5,00			5,00	
A 13	2,00			4,00	
A 12	9,00			12,00	
A 11	3,00	1,00	2)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	36,00			44,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (5,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (8,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 14	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6200**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Bauordnung und Hochbau**

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 14	2,00			2,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			3,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung zu ABH
A 15									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 15			-1,00						-1,00	Aufgabenrückgang in der Blitzschutztechnik (Konsolidierung 1994-2001)
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Auflösung der Koordinierungsstelle für Planungsangelegenheiten (KODINA)
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; für Sachbearbeitung im Projekt Schnellbahnanbindung Flughafen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; kapitelübergreifender Stellentausch
A 13									-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Verlagerung der Aufgabe zum Hochbauamt
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; kapitelübergreifender Stellentausch
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	-1,00	3,00	-10,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 15	1) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6200</b>	<b>Amt für Bauordnung und Hochbau</b>

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	1,00			1,00	
I b	5,00			5,00	
II a hD	1,00			1,00	
II a gD	1,00			1,00	
III	13,00	1,00	3)	16,00	<i>kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
IV a	3,00			5,00	
IV b	1,00			1,00	
V b gD	11,00			12,00	
V b mD	11,00			12,00	
V c	2,00			4,00	
VI b	5,00	3,00	4)	7,00	<i>kw: 3,00 VergGr. VI b Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
VII	1,50			2,50	
IX b/VII	3,00			4,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	59,50			72,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>95,50</b>			<b>116,50</b>	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
III					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Verlagerung der Aufgabe zum Hochbauamt
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V b/gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V b/mD			-1,00						-1,00	Aufgabenrückgang in der Blitzschutztechnik (Konsolidierung 1994-2001)
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Auflösung der Koordinierungsstelle für Planungsangelegenheiten (KODINA)
VI b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IX b/VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	-1,00	1,00	-13,00	0,00	0,00	0,00	-13,00	

<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	-2,00	4,00	-23,00	0,00	0,00	0,00	-21,00	
---------------------------------	------	------	-------	------	--------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
III	3) kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6300</b>	<b>Amt für Verkehr und Straßenwesen</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
2,00					1,00	Anzahl der kw-Stellen
3,00					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Angestellten
5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 4	1,00			0,00	
B 3	1,00			3,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	4,00	1,00	1)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	12,00	2,00	2)	20,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	15,00	3,00	4)	32,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (10,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (13,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)

Einzelplan 6  
Kapitel 6300

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
B 3					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
B 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 16					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 15					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Stellentausch für die Aufgaben im Zusammenhang mit der Bildung des neuen Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 14					-21,00				-21,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 16	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 15	2)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 15	3)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 14	4)	weggefallen	kw: 3,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 13	9,00	1,00 1,00 3,00 1,00	7) 8) 9) 10)	22,00	<i>Vermerk weggefallen ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
A 13	6,00	1,00	11)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	15,00			29,00	

- A 13 Baurätin/ Baurat (8,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (12,00)

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6300**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Verkehr und Straßenwesen**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				8,00	-44,00				-36,00	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
A 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 14	5)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Projekts 4. Röhre Elbtunnel
A 14	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 13	7)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
A 13	8)	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle	ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
A 13	9)	weggefallen	kw: 3,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 13	10)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 13	11)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6300</b>	<b>Amt für Verkehr und Straßenwesen</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 11	13,00	1,00 1,00	12) 13)	35,00	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
A 10	6,00	1,00	14)	9,00	

A 11            Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (7,00)  
A 10            Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (3,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				22,00	-71,00				-49,00	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verstärkung der Koordinierungsstelle für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Stellen- und Aufgabenverlagerung
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	12) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 11	13) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6300</b>	<b>Amt für Verkehr und Straßenwesen</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 9	3,00				2,00	
A 9	0,00				2,00	
A 8	4,00	1,00	15)		5,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 6	1,00				1,00	
Summe:	91,00				182,00	

A 9 Regierungsinспекторin/ Regierungsinспектор (3,00)  
A 9 Amtsinspektörin/ Amtsinspektör (0,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)  
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 14	1,00				0,00	
A 11	3,00				7,00	
A 10	0,00				1,00	
A 8	0,00				1,00	
Summe:	4,00				9,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)  
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (2,00)  
A 10 Technische Oberinspektörin/ Technischer Oberinspektör (0,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I a	4,00	1,00	16)		3,00	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

Einzelplan 6  
Kapitel 6300

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr und Straßenwesen

## II. Erläuterungen

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	1,00				0,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 11	0,00				1,00	Nr. 6	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				2,00	Nr. 7	
A 11	1,00				3,00		
A 10	0,00				1,00	Nr. 6	
A 8	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00				9,00		

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				31,00	-121,00				-90,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neuorganisation der BBV
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	34,00	-126,00	0,00	0,00	0,00	-92,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	34,00	-126,00	1,00	0,00	0,00	-91,00	
I a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
I a	16) kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	kw: 3,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6300</b>	<b>Amt für Verkehr und Straßenwesen</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I b	6,00	1,00	17)	16,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel Vermerk weggefallen</i>
		1,00	18)		
II a hD	6,00	4,00	19)	12,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
II a gD	0,00	5,00	20)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 6  
Kapitel 6300

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr und Straßenwesen

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-2,00				-2,00	
I a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
I b									-11,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
I b				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
I b									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
I b									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neuorganisation
II a hD									-10,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
II a hD				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
II a gD									-13,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
II a gD									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Verlagerung nach 6420

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004		alter Vermerk 2003
I b	17)	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	kw: 6,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b	18)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
II a hD	19)	weggefallen	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
II a gD	20)	weggefallen	kw: 5,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
III	21)	weggefallen	kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6300</b>	<b>Amt für Verkehr und Straßenwesen</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
III	11,00	3,00	21)	50,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	22)		<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	4,50	3,00	23)	38,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	24)		<i>Kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
		1,00	25)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,50	26)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	27)		<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				10,00	-39,00				-29,00	
III					-38,00				-38,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
III					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Gründung des Amtes für Bau und Betrieb
III				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
III					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; für die Sonderaufgabe Aufgabenkritik im Tiefbauamt
IV a							1,00		1,00	für die Sachbearbeitung in der Projektsteuerung
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a					-30,50				-30,50	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Dienste und Recht

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
III	22) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	23) weggefallen	kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
IV a	24) kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	25) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	26) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	27) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
IV a		1,00	28)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	29)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	30)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,50	31)		<i>Kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
IV b	3,00	1,00	32)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	33)		<i>Vermerk weggefallen</i>
V b gD	5,50			4,50	
V b mD	1,00	10,00	34)	34,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				18,00	-119,50	-1,00	1,00		-101,50	
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; für die Sonderaufgabe Aufgabenkritik im Tiefbauamt
IV a							1,00		1,00	für die Sachbearbeitung in der Projektsteuerung
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						-30,50			-30,50	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Dienste und Recht
IV b						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
IV b			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Tiefbauamt (Konsolidierung 1994-2001)
IV b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Verlagerung
V b gD						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
V b gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V b mD						-32,00			-32,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004		alter Vermerk 2003
IV a	28)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	29)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	30)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	31)	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V c	12,50	1,00	35)	24,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	36)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	37)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	38)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,50	39)		<i>kw: 2,50 VergGr. V c zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
VI b	10,00	1,00	40)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	4,00			7,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	1,00	1,00	41)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	69,50			229,00	

Einzelplan 6  
Kapitel 6300

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr und Straßenwesen

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	25,00	-195,00	-2,00	2,00		-171,00	
V b m D					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
V b m D					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neuorganisation des Amtes für Bau und Betrieb
V b m D				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V c					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
V c				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V c					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Auflösung der Koordinierungsstelle für Planungsangelegenheiten (KODINA)
VI b					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
VI b				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Maßnahme i.R. der Neuorganisation der Zentralverwaltung
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Dienste und Recht
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Neuorganisation
VII					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
VII				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	0,00	-1,00	44,00	-235,00	-2,00	2,00	0,00	-192,00	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	0,00	-1,00	44,00	-235,00	-2,00	1,00	0,00	-193,00	

Einzelplan 6  
Kapitel 6300

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr und Straßenwesen

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
6	0,00			2,00	
5	0,00			0,00	
4	0,00			2,00	
Summe:	0,00			4,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>160,50</b>			<b>415,00</b>	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6300**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Verkehr und Straßenwesen**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
6					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
5					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	0,00	-1,00	78,00	-365,00	-1,00	1,00	0,00	-288,00	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6420</b>	<b>Amt für Bau und Betrieb</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
3,00					23,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
13,50					51,00	Bereich der Angestellten
16,50	0,00	0,00	0,00	0,00	74,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 6	1,00				0,00	
B 4	1,00				1,00	
B 3	2,00	1,00		1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 16	9,00	1,00		2)	1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00		3)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 15	14,00	2,00		4)	1,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00		5)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
		2,00		6)		<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00		7)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	28,00	2,00		8)	7,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		4,00		9)		<i>kw: 4,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00		10)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
		1,00		11)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 13	20,00	1,00		12)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00		13)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD</i>
		3,00		14)		<i>kw: 3,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00		15)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00		16)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>

B 6	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
B 4	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
B 3	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (2,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (8,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (14,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (28,00)
A 13	Baurätin/ Baurat (20,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
B 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 16				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 15				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 15							1,00		1,00	Gemäß Stellenplan 2003
A 14				21,00					21,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
A 14							-1,00		-1,00	Gemäß Stellenplan 2003
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neuorganisation
A 13				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
B 3	1) kw: 1,00 BesGr. B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
A 16	2) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 16	3) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
A 15	4) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 15	5) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	
A 15	6) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 15	7) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
A 14	8) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	kw: 3,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 14	9) kw: 4,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 14	10) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	
A 14	11) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6  
Kapitel 6420

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Bau und Betrieb

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
A 13	9,00	1,00	17)	1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
A 12	20,00			4,00	
A 11	23,00	1,00	18)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00	19)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	7,00	1,00	20)	3,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
A 9	1,00			1,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	138,00			28,00	

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (8,00)  
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (18,00)  
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (23,00)  
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (6,00)  
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)  
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 12	2,00			0,00	
A 11	4,00			0,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	8,00			1,00	

A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)  
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (4,00)  
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Einzelplan 6  
Kapitel 6420

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Bau und Betrieb

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				62,00	-1,00				61,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; kapitelübergreifender Stellentausch
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; für Sachbearbeitung im Projekt Schnellbahnanbindung Flughafen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; kapitelübergreifender Stellentausch
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 12				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neuorganisation
A 11				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte</b>										
	0,00	0,00	0,00	114,00	-5,00	1,00	0,00	0,00	110,00	

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 12	2,00				0,00		Nr. 7
A 11	1,00				0,00		Nr. 6
A 11	3,00				0,00		Nr. 7
A 9	1,00				1,00		Nr. 6
A 8	1,00				0,00		Nr. 7
gesamt:	8,00				1,00		

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 13	13) ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD	
A 13	14) kw: 3,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 13	15) ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle	
A 13	16) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
A 13	17) kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 11	18) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
A 11	19) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6                      Behörde für Bau und Verkehr  
 Kapitel 6420                     Amt für Bau und Betrieb

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 13                      Baurätin/ Baurat (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	2,00	2,00	21)	0,00	<i>kw: 2,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
I b	13,00	1,00	22)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
II a hD	16,00	5,00	23)	7,00	<i>kw: 5,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		4,00	24)		
II a gD	13,00	4,00	25)	0,00	<i>kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00	26)		
II a gD	13,00	5,00	27)	0,00	<i>kw: 5,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
III	58,00	1,00	28)	15,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a gD Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	29)		

Einzelplan 6  
Kapitel 6420

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Bau und Betrieb

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
I a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
I b				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation
II a hD				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
II a gD				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
II a gD			-1,00						-1,00	Aufgabenkritik Hierarchieabbau (Konsolidierung 1994-2001)
II a gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerung nach 6420
III				38,00					38,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
I a	21)	kw: 2,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
I b	22)	kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	
I b	23)	kw: 5,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
II a hD	25)	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
II a hD	26)	kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
II a gD	27)	kw: 5,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
II a gD	28)	kw: 1,00 VergGr. II a gD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6  
Kapitel 6420

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Bau und Betrieb

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
III		3,00	30)		<i>kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i> <i>kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i> <i>kw: 1,00 VergGr. III zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
		3,00	31)		
		1,00	32)		
IV a	36,50	1,00	33)	3,00	<i>kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i> <i>kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i> <i>kw: 6,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
		3,00	34)		
		6,50	35)		
IV b	7,00	1,00	36)	2,00	<i>kw: 1,00 VergGr. IV b zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i> <i>kw: 1,00 VergGr. IV b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00	37)		
V b gD	3,00			2,00	
V b mD	47,00	5,00	38)	14,00	<i>kw: 5,00 VergGr. V b mD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i> <i>kw: 10,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i> <i>kw: 4,00 VergGr. V c zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
V c	20,00	10,00	39)	10,00	
		4,00	40)		
VI b	32,00	1,00	41)	24,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V c Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i> <i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel</i>
		1,00	42)		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	78,00	-1,00				76,00	
III				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Gründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a				30,50					30,50	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a							1,00		1,00	Leitung Sachgebiet Mittelbewirtschaftung (BS-P)
IV b				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerung
V b g D				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
V b m D				32,00					32,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
V b m D				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Verkehr
V b m D				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuorganisation des Amtes für Bau und Betrieb
V c				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
V c						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VI b				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
VI b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
III	30) kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	kw: 4,00 VergGr. III nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
III	31) kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
III	32) kw: 1,00 VergGr. III zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	
IV a	34) kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel	
IV a	35) kw: 6,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	

Einzelplan 6  
Kapitel 6420

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Bau und Betrieb

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
VII	4,00			2,00	
VIII	2,00	1,00	43)	1,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	253,50			80,00	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
7	2,00			2,00	
6	9,00			7,00	
5	13,00			12,00	
2	1,00			1,00	
Richtl. Arb.	0,04			0,04	
Summe:	25,04			22,04	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>417,54</b>			<b>130,04</b>	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6420**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Bau und Betrieb**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	177,50	-5,00	-1,00	1,00		171,50	
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neuorganisation
VII				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-1,00	181,50	-6,00	-1,00	1,00	0,00	174,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,50	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	-1,50	182,00	-6,00	-1,00	0,00	0,00	173,50	
6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
5				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
5			-1,00						-1,00	Rationalisierung im Schleusendienst (Konsolidierung 1994-2001)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>	0,00	0,00	-1,00	4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	-2,50	301,00	-11,00	0,00	0,00	0,00	287,50	

Einzelplan 6  
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
B 2	0,00			1,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			3,00	
A 14	0,00			5,00	
A 13	0,00			3,00	
A 13	0,00			3,00	
A 12	0,00			5,00	
A 11	0,00			3,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)  
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)  
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)  
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)  
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)  
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)  
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)  
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)  
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

Einzelplan 6  
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
B 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen

Einzelplan 6  
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr

### I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 10	0,00			2,00		
A 9	0,00			1,00		
A 8	0,00			1,00		
Summe:	0,00			30,00		

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 14	0,00			1,00		
Summe:	0,00			1,00		

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I a	0,00			3,00		
I b	0,00			3,00		
II a hD	0,00			4,00		
III	0,00			7,00		
IV a	0,00			3,00		

Einzelplan 6  
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr

## II. Erläuterungen

### Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt	0,00			1,00		

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-26,00				-26,00	
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	
I a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
I b					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
II a h D					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; für Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung des Amtes für Bau und Betrieb
III					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
III			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Amt für Verkehr (Konsolidierung 1994 - 2001)
IV a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht

Einzelplan 6  
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Verkehr

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
IV b	0,00			2,00	
V b gD	0,00			2,00	
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00			9,00	
VI b	0,00			7,00	
VII	0,00			2,00	
Summe:	0,00			43,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>0,00</b>			<b>73,00</b>	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00		-19,00				-20,00	
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; für die Fachkraft für Arbeitssicherheit
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V b gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V b mD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V c					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VI b					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
VII					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Neugründung des Amtes für Verkehr und Straßenwesen
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-1,00	0,00	-42,00	0,00	0,00	0,00	-43,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	-1,00	0,00	-72,00	0,00	0,00	0,00	-73,00	

<b>Einzelplan 6</b>	<b>Behörde für Bau und Verkehr</b>
<b>Kapitel 6600</b>	<b>Amt für Stadtentwicklung</b>

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen
1,00						Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Angestellten
2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			2,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			5,00	
A 15	2,00			6,00	
A 14	14,00			17,50	
A 13	8,00			11,00	
A 13	1,00			2,00	
A 12	2,00	1,00	1)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00), Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (13,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)

Einzelplan 6  
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Stadtentwicklung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 15			-1,00						-1,00	Wegfall einer Hierarchieebene
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Stellentausch für die Aufgaben im Zusammenhang mit der Bildung des neuen Amtes für Verkehr und Straßenwesen
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 14					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1300; Aufgabenübertragung der sozialen Stadtkultur in den Bezirk
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 12	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6600**

**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Stadtentwicklung**

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 11	5,00	1,00	2)	10,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 01.01.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms Vermerk weggefallen</i>
A 10	3,00	1,00	3)	3,00	
A 9	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	40,00			66,50	

A 11           Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)  
A 10           Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)  
A 9            Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)  
A 9            Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	0,50			0,50	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	3,50			6,50	

A 15           Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)  
A 14           Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)  
A 13           Baurätin/ Baurat (1,00)  
A 11           Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,50)  
A 10           Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)  
A 9            Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	2,00			4,00	
I b	6,00			7,00	

**Einzelplan 6**  
**Kapitel 6600**
**Behörde für Bau und Verkehr**  
**Amt für Stadtentwicklung**
**II. Erläuterungen**
**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	0,00				1,00	Nr. 6	
A 14	1,00				1,00	Nr. 6	
A 14	1,00				0,00	Nr. 7	
A 14	0,00				1,00	Nr. 7	
A 13	1,00				1,00	Nr. 6	
A 11	0,50				0,50	Nr. 6	
A 10	0,00				1,00	Nr. 6	
A 9	0,00				1,00	Nr. 7	
gesamt:	3,50				6,50		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00		-19,50				-20,50	
A 12						1,00			1,00	Umwandlung gem. Art. 8 Nr. 4 HHB
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Stellen- und Aufgabenverlagerung
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung durch Neuorganisation
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	-1,00	1,00	-28,50	1,00	0,00	0,00	-27,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	0,00	0,00	-1,00	1,00	-28,50	2,00	0,00	0,00	-26,50	
I a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 01.01.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms
A 11	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 6  
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Stadtentwicklung

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
II a hD	8,75	1,00	4)	15,75		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
II a gD	0,00	1,00	5)	2,00		<i>Vermerk weggefallen</i>
III	12,25	1,00	6)	18,75		<i>kw: 1,00 VergGr. III zum 01.01.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
IV a	4,00	0,50	7)	9,30		<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	1,00			1,00		
V b gD	2,00			3,00		
V c	9,00			14,00		
VI b	7,50			12,00		
VII	0,50			0,50		
IX b/VII	1,00			3,00		

Einzelplan 6  
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Stadtentwicklung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-3,00				-3,00	
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung im Rahmen der Behördenneustrukturierung
II a hD	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk
II a hD					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
II a hD		1,00							1,00	Korrekturbuchung
II a hD							2,00		2,00	Korrekturbuchung
II a gD								-2,00	-2,00	Korrekturbuchung
III					-6,25				-6,25	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
III		1,00							1,00	Stelleneuschaffung für Landschaftsplanerische Betreuung der bezirk HH-Mitte und Wandsbek
III							-1,00		-1,00	Umwandlung gem. Art. 8 Nr. 4 HHB
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Veränderung der Behördenstruktur, Eingliederung der StEB
IV a					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellenverlagerung nach Auflösung der Organisationseinheit WB
V c					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Aufgabenverlagerung durch Neuorganisation im Wohnungsbau
VI b					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für Stadtentwicklung
IX b/VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
II a hD	4) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
II a gD	5) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
III	6) kw: 1,00 VergGr. III zum 01.01.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	kw: 1,50 VergGr. III zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms
IV a	7) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 6  
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Stadtentwicklung

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
VIII	1,00			2,00	
Summe:	55,00			92,30	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>95,00</b>			<b>158,80</b>	

Einzelplan 6  
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr  
Amt für Stadtentwicklung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	2,00		2,00	-34,75	-1,00			-32,75	
IX b/VII			-1,00						-1,00	Aufgabeneinschränkung bei der Textverarbeitung
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Neuorganisation des Amtes für Wohnungswesen, Stadterneuerung und Bodenordnung
<i>Summe Angestellte</i>	-1,00	2,00	-1,00	2,00	-35,75	-1,00	0,00	0,00	-34,75	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	-0,50	0,75	-1,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,55	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt	-1,50	2,75	-2,80	2,00	-35,75	-2,00	0,00	0,00	-37,30	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	-1,50	2,75	-3,80	3,00	-64,25	0,00	0,00	0,00	-63,80	

## Stellenveränderungen zum Stellenplan 2004

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung <sup>*)</sup>
<b>Stellenhebungen</b>				
1	6000	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	für eine Internetredakteurin/einen Internetredakteur
<b>Sonstige Stellenveränderungen</b>				
2	6420	1,00	Baurätin/Baurat A 13 (Andere Amtsstelle) in Baurätin/Baurat A 13	für die Verstärkung des Sachgebiets Planung und Entwurf Hochwasserschutz
3	6600	1,00 1,00 1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 Angestellte/Angestellter III	aus personalwirtschaftlichen Gründen
			Der Haushaltsvermerk „kw 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“ wird geändert in „kw 31.12.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“.	

<sup>\*)</sup> bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004

## Wirtschaftsplan

der staatlichen Hochbaudienststelle  
der Behörde für Bau und Verkehr  
(§ 15 Abs. 2 LHO)

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Aufwendungen (Personal- und Sachaufwand) und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Mit Einwilligung der Finanzbehörde dürfen Mehraufwendungen im Erfolgsplan geleistet werden, wenn sie Voraussetzung für die Erzielung von Erträgen in mindestens gleicher Höhe sind.
4. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden. Die Einwilligung der Bürgerschaft ist erforderlich, wenn auf Investitionsmaßnahmen mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet und die Mittel in den Erfolgsplan übertragen werden sollen. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan veranschlagten Maßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 50.000 EUR steigen.
5. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 50.000 EUR übersteigen.
6. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von Rücklagen gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.

Anlage 2.1

Kontobezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ergebnis	Erläuterung Nr.
	BBV, JB, BWA 2004	BBV, JB, BWA 2003	BBV, JB, BWA 2002	
	in Tausend EUR			
1	2	3	4	5
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>				
<b>Erträge</b>				
<b>I. Leistungen bei investiven Maßnahmen</b> ( soweit nicht umsatzsteuerpflichtig )				
110 Architekten- und Ingenieurleistungen ( ohne § 31 HOAI )	753	821	485,3	
120 Projektsteuerung / Bauherrnberatung / -betreuung	192	398	329,0	
<b>Summe I</b>	945	1.219	814,3	1
<b>II. Leistungen bei Bauunterhaltungsmaßnahmen</b> ( soweit nicht umsatzsteuerpflichtig )				
210 Architekten- und Ingenieurleistungen ( ohne § 31 HOAI )	133	302	530,5	
220 Projektsteuerung/Bauherrnberatung / -betreuung	15	40	68,5	
<b>Summe II</b>	148	342	599,0	1
<b>Summe I + II</b>	1.093	1.561	1.413,3	1
<b>III. Umsatzsteuerpflichtige Leistungen</b>				
300 Erträge aus umsatzsteuerpflichtigen Leistungen	384	360	315,2	
<b>IV. Andere Erträge</b>				
310 Sonstige betriebliche Erträge	0	66	83,4	1
320 Entnahme aus Rücklagen	0	0	0,0	
<b>Summe IV</b>	0	66	83,4	
<b>V. Gesamterträge ( Summe I, II, III, IV )</b>	<b>1.477</b>	<b>1.987</b>	<b>1.811,9</b>	

Kontobezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ergebnis	Erläuterung Nr.
	BBV, JB, BWA 2004	BBV, JB, BWA 2003	BBV, JB, BWA 2002	
in Tausend EUR				
1	2	3	4	5
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>				
<b>Aufwendungen</b>				
<b>I. Personalaufwand</b>				
410 Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	902	1.272	1.306,7	2
420 Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0	0	0,0	3
430 Sonstige Personalaufwendungen ( Zulagen, Überstundenentgelte u.dgl.)	0	0	0,0	4
440 Zuschläge für Beihilfen u. dgl.	11	14	21,4	5
450 Versorgungszuschläge für Beamte, Angestellte und Arbeiter	137	187	176,2	6
<b>Summe I</b>	<b>1.050</b>	<b>1.473</b>	<b>1.504,3</b>	
<b>II. Sachaufwand</b>				
510 Geschäftsbedarf	29	26	24,8	7
520 Geräte u. Ausstattung	32	20	17,4	8
530 Aus- u. Fortbildung	6	4	3,3	9
540 Reisekosten	2	2	0,7	10
550 Fremdleistungen	22	6	11,6	11
560 Miete	53	68	68,4	12
570 Bewirtschaftung	15	22	20,1	12
580 Instandhaltung	3	3	2,9	12
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten	158	223	214,1	13
<b>Summe II</b>	<b>320</b>	<b>374</b>	<b>363,3</b>	
<b>III. Sonstiger Aufwand</b>				
700 Umsatzsteuerzahllast	63	45	42,1	14
<b>IV. Gesamtaufwendungen ( Summe I, II, III )</b>	<b>1.433</b>	<b>1.892</b>	<b>1.909,7</b>	
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b> ( Saldo zwischen Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen )				
989 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	44	95	-97,8	

Anlage 2.1

Kontobezeichnung	Ansatz	Ansatz	Ergebnis	Erläuterung Nr.
	BBV, JB, BWA 2004	BBV, JB, BWA 2003	BBV, JB, BWA 2002	
	in Tausend EUR			
1	2	3	4	5
<b>B. FINANZIERUNGSPLAN</b>				
<b>Finanzbedarf</b>				
<b>I. Investitionen</b>				
001 IuK - Ersatzbeschaffung	0	0	22,6	
002 IuK - Neubeschaffung von Hard- und Software sowie Büroausstattungen	44	0	0,0	15
	0	0	0,0	
<b>Summe I</b>	44	0	22,6	
<b>II. Sonstiger Finanzbedarf</b>				
071 Zuführung an Rücklagen	22	25	41,3	16
078 Verlustabdeckung aus Vorjahr / en	1.108	1.153	927,9	17
182 Ablieferung an den Haushalt	22	25	41,3	18
620 Rückvergütung an Auftraggeber	0	0	0,0	
989 Jahresfehlbetrag	0	0	252,3	17
<b>Summe II</b>	1.152	1.203	1.262,8	
<b>Gesamtsumme Finanzbedarf ( Summe I, II )</b>	<b>1.196</b>	<b>1.203</b>	<b>1.285,4</b>	
<b>Deckungsmittel</b>				
071 Entnahme aus Rücklagen	44	0	22,6	19
078 Verlustvortrag auf das Folgejahr	1.108	1.108	1.108,4	20
181 Zuschuss aus dem Haushalt	0	0	0,0	
989 Jahresüberschuss	44	95	154,4	
<b>Gesamtsumme Deckungsmittel</b>	<b>1.196</b>	<b>1.203</b>	<b>1.285,4</b>	

**Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der  
BEHÖRDE FÜR BAU UND VERKEHR  
Haushaltsjahr 2004**

**Zu Nr. Erläuterungen zu den Konten des Wirtschaftsplanes**

**Allgemeine Vorbemerkung zu den Wirtschaftsplänen der Hochbaudienststellen**

Die in den Jahresabschlüssen für das abgelaufene Jahr von einigen Hochbaudienststellen ausgewiesenen Verluste (siehe Finanzierungsplan, Deckungsmittel, Konto 078 „Verlustvortrag auf das Folgejahr“) sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der kameralistischen Buchführung der Hochbaudienststellen offene Forderungen (noch) nicht zu Einnahmen führten (siehe im Einzelnen die Erläuterungen zu der Erläuterungsnummer 16 der Wirtschaftspläne, sofern ein Verlustvortrag auf das Folgejahr ausgewiesen wird).

**Vorbemerkung zu dem Wirtschaftsplan der Behörde für Bau und Verkehr ABH-ZB**

Mit diesem Wirtschaftsplan werden die bisher organisatorisch getrennten Probau-Hochbaudienststellen der BWA/Strom- und Hafenaufbau, der Justizbehörde und der BBV-Dienststelle Zentrale Bauaufgaben bei der Behörde für Bau und Verkehr zu einer gemeinsamen Hochbaudienststelle zusammengeführt.

Diese Organisationsveränderung soll zum 01.01.2004 erfolgen.

- 1 Die honorarabhängigen Erträge (Teile I, II und III) werden nach der (voraussichtlichen) Entwicklung der Auftragslage und Veränderungen bei den Zahlungseingängen geschätzt.  
Als sonstige betriebliche Erträge (310) sind die Personalkostenerstattungen der EU aufgrund der Abordnung des Leiters der HBD - JB im Rahmen eines EU-Twinning-Projektes dargestellt.
- 2 Die Basis für die Veranschlagung und Abrechnung der Personalkosten bilden die Ist-Kosten des Jahres 2002. Berücksichtigt sind lineare Erhöhungen für die Jahre 2003 und 2004 sowie Veränderungen bei Anzahl und Wertigkeit der voraussichtlich im Planjahr besetzten Stellen.
- 3 Veranschlagt sind Personalkosten zur Finanzierung unvorhergesehener, zeitlich befristeter zusätzlicher Personalbedarfe, die zur Erfüllung der vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).
- 4 Die zeitgerechte Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen kann - betriebsbedingt - die Leistung von Überstunden erforderlich machen, die (falls ein Zeitausgleich nicht in Betracht kommt) zu vergüten sind. Veranschlagt sind die Kosten für die Vergütung angeordneter Überstunden.
- 5 Entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren wird ein prozentualer Zuschlag für Beihilfen u. dgl. in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt 4,0 % der Beamteneinbezüge. Bei diesem Konto werden außerdem die personalbezogenen Sachkosten (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u.a.) veranschlagt.
- 6 Für Versorgungszuschläge werden prozentuale Zuschläge für Versorgungsleistungen veranschlagt. (vgl. Erläuterung zu Nr. 5). Die Zuschläge betragen für Beamtinnen und Beamte 30,0 % und für dauerhaft beschäftigte Angestellte 9 % der Personalausgaben.
- 7 Veranschlagt sind die Aufwendungen für Schreib- und Zeichenbedarf, Ingenieur-Haftpflichtversicherung, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Lichtpausen, Bücher, Zeitschriften und sonstige Geschäftsbedürfnisse. Darüber hinaus sind Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen und für Kilometergelder berücksichtigt.
- 8 Veranschlagt sind Kosten für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen bis 5 Tsd. EUR im Einzelfall sowie der Aufwand für ihre Wartung, Reparatur, Miete und dgl.
- 9 Berücksichtigt sind die Kosten für Aus- und Fortbildung; hierin eingeschlossen sind die Kosten für die Teilnahme an Veranstaltungen, die von der FHH selbst durchgeführt werden und deren Kosten zu erstatten sind.
- 10 Der Ansatz ist vorgesehen zur Finanzierung von Reisekosten, die insbesondere für auswärtige Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie überregionale Erfahrungsaustausche / Fachtagungen entstehen.
- 11 Veranschlagt sind Kosten für die Beauftragung externer Servicedienste / Architekten / Ingenieure
- 12 Veranschlagt werden grundsätzlich die voraussichtlichen Ist-Kosten für Miete, Bewirtschaftung und Instandhaltung.  
Sofern die jeweilige Behörde diese Kosten verauslagt, werden sie am Jahresende durch Umbuchung an die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans erstattet. Die Erstattungen sind von den Behörden in Ergänzung von Nr. 1.2 der VV zu § 35 (1) LHO von den jeweiligen Ausgaben abzusetzen.
- 13 Veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkostenpauschale für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch die Baudienststelle und die Gebühren für die Prüfung der Hochbaudienststellen durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde.
- 14 Die Umsatzsteuerzahllast ergibt sich aus den Umsatzsteueranteilen der Honorareinnahmen beim Konto 300 abzüglich anrechenbarer Vorsteuer.
- 15 Das Investitionsvolumen ist vorgesehen für notwendige Beschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen einschl. IuK-Technik. Der Bedarf ergibt sich in aus der Zusammenführung der bisher räumlich getrennten

## Anlage 2.1

drei Hochbaudienststellen zu einem Betrieb.

- 16** Es werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses der Rücklage zugeführt (vgl. auch Nr. 18)  
Die Höhe der zum 31.12.2002 bestehenden Rücklage bei der HBD - BBV (ABH-ZB) beträgt 113,8 Tsd. EUR  
Der Betrag enthält bisher noch den abzuliefernden 50 % - Anteil an den Haushalt i.H.v. 41,3 Tsd. EUR  
Das Ergebnis 2002 bildet zusammenfassend die getrennten Jahresabschlüsse der Hochbaudienststellen der Justizbehörde, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Behörde für Bau und Verkehr ab, insoweit sind ergebnisbedingt sowohl Rücklagenzuführungen und Ablieferungen an den Haushalt als auch Verlustvorträge ausgewiesen. (siehe auch Nr. 16, 17, 18)
- 17** Die Verlustabdeckung aus den Vorjahren und die Jahresfehlbeträge der defizitären Situation bei den Hochbaudienststellen der Justizbehörde und der BWA / Strom- und Hafenausbau wurden beim Ansatz 2004 berücksichtigt.
- 18** Es werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses an den Haushalt abgeliefert und beim Titel 6000.121.57 – im jeweiligen Folgejahr – im Haushalt vereinnahmt.
- 19** Die Entnahme aus der Rücklage dient der Finanzierung der notwendigen Investitionen. (vgl. auch Nr. 15)
- 20** Dargestellt ist in der Spalte 4 der zusammengefasste Verlustvortrag der HBD - Justizbehörde und der BWA / Strom- und Hafenausbau für das Jahr 2002.  
Es wird davon ausgegangen, dass der Verlustvortrag i.H.v. 1.108,4 Tsd. EUR in den Folgejahren nicht abgebaut werden kann.

### Kennzahlen:

		2004	2003	2002
1.	Anzahl der im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen	16,2	23,0	22,3
2.	Kostendeckungsgrad (in %)	103,3	105,1	105,0
3.	Jahres-Honorar pro Mitarbeiter/-in (in Tsd. EUR)	91,2	86,4	88,6
4.	Projektfaktor in %	-	-	0,65

- zu 1. Für die Jahre „laufendes Haushaltsjahr“ und „Planjahr“ werden die voraussichtlich im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen dargestellt.
- zu 2. Berechnungsformel:  $\text{Gesamterträge (inkl. Veränderungen der offenen Sollstellungen)} / \text{Gesamtaufwendungen} \times 100 = \text{Kostendeckungsgrad in \%}$
- zu 3. Bei der Berechnung des „Jahres-Honorars pro Mitarbeiter/-in“ werden die (ggf. voraussichtlichen) Stellenbesetzungen berücksichtigt, soweit diese aufgrund der geforderten Qualifikation unmittelbar der Leistungserstellung dienen. Hierzu gehören Stellen für Architekten und Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner. Außerdem sind die Stellen für Führungskräfte zu berücksichtigen. Stellen für Verwaltungskräfte bleiben dagegen unberücksichtigt.
- zu 4.  $\text{Summe Projektzeiten} / \text{Gesamtarbeitszeit} \times 100 = \text{Projektfaktor in \%}$

Einzelplan WI  
Kapitel 2005

Wirtschaftspläne  
Staatl. Hochbau Justizbehörde

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 13	0,00			1,00	
A 11	0,00			1,00	
Summe:	0,00			2,00	

A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)  
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	1,00			1,00	
II a hD	1,00			1,00	
III	1,00			2,00	
IV a	0,00			1,00	
IV b	0,00			1,00	
VI b	0,00			1,00	
Summe:	3,00			7,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>3,00</b>			<b>9,00</b>	

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 2005	Staatl. Hochbau Justizbehörde

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
III			-1,00						-1,00	Zentralisierung der Hochbaudienststellen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
IV b			-1,00						-1,00	Zentralisierung der Hochbaudienststellen
VI b			-1,00						-1,00	Zentralisierung der Hochbaudienststellen
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	

Einzelplan WI  
Kapitel 6205

Wirtschaftspläne  
Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau und Verkehr

### I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 15	1,00			1,00		
A 14	2,00			2,00		
A 13	1,00			1,00		
A 11	2,00			2,00		
Summe:	6,00			6,00		

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)  
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)  
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)  
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
III	4,00			4,00		
IV a	1,00			1,00		
V c	1,00			1,00		
Summe:	6,00			6,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>12,00</b>			<b>12,00</b>		

Einzelplan WI  
Kapitel 6205

Wirtschaftspläne  
Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau und Verkehr

## II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan WI  
Kapitel 7505

Wirtschaftspläne  
Staatl. Hochbau Strom- und Hafenaufbau

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 12	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)  
A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
III	2,00			2,00	
IV a	2,00			3,00	
IV b	1,00			1,00	
V b mD	1,00			0,00	
Summe:	6,00			6,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>8,00</b>			<b>8,00</b>	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; für den Bereich Zentrale Aufgaben im Prozeß Basisanwendungen
V b mD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; -
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

## für das Haushaltsjahr 2004

### Wirtschaftsplan

des Autobahn- und Tunnelbetriebes der Behörde für Bau und Verkehr

Amt für Bau und Betrieb

(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

6000.261.01	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftspläne Staatlicher Hochbau, Autobahn- und Tunnelbetrieb der Behörde für Bau und Verkehr und Geoinformation und Vermessung
6420.121.57	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
6420.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
6420.682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb
6420.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge
6420.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen

Mit der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für den Autobahn- und Tunnelbetrieb ist eine vollständige Kostentransparenz in diesem Bereich geschaffen worden. Die vom Bund zu tragenden Personal- und Sachkosten sind haushaltsmäßig eindeutig zuzuordnen. Von den 105 Stellen in diesem Aufgabenbereich werden 74 Stellen ganz und 12 Stellen zur Hälfte vom Bund finanziert.

Mit der Einführung einer wirtschaftlichkeitsorientierten Steuerung im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst nach bundeseinheitlichen Grundsätzen, die zugleich als Kosten- und Leistungsrechnung genutzt werden soll, wird die Kostentransparenz beim Autobahn- und Tunnelbetrieb zu einer weiteren Stärkung des Kostenbewusstseins aller Beteiligten führen. Die Maßnahme wird daher als weiterer Schritt im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung gesehen.

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal- und Sachausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan nicht herangezogen werden.
3. Mit Zustimmung der für die Finanzen zuständigen Behörde können unterjährig andere Stellen als Planstellen ausgebracht werden, sofern eine Finanzierungszusage vorliegt.
4. Mehrbedarf darf durch im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel gedeckt werden.
5. Verlustvorräte zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorräte in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
in Tsd.EUR			
1	2	3	4
<b>ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Einnahmen</u></b>			
<b>1. Betriebseinnahmen</b>			
110 Erstattungen des Bundes	3.550	3.550	4.216
<b>2. Sonstige Einnahmen</b>			
210 Sonstige Einnahmen	0	0	6
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>			
310 Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen	0	0	0
<b><u>Gesamteinnahmen</u></b>	<b>3.550</b>	<b>3.550</b>	<b>4.222</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
in Tsd. EUR			
1	2	3	4
<b>ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Ausgaben</u></b>			
<b>1. Personalausgaben</b>			
1.1 Gehälter und Löhne			
411 Beamtenbezüge	312	343	311
412 Angestelltenvergütungen	999	989	1.044
413 Arbeiterlöhne	2.567	2.558	2.924
414 sonst. Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	0	46
Summe 1.1	3.878	3.890	4.325
1.2 Soziale Abgaben und Aufwendung für Altersversorgung und Unterstützung			
421 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	211	209	196
422 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	542	540	584
431 Versorgungszuschläge Beamte	94	103	93
432 Versorgungszuschläge Angestellte	109	108	110
433 Versorgungszuschläge Arbeiter	280	279	316
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	12	14	12
Summe 1.2	1.248	1.253	1.311
<b>Summe 1.</b>	<b>5.126</b>	<b>5.143</b>	<b>5.636</b>
<b>2. Sonstige betriebliche Ausgaben</b>			
2.1 Personalbedingte Ausgaben			
510 Aus- und Fortbildung	5	5	3
Summe 2.1	5	5	3
2.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
520 Mieten und Pachten	57	55	50
530 Bewirtschaftung und Instandhaltung	16	18	12
Summe 2.2	73	73	62

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
in Tsd. EUR			
1	2	3	4
2.3 Ausgaben für den Geschäftsbedarf			
540 Geschäftsbedarf	49	49	27
550 Post- und Fernmeldegebühren	45	45	41
560 Haltung von Kfz, Km-Geld	70	70	49
570 IuK-Technik	50	50	28
Summe 2.3	214	214	145
2.4 Übrige sonstige Ausgaben			
580 Fremdleistungen	137	5	0
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten	700	700	777
Summe 2.4	837	705	777
<b>Summe 2</b>	1.129	997	987
<b>Gesamtausgaben</b>	6.255	6.139	6.623
<b>Jahresfehlbetrag</b>	2.705	2.589	2.448

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002
in Tsd.EUR					
1	2	3	4	5	6
<b>B. FINANZIERUNGSPLAN</b>					
<b>I. <u>Finanzbedarf</u></b>					
<b>1. Investitionen</b>					
001 Investitionen	135	135	135	135	82
<b>Summe 1.</b>	135	135	135	135	82
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
078 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	--	--	--	--	--
182 Ablieferung an den Haushalt	--	--	--	--	--
989 Jahresfehlbetrag	2.705	--	2.589	--	2.505
071 Noch verfügbare Deckungsmittel	--	--	--	--	--
<b>Summe 2.</b>	2.705	--	2.589	--	2.505
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	2.840	135	2.724	135	2.587
<b>II. <u>Deckungsmittel</u></b>					
989 Jahresüberschuss	--	--	--	--	--
071 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	--	--	--	--	--
181 Versorgungszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6420.632.91)	473	--	490	--	559
182 Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6420.682.57)	2.232	--	2.099	--	1.946
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6420.891.01 )	10	10	10	10	--
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6420.891.56 ) luK	125	125	125	125	82
078 Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)	--	--	--	--	0
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	2.840	135	2.724	135	2.587

# Erläuterungen

Im Bereich der Sachaufwendungen sind lediglich die personenbezogenen Ausgaben veranschlagt. Die Fachaufwendungen (Investitionen sowie Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Betriebsausgaben) bleiben in den bisherigen Titeln veranschlagt, weil diese ohnehin nur teilweise aus dem hamburgischen Haushalt stammen und im Wesentlichen direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

## A Erfolgsplan

### Einnahmen

#### 1. Betriebseinnahmen

110 Erstattungen des Bundes

Veranschlagt sind die Personalkostenerstattung einschl. Rufbereitschaftsentschädigung, Überstunden und personenbezogener Sachkosten (z.B. Kilometergeld) sowie anteilige UA-III-Mittel-Einnahmen für die von TA erbrachten investiven Bauleistungen im Rahmen der Auftragsverwaltung. Die Erstattung des Bundes berechnet sich nach den tatsächlichen Ist-Kosten und berücksichtigt keine Versorgungslasten. Der vom Bund zu tragende Personalaufwand wird personengenau erfasst und monatlich nachträglich in Rechnung gestellt. Der sich dadurch ergebende zeitliche Nachlauf der Einnahmen gegenüber den Ausgaben beim Personal (zeitversetzte Abrechnung mit dem und Erstattung durch den Bund) wird durch Erstattungen für das Vorjahr ausgeglichen.

### Ausgaben

#### 1. Personalausgaben

##### 1.1 Gehälter und Löhne

Die Personalausgaben sind veranschlagt auf Basis der Ist-Kosten 2002. Bereits ab 2003 sind Kosten für zwei zusätzliche Stellen berücksichtigt, die ab 2004 als Angestelltenstellen (Elektroingenieur und Maschinenbauingenieur) für Betrieb und Unterhaltung der neuen Verkehrsbeeinflussungsanlage sowie der neuen Verkehrssteuerungseinrichtungen in den Weichenbereichen des Elbtunnels im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb der 4. Röhre und von weiteren technischen Anlagen in den Straßentunneln der FHH ausgewiesen werden. 10 Arbeiterstellen im Aufgabenbereich der Tunnelbetriebswarte im Schichtdienst werden nach Stationierung der Feuerwehr am Elbtunnel in 2003 abgebaut. 6 Telefonisten werden nach der Einrichtung bundesweiter Notrufdienste und der neuen Elbtunnelbetriebszentrale nicht mehr benötigt. Der Ansatz beinhaltet neben den Kosten für die Vergütung angeordneter Überstunden, für Rufbereitschaftsentschädigungen, Schichtzulagen u.ä. auch die Kosten für zeitlich befristete zusätzliche Personalbedarfe, die zur Erfüllung einer vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).

##### 1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

431 Versorgungszuschläge für Beamte

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag beträgt unverändert 30 %.

432 Versorgungszuschläge für Angestellte

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag (einschließlich Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte) beträgt unverändert 9 %.

433 Versorgungszuschläge für Arbeiter

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag (einschließlich Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter) beträgt unverändert 9 %.

### 440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen

Für Beihilfen und dgl. wird entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren ein prozentualer Zuschlag in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt unverändert 4 %. Bei diesem Konto werden außerdem die personenbezogenen Sachkosten veranschlagt.

## 2. Sonstige betriebliche Ausgaben

### 2.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

#### 520 Mieten und Pachten

Veranschlagt sind die anteiligen Mietkosten für die Diensträume auf den Autobahnmeistereien sowie der alten und der neuen Betriebszentrale des Elbtunnels, die durch das nicht vom Bund finanzierte Personal genutzt werden.

#### 530 Bewirtschaftung und Instandhaltung

Veranschlagt sind die anteiligen Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten für die unter 520 genannten Diensträume.

### 2.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb

#### 540 Geschäftsbedarf

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Dienst- und Schutzkleidung (ohne die Schutzkleidung für Straßenwärter und Tunnelbetrieb, die direkt aus Bundesmitteln finanziert wird), Geräte und Ausstattung, Dienstreisen sowie für sonstige vermischte Ausgaben. Die Einrichtung der neuen Betriebszentrale ergibt einen Mehrbedarf.

#### 550 Post- und Fernmeldegebühren

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Fernmeldegebühren (Handys) der überwiegend im Außendienst beschäftigten Mitarbeiter.

#### 560 Haltung von Kfz, Km-Geld

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Kilometergeld im Zusammenhang mit Rufbereitschaften und Notdiensten entsprechend den aktuellen Sätzen.

#### 570 IuK-Technik

Veranschlagt sind Mittel für die Pflege von Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten, Berechnungsprogrammen u. ä. Die Einrichtung der neuen Betriebszentrale ergibt einen Mehrbedarf.

### 2.4 Übrige sonstige Ausgaben

#### 580 Fremdleistungen

Für die Einführung wirtschaftlichkeitsorientierter Steuerungssysteme im Betriebsdienst (TT-SIB) nach bundeseinheitlichen Kriterien steht keine eigene Personalausstattung zur Verfügung, entsprechende Dienstleistungen werden eingekauft. Weiterhin sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik oder dem Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung zu erstatten.

#### 600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten

Für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch den Autobahn- und Tunnelbetrieb wird ein Pauschalbetrag (Verwaltungsgemeinkostenpauschale) in Höhe des Vorjahresansatzes an den Haushalt abgeführt. Die Pauschale wurde entsprechend dem Anteil der Personalkosten neu berechnet, sie schließt die Gebühren für die Prüfung des Autobahn- und Tunnelbetriebs durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde ein.

## Anlage 2.2

### B Finanzierungsplan

#### I. Finanzbedarf

##### 1. Investitionen

- 001 Für die Vorbereitung und Einführung einer wirtschaftlichkeitsorientierten Steuerung im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst nach bundesweit einheitlichen Grundsätzen, die zugleich als Kosten- und Leistungsrechnung genutzt werden soll, fallen Kosten für Hardware und anteilige Softwareentwicklung an. Weitere Kosten entstehen bei der Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigem Arbeitsgerät für die nicht vom Bund finanzierten Aufgaben und Mitarbeiter.

<b>Einzelplan LAN</b>	<b>Landesbetriebe</b>		
<b>Kapitel 6030</b>	<b>Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung</b>		

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 6,00 Bereich der Angestellten 7,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
B 4	1,00			0,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	3,00			4,00	
A 15	9,00			9,00	
A 14	8,00	1,00	1)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel, ku in Ang.VergGr. IIa hD
A 13	7,00	2,00	2)	7,00	ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
A 13	8,00			8,00	
A 12	16,00			17,00	
A 11	35,00	1,00	3)	34,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	4)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
A 10	11,00			11,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	100,00			102,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (8,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (14,00)
- A 11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (31,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (10,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8 Technische Hauptsekretärin/ Technischer Hauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 14	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
Summe:	3,00			3,00	

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Stellentausch B3/B4
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Stellentausch B3/B4
A 16						-1,00			-1,00	gem Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellentausch mit Kap. 6030
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellentausch mit Kap. 6030
A 14			-1,00						-1,00	Neuorganisation Zentralverwaltung (Intendantzbereich)
A 14		1,00							1,00	Korrekturbuchung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Verlagerung der Aufgabe zum Hochbauamt
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Intendantzstelle für den LGV
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Intendantzstelle für den LGV
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
A 8			-1,00						-1,00	Aufgabenrückgang im Grenzarchiv (Konsolidierung 1994 - 2001)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	1,00	-2,00	5,00	-5,00	-1,00	0,00	0,00	-2,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 14	1,00				1,00	Nr. 6	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00				3,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	3) weggefallen	
A 11	4) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan LAN  
Kapitel 6030

Landesbetriebe  
Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 13	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I	1,00			0,00	
I b	2,00			2,00	
II a hD	1,00	1,00	5)	2,00	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle
II a gD	3,00			2,00	
III	35,00	1,00	6)	34,00	kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung des Bauvorhabens Allermöhe
IV a	31,00	1,00	7)	34,00	kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle
IV b	29,00			25,00	
V b gD	0,00			1,00	
V b mD	1,00			0,00	
V c	146,52	1,00	8)	160,02	kw: 1,00 VergGr. V c nach Freierwerden der Stelle
		1,00	9)		kw: 1,00 VergGr. V c Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle
VI b	25,00	1,00	10)	23,00	kw: 1,00 VergGr. VI b Stellenstreichungen 2003 nach Freierwerden der Stelle
VII	1,00			4,50	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	1,50			5,50	
Summe:	278,02			294,02	
<b>Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>					
Nachwuchs mD	24,00			24,00	
Summe:	24,00			24,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						1,00			1,00	gem Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation des Amtes für zentrale Aufgaben und Recht
II a gD							1,00		1,00	Neubewertung
III							1,00		1,00	Sachbearbeitung SAPOS, GPS-Referenzstationen
III							1,00		1,00	Neubewertung Gründung LGV
IV a				1,00			-1,00		-1,00	Neubewertung
IV a									1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Veränderung der Behördenstruktur, Eingliederung der STEB
IV a									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung im Rahmen der Behördenneustrukturierung
IV a									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Verlagerung der Aufgabe zum Hochbauamt
IV a							-1,00		-1,00	Sachbearbeitung SAPOS, GPS-Referenzstationen
IV a									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung zur Zentralverwaltung
IV b									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
V b gD									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
V c			-1,00						-1,00	Teilung in zwei halbe Stellen
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Intendantenstelle für den LGV
V c			-3,00						-3,00	luk-Finanzierung (MAIK)
V c									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenverlagerung zur Zentralverwaltung
V c									-3,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
V c			-1,00						-1,00	Finanzierung von Hebungen zum Stellenplan 2004
VI b			-1,00						-1,00	luk-Finanzierung (MAIK)
VI b									-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenübergang zur Zentralverwaltung
VII			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in der Hausverwaltung (Konsolidierung 1994 - 2001)
VIII			-1,00						-1,00	Rationalisierung in der Druckerei (Konsolidierung 1994 - 2001)
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	0,00	-8,00	2,00	-11,00	1,00	1,00	0,00	-15,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	1,00	-0,50	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	1,00	-8,50	2,00	-11,50	1,00	0,00	0,00	-16,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
IV a	7) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan LAN  
Kapitel 6030

Landesbetriebe  
Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
6	26,00	2,00	11)	27,00	<i>kw: 2,00 Lohngr. 6 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
5	1,00			0,00	
4	23,00	4,00	12)	29,00	<i>kw: 4,00 Lohngr. 4 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
3	2,50	1,00	13)	5,00	
2	0,00	1,00	14)	1,00	<i>kw: 1,00 Lohngr. 3 nach Freiwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)</i> <i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	52,50			62,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>431,52</b>			<b>459,02</b>	

<b>Einzelplan LAN</b>	<b>Landesbetriebe</b>
<b>Kapitel 6030</b>	<b>Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
6			-2,00						-2,00	Rationalisierung bei der Vermessung (Konsolidierung 1994 - 2001)
4					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung der Lichtpauserei zu Z
4			-1,00						-1,00	Rationalisierung bei der Vermessung (Konsolidierung 1994 - 2001)
4			-1,00						-1,00	Finanzierung von Hebungen zum Stellenplan 2004
3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung der Lichtpauserei zu Z
3			-1,00						-1,00	Rationalisierung in der Druckerei (Konsolidierung 1994 - 2001)
3			-1,00						-1,00	Auflösung der Lichtpauserei (Aufgabenkritik)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-6,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-9,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-6,50	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-9,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	2,00	-17,00	7,00	-19,50	0,00	0,00	0,00	-27,50	

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

## Wirtschaftsplan

für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung  
(§ 26 Abs.1 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

6000.261.01 Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten

6000.632.91 Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan GV

6000.682.58 Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan GV

6000.891.01 Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan GV

6000.891.56 Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan GV für IuK-Maßnahmen

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei den Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 250 Tsd. EUR übersteigen.
3. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Personenbezogene Einzelfallentscheidungen im Tarifbereich können getroffen werden, sofern die Kontrollmöglichkeit gewahrt wird und keine zusätzlichen Haushaltsmittel beansprucht werden.

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	- in Tsd. EUR -	
1	2	3
<b>A. Erfolgsplan</b>		
<b><u>Erträge</u></b>		
<b>1. Umsatzerlöse</b>		
500000 Benutzungsgebühren Vermessungswesen	5.216	5.216
500100 Benutzungsgebühren SAPOS	10	10
500200 Benutzungsgebühren Gutachterausschuss (GGA)	634	634
500300 Umsatzerlöse Druck, Repro und Erlaubnisse	1.523	1.523
500400 Umsatzerlöse Abgabe digitale Karten, Fachberatung	658	658
500500 Umsatzerlöse Sonstige Leistungen	755	755
500600 Umsatzerlöse durch Telefonauskünfte des GGA	85	85
500700 Verwaltungsgebühren Vermessungswesen	0	0
<b>Summe 1.</b>	<b>8.881</b>	<b>8.881</b>
<b>2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen</b>		
-		
<b>Summe 2.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>3. Andere aktivierte Eigenleistungen</b>		
-		
<b>Summe 3.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>4. Sonstige betriebliche Erträge</b>		
540000 Sonstige betriebliche Erträge		
578000 Erträge aus Schadenersatz		
<b>Summe 4.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Zinserträge und ähnliche Erträge</b>		
-		
<b>Summe 5.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6. Außerordentliche Erträge</b>		
580000 Gewährleistung der Versorgungszusage FHH	1.000	
<b>Summe 6.</b>	<b>1.000</b>	<b>0</b>
<b>Gesamterträge</b>	<b>9.881</b>	<b>8.881</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	- in Tsd. EUR -	
1	2	3
<b>A. Erfolgsplan</b>		
<b><u>Aufwendungen</u></b>		
<b>1. Materialaufwendungen</b>		
<b>1.1 Aufwend. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren</b>		
600000 Verbrauch Rohstoffe	230	261
600100 Dienst- und Schutzkleidung	11	11
610000 Verbrauch Handelswaren	31	0
<b>Summe 1.1</b>	<b>272</b>	<b>272</b>
<b>1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>		
600950 Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen	554	0
617000 Erstattung der Dienstleistungen des LIT	738	738
617010 Kostenersatz für S-H für Kartierungsarbeiten	51	51
617020 Gerätemieten	14	14
<b>Summe 1.2</b>	<b>1.357</b>	<b>803</b>
<b>Summe 1.</b>	<b>1.629</b>	<b>1.075</b>
<b>2. Personalaufwendungen</b>		
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>		
620000 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.466	1.514
630000 Vergütungen der Angestellten	10.815	10.810
640000 Bezüge der Beamtinnen und Beamten	3.382	3.369
650000 Beschäftigungsentgelte, Aufw. für nebenamtlich/nebenberufl. Tätige	12	12
<b>Summe 2.1</b>	<b>15.675</b>	<b>15.705</b>
<b>2.2 Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorg. und für Unterstützung</b>		
620100 Versorgungsanteile Arbeiter	160	159
620200 Zuführung zur Pensionsrückstellung Arbeiterinnen/Arbeiter	90	0
620500 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiterinnen/Arbeiter	312	257
630100 Versorgungsanteile Angestellte	1.181	1.139
630200 Zuführung zur Pensionsrückstellung Angestellte	690	0
630500 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	2.304	1.838
640100 Versorgungsanteile Beamtinnen/Beamte	1.015	1.011
640200 Zuführung zur Pensionsrückstellung Beamtinnen/Beamte	220	0
660000 Beihilfen	135	135
661000 Beiträge zur Landesunfallkasse	47	61
662000 Unfallfürsorge, betriebsärztliche Untersuchungen	10	0
663000 Sonstige Personalkosten	2	0
<b>Summe 2.2</b>	<b>6.166</b>	<b>4.600</b>
<b>Summe 2.</b>	<b>21.841</b>	<b>20.305</b>
<b>3. Abschreibungen auf Anlagevermögen</b>		
670000 Abschreibungen		
<b>Summe 3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	- in Tsd. EUR -	
1	2	3
<b>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		
<b>4.1 Personalbedingte Aufwendungen</b>		
790000 Dienstreisen	35	35
790100 Aus- und Fortbildung	43	43
<b>Summe 4.1</b>	<b>78</b>	<b>78</b>
<b>4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>		
780000 Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung	247	247
780100 Gebäudemiete	1.842	1.842
<b>Summe 4.2</b>	<b>2.089</b>	<b>2.089</b>
<b>4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb</b>		
688000 Kraftfahrzeugkosten	60	60
700000 Geschäftsbedarf und Kommunikationskosten	298	298
700100 IT-Aufwand	489	489
700200 Erstattung des internen Telefonverkehrs an das LIT	92	92
784000 Mitgliedsbeiträge	6	6
787000 Anwalts-, Gerichts-, Gutachten-, Prüfungs- und Steuerberat.-Kosten	10	10
788000 Erstattung für Verwaltungsdienstleistungen	659	659
788200 Nebenkosten des Geldverkehrs	1	0
<b>Summe 4.3</b>	<b>1.615</b>	<b>1.614</b>
<b>4.4 Übrige sonstige Aufwendungen</b>		
788100 Schadenersatzleistungen	2	2
<b>Summe 4.4</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
<b>Summe 4.</b>	<b>3.784</b>	<b>3.783</b>
<b>5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen</b>		
750000 Zins-Aufwendungen	0	0
<b>Summe 5.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6. Außerordentliche Aufwendungen</b>		
760000 Außerordentlicher Aufwand	0	0
<b>Summe 6.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		
770000 Gewerbeertrag-Steuer	0	0
771000 Körperschaft-Steuer	0	0
<b>Summe 7.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>8. Sonstige Steuern</b>		
703000 Kraftfahrzeug-Steuer	7	7
<b>Summe 8.</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>27.261</b>	<b>25.170</b>
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>-17.380</b>	<b>-16.289</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
<b>B. FINANZIERUNGSPLAN</b>				
<b>I. <u>Finanzbedarf</u></b>				
<b>1. Investitionen</b>				
20000 Ausgleichsbeträge Grundstücksgrenzen	0	50	0	50
23000 IT-Software	415	25	115	25
70000 Technische Anlagen und Maschinen	814	256	814	256
80000 Betriebs- und Geschäfts-Ausstattung	12	0	869	
81000 Kraftfahrzeuge	100	100	100	
<b>Summe 1.</b>	<b>1.341</b>	<b>431</b>	<b>1.898</b>	<b>331</b>
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>				
Noch verfügbare Deckungsmittel				
Jahresfehlbetrag	17-380		16.289	
<b>Summe 2.</b>	<b>17.380</b>	<b>0</b>	<b>16.289</b>	<b>0</b>
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	<b>18.721</b>	<b>431</b>	<b>18.187</b>	<b>331</b>
<b>II. <u>Deckungsmittel</u></b>				
163291 Versorgungszuschuss aus dem Haushalt	2.331		2.825	
168258 Betriebszuschuss aus dem Haushalt	15.049		13.464	
189101 Investitionszuschuss (IZ) aus dem Haushalt	1.341		1.041	
189156 IZ aus dem Haushalt für IT-Maßnahmen	0		857	
670000 Abschreibungen	0		0	
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel				
Nicht gedeckter Finanzbedarf				
<b><u>Gesamtsumme Deckungsmittel</u></b>	<b>18.721</b>	<b>0</b>	<b>18.187</b>	<b>0</b>

## Anlage 2.3

### Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2004

#### Einnahmen

500 000	Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren nach Abschnitt I (Nummer 1, 2 und 4 bis 11) der Anlage zur Gebührenordnung für das Vermessungswesen vom 05.12.2000 (HmbGVBl. S. 362) für Leistungen und Amtshandlungen des amtlichen Vermessungswesens i. H. v. 5.216.000 Euro unter Berücksichtigung der umfassenden Verrechnung (Vorjahr Konto 11111).
500 100	Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren nach Abschnitt I (Nr. 3) der Anlage zur Gebührenordnung für das Vermessungswesen vom 05.12.2000 (HmbGVBl S. 362) (Vorjahr Konto 11112).
500 200	Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren für Leistungen des Gutachterausschusses für Grundstückswerte (Vorjahr Konto 11114).
500 300	Veranschlagt sind die Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung (Anlagen 4, 6 und 7) für die Abgabe kartographischer Produkte, für kartographische, reproduktions- und drucktechnische Arbeiten, Luftbildarbeiten sowie die Zustimmung zur Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe. Es werden Einnahmen in Höhe von 1.523.000 Euro aufgrund der umfassenden Verrechnung erwartet (Vorjahr Konto 12501).
500 400	Veranschlagt sind Entgelte i. H. v. 658.000 Euro gemäß Preisverzeichnis des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung (Anlage 2, 5 und 8.2) für die Abgabe von Geobasisdaten einschließlich Fachberatungen (Vorjahr Konto 12502).
500 500	Veranschlagt sind die Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung (Anlagen 1, 3 und 8) i. H. v. 755.000 Euro aufgrund der umfassenden Verrechnung (Vorjahr Konto 12503).
500 600	Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen i. H. v. 85.000 Euro aus Telefonauskünften des Gutachterausschusses für Grundstückswerte (Vorjahr Konto 11901).
500 700	Für die Einnahme von Verwaltungsgebühren für die ggf. erfolgende Neuzulassung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren (ÖbVi) wird ein Leerkonto eingerichtet. Diese Einnahmen waren bisher zentral im Kapitel 6000 der BBV mit veranschlagt.
540 000	Für sonstige betriebliche Erträge aus z. B der Veräußerung von abgängigem Anlagevermögen ist ein Leerkonto eingerichtet (Vorjahr Konto 11998).
578 000	Für die Vereinnahmung von Schadenersatzleistungen an den Landesbetrieb ist ein Leerkonto eingerichtet (Vorjahr Konto 11992).
580 000	Veranschlagt ist erstmals der überschlägig ermittelte Bedarf für die Pensionsrückstellungen auf der Basis der Versorgungszusage der FHH für die Zuführungen zur Pensionsrückstellung für Arbeiter, Angestellte und Beamte (vgl. Nr. 2.2 der Aufwendungen im Erfolgsplan, Konten 620 200, 630 200 und 640 200). Die Beträge sollen durch ein noch in Auftrag zu gebendes versicherungsmathematisches Gutachten präzisiert werden.

**Ausgaben**

600 000	Veranschlagt sind 230.000 Euro für die Ergänzung, Unterhaltung und den Sachaufwand der technischen Geräte und Einrichtungen und die Vergabe von vermessungs-, karten- und drucktechnischen sowie photogrammetrischen Leistungen für den Landesbetrieb (Vorjahr Konto 53402 tlw.).
600 100	Veranschlagt ist der Aufwand für Dienst- und Schutzkleidung für den Außendienst (Vorjahr Konto 51422 tlw. ).
610 000	Veranschlagt ist der Sachaufwand durch den Verbrauch von Fertigprodukten, die der Landesbetrieb von Dritten zur Erfüllung eigener Lieferaufträge bezieht (Vorjahr Konto 53402 tlw.).
600 950	Veranschlagt sind Aufwendungen des Landesbetriebs für Vergabeaufträge an Dritte (Subunternehmer) zur Fortentwicklung eigener Datenbestände und Foto- und reprotechnische Arbeiten zur Erfüllung von Aufträgen Dritter und anderer Behörden. Die Aufwendungen werden durch Erstattungen bzw. Gebührenbescheide und Rechnungen wieder vereinnahmt (Vorjahr Konten 53402 tlw. und 79901 tlw.).
617 000	Veranschlagt sind die Leitungs- und Verfahrensbetreuungskosten, die an das LIT zu erstatten sind (Vorjahr Konto 67156).
617 010	Veranschlagt ist der Kostenersatz an das Land Schleswig-Holstein für Fortführungsarbeiten an hamburgischen Landeskartenwerken (Vorjahr Konto 67101).
617 020	Veranschlagt sind Gerätemieten der Reproduktionstechnik (Vorjahr Konto 51822 tlw.).
620 000, 630 000, 640 000, 650 000	Veranschlagt sind die Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Arbeiterlöhne unter Berücksichtigung der derzeitigen Stellenausstattung und Entgelte für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige auf der Basis von Erfahrungswerten (Vorjahr Konten 42291,42591,42691 und 42791).
620 500, 630 500	Veranschlagt sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung für Angestellte und Arbeiter (Vorjahr Konten 42590 und 42690).
620 100, 630 100 und 640 100	Veranschlagt sind die Versorgungsanteile für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Vorjahr Konten 43291, 43591 und 43691).
620 200, 630 200 und 640 200	Veranschlagt sind erstmals die überschlägig ermittelten Zuführungen zur Pensionsrückstellung für Arbeiter, Angestellte und Beamte (vgl. Ertragskonto 580.000). Die Beträge sollen durch ein noch in Auftrag zu gebendes versicherungsmathematisches Gutachten präzisiert werden.
660 000	Veranschlagt sind Kostenanteile für Beihilfen auf der Basis von Vorjahresergebnissen und der zu erwartenden Entwicklung (Vorjahr Konto 44191).
661 000	Veranschlagt sind die Beiträge zur Landesunfallkasse i.H.v. 30 Euro je Beamte (85) und 170 Euro je Angestellte und Arbeiter (341) (Vorjahr Konto 53230).
662 000	Veranschlagt sind Unfallfürsorgeleistungen und Erstattungen für betriebsärztliche Untersuchungen auf der Basis von Erfahrungswerten (Vorjahr Konto 44392 apl.).
663 000	Veranschlagt sind sonstige Personalkosten (z.B. Bildschirmarbeitsplatzbrillen) auf der Basis von Erfahrungswerten (Vorjahr Konto 45992 apl.).
670 000	Verlässliche Angaben zu Abschreibungen sind erst nach Erstellung der Eröffnungsbilanz möglich.
790 000	Veranschlagt sind die Dienstreisen auf der Basis des Vorjahresansatzes (Vorjahr Konto 52722).
790 100	Veranschlagt sind die Ausgaben für Aus- und Fortbildung aufgrund des erkennbaren Bedarfs durch die veränderte Organisations- und Aufgabenstruktur des Landesbetriebs und die damit verbundene erforderliche Personalentwicklung (Vorjahr Konto 52591).
700 200	Veranschlagt sind die anteiligen Erstattungen an das LIT für den behördeninternen Telefonverkehr (Vorjahr Konto 67155).
780 000	Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung (Strom, Reinigung, Sanitärverbrauchsmaterial) und die Gebäudeunterhaltung (Vorjahr Konten 51722 und 51901). Für die Gebäudeunterhaltung sind mit einem Teilansatz von 56.000 Euro weniger als 4% der Kaltmiete veranschlagt.
780100	Veranschlagt ist die vertraglich vereinbarte Warmmiete (Vorjahr Konto 51822 tlw.).
688 000	Veranschlagt ist die Unterhaltung der Fahrzeuge einschl. Treibstoff (Vorjahr Konto 51422 tlw.).
700 000	Veranschlagt sind Aufwendungen für allgemeines Büroverbrauchsmaterial, Portokosten, Fernspreckgebühren, Fahr- und Zehrkostenerstattungen, Öffentlichkeitsarbeit, Geräte und Ausstattungsgegenstände und interne Umzugskosten aufgrund der laufenden Anpassungsorganisation (Vorjahr Konten 511221, 511222, 53101 und 53402 tlw.).
700 100	Veranschlagt sind die Aufwendungen der luK-Technik und spezielles luK-Verbrauchsmaterial (Vorjahr Konto 53556).
784 000	Veranschlagt sind Kostenanteile und Mitgliedsbeiträge für Arbeitsgemeinschaften und Verbände des Vermessungswesens (Vorjahr Konto 68501).
787 000	Veranschlagt sind Ausgaben für Anwalts-, Gerichts- und Gutachteraufwendungen (Vorjahr Konto 52622).
788 000	Veranschlagt sind Erstattungen für Service, Intendanz der BBV, Jahresabschlussprüfung und Ausgaben für Leistungen der LHK (Vorjahr Konto 67102).
788 200	Veranschlagt sind erstmals Nebenkosten des Geldverkehrs für anfallende Kontoführungsgebühren aufgrund der Einrichtung eigener Bankkonten bei der Hamburgischen Landesbank und der Hamburger Sparkasse für die Barzahlungsabwicklungen der Zahlstelle und der Geldannahmestelle des Kundenzentrums.
788 100	Veranschlagt sind Mittel für Schadenersatzleistungen.
750 000	Für Zinsaufwendungen im Falle der Unterdeckung des Geschäftskontos des Landesbetriebs ist ein Leerkonto eingerichtet.
760 000	Für außerordentlichen Aufwand ist ein Leerkonto eingerichtet.
770 000	Für den Fall abzuführender Gewerbeertragsteuer ist ein Leerkonto eingerichtet.
771 000	Für den Fall abzuführender Körperschaftsteuer ist ein Leerkonto eingerichtet.
703 000	Veranschlagt ist die abzuführende Kraftfahrzeugsteuer für die Dienstfahrzeuge des Landesbetriebs.

## Anlage 2.3

### Finanzbedarf

20 000	Veranschlagt ist eine Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 50.000 € zu Lasten 2005 für Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten bei der Bereinigung von Grundstücksgrenzen zu Gunsten Hamburgs. 2004 finden Grenzbereinigungen voraussichtlich nicht statt (Vorjahr Konto 82101).
23 000	Veranschlagt sind Investitionen für das Flächenbezogene Informationssystem und den fortlaufenden Aufbau der Geodateninfrastruktur durch Kauf oder Vergabe, die den Wert des Anlagevermögens erhöhen (Vorjahr Konto 79901). Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 25.000 € ist zu Lasten 2005 veranschlagt.
70 000	Veranschlagt sind Investitionen für technische Anlagen, Maschinen, Vermessungs- und reprototechnische Geräte (Vorjahr Konto 81201). Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 256.000 € ist zu Lasten 2005 veranschlagt.
80 000	Veranschlagt sind IuK-Baumaßnahmen (Vorjahr Konto 70156). Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik sind global beim Titel 9090.812.56 veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung auf den Investitionszuschuss-Titel 6000.891.56 der BBV für IuK-Maßnahmen an den Wirtschaftsplan übertragen. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt bei diesem Investitionskonto.
81 000	Veranschlagt sind zeitgerechte Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen (Vorjahr Konto 81101). Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 100.000 € ist zu Lasten 2005 veranschlagt.

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 6305</b>	<b>Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs der Behörde für Bau und Verkehr (neu ab 2004: Kap. 6421)</b>

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
2,00						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
A 15	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	3,00			3,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)  
A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)  
A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
III	3,00			3,00	
IV a	3,00			1,00	
IV b	2,00			2,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	11,00	1,00	1)	11,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V b mD zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i> <i>kw: 1,00 VergGr. VII zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
VII	3,00	1,00	2)	3,00	
VIII	0,00			6,00	
Summe:	24,00			28,00	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
7	5,00			5,00	
6	14,00			24,00	
5	54,00			54,00	
3	1,00			1,00	
1 (R)	1,00			1,00	
Summe:	75,00			85,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>105,00</b>			<b>119,00</b>	

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 6305</b>	<b>Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs der Behörde für Bau und Verkehr (neu ab 2004: Kap. 6421)</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
IV a		2,00							2,00	Bürgerschaftsbeschluss
VIII			-5,00						-5,00	Übernahme der Fernsprechaufgaben durch die Tunnelbetriebszentrale
VIII			-1,00						-1,00	Übernahme der Fernsprechaufgaben durch die Tunnelbetriebszentrale
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	2,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
6			-10,00						-10,00	Übernahme der Aufgaben durch die Feuerwehr
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-10,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	2,00	-16,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-14,00	

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten ( § 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)**

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
in Tsd. EUR				
1	<b><u>Zuschuss an das Institut für Bautechnik (DIBt) für bautechnische Untersuchungen</u></b>			
	1. Kostenanteile der Länder	5.356	5.310	5.738
	- davon Hamburg	(168)	(180)	(176)
	2. Kostenanteile des Bundes	1.457	734	761
	3. Eigene Mittel	7.994	8.277	9.182
	4. Besondere Finanzierungsausgaben	1.428	1.428	1.646
	<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>16.235</b>	<b>15.749</b>	<b>17.327</b>
	<b>Ausgaben</b>			
	1. Personalausgaben	11.225	10.978	10.790
	2. Sachausgaben	3.198	3.199	3.728
	3. Investitionsausgaben	384	144	304
	4. Besondere Finanzierungsausgaben	1.428	1.428	2.256
	5. Auf Folgejahre übertragene Einnahmen			249
	<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>16.235</b>	<b>15.749</b>	<b>17.327</b>

Vorläufiger Wirtschaftsplan 2004

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2004	Höhe der Zuwendung 2003
			Tsd. EUR	
6000.685.01	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V.	Institutionelle Förderung	2	2
6300.684.02	Landesverkehrswacht e.V.	Institutionelle Förderung		0

Übersicht über die in den Deckungskreisen 11, 12, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 22, 24, 39, 40 und 41 veranschlagten Mittel

**Deckungskreis 11 / LuK-Technik, Investitionen**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.701.56	Baumaßnahmen für LuK-Technik	25		25		12	177	37		25
6000.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für LuK-Maßnahmen	-		857		0				
6420.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn und Tunnelbetrieb für LuK-Maßnahmen			125	125	82	20	102		20
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 11</b>	25		1.007	125	94	197	139		45

→

**Deckungskreis 12 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6000**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	291		284		396	120	376		-20
6000.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	26		2		1	4	2		1
6000.517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke	663		691		822	27	756		-66
6000.518.22	Mieten und Pachten	4.741		4.696		4.942	76	5.016		74
6000.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	188		188		199	91	209		10
6000.525.91	Aus- und Fortbildung	223		223		224	93	264		40
6000.526.22	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	50		50		166	39	51		-115
6000.527.22	Dienstreisen	64		63		160	18	82		-78

~

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.531.01	Informationstätigkeit auf dem Gebiet des Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesens	180		180		150	200	207	200	57
6000.535.01	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Modellwerkstatt	4		4		0		4		4
6000.539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben	33		33		67	15	33		-34
6000.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	2.331		2.825		1.053		2.852		1.799
6000.682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung	15.049		13.464		0	313			
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 12</b>	23.843		22.703		8.182	996	9.852	200	1.672

**Deckungskreis 14 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6100**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6100.511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	17		18		5	15	8		3
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	46	364	295	364	47	148	67	425	20
6100.526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.	253	102	53	102	74	56	102	102	28
6100.527.22	Dienstreisen	5		5		2	3	5		3
6100.547.10	Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung	1.603	103	103	103	396	187	783	1.000	387
6100.681.87	Wohnungspol. Maßnahmen der Bezirke, z.B. Mietverbilligungen/ Umzugsprämien und Ausgaben f. d. Wohnanlage Georgswerder Ring, Zweckzuweisungen an die Bezirke	517	920	268	920	(605)	585	857	920	252
6100.682.01	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime	14		14		1	1	1		0
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 14</b>	2.455	1.489	756	1.489	525 (605)	995	1.823	2.447	693

**Deckungskreis 15 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6200**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6200.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	53		54		48	24	18		-30
6200.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	4		4		2	1	40		38
6200.527.22	Dienstreisen	9		9		10	5	9		-1
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 15</b>	66		67		61	30	67		7

**Deckungskreis 16 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6300**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	38		137		151	4	60		-91
6300.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	1		3		6		59		53
6300.521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege	68	250	98	250	0		98	250	98
6300.521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	7.536	4.000	7.410	4.000	(10.436)		8.659	4.000	-1.777
6300.526.03	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Verkehrspolitik und der öffentlichen Verkehrswirtschaft	136	50	136	50	78	56	153	51	75
6300.527.22	Dienstreisen	14		23		28		15		-13
6300.537.01	Verkehrsdatenerfassung und –aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank	250	50	250	50	216	20	150	51	-66
6300.671.01	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau	0	10	0	10	0		0		
6300.682.07	Dividendengarantie für die A-Aktien der Hamburger Hochbahn AG	65		64		64		64		0
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 16</b>	<b>8.108</b>	<b>4.360</b>	<b>8.121</b>	<b>4.360</b>	<b>543</b>	<b>80</b>	<b>9.258</b>	<b>4.352</b>	<b>-1.721</b>
						(10.436)				

**Deckungskreis 17 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6420**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6420.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	162		38		44	3	33		-11
6420.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	16		14		8		22		14
6420.517.02	Bewirtschaftung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen)	163		163		213	4	161		-52
6420.517.03	Bewirtschaftung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen)	76		76		55	7	51		-4
6420.517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke	131		131		111	8	48		-63
6420.518.22	Mieten und Pachten	665		665		659	2	352		-307
6420.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24		24		8	16	24		16
6420.519.02	Unterhaltung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen)	305		315		203		310		107
6420.519.03	Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen)	207		207		146	4	204		58
6420.521.01	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschl. Zubehör	358	300	358	300	340	4	371	250	31
6420.521.02	Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen	410		410		443		404		-39
6420.521.03	Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung	1.540		1.540		574	8	1.445		871

7

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6420.521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	5.126	4.000	5.100	4.000	5.165	28	5.100	4.000	-65
6420.521.81	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisung an die Bezirke	1.872	486	1.872	486	(1.916)		1.763	486	-153
6420.521.86	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke	662	128	662	128	(1.386)		634	128	-752
6420.527.22	Dienstreisen	10		2		3		2		-1
6420.542.01	Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen	23.000	3.500	22.500	3.500	24.565	242	22.500	3.500	-2.065
6420.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	473		490		559		513		-46
6420.681.02	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden	-		0		0		-		
6420.682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb	2.232		2.099		1.946		1.992		46
6420.685.02	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen	30		20		35	1	20		-15
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 17</b>	<b>37.462</b>	<b>8.414</b>	<b>36.686</b>	<b>8.414</b>	<b>35.077</b> <b>(3.302)</b>	<b>327</b>	<b>35.949</b>	<b>8364</b>	<b>-2.430</b>

**Deckungskreis 19 / Sach- und Fachausgaben Kapitel 6610**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6610.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20		20		51	2	20		-31
6610.526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	2.400	1.500	1.073	1.050	1.214	814	1.073	1.150	-141
6610.526.02	Arbeitsstabmittel der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein	51	26	51	26	166	81	51	26	-115
6610.526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten Rahmenzuweisung an die Bezirke	700	700	700	700	(751)		700	723	-51
6610.527.22	Dienstreisen	4		4		10	2	4		-6
6610.546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten	85	80	85	80	45	106	85	100	40
6610.681.01	Entschädigungen in Geld für Planungsschäden nach dem Baugesetzbuch	-		0		0				
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 19</b>	3.260	2.306	1.933	1.856	1.486 (751)	1.005	1.933	1.999	-304

**Deckungskreis 20 / Verkehrsbauten**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	3.400	5.000	2.400	2.900	2.715	75	4.750	2.400	2.035
6300.741.02	Förderung des Radverkehrs	600	600	600	600	866	451	600	600	-266
6300.741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen	1.300	1.500	700	1.300	387		460	1.000	73
6300.741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau	4.900	9.000	5.300	8.100	4.998	-1.325	1.800	2.178	-3.198
6300.741.14	Grundinstandsetzung von Straßen	4.400	7.000	4.900	6.000	8.530	-1.044	6.900	7.400	-1.630
6300.741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	6.600	6.600	6.600	6.600	(3.634)		3.500	3.500	-134
6300.741.82	Förderung des Radverkehrs	500	500	500	500	(348)		500	500	152
6300.750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	-		2.560		0	1.790	1.790	2.560	1.790
6300.750.23	Umgehung Finkenwerder, Teilbetrag	500	15.000	0	1.000	0		-	1.000	

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.760.23	Ausbau der Straße „Am Stadtrand“	1.400		3.000	1.400	0				
6300.760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs	1.800	1.350	0		0				
6300.770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs			2.800		4.657	-1.527	3.000	2.800	1.657
6300.773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	500	229	3.500	900	3.433	6	2.050	3.700	-1.383
6300.775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs	3.500	5.500	2.500	9.000	0				
6300.780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs	1.000	3.000	0	500	0				
6300.785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17. Juni			0		0	9			
6300.785.02	Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke			1.132		1.377	1	1.250	500	-127
6300.785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke	1.017		1.050	497	980		1.500	1.547	520

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.785.04	Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke			1.375		625	25	1.300	1.375	675
6300.785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke	1.300	1.120	1.000	2.420	0				
6300.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	2.102	2.100	9.500	9.300	11.706	563	9.200	9.200	-2.506
6300.811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	486	600	470	800	(199)	44	350	500	151
6300.881.05	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen	2.100	8.400	2.100	12.000	15	4	75	10.150	60
6300.893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen)	500	1.500	500	1.500	1.104	29	500	1.500	-604
6420.741.10	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt	2.500	1.500	1.400	3.000	1.364		1.300	1.200	-64
6420.741.11	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung	8.340	7.000	7.600	10.000	7.942	-1.700	6.100	6.900	-1.842

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6420.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	7.725	8.000	0	0					
6420.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge	10	10	10	10	0	22			
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 20</b>	56.480	85.509	61.497	78.327	50.699 (4.181)	-2.577	46.925	60.510	-4.641

**Deckungskreis 22 / Investitionen Stadterneuerungsmaßnahmen, Kapitel 6100**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6100.821.01	Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB)	4.683	8.000	1.201	4.000	2.656	-483	1.100	4.000	-1.556
6100.821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung)	2.200	2.500	2.629	2.400	1.476	900	2.230	2.629	754
6100.821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung)	214		207		0	355	200		200
6100.821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und -erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten	511	811	374	811	78	645	450	674	372
6100.891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 17 II WoBauG	2.168	5.700	2.512	5.120	1.224	1.289	2.500	5.113	1.276
6100.893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten	10.338	15.500	10.403	15.500	7.092	2.235	9.973	15.606	2.881
6100.893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)	10.400	15.500	11.833	15.500	5.543	7.946	14.630	15.339	9.087
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 22</b>	30.514	48.011	29.159	43.331	18.069	12.887	31.083	43.361	13.014

**Deckungskreis 24 / Hochbauinvestitionen**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.701.02	Sanierung der Fassade und Erneuerung der Fenster im Stadthauskomplex			0		371		400		29
6200.702.03	Sicherung St. Nikolai			0		45	29			-45
6200.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.	250	200	275	400	265	390	400	400	135
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 24</b>	250	200	275	400	681	419	800	400	119

**Deckungskreis 39 / Betriebskosten öffentlicher Personennahverkehr Kapitel 6300**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.632.01	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV	230		230		230		8.980		8.750
6300.633.01	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV	1.000		1.000		1.123	473	820		-303
6300.682.01	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG)	8.034		8.435		6.875	77	7.401		526
6300.682.13	Betriebskostenzuschüsse für die DB AG	92.700	94.100	90.000	92.700	84.077	1.051	62.829	62.829	-21.248
6300.682.17	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV	6.154		6.193		5.458	955	5.100		-358
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 39</b>	108.118	94.100	105.858	92.700	97.763	2.556	85.130	62.829	-12.633

**Deckungskreis 40 / Investitionen öffentlicher Personennahverkehr**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.741.04	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße	500	1.100	0	1.300	1.033	671	198	1.300	-834
6300.742.09	Busbeschleunigung Linie 25	-		0		2.215	344	-		-2.215
6300.742.10	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt			0		823	697	133		-690
6300.891.02	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV	13.500		13.500		18.395		13.500		-4.895
6300.891.04	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltstellen			0		0	639			
6300.891.05	Investitionszuschüsse an die HHA	10.226		10.315		10.880	115	10.016		-864
6300.891.06	Telematik – Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg	500	500	500	500	0	500	500	500	500
6300.891.07	Zuschuss an die DB AG für die Errichtung von S-Bahnhaltstellen			0		-244	1.144			244
6300.891.08	Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen	-		0		7.896	74.095	-		7.896
6300.891.09	Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen für den Bau von neuen Zugängen zu Schnellbahnhaltstellen			0		0	212			
6300.891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen	850	5.000	33	5.600	269	3.832	-	5.000	-269
6300.891.14	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen	-		0		2.479		-		-2.479

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.891.17	Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für den Bau der S-Bahn-Strecke Neugraben - Stade	-		0		0				
6300.891.18	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen	9.375	6.100	12.880	4.500	1.203	22.306	8.718	500	7.515
6300.891.19	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity - Bramfeld	-	515.000	0	0					
6300.891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek	1.600	30.000	1.500	60.000	3.360	10.014	1.400	25.000	-1.960
6300.891.21	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt	2.000	1.735	3.045	3.700	3.449	382	-	5.200	-3.449
6300.892.01	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof	-		0		7.647	3.303	-		-7.647
6300.892.10	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskaltaxametern	-		0		0	200	-		
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 40</b>	38.551	559.435	41.773	75.600	59.405	118.454	34.465	37.500	-9.147

**Deckungskreis 41 / Investitionen Erschließungen Kapitel 6300**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.741.13	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohnwagengesetz			0		33	266			-33
6300.788.01	Allgemeine Erschließungen	7.700	25.000	9.763	23.700	14.696	2.551	13.990	20.500	-706
6300.788.02	Erschließung Hafencity	-	2.000	0	2.000	24	13	-	300	-24
6300.789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms	7.500	21.000	5.100	21.000	3.445	1.211	5.650	21.000	2.205
6300.821.03	Allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)	1.550	3.550	4.100	2.550	4.650	1.651	4.100	4.100	-550
6300.821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms (Grunderwerb)	525	2.525	2.050	1.525	5.439	1.300	5.100	2.000	-339
6300.862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen	70	70	0	70	0	70	70	100	70
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 41</b>	17.345	54.145	21.013	50.845	28.287	7.062	28.910	48.000	623

## Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	46	364	295	364
6100.526.02 <sup>1</sup>	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle u. dgl.	253	102	53	102
6100.547.10 <sup>1</sup>	Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung	1.603	103	103	103
6100.799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten u. dgl.	25		0	
6300.526.03	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten	136	50	136	50
6300.526.04	Gutachten über Verkehrstelematik	-		0	
6300.537.01 <sup>1</sup>	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichten einer Verkehrsdatenbank	250	50	250	50
6300.799.01 <sup>1</sup>	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten u. dgl.	2.102	2.100	9.500	9.300
6610.526.01 <sup>1</sup>	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	2.400	1.500	1.073	1.050
6610.526.81 <sup>1</sup>	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke	700	700	700	700

Hinweis: Darüber hinaus können bei verschiedenen Titeln in den Kapiteln 6300 und 6420 (vgl. Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben), bei den Titeln 6100.893.05 und 893.11 sowie 6200.799.01 und 6300.863.01 auch Forschungs-, Gutachten- und Untersuchungsaufträge vergeben werden.

<sup>1</sup> teilweise (Anteil für Forschungs- und Gutachtaufträge an Dritte nicht quantifizierbar)

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Haushaltsplan 2003 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6100.134.01	500	6620.134.01	500
6100.134.03	0	6620.134.03	-
6100.272.30	0	6620.272.30	-
6100.331.03	1.393	6620.331.03	1.393
6100.331.04	2.467	6620.331.02	2.467
6100.342.01	0	6620.342.01	-
6100.511.22	18	6100.511.22	7
		6620.511.22	11
6100.527.22	5	6100.527.22	3
		6620.527.22	2
6100.546.86	0	6620.546.86	
6100.547.10	103	6620.547.10	103
6100.547.30	0	6620.547.30	-
6100.571.02	7.720	6100.571.02	5.950
		6620.571.01	1.770
6100.676.30	0	6620.676.30	-
6100.821.01	1.201	6620.821.01	1.201
6100.821.02	2.629	6620.821.02	2.629
6100.821.03	207	6620.821.03	207
6100.821.04	374	6620.821.04	374
6100.891.02	2.512	6620.891.02	2.512
6100.892.01	0	6620.892.01	-
6100.893.05	10.403	6620.892.01	10.403
6100.893.11	11.833	6620.893.11	11.833
6100.971.01	-	6620.971.01	-
6200.121.57	25	6000.121.57	25
6200.682.57	0	6000.682.57	-
6300.111.03	1.082	6300.111.03	90
		6300.111.04	600
		6500.111.01	392
6300.112.01	200	6500.112.01	200
6300.121.01	0	6500.121.01	-

Anlage 6

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Haushaltsplan 2003 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6300.162.01	1	6500.162.01	1
6300.182.01	0	6500.182.01	-
6300.231.02	105.265	6500.231.02	105.265
6300.231.03	4.734	6500.231.03	4.734
6300.232.01	593	6500.232.01	593
6300.233.01	10.000	6500.233.01	10.000
6300.272.01	0	6500.272.01	-
6300.331.02	13.500	6500.331.02	13.500
6300.331.03	1.023	6500.331.03	1.023
6300.331.08	0	6500.331.08	-
6300.331.14	0	6500.331.04	-
6300.342.02	0	6500.342.02	-
6300.511.22	137	6300.511.22	125
		6500.511.22	12
6300.514.22	3	6300.514.22	2
		6500.514.22	1
6300.526.03	136	6500.526.03	136
6300.526.04	0	6500.526.04	-
6300.527.22	23	6300.527.22	15
		6500.527.22	8
6300.537.01	250	6500.537.01	
6300.581.01	0	6500.581.01	-
6300.632.01	230	6500. 632.01	230
6300.633.01	1.000	6500. 633.01	1.000
6300.682.01	8.435	6500.682.01	8.435
6300.682.03	49.084	6500.682.03	49.084
6300.682.04	0	6500.682.04	-
6300.682.05	0	6500.682.05	-
6300.682.06	2.215	6500.682.06	2.215
6300.682.07	64	6500.682.07	64
6300.682.08	227	6500.682.08	227
6300.682.09	0	6500.682.09	-
6300.682.11	0	6500.682.11	-

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Haushaltsplan 2003 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6300.682.13	90.000	6500.682.13	90.000
6300.682.17	6.193	6500.682.17	6.193
6300.682.30	0	6500.682.30	-
6300.682.41	0	6500.682.41	-
6300.684.02	0	6500.684.02	
6300.742.01	72	6500.742.01	72
6300.799.01	9.500	6300.799.01	9.200
		6500.799.01	300
6300.863.01	0	6500.863.01	-
6300.891.02	13.500	6500.891.02	13.500
6300.891.05	10.315	6500.891.05	10.315
6300.891.06	500	6500.891.06	500
6300.891.08	0	6500.891.01	-
6300.891.14	0	6500.891.04	-
6300.891.24	1.790	6500.891.24	1.790
6300.892.01	0	6500.892.01	-
6420.119.01	26	6300.119.01	26
6420.119.09	1.500	6300.119.09	1.500
6420.121.57	0	6300.121.57	-
6420.124.01	0	6300.124.01	-
6420.125.94	0	6300.125.94	-
6420.231.01	1.856	6300.231.01	1.856
6420.261.01	0	6300.261.01	-
6420.261.03	46	6300.261.03	46
6420.281.03	50	6300.281.03	50
6420.281.04	55	6300.281.04	55
6420.341.10	0	6300.341.10	-
6420.517.22	131	6420.517.22	59
		6300.517.22	72
6420.518.22	665	6420.518.22	352
		6300.518.22	313
6420.519.01	24	6300.519.01	24
6420.521.01	358	6300.521.01	358

**Anlage 6**

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Haushaltsplan 2003 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6420.521.09	5.100	6300.521.09	5.100
6420.542.01	22.500	6300.542.01	22.500
6420.546.94	0	6300.546.94	-
6420.632.91	490	6300.632.91	490
6420.671.55	2.403	6300.671.55	2.403
6420.682.57	2.099	6300.682.57	2.099
6420.741.10	1.400	6300.741.10	1.400
6420.741.11	7.600	6300.741.11	7.600
6420.799.01	0	6300.799.01	0
6420.811.01	200	6420.811.01	-
		6300.811.01	200
6420.891.01	10	6300.891.01	10
6420.891.56	125	6300.891.56	125